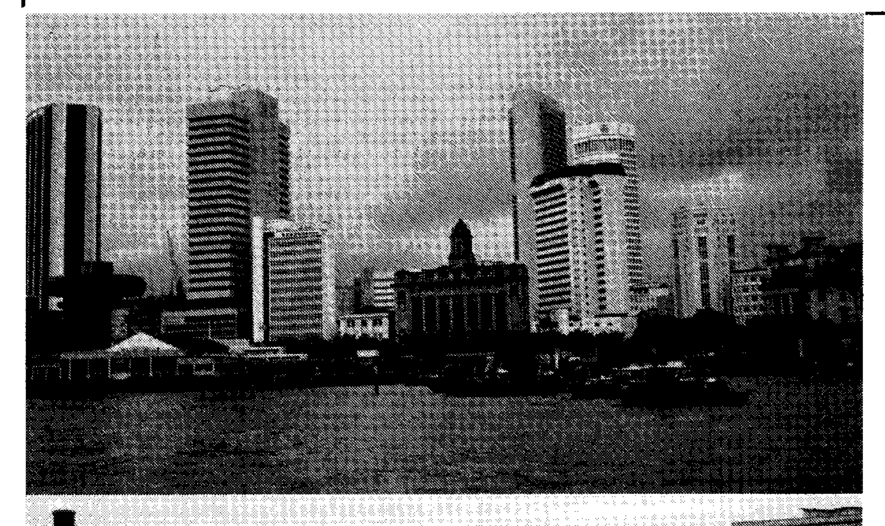
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



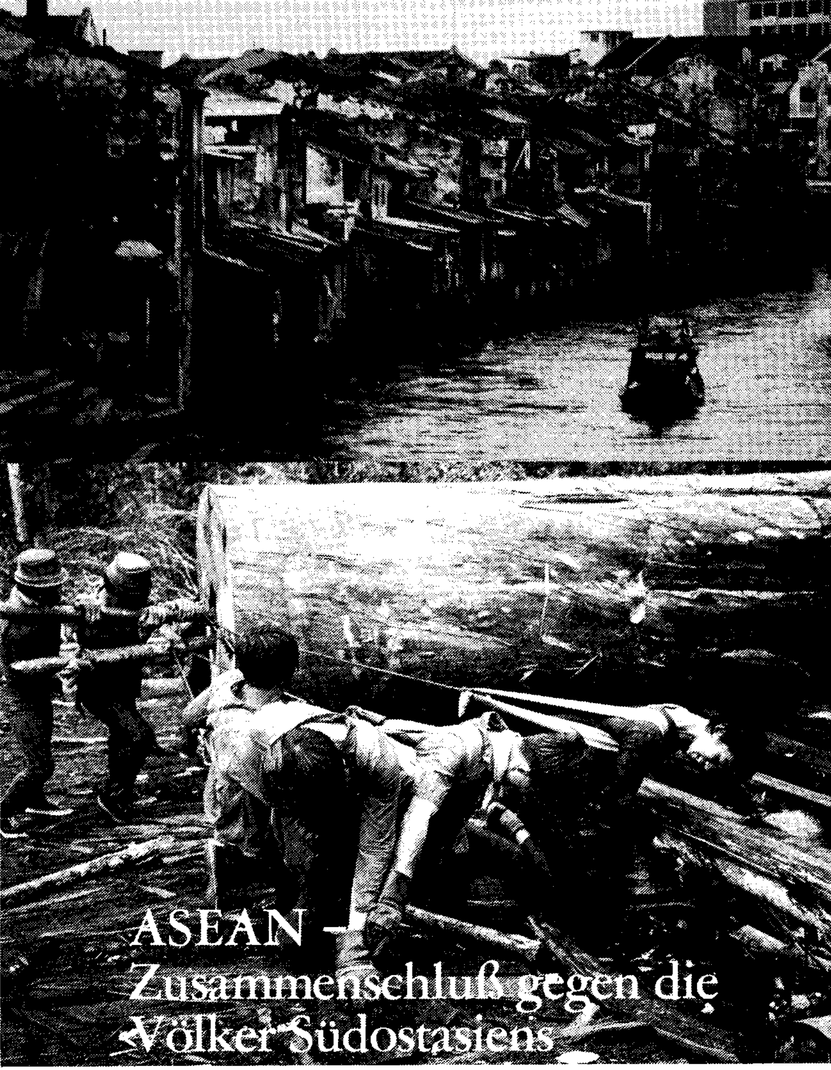


NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU

ASEAN

NICARAGUA

AFGHANISTAN



ASEAN – Zusammenschluß gegen die Völker Südostasiens

Nr. 85 Mai 1980 DM 4,00

impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte WElt, Postfach 5328 Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br. Telefon: 0761 / 74003 Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 und 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Bayer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Benedikt Fehr, André Guerrini, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Domimique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmidt, Betina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifrid, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Bundschuh-Licht-Satz, Freiburg, Tel. 53556
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel. 1 76 18

Redaktionsschluß der nächsten Nummer: 10.6.1980

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitsllose, SChüler, Studenten, Wehr-und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,-

Schweiz: SFR 35,-(bzw 25,-)
Österreich: ÖS 260,- (bzw. 190,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 (bzw. 42.60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,-)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bz. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,-
ÖS 30,-

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist se dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Irak

Hintergründe des Konflikts mit Iran

Der Ajatollah Khomeiny sei "nichts anderes als ein Schah mit Turban", tönt es seit Monaten regelmässig von Radio Bagdad (DWMD 11.3.), während auf Massendemonstrationen in Teheran die USA und der Irak als gemeinsame Feinde der islamischen Revolution angegriffen werden (FT 12.4.). Die Gegnerschaft zwischen den islamischen Nachbarländern am persisch - arabischen Golf, die bisher zu zahlreichen durchaus ernstzunehmenden Grenzzwischenfällen führte, droht in einen offenen Krieg mit verheerenden Folgen für beide Seiten auszuarten. Die Besetzung der iranischen Botschaft in London durch iranische Araber aus der Erdöl - Provinz Kusistan hat den Konflikt noch verschärft. Denn der Irak unterstützt seit langem die Forderungen der arabischen Minderheit im Iran nach Selbstbestimmung und Anerkennung ihrer arabischen Nationalität.

Der Konflikt zwischen den Nachbarstaaten erscheint uns Europäern reichlich schwierig einschätzbar, denn er passt nicht recht in unser Weltbild, das von „geopolitischen" Aspekten bestimmt ist: Einmarsch der Sowjets in Afghanistan, die Carter - Doktrin mit der Beanspruchung der gesamten Golf - Region als amerikanischem Einflußgebiet, wirtschaftliche und militärische Sanktionen der Westmächte gegen Iran.

Wir wünschen uns einen festen Zusammenschluß aller Völker der Region gegen die imperialistische Bedrohung, nicht Schießereien zwischen ihnen, bei denen sich die Großmächte ins Fäustchen lachen. Und schon gar nicht wünschen wir Konflikte zwischen Ländern, die sich selbst als antiimperialistisch, revolutionär und fortschrittlich bezeichnen. Nationale Interessen der einzelnen Staaten würden wir gerne verdrängen. Doch wie schon bei den China - Vietnam - Kampuchea - Konflikten kommen wir nicht umhin, unsere Wunschträume als solche zu behandeln und Ursachen und Hintergründe in den Tatsachen zu suchen.

Der Irak hat verschiedene Gründe, jetzt den Kampf mit dem iranischen Nachbarn zu suchen, und viele davon sind typisch für ein Land der Dritten Welt mit kolonialer Vergangenheit.

Objektiv gesehen hat das alte Mesopotamien an den Ufern von Euphrat und Tigris fast optimale Startchancen für ein unterentwickeltes Land: Sehr fruchtbares Ackerland fast im Überfluß in den regenreichen kurdischen Bergen und in den bewässerten Ebenen an den beiden großen Strömen; eine große und recht gut ausgebildete Bevölkerung von 13 Millionen Menschen; und nicht zuletzt reiche Ölvorkommen, die einen fast unbegrenzten Devisenzustrom ermöglichen.

Hier im Zweistromland entwickelte sich eines der ältesten Zentren menschlicher Zivilisation mit den Großreichen der Sumerer und Akkaditen. Dreitausend Jahre später war Bagdad die glanzvolle Hauptstadt des islamischen Kalifen Harun - al - Raschid aus Tausend und Einer Nacht. Nach gründlichen Zerstörungen durch mongolische Eroberungen im 13. Jahrhundert sank der Irak dann zu einer bedeutungslosen und vernachlässigten Provinz des aufstrebenden türkischen Weltreiches herab, die es bis zu ersten Weltkrieg blieb. Nun übernahmen die Engländer die Gegend als ihr Mandatsgebiet und setzten ihren Vasallen Feisal aus der Familie der Haschemiten, die aus dem 1 000 Kilometer entfernten Hedschas stammt, als König des Irak ein. (Ein anderer Zweig dieser Familie sitzt noch heute in der Person des Marionetten - Königs Hussein auf dem jordanischen Thron.)

Die Hinterlassenschaft der Engländer

Die willkürliche Grenzziehung, die die Engländer aufgrund ihrer damaligen strategischen Bedürfnisse dem jungen irakischen Staat mit auf den Weg gaben, stellt noch heute die vielleicht schwerste Bürde dar. Von einem halbwegs homogenen Staatsgebilde kann im Irak keine Rede sein.

Im Norden lebt in einem traditionell völlig selbständigen Wirtschaftsraum eine starke *kurdische Bevölkerungsgruppe*, religiös dem sunnitischen Islam zugehörig, seit Jahrhunderten von Arabern, Persern und Türken unterdrückt und viel mehr auf die anderen kurdischen Volksgruppen in Iran, Türkei, Syrien und der SU hin orientiert als auf den irakischen Staat. Im Irak machen die Kurden ein Fünftel bis ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus (Zeit 20.10.78). Den mittleren Teil des Landes mit der Hauptstadt Bagdad bewohnen *sunnitische Araber* mit starken Bindungen nach Jordanien und Saudiarabien, also zur arabischen Halbinsel hin. Hier ist die gesamte Staatsmacht mit der Kontrolle von Verwaltung, Militär und der regierenden Baath - Partei konzentriert (taz 16.4.80).
Im Süden schließlich lebt die *schiitische Bevölkerungsmehrheit* des Irak. Die schiitische Religion war die treibende ideologische Kraft der islamischen Revolution im Iran und hat in den schiitischen Teilen Iraks großen Eindruck hinterlassen, der durch zahlreiche hier lebende Iraner noch verstärkt wurde. Khomeiny selbst hat jahrzehntelang in der schiitischen Pilgerstadt Najaf im Südirak gelebt, bevor er zu Beginn des Aufstandes im Iran von den irakischen Behörden nach Paris ausgewiesen wurde, weil die Regierung in Bagdad ihr recht gutes Verhältnis zum Schah nicht gefährden wollte. Zusammen stellen Kurden und Schiiten rund drei Viertel der Bevölkerung Iraks.



Nicht nur haben sich die Mächtigen im Staat bisher immer aus der relativ kleinen sunnitisch - arabischen Bevölkerungsgruppe rekrutiert, selbst innerhalb dieser Grup-

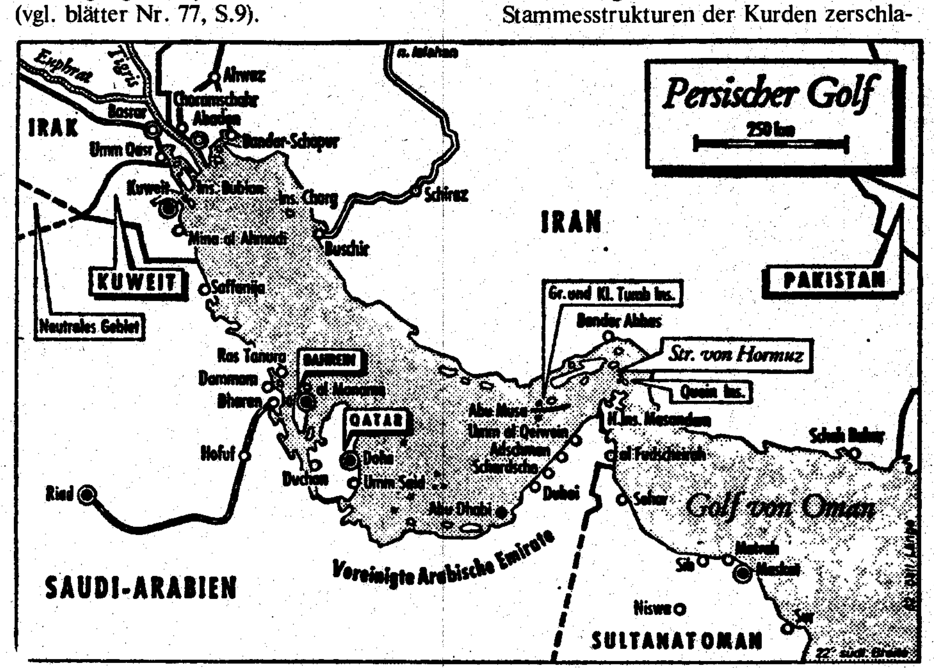
pe domoniert ein relativ kleiner Kreis von Familien aus der Stadt Tikrit nördlich von Bagdad (FT 10.8.79)

Im Jahre 1958 verjagten die „Entwicklungsdiktatoren" Kassem und Aref den von den Engländern eingesetzten Haschemiten - König durch einen Militärputsch. Zehn Jahre später gelangte dann der irakische Flügel der panarabischen Baath - Partei an die Macht und ist bis heute dort geblieben. Alle bisherigen Staatschefs, die ihre Macht durch Repression und eine allmächtige Geheimpolizei zu sichern versuchten , wurden von ihren vormaligen Mitarbeitern oder Mitputschisten mehr oder weniger blutig abgesetzt. Die herrschende Clique muß also ständig auch noch vor Verschwörern aus den eigenen Reihen auf der Hut sein. Der jetzige Staatschef Saddam Hussein al - Takriti (den letzten Teil des Namens mit Hinweis auf die Familienherkunft lässt er gerne weg) löste zwar seinen kränkelnden Vorgänger Bakr auf friedliche Weise ab, begann jedoch gleich danach eine große Säuberungswelle, in deren Verlauf 21 Spitzenfunktionäre, darunter fünf der 21 Mitglieder des revolutionären Kommandorates, erschossen wurden (SZ 3./4.11.79). Ob die „Verschwörer" wirklich einen von Syrien, Israel oder den USA gesteuerten Putsch planten, wie im Irak abwechselnd behauptet wurde, lässt sich nicht sicher entscheiden. Auf jeden Fall hat sich Saddam Hussein mit der blutigen Säuberung für einige Zeit „Ruhe" an der inneren Front gesichert. Gleichzeitig verschwand dadurch das von ihm nicht befürwortete Projekt einer Vereinigung mit Syrien in den Schubladen (vgl. blätter Nr. 77, S.9).

„Befriedung" Kurdistans

Eine Chronik der wechselvollen Kriegsereignisse würde hier zu weit führen. Die irakische Seite wandte jedenfalls unter Einsatz von Panzern und Luftwaffe jedes nur mögliche militärische Mittel an, um die kurdischen Autonomiebestrebungen zu zerschlagen. Seit 1975 versucht man es nun mit anderen Methoden, die zumindest bislang die „Stabilität" der Region sicherstellten. Anders als in der Türkei, wo es offiziell keine Kurden, sondern nur „Bergtürken" gibt, sind die Kurden als nationale Minderheit im Irak politisch voll anerkannt. Ein Autonomiestatut sichert ihnen zunächst formal interne Selbstverwaltung und politische Mitbestimmung im irakischen Staatsverband zu. Die Baath - Ideologie stellt nationale Einheit über religiöse und ethnische Unterschiede: „Mögen alle in der ganzen Welt hören, daß wir im Irak ein vereinigtes Volk sind: Muslime und Christen, Schiiten und Sunniten, Araber und Kurden" (DWMD 12.2.80).

Die irakische Befriedungsstrategie in Kurdistan besteht aus einer Mischung von militärischer Bedrohung und wirtschaftlichen Wohltaten. Überall in der autonomen Region Kurdistan entstehen in den Tälern entlang der Hauptstraßen neue Siedlungen, in die die Kurden aus ihren unzugänglichen Bergdörfern mehr oder weniger zwangsweise umsiedeln sollen. Hier gibt es Krankenversorgung und elektrischen Strom, fließendes Wasser und Schulen — und in jedem Ort, meist etwas erhöht gelegen, eine Armeekaserne.
Durch Integration in den irakischen Staat sollen hier ganz bewußt die bestehenden Stammesstrukturen der Kurden zerschla-

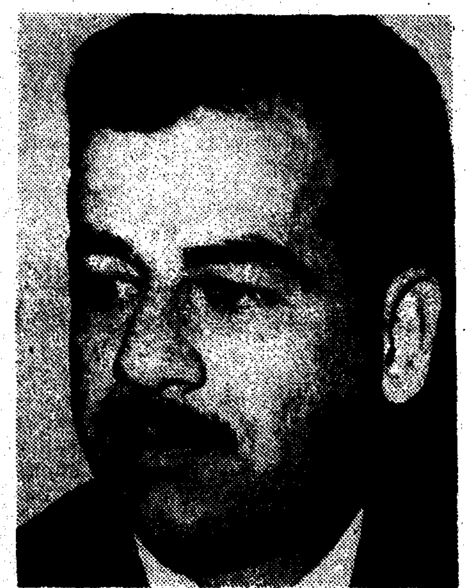


Auch die Kommunisten, seit zwanzig Jahren von bedrängten Machthabern im Irak abwechselnd als Bündnispartner gesucht oder mit scharfer Unterdrückung verfolgt, sahen sich einer neuen brutalen Verhaftungs- und Hinrichtungswelle gegenüber.
Seit es den irakischen Staat gibt, kommt es zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Truppen der Zentralregierung und kurdischen Widerstandsgruppen.

gen werden. Entlang der Grenze des Iraks wird ein entvölkerter „Sicherheitskordon" gezogen, der Kontakte zwischen den Kurden zu beiden Seiten der Grenze unterbinden soll.

Grenzkonflikte mit Iran

Die militärische Möglichkeit für die Integrations - Politik in Kurdistan erhielt die irakische Regierung 1975 vom Schah - Regime in Persien — der Schah stellte näm-



General Saddam Hussein

lich damals recht plötzlich seine Unterstützung für die aufständischen Kurden ein, nachdem er im Abkommen von Algier vom Irak eine Neuregelung der Grenzziehung zwischen den beiden Staaten am Schatt - el - Arab, dem gemeinsamen Mündungsfluß von Euphrat und Tigris, erpresst hatte (FR 18.4.80).

Die Belastung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in der Frage des Grenzverlaufs ist wiederum eine Hypothek aus der Zeit der Engländer.
Die hatten nämlich entgegen allen Gepflogenheiten des Völkerrechts den gesamten Flußlauf den von ihnen kontrollierten Irakern zugeschlagen, so daß die persischen Schiffe auf dem Weg zu ihren eigenen Häfen Korramschar und Abadan durch irakisches Hoheitsgebiet fahren und irakische Lotsen an Bord nehmen mussten. Der Schah erzwang nun praktisch eine Verlegung der Grenze in die Flußmitte, was heute vom Irak als ungerechtfertigt angesehen wird und einen der wichtigsten strategischen Streitpunkte in den Auseinandersetzungen ausmacht.
Noch wichtiger für Bagdad ist die Rückgewinnug der drei Inseln in der Straße von Hormuz (Groß- und Klein - Tumb und Abu Musa), die 1971 vom Schah annektiert worden waren.

Sie kontrollieren die Einfahrt zum persisch -arabischen Golf und haben damit enorme strategische Bedeutung sowohl für die Versorgung Irans ud Iraks als auch für den Ölexport der gesamten Region — bei den amerikanischen Planspielen zur Verminung des Golfes dürften sie ebenfalls eine erhebliche Rolle spielen.
Irak reklamiert diese Inseln nicht für sich, sondern will sie wieder arabischer Souveränität unterstellt wissen, was von Teheran heftig abgelehnt wird. Die ultimative Aufforderung zur Rückgabe der drei Inseln vom 6. April brachte der irakischen Führung in allen arabischen Staaten Sympathie ein (HB 18./19.4.80) und führte zu heftigen Grenzzwischenfällen. Auch die PLO, die ansonsten ihre Vermittlung im Konflikt angeboten hat, trat für die Herausgabe der Inseln ein (DWMD 8.4.80).

Der Streit um die besetzten Inseln im Golf und um die Schiffahrtsrechte auf dem Grenzfluß Schatt - el -Arab machen eine wichtige Komponente im iranisch - irakischen Konflikt deutlich: es geht um Machtpositionen am Golf. Die Rolle der Führungsmacht und des Golf - Polizisten hat sehr lange der Iran unter dem Schah gespielt. Von den USA furchterregend aufgerüstet und von scheinbar unangreifbarer innerer Stabilität, konnte das Schah - Regime den arabischen Nachbarn seinen Willen aufzwingen udn sogar jenseits des Golfes im Oman militärisch gegen die Dhofar - Befreiungsbewegung vorgehen.

Das ist nun vorrüber. Die iranische Armee erscheint bedeutend geschwächt und desorganisiert, die Truppen aus Oman sind zurückgezogen. Viel Militär wird zur Niederhaltung der nationalen Minderheiten gebunden.
Gleichzeitig hat der Irak an Einfluß gewonnen. Nach der Festigung der Machtposition der Baath - Partei und Saddam Husseins, der zumindest derzeitigen „Lösung" der Kurdenfrage fängt der Irak zum ersten Mal in seine Geschichte an, richtig Außenpolitik zu machen. Zwar hat sich der Irak verbalradikal immer an die Spitze der Gegner Israels gestellt, doch war die Teilnahme an den Kriegen gegen Israel eher symbolischer Art. Die USA hat der Irak stets am lautesten beschimpft, auch die 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen nicht wieder aufgenommen, doch ist der Import des Irak aus den USA beständig gestiegen. Nun hat die Isolierung Ägyptzens wegen der Kollaboration mit Israel die Rolle der arabischen Führungsmacht freigemacht, die seit Nassers Zeiten die Präsidenten am Nil innehatten. Diese Rolle möchte der Irak gerne ausfüllen. Das reiche Saudi - Arabien ist dazu militärisch zu schwach und politisch zu reaktionär; Syrien hat interne Probleme und sich offensichtlich mit der Besetzung Libanons übernommen; Lybien und Marrokko wenden sich verstärkt nordafrikanischen Problemen zu (Tschad/Westsahara).

Wettstreit der Ideologien

Die panarabische und wenig religiöse Ideologie der Baath - Partei, die in Syrien und Irak regiert, kommt diesen Ambitionen entgegen. Präsident Saddam Hussein hat am 8. Februar mit der Aufstellung einer panarabischen Deklaration seinen Führungsanspruch begründet (DWMD 12.2.80) Hauptpunkte der Deklaration: Ablehnung der Präsenz ausländischer Truppen im arabischen Heimatland, Solidarität, Blockfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit der arabischen Länder.

Diese Prinzipien richten sich genauso gegen die Großmächte und Israel wie gegen den Iran und teffen den Kern der großen ideologischen Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak.
Auf der einen Seite steht die panarabische Auffassung, die die Araber aller Staaten als *eine Nation* auffasst, also auf der ethnischen und sprachlichen Einheit aufbaut, und religiöse, einzelstaatliche oder klassenmässige Widersprüche als zweitrangig betrachtet. Die zahlreichen, allerdings alle-

samt an Partikularinteressen gescheiterten Vereinigungs - Versuche arabischer Staaten verdeutlichen dies. Die arabische Nation wird durch die Klammer der gemeinsamen Sprache und kulturellen Tradition zusammengehalten, nicht jedoch durch die islamische Religion, der ja auch zahlreiche nichtarabische Völker vom Iran bis China angehören. Auch sind etliche christliche Gemeinschaften wie die Kopten in Ägypten und die Maroniten im Libanon der arabischen Nation zuzurechnen.
Der *panarabischen* Auffasung Iraks steht diametral die *panislamische* Haltung Irans gegenüber. „Im Islam (gibt) es ein Problem der Geographie, Rasse oder Sprache ... Für den Islam (gibt es) Iran und Irak als solche nicht. Die gesamte Welt richtet heute ihr besonderes Interesse auf unsere islamische Revolution und unseren Führer. Von den Phillippinen, aus Eritrea und Palästina kommen sie in unser Land, und alle anerkennen das Führertum von Imam Khomeiny", hieß es in einer arabischen Sendung von Radio Teheran (DWMD 15.4.80). „Erhebt euch gegen die sündhafte Regierung im Irak! Bekämpft sie, denn Gott verheißt euch den Sieg!" hetzte der Ajatollah Schirazi an gleicher Stelle (DWMD 22.2.80). Der schiitische Islam Khomeinischer Prägung ist mit der panarabischen nationalistischen Ideologie in der Tradition Nassers nicht zu vereinbaren, obwohl sich auch der Irak auf den Islam beruft.

Schiiten im Irak

Der Streit bewegt sich jedoch keineswegs nur auf der ideologischen Ebene, sondern hat sehr reale Hinsergründe: Die iranische Ölprovinl Khusistan, vom Irak nur Arabistan genannt, wird fast ausschließlcih von Arabern bewohnt, die sich genauso wie die anderen nationalen Minderheiten des Iran von der islamisch - persischen Verfassung und Politik Khomeinys unterdrückt fühlen (vgl. „blätter" Nr.79, S.9). Zahlreiche Anschläge auf Öl - Pipelines und Attentate in der Provinz dürften vom Irak ideologisch und materiell unterstürtzt worden sein, vielleicht auch die Botschaftsbesetzung in London. Gleichzeitig übt der Iran einen starken Einfluß auf die schiitische Bevölkerungsmehrheit des Irak auf. „Früher hatte sie in Najaf und Kerbela eigenständige politische und soziale Zentren. Heute versucht der zentralistische Staat, Bagdad als Ersatz auszubauen. Die Identitä der heiligen Städte geht allmählich verloren. Neue Häuser und Renommierbauwerke erdrücken die heiligen Moscheen" (taz 16.4.80)
Zunehmend verüben schiitische Selbstmordkommandos Attentate auf Repräsentanten des irakischen Staates, wie am ersten April auf den christlichen Vizepräsidenten Tareek Aziz (JA 16.4.80).
Das Oberhaupt der irakischen Schiiten, Ahatollah Bakr as - Sadr, wurde monatelang unter Hausarrest gestellt und kürzlich offenbar sogar ins Gefängnis geworfen. Die irakische Regierung ist dazu übergegangen, Tausende von Iranern in Lastwagen zu verladen und über die Grenze zu schaffen, so daß im Iran schon regelrechte Flüchtlingslager entstehen.

Dem Imperialismus in die Hände gearbeitet

Mit der Sowjetunion hat der Irak einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen, ist jedoch nie in Abhängigkeit geraten. Da die Sowjetunion mit der Lieferung von Waffen zögernd umging, hat sich der Irak weitgehend mit französischen und italienischen Militärgütern aufgerüstet. Die Beziehungen zur Sowjetunion haben sich in der letzten Zeit stark abgekühlt. Irak hat den Einmarsch in Afghanistan heftig kritisiert. Im Streit mit Iran unterstützt die Sowjetunion heute eher den persischen Ajatollah.

Nach eigener Aussage sehen beide Länder ihren Hauptfeind in den USA. Der Iran hält mit Hilfe der Geiselaffäre die antiamerikanischen Emotionen am Kochen und lenkt damit von der innenpolitischen Konzeptionslosigkeit und zunehmenden Repression ab. Der Irak will von Beziehungen zu den USA so lange nichts wissen, wie die Amerikaner Israel und die Camp - David - Vereinbarungen unterstützen.
Iran und Irak werfen sich gegenseitig heimliche Zusammenarbeit mit den Amerikanern vor. Tatsächlich aber handeln weder Iran noch Irak als Marionetten des Imperialismus, sondern auf Grund von eigenen Ideen und Zielen. Dennoch arbeiten sie objektiv den imperialistischen Mächten in die Hände. Etwas besseres als ein Krieg zwischen den verfeindeten Golf - Anliegern kann den Amerikanern kaum passieren. Oberkriegstreiber Brzezinski teilte genüßlich mit, die USA sähen sich „unter Umständen" gewungen, „geeignete Maßnahmen" zu ergreifen, also militärisch die eigenen Interessen durchzusetzen. (Bad. Zeit. 13.4.80).

Die Kriegsvorbereitungen in Iran und Irak sind gefährlich für die Unabhängigkeit der ganzen Region!

sth

Tschad

Der Kampf um die Macht

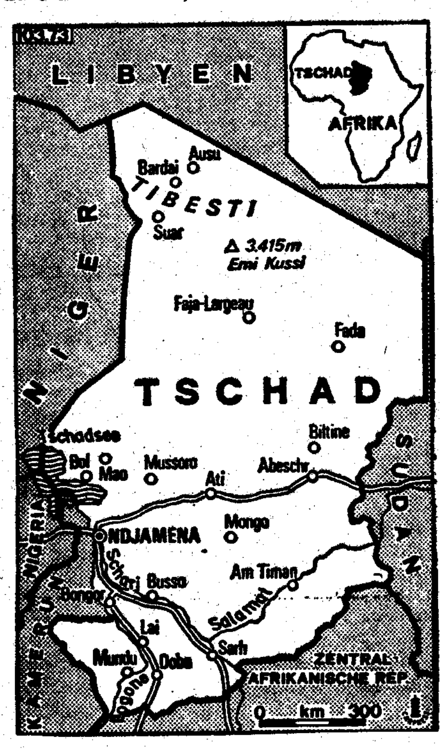
Die im Februar im Tschad erneut ausgebrochenen Kämpfe haben zu einem abermaligen Höhepunkt im Bürgerkrieg geführt. Die Hintergründe dieser Auseinandersetzungen sind aber weder Stammes- noch Religionskonflikte, sondern es geht im Endeffekt darum, welcher der streitenden Parteien die Kontrolle über den Staatsapparat zufällt. Angesichts der massiven Waffenhilfe, die die Hauptkontrahenten in zunehmendem Maße von Libyen einerseits und Ägypten andererseits erhalten, liegt der Gedanke an einen „Stellvertreterkrieg" allerdings nicht mehr so fern.

Mit den nun schon zwei Monate andauernden schweren Kämpfen in N'Djamena, der Hauptstadt des zentralafrikanischen Staates Tschad, scheint der dort seit über 14 Jahren tobende Bürgerkrieg einen neuen Höhepunkt erreicht zu haben.
Ob man allerding überhaupt noch von einem „Bürger" - Krieg sprechen kann, scheint indessen mehr als fraglich. „Bürger" nämlich — d.h. eine Personengruppe, die sich als nationale, „ihrem" Staat verbundene Gemeinschaft empfindet — hat es im Tschad, diesem Produkt willkürlicher kolonialer Grenzziehungen, im Grunde nie gegeben und was zumindest auf der formalen Ebene der Verwaltung einmal ein Staat gewesen war, ist spätestens seit diesem Februar in die verschiedenen Einflußzonen der sich gegenseitig bekämpfenden politischen Gruppen zerfallen.
Auch mit „Tribalismus", dem für die Kennzeichnung politischer Konflikte in Afrika so beliebten Schlagwort, haben die jetzigen Kämpfe nichts mehr zu tun — wenn sie es überhaupt je hatten — genauso wenig wie mit religiösen Auseinandersetzungen zwischen Islam und Christentum. Denn was heute im Vordergrund steht, sind reine Machtkämpfe miteinander verfeindeter politischer Führer und ihrer jeweiligen Privatarmeen, wobei die Fronten quer durch die ethnischen, religiösen und politischen Lager verlaufen.
Hauptakteure in diesen Auseinandersetzungen sind einerseits Goukouni Oueddai, Präsident der im letzten Herbst mit Mühe und Not gebildeten „Provisorischen Regierung der nationalen Einheit" und gleichzeitig Kommandeur der von ihm gegründeten FAP (Forces Armées Populaires) und andererseits Hissen Habre, Verteidigungsminister der gleichen Regierung und ebenfalls Kommandeur einer Privatarmee, der FAN (Forces Armées du Nord), in Europa berühmt - berüchtigt geworden durch die mehr als drei Jahre andauernde Entführung der französischen Ethnologin Francoise Claustre.
Beide Männer stammen, ebenso wie ihre Armeen, aus dem islamischen Norden und beide hatten früher in der heute heillos zersplitterten und quasi nicht mehr existenten FROLINAT (Front National pour la Libération du Tschad) für eine größere Selbständigkeit dieses Nordens gegenüber der vom christlichen Süden beherrschten Zentralregierung gekämpft.

Eben dieser Süden steht heute aber, in des Person der Gendarmerieobersten Abdelkader Kamougué und seiner FAT (Forces Armées Tschadiennes — praktische die Reste der ehemaligen Regierungstruppen) nicht nur an der Seite Goukounis, sondern wie dieser erhält er auch eine massive Unterstützung Libyens!
Was die ganze Sache aber noch verworrener macht: keiner der beiden, der ‚muslimische' Goukouni nicht und schon gar nicht der „christliche" Kamougué sind tatsächlich Parteigänger Gaddafis;

beide betrachten ihn langfristig vielmehr als gefährliche Bedrohung ihrer jeweiligen eigenen Machtsphäre und nur die im Augenblick überlegene militärische Position Habres — der übrigens schon immer vor Gaddafis nach Süden gerichteter Expansionspolitik gewarnt hatte und deshalb zur Zeit auch dessen Hauptgegner im Tschad ist — brachte diese prekäre Allianz überhaupt zustande.

Gaddafis wirkliche Anhänger im Tschad werden indessen von der dritten Kraft in der anti - Habre - Allianz gebildet, nämlich der FAC unter Ahmat Acyl (Front d'Action Commune), ein Kampfbündnis mehrerer, ebenfalls aus der FROLINAT hervorgegangener islamischer pro - Gaddafi - Gruppen. Sie sollen unter anderem auch von DDR - Militärberatern ausgebildet werden.
Wie kam diese verwirrende Situation, in der offenbar keine klaren Fronten mehr zu erkennen sind, zustande?



Wie fast überall in Afrika muß man, um die Gründe zu finden, bis in die Kolonialzeit zurückgehen.

Die koloniale Vergangenheit

Als der Tschad 1960 unter dem damaligen Präsidenten Tombalbaye in die Unabhängigkeit „entlassen" wurde, war der Staat im Grunde nichts weiter als ein künstliches, nach dem Vorbild des „Mutterlandes" geformtes Gebilde in der Hand einiger privilegierter, ebenfalls an den Werten Frankreichs ausgerichteter Bürokraten. Die Völkerschaften, die dieser Staat innerhalb seiner willkürlich gezogenen Grenzen zusammenfaßte, besaßen weder ein Gefühl der nationalen Gemeinschaft, noch dachten sie daran, ein solches zu entwickeln. Zu groß waren die kulturellen, ethnischen und religiösen Unterschiede zwischen ihnen, als daß sie diesen Staat je als ihren gemeinsamen hätten anerkennen können.

Jedoch war und ist diese Situation der kulturellen und ethnischen Zersplitterung typisch für fast alle nachkolonialen Staaten Afrikas, ohne daß sie deswegen aber überall zu den gleichen blutigen Auseinandersetzungen wie im Tschad geführt hätte. Auch wenn man einräumt, daß die kulturellen Unterschiede im Tschad besonders groß waren — liegt er doch genau an der Grenze zwischen dem sog. „weißen" und „schwarzen" Afrika, die das Land in einen islamisierten, arabisierten Norden und einen christlich - animistischen, „negriden" Süden teilt -muß das noch lange nicht zum Krieg führen: die beiden Gruppen hätten ja auch ohne weiteres nebeneinander her leben oder sich ganz einfach stillschweigend auseinanderentwickeln können.

Die eigentliche Sprengkraft der ganzen Situation rührte indessen eben nicht allein von der Tatsache her, daß die Kolonialmacht unterschiedliche Volksgruppen in ein einheitliches Staatsgebilde förmlich hineingezwungen hatte, sondern mehr daher, daß sie gleichzeitig auch eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingeleitet hatte, die den Süden eindeutig begünstigte und die letztlich der Grund dafür war, daß dieser nach der Unabhängigkeit den Norden auch politisch zu dominieren versuchte.

So machten die Franzosen den Süden von Anfang an zum Zentrum ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten. Denn nur hier im „Tschad utile", dem nützlichen Tschad, wie die Kolonialisten sagten, und nicht im trockenen, regenarmen Norden konnte der lukrative Baumwollanbau betrieben werden, und nur hier gab es, anders als im Norden mit seinen nur schwer kontrollierbaren und rebellischen Nomaden, eine seßhafte Bauernbevölkerung, die man als billige Arbeitskraft einsetzen konnte. Die Folgen dieser Politik waren extreme regionale Entwicklungs- und Einkommensungleichheiten sowie ein fast uneinholbarer Modernisierungsvorsprung des Südens. Hinzu kam, daß der Süden auch zum Zentrum der kulturellen und administrativen Beherrschung wurde: zwei Drittel aller Schulen wurden hier gebaut und sowohl die einheimische Bürokratie als auch die künftige politische „Elite" rekrutierte sich fast ausschließlich aus dem Süden.

Die neo - koloniale Gegenwart

An diesen Verhältnissen änderte sich auch nach der Unabhängigkeit nichts. Nach wie vor konzentrierten sich die Investitionen und Entwicklungshilfen sowie alle infrastrukturellen Maßnahmen des neuen Staates im Süden. Dem Norden dagegen präsentierte sich der „Unabhängigkeitsstaat" — der im übrigen den gleichen rigiden Zentralismus verfocht wie sein kolonialer Vorgänger — nur in der Form arroganter Beamter, die, ohne eine nennenswerte Gegenleistung zu bieten, Steuern eintrieben, die obendrein bis zu viermal so hoch waren wie im Süden.

Entsprechend wuchs im Norden die Unzufriedenheit, bis schließlich 1966 unter Führung der FROLINAT der bewaffnete Aufstand gegen die verhaßte Zentralregierung losbrach. Obwohl intern bald in verschiedene Fraktionen zerfallen, war die FROLINAT militärisch dennoch durchaus erfolgreich, wobei sich vor allem die beiden späteren Todfeinde Goukouni und Habre als geschickte Guerilla - Führer herauskristallisierten. Der entscheidende Schlag gegen die Zentralregierung gelang den Rebellen jedoch nicht.

Das Eingreifen Libyens und Frankreichs

Beides, sowohl der Erfolg des militärischen Flügels der FROLINAT als auch der Widerstand der Zentralregierung waren indessen auf Kräfte zurückzuführen, die, von außen kommend, Ende der sechziger Jahre die politische Bühne betraten und zunehmend versuchten, die Auseinandersetzung zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen auszunutzen: Frankreich, das im Namen der „nationalen Einheit" die Zentrale durch massiven Truppeneinsatz unterstützte, und Libyen, das unter dem Banner der „islamischen Solidarität" die FROLINAT mit Waffen und Geld versorgte.

Daß im Falle Frankreichs die nationale Einheit des Tschads nicht der wahre Beweggrund seines Eingreifens war, lag noch am offensten auf der Hand; denn im Grunde hatte Frankreich seit der Unabhängigkeit die politische Bühne des Tschad gar nicht erst verlassen: französische Berater hatten von Anfang an Regierungs- und Militärmaschine des „jungen Staates" in Schwung gehalten und französische Firmen kontrollierten

nach wie vor die Wirtschaft des Landes, vor allem den wichtigen Baumwollanbau.

Die Tatsache, daß sich der Tschad in der Folgezeit auch als ein an Rohstoffen potentiell reiches Land herausstellte (vor allem Uran und Öl), konnte Frankreich in seinen Absichten nur bestärken — und nicht zuletzt bekam der Tschad in den Planungen der französischen Militärs auch immer mehr die Rolle einer strategisch entscheidenden Drehscheibe für die „Präsenz Frankreichs in Afrika" zugewiesen.



Angehörige einer der vier sich bekämpfenden Tendenzen.

Daß aber auch Libyen die Fahne des Propheten letztlich genauso wenig am Herzen lag wie Frankreich das Ideal des jakobinischen Einheitsstaates, überraschte vielleicht eher, sollte sich jedoch bald 1973 besetzte Libyen über 100 000 qkm uranverdächtigen Territoriums im Norden des Tschad und nachdem die Zentralregierung unter Präsident Tombalaye diese Besetzung schließlich notgedrungen akzeptierte — gegen Zahlung von 50 Mio DM und die Zusicherung, die Rebellen nicht mehr zu unterstützen, stellte Libyen tatsächlich die Waffenlieferungen an die FROLINAT ein und untersagte auch deren Sendungen über Radio Tripolis.

Der Zerfall der Zentralregierung

Trotz dieses Kuhhandels mit Libyen und des nach wie vor unermüdlichen Einsatzes Frankreichs wurde Tombalayes Stellung aber immer unhaltbarer. Als sich dann auch gegen Mitte der siebziger Jahre die wirtschaftliche und innenpolitische Lage im Süden selbst verschlechterte — so verschwanden Millionen von ausländischen Hilfsgeldern, die nach der Dürrekatastrophe 1973 / 74 ins Land geflossen waren, in den Taschen der Bürokratie — wurde Tombalaye 1975 mit Billigung Frankreichs gestürzt und eine Militärregierung unter dem ebenfalls aus dem Süden stammenden Felix Malloum gebildet. Doch auch die Regierung Malloum konnte sich gegen die Rebellen, die inzwischen wieder Unterstützung von Libyen erhielten, nicht mehr durchsetzen als ihre Vorgängerin. Obwohl die Frolinat politisch nach wie vor in unzählige Fraktionen zerfallen blieb — unter anderem spaltete sich jetzt auch Habre, der mit der Annäherung an Libyen nicht einverstanden war, von Goukouni und der FROLINAT ab — ging der militärische Vormarsch weiter, mit dem Ergebnis, daß die Rebellen 1978 schon gut die Hälfte des Landes kontrollierten. Doch da erfuhr die Situation eine überraschende Wendung: Habre, der sich inzwischen mit sudanesischer und ägyptischer Hilfe eine eigene, ihm treu ergebene Truppe aufgebaut hatte, trat in Verhandlungen mit der Zentralregierung!

Das Zweckbündnis Habre — Zentralregierung

Er schloß einen Waffenstillstand mit Malloum und ein Abkommen, das seinen Eintritt in dessen Regierung vorsah. Tatsächlich zog Habre dann im August 1978 mit einem Teil seiner Truppen in N'Djamena ein und übernahm den Posten des Premierministers.

Ohne die aktive Vermittlung Frankreichs — die, was Maloum betraf, wohl eher die Form eines massiven Drucks annahm — dürfte dieses Bündnis der ehemaligen Gegner allerdings kaum zustande gekommen sein. Doch Frankreich, das allmählich erkennen mußte, daß auch Malloum mit den Rebellen nicht fertig werden konnte und dem sein Kolonialkrieg langsam zu kostspielig wurde, wurde zunehmend daran interessiert, wenigstens einen der Rebellenführer zu sich herüberzuziehen, selbst wenn dieser, wie Habre, keine der eigentlichen FROLINAT - Fraktionen mehr repräsentierte. Wie sehr Frankreich die Sache der Zentralregierung zu diesem Zeitpunkt schon als verloren ansah, geht daraus hervor, daß es bereit war, mit einem Mann wie Habre zu paktieren — einem Mann, der nicht nur einer seiner Hauptgegner gewesen war, sondern der es auch in seinem Selbstverständnis als Großmacht stark gedemütigt hatte: durch die spektakuläre Entführung der Ethnologin Francoise Claustre hatte er nicht nur ein Lösegeld von 10 Milzionen DM erpreßt, sondern obendrein hatte er die Frau auch danach erst nach langem Hinhalten und mehreren Wortbrüchen und letztlich nur auf den Druck Libyens und Goukounis hin endlich freigegeeben.

Der Zerfall des Staates

Wie jedoch zu erwarten war, hielt das Zweckbündnis zwischen Habre und Malloum nicht lange. Im Februar 1979 schlägt Habre, der in der Zwischenzeit seine militärische Position in N'Djamena ausgebaut hatte, gegen Malloum los. Zwischen den Truppen der beiden kommt es zu einem erbitterten Kampf, der tausende von Menschenleben kostet und nur wegen des abermaligen Dazwischengehens Frankreichs nicht mit einem totalen Sieg Habres endet. Doch Malloums Ende ist nicht mehr aufzuhalten, denn nun marschieren auch Goukounis Leute, der sich inzwischen wieder von Libyen und der Rest - FROLINAT entfernt und Habre genähert hatte, auf N'Djamena zu. Der Tschad als staatliche Einheit zerfällt zusehends: während sich Habre und Goukouni anschicken, unabhängig von der ursprünglichen FROLINAT die Macht in der Hauptstadt zu übernehmen, zieht sich die Regierungsarmee, begleitet von unzähligen Flüchtlingen und dem ebenfalls in Auflösung begriffenen Behördenapparat, in den äußersten Süden zurück, wo es jetzt zu Massakern an der muslimischen Minderheit kommt.
Neuer starker Mann des Südens, der jetzt im Grunde genauso den Staatsverband verlassen hat wie früher der Norden, wird der „christliche" Gendameriеoberst Kamougué. Diesen wiederum beginnt nun Libyen — neue Variante des Spiels — mit Hilfe reichlicher, über eine Luftbrücke geschickter Waffenlieferungen aufzubauen, als Gegengewicht gegen seine abgefallenen „Glaubensbrüder" Goukouni und Habre.
Im Laufe des weiteren Jahres kommt es dann auf Veranlassung Frankreichs und erstmals auch Nigerias, das als „regionale Großmacht" um Stabilität in seinem Grenzbereich besorgt ist, zu mehreren Zusammentreffen aller beteiligten Parteien, einschießlich aller Nachbarstaaten und der pro - libyschen, aber nicht direkt am Kampf beteiligten Rest - FROLINAT. Das mühsam ausgehandelte Ergebnis sieht schließlich eine provisorische Übergangsregierung unter Beteiligung aller Parteien und Gruppierungen vor — die sog. Regierung der „elf Tendenzen" — mit Goukouni als Präsidenten, Kamougue als Vize - Präsidenten und Habre als Verteidigungsminister. (Malloum hatte unterdessen schon längst in Nigeria Zuflucht gesucht). Die französischen Einheiten, zuletzt immer noch 1 200 Mann stark, sollen ebenso wie die Armeen Goukounis und Habres abziehen und durch eine pan - afrikanische Friedenstruppe ersetzt werden.

Wenngleich auch formal von allen Beteiligten akzeptiert, blieb dieser Kompromiß in der Praxis doch nur ein bedeutungsloses Stück Papier mehr: die Minister der „Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit" traten fast nie zusammen — Vize - Präsident Kamougué hatte es ohnehin vorgezogen, im sicheren Süden zu bleiben — und wenn, dann nur im Schutz schwer bewaffneter Leibgarden. Weder zogen Goukounis und Habres Privatarmeen ab, noch die Franzosen — sie wurden von Habre, dem Verteidigungsminister einer nicht mehr bestehenden Regierungsarmee vielmehr zum Bleiben ermuntert — und die pan - afrikanische Friedenstruppe tauchte bis auf eine kongolesische Einheit gar nicht erst auf.

Der Endkampf um die Macht

So sah die Situation im Februar 1980 aus, als die Kämpfe erneut ausbrachen, diesmal, wie eingangs beschrieben zwischen Habre, der jetzt immer mehr Waffenhilfe von Ägypten — dem Widersacher Libyens! — und sogar von Saudi - Arabien erhält und Goukouni, der nun wieder auf der Seite Libyens steht.
Der unmittelbare Anlaß für das Wiederaufflammen der Kämpfe, die bis jetzt schon den Tod Tausender und die Flucht Zehntausender zur Folge hatten, ist nicht bekannt, im Grunde aber auch schon zweitrangig. Worum es geht ist, um es noch einmal zu betonen, weder ein Stammes- noch ein Religions- und schon gar nicht ein Klassenkrieg. Es geht allein um die Machtfrage, die die beiden entscheidenden Akteure jetzt ein für alle Male klären wollen. Und in einem Nomaden- und Bauernstaat wie dem Tschad, dessen moderner ökonomischer Bereich nur schwach entwickelt ist und der klassenmäßig kaum differenziert ist, bedeutet Macht letztlich eben die Kontrolle über den Staatsapparat. Denn nur wer diesen in der Hand hält, erlangt Zugang zu den einzig entscheidenden materiellen Ressourcen, die eine Gesellschaft wie der Tschad bietet: Steuergelder, ausländische Entwicklungs- und Bestechungsgelder, Ämter und politische Pfründen.

Allerdings könnte im Tschad die Situation eintreten, daß der Preis, um den hier so erbittert gekämpft wird, angesichts des fortschreitenden ökonomischen und politischen Zerfalls im Grunde schon nicht mehr existiert.

Ob es Habre sein wird, der aus dem allgemeinen Chaos als Sieger hervorgehen wird, ist im übrigen äußerst fraglich, angesichts der Tatsache, daß sowohl er als auch die gegen ihn gerichtete Koalition militärisch etwa gleich stark sein dürfte. Und selbst wenn Habre schließlich doch geschlagen werden sollte, wäre damit noch lange kein Ende der Kämpfe in Sicht, ist doch die derzeitige anti - Habre - Koalition eben nur ein Zweckbündnis auf Zeit, das den Keim neuer Auseinandersetzungen schon in sich trägt.

Wahrscheinlich aber liegt die Entscheidung über den endgültigen Ausgang der Kämpfe schon gar nicht mehr im Tschad, und auch nicht mehr in Paris, obwohl es nach wie vor einen Fuß in der Tür zu halten versucht, sondern in Tripolis oder in Kairo, wenn nicht gar in Moskau oder Washington, wo die nicht versiegenden Ströme der Waffen, die sich in den Tschad ergießen, letztlich ihren Ursprung haben. Überlegungen auf dieser globalen Ebene können freilich einstweilen nur Spekulationen bleiben, aber die potentiellen Bodenschätze des Tschad geben zu denken und das Wort vom „Stellvertreterkrieg" ist schon mehrfach gefallen. Sollten sich diese Befürchtungen aber bewahrheiten, dann dürften die Leiden der Bevölkerung, auf deren Rücken alle diese Auseinandersetzungen ausgetragen werden, noch längst nicht zu Ende sein.

Frank Ballot

Quellen:
FR: 3.6.78, 9.3.79, 23.8.79, 28.3.80;FAZ: 10.3.79, 3.4.80;NZZ: 4.6.79; SZ: 21.2.79, 19.3.79, 31.5.79; Tages - Anzeiger: 21.2.79; Guar.: 11.4.79, 19.9.79; Le Monde: 14.3.79, 13.6.78, 24.4.79, 27.5.79, 13.2.80, 26.3.80, 27.3.80; Le Monde Diplomatique: 16.4.79, 20.3.80; Libération: 312.3.80, 25.3.80, 26.3.80; TAZ: 27.4.80. 8.4.80; Jeune Afrique: 16.4.80; afrique asie: 31.3.80; Le Nouvel Observateur: 31.3.80; L'Express: 19.4.80; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt: 13.4.80; Der Spiegel: 4.9.78.

Bolivien

AUFRUF

Mit Bestürzung hat die Weltöffentlichkeit am 25. März die brutale Ermordung des Erzbischofs von El Salvador Romero zur Kenntnis genommen.

Zur gleichen Zeit haben wir erfahren, daß auch in Bolivien ein katholischer Geistlicher grausam gefoltert und ermordet wurde. Seine Leiche wurde in La Paz gefesselt, mißhandelt und mit mehreren Schußverletzungen aufgefunden. Der Jesuitenpater *Luis Espinal* war Chefredakteur und Herausgeber der einzigen fortschrittlichen Zeitung Boliviens, der Wochenzeitung "Aqui", auf die schon Ende Januar ein Bombenanschlag verübt wurde, der die Redaktionsräume zerstörte. Zusätzlich war L. Espinal der bekannteste Filmkritiker und -theoretiker des Landes. Er veröffentlichte eine Reihe von theoretischen Schriften zur Film- und Medienwissenschaft, ein Fach, das er auch an der Universität lehrte.

Seine Arbeit war ausgerichtet auf Bewußtseinsbildung und Erkennen der sozialen Ungerechtigkeiten. Wer ihn kannte, schätzte in ihm einen persönlich bescheidenen und konsequenten Menschen. Er setzte sich unermüdlich für die Menschenrechte und den Demokratisierungsprozeß seines Landes ein.

L. Espinal ist ein politisches Opfer, an dem Brutalität der Urheber deutlich wird. Paramilitärische rechtsextreme Gruppen, wie sie in lateinamerikanischen Ländern mittlerweile offen operieren, versuchen, durch bewaffnete Anschläge und Attentate das Volk einzuschüchtern und ein Klima von Chaos und Anarchie zu schaffen. Sie wollen dadurch die erreichten demokratischen Freiheiten beseitigen, die Machtergreifung rechter Militärs vorbereiten und damit auf Zustände wie in Chile und Argentinien zusteuern.

L. Espinal hat sich bis zuletzt nachdrücklich für den Demokratisierungsprozeß eingesetzt und stand deshalb den rechten Kräften im Weg. Wir protestieren gegen diesen brutalen Mord an Luis Espinal auf schärfste, und wir fordern alle demokratischen Kräfte in den Kirchen, den Medien und den entwicklungspolitischen Organisationen auf, ihrer Empörung und ihrem Protest Ausdruck zu geben in Briefen und / oder Telegrammen an:

Precensia (Tageszeitung)
Edificio Esperanza
La Paz - Bolivia

Radio Fides
La Paz - Bolivia

Asamblea Permanente de
Derechos Humanos de Bolivia
La Paz - Bolivia

P.S. **Vorschlag** für einen Protestbrief

Profundamente conmovidos por el brutal asesinato del respetado sacerdote jesuita **LUIS ESPINAL** transmitimos nuestra maxima indignacion. Exigimos al mismo tiempo en nombre de la justicia un rapido esclarecimiento y la sancion ejemplar de los culpables.

Übersetzung:

Zutiefst empört über den brutalen Mordanschlag auf den hochgeachteten Jesuitenpater **LUIS ESPINAL** übermitteln wir unsere aufrichtige Anteilnahme. Im Namen der Gerechtigkeit fordern wir eine schnelle Aufklärung und eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen.

Berlin, 26.03.80
Bolivien Redaktion der Lateinamerika Nachrichten

Südafrika

Keine Investition im Apartheidsstaat

Handelsembargo, Sanktionen, der Boykott der olympischen Spiele wird von den Regierungen der europäischen Länder als wirksame Möglichkeit gesehen, die Regierung der Sowjetunion und des Irans unter Druck zu setzen.

Als die Regierungen der 3. Welt Staaten in Resolutionen der UNO und der OAU die industrialisierten Staaten aufforderten, durch ein Handelsembargo und Investitionsstopp das Regime in Südafrika unter Druck zu setzen, um die im Untergrund arbeitenden Befreiungsbewegungen und Gewerkschaften im Kampf gegen das Apartheidsystem zu unterstützen, wurden diese berechtigten Forderungen von den Industriestaaten abgelehnt bzw. versucht zu umgehen.

Auch als die afrikanischen Staaten 1976 die olympischen Spiele wegen der Teilnahme südafrikanischer Sportler boykottierten, um damit ihre Entschlossenheit im Kampf gegen das faschistische Regime in Südafrika auszudrücken, ist von den Staaten, die heute zum Boykott der olympischen Spiele aufrufen, diese Kampagne damit abgetan worden, Sport solle mit Politik nichts zu tun haben.

Die internationalen Forderungen nach Sanktionen bringt die Regierungen der europäischen Länder und der USA in arge Bedrängnis, da fast alle bedeutenden Konzerne und Unternehmen in Südafrika investieren, um von dem System der brutalen Entrechtung, Ausbeutung und Unterdrückung der schwarzen Arbeiter zu profitieren. So ist Südafrika einer der großen Handelspartner der BRD.

Um weiterhin den Konzernen und Unternehmen den „wirtschaftlichen Ertrag" im Südafrika - Geschäft zu sichern, müssen sich die Regierungen der EG - Staaten und USA etwas einfallen lassen, denn die Beschlüsse der UNO und OAU einfach zu übergehen, bedeutet den Handel mit der 3. Welt insgesamt zu gefährden. Um dem Druck nach dem geforderten Handelsembargo zu entgehen, stellten die Regierungen der USA, Kanadas, Großbritaniens und die europäische Gemeinschaft im September 1977 einen Verhaltenskodex für Unternehmen mit Tochterunternehmen, Filialen und Vertretungen in Südafrika aus, hauptsächlich um bei Arbeitsverträgen dieser Firmen humanitäre und soziale Bedingungen dem Rassismus im südafrikanischen Alltag entgegenzusetzen. Das sollte international den Eindruck vermitteln, daß auch die Länder der EG einen Beitrag im Kampf gegen das Apartheidsystem leisten und die Forderungen nach Sanktionen ablösen. Den betroffenen Firmen wurde auferlegt, jährlich den Regierungen der 9 EG - Staaten einen Bericht über die Einhaltung der „Anti - Apartheid - Verhaltensregeln" vorzulegen. Wohl mehr aus Angst vor einer staatlich verordneten Sanktionspolitik haben die Unternehmen sich zu diesem Verhaltenskodex bekannt mit der Haltung das kleinere Übel zu wählen.



Siemens-Arbeiter in Südafrika

Im gleichen Zuge hat das südafrikanische Regime unter Botha auf die internationale Stimmung gegen das Apartheidsystem reagiert, um auch weiterhin ausländische Investitutionen ins Land zu holen. Er kündigte im Frühjahr an, daß schrittweise das Apartheidsystem zugunsten einer freien Marktwirtschaft abgebaut wird. Unter der sog. Wiehankommission (vgl. iz3w Nr. 78 und 81) empfohlene Strategie sah vor:

a. daß schwarze Gewerkschaften anerkannt werden sollen,
b. daß Schwarzen eine verbesserte Ausbildung zugestanden wird und die „job reservation", die Weißen die höherbezahlten Stellungen sichert, abgebaut wird.
c. und daß es in den Betrieben keine getrennten Toiletten, Kantinen und ähnliches mehr geben soll.

Dahinter läßt sich auch die Strategie erkennen, daß sich eine schwarze Mittelschicht herausbilden soll, die zur Stabilisierung des bestehenden Systems beitragen könnte, da sie im Gegensatz der recht- und mittellosen Masse der schwarzen Arbeiter davon profitieren. So haben auch mehrere schwarze Gewerkschaften, die verboten sind und im Untergrund arbeiten, den Wiehanbericht heftig kritisiert: „Der Wiehanbericht ist ein bewußter Versuch zur Täuschung der Welt. Das ist keine Änderung, sondern ein geschicktes Täuschungsmanöver an die Adresse der westlichen Welt," so der Gewerkschaftssekretär der Organisation afrikanischer Gewerschaften Denis Akumu in Genf vor Journalisten während einer Weltarbeitstagung.

Inzwischen haben sich beide Initiativen als das entlarvt, was sie von Anfang an waren: Ein Täuschungsmanöver, damit weiter in Südafrika investiert werden kann. Der „Reformeifer" Bothas ist erloschen, u.a. hat sich die wirtschaftliche Situation Südafrikas gebessert, durch die enormen Goldpreissteigerungen und eine rege Investitionstätigkeit. (VW in Südafrika wird z.B. 35 Mio. Rand investieren, FR 24.5.79) Botha hat in der ersten Parlamentsdebatte dieses Jahres eine wesentliche Änderung des Apartheidsystems abgelehnt und die Mahnungen aus dem Ausland als Einmischung in die internen Angelegenheiten Südafrikas abgetan. (siehe blätter des iz3w, Nr. 84)
Bei der Befragung deutscher Firmen über die Verwirklichung des sogenannten Antiapartheidkodex haben von 9 Firmen 6 die Antwort verweigert: Daimler Benz, Magirus Deutz, AEG - Telefunken und die Olympiawerke. BMW verbietet jede gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb. Siemens, Bosch und VW hatten sich zu der Anfrage nur sehr allgemein geäussert, und lediglich VW verhandle bisher mit einer schwarzen Gewerkschaft. (FR 24.5.79)
In einer Studie des kirchlichen Dienstes der Arbeitswelt wird über die Einhaltung und Verwirklichung des Antiapartheidkodex südafrikanischer Filialen deutscher Großunternehmen festgestellt (FR Dokumentation 10.12.79), daß keine der untersuchten 18 Firmen den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" oder die EG - Forderung nach einem Mindestlohn von 150 % das Existenzminimums befolgt. Keine der untersuchten Firmen verhandelt mit einer schwarzen Gewerkschaft.
Die Berichte des Management über die praktizierte Anwendung der EG Verhaltensreglen — den Regierungen der EG - Staaten jedes Jahr vorzulegen — seien so allgemein, daß sie nichts beweisen. Die untersuchungen und Befragung schwarzer Arbeitskollegen beweist, daß sich an der rassistischen Haltung der deutschen Arbeitgeber in Südafrika nichts geändert hat.

In dem Bericht über ein Südafrikaseminar der IG Metall in der FR vom 17.4.80, bei der die Tätigkeit von VW Südafrika im Mittelpunkt stand, heißt es, die Geschäftsleitung dort sein aufgeschlossen bei der Verwirklichung des EG Kodex, und der Gesamtbetriebsrat von VW Wolfsburg spricht, nach einem Besuch in Südafrika, von bescheidenem Erfolg. Doch beweisst ein detailierter Bericht des Informationszentrum südliches Afrika (FR Dokumentation 24.4.80) über die Tätigkeit von VW Südafrika, daß weiterhin Rassendiskriminierung den Arbeitsalltag prägen. IG Metallchef Loderer selbst vertritt weiterhin das Unternehmerargument Boykottmaßnahmen, Investitionsstop und Handelsembargo treffen nur die Falschen, nähme Schwarzen Arbeitsplätze und letzendlich die Existenzgrundlage. Doch dieses Argu-

ment ist nur für den schlüssig, der aufgrund der bestehenden Verhältnisse dort seine Geschäftsinteressen verwirklichen kann.

Für die Befreiungsbewegungen und die schwarzen Gewerkschaften, allesamt seit 67 verboten und im Untergrund und Exil tätig, sind Investitionen in Südafrika eine Unterstützung des rassistischen Regimes, das sie bekämpfen. Wer dort Geschäfte macht, der baut darauf, daß für die Stabilität solcher Verhältnisse gesorgt ist. Sie, die Investoren, rechnen damit, daß trotz des revolutionären Potentials, gerade im Bereich der Arbeitswelt die Regierung in Südafrika durch Polizeiapparat, Geheimpolizei und dem Passbuchgesetz, das die schwarzen Arbeiter einengt und bis ins letzte kontrolliert, jeglicher bedeutender Widerstand gegen das System zerschlagen werden kann.
Gegenwärtig bemüht man sich die Wirksamkeit von Boykottmaßnahmen und Sanktionen gegenüber Iran und Afghanistan in den Medien herauszustellen. Die Forderung nach einem Investitionsverbot in Südafrika als einzig ernsthafter Beitrag im Kampf gegen das Apartheidsystem, ist gerade gegenwärtig für die Solidaritäts- und Gegenöffentlichkeitsarbeit sinnvoll.

Besonders die Gewerkschaften müssen, wie es das IG Metallseminar beweist, mit dieser Strategie des Solidaritätsbeitrages im Kampf gegen das Apartheidsystem konfrontiert werden.

tsch

Wir sind Fachkräfte in verschiedenen Sparten und mit unterschiedlichen Abschlüssen. Wir sind uns bewußt, daß unsere wohlbehüteten hohen Qualifikationen es sind, die es den sog. Entwicklungsländern so schwer machen, Anschluß zum Weltmarkt zu bekommen — selbst wenn sie es politisch könnten. Wir fühlen uns dabei unwohl, wenn wir unser Wissen dazu mißbraucht sehen, die Abhängigkeit der „Dritten Welt" zu vergrössern, unsere Freizeit aber dann dazu benützen, als Voyeuere der Armut in die betroffenen Länder zu reisen.
Bis jetzt haben wir nur eine Idee. Wir denken an ein Informationsnetz von Fachkräften „hier", die bereit sind, ihr Wissen und ihre Erfahrungen, kurz: ihr Know how an ausgesuchte Länder bzw. Projekte in nebenamtlicher Tätigkeit weiterzugeben. Als weiterer Schritt wäre die Errichtung eines technischen Büros oder der Ankauf eines Kleinbetriebes zur Entwicklung und zum Transfer von „angepaßter" Technologie denkbar. Auf dieser Grundlage könnte auch die Überholung und der anschließende Export von technischen Systemen möglich werden, die hier der Rationalisierung zum Opfer fallen.
Kontaktadresse: Ernst Hilmer, Baustraße 10, 6000 Frankfurt (M) 1 tel. 0611/593689

Liberia

Herrschende Schicht entmachtet

Ein Jahr nach den von der Polizei niedergeschossenen Osterdemonstrationen gegen geplante Reispreiserhöhungen (vgl. blätter des iz3W, Nr. 77, Mai 1979) ist der liberianische Präsident Tolbert am 11. April dieses Jahres durch eine Armeerevolte gestürzt worden. Der neue Machthaber Hauptfeldwebel Samuel Doe holte in sein Kabinett die wichtigsten Oppositionspolitiker direkt aus dem Gefängnis. Die bisher herrschende Schicht der 300 Familien — ausschließlich Nachkommen befreiter USamerikanischer Sklaven, die Mitte des letzten Jahrhunderts ins Land kamen — ist politisch entmachtet. Muß sie auch ihre wirtschaftliche Vormachtstellung aufgeben und werden die multi - nationalen Kautschuk-, Holz- und Minenkonzerne von der neuen Regierung bei ihrer bisher ungehinderten Ausplünderung des Landes in die Schranken gewiesen?

Kurze Geschichte Liberias

Liberia wurde 1847 von ehemaligen nordamerikanischen Sklaven als Republik gegründet. Die Verfassung dieser ersten unabhängigen Republik auf dem afrikanischen Kontinent ähnelt formal der USamerikanischen. Bis zum Sturz Tolberts letzten Monat haben jedoch ausschließlich die zugewanderten Amerikano - Liberianer die Macht in den Händen gehalten. Die Mehrheit der Bevölkerung (über 94 %), die autochtonen Einwohner Liberias wurden von jeder politischen und wirtschaftlichen Macht ferngehalten. Seit 1869 ist die „True Whig Party" an der Macht — Whig steht für: We hope in God, wir hoffen auf Gott. Die herrschende Schicht Liberias ist streng baptistisch. So sehr, daß noch 1974 eine liberianische Delegation den panafrikanischen Kongress in Daressalam verließ, weil der Kongreß sich weigerte, mit einem Gebet zu beginnen (FR 22.6.74).



Die Kolonisatoren verheirateten sich nicht mit den Einheimischen, die überwiegend Naturreligionen anhängen und zum Teil Mohammedaner sind. Die Herrscher essen importierte Lebensmittel und verachten die afrikanischen Speisen, leben in großen Häusern statt in Hütten, fahren klimatisierte — aus den USA importierte — Autos. Sie sprechen keine afrikanische Sprache, sondern Englisch mit dem breiten, weichen Akzent der amerikanischen Südstaaten; kurz: Sie blieben Fremde im Land (FAZ 24.4.80).

Auch die wirtschaftliche Macht — soweit sie überhaupt im Lande selber ausgeübt wird (zu den multinationalen Konzernen siehe unten) — halten die Amerikano - Liberianer fest in ihren Händen. Diese 3,9 % der Bevölkerung erzielen über 60 % des Gesamteinkommens (JA 25.7.79). Tolberts Vater war einer der größten Kaffeeproduzenten des Landes, Tolbert selbst war führender Reisproduzent (Daily Nation, Nairobi, 13.4.80).

Die Vorgeschichte des Umsturzes

Die angekündigte Preiserhöhung für das Grundnahrungsmittel Reis war der Auslöser für eine etwa 7000 Menschen umfassende Demonstration am 14. April letzten Jahres, die von der Polizei blutig niedergeschossen wurde. Nach offiziellen Angaben kamen 76 Demonstranten zu Tode, vermutlich waren es über einhundert, mehrere hundert Demonstranten wurden verletzt (Vgl. NZZ 14.8.79 und blätter des iz3W, Nr. 77).
Aufgerufen zur Demonstration hatte die Progressive Alliance of Liberia (PAL), die 1975 in New York von liberianischen Itudenten gegründet, sich auf einen afrikanischen Sozialismus beruft, dessen Ausgestaltung jedoch nicht näher spezifiziert wird. Die PAL wurde nach den Osterunruhen verboten, über einhundert Personen, darunter auch die Führer des PAL, wurden verhaftet, jedoch unmittelbar vor der OAU - Gipfelkonferenz im Juli wieder freigelassen.
Tolbert versuchte, sein angeschlagenes Image in der Bevölkerung dadurch aufzubessern, daß er verschiedene Minister, die in Bestechungsskandale verwickelt waren und die für den Reispreis verantwortliche Landwirtschaftsministerin aus dem Kabinett entließ (JA 15.8.79). Der Reispreis wurde gesenkt und die Gehälter von Polizisten und Soldaten erhöht. Doch mit der sozialen Ruhe in Liberia war es ein für alle Male vorbei. Im August streikten 4000 Arbeiter der Bergwerksgesellschaft LAMCO — eine liberianisch - US - amerikanisch - schwedische Gesellschaft — für höhere Löhne (Neue 26.9.79, MD 17.10.79).
Auch die politische Opposition blieb nicht untätig. Die PAL beantragte unter dem Namen Progressive People's Party (PPP ihre offizielle Zulassung als Partei — !

her hatte diesen Status nur die herrsc True Whig Party. Am 8.1.1980 wurde offiziell als Partei zugelassen (BadZ 14.4.80). Doch konnte Tolbert damit d oppositionelle Bewegung nicht mehr ka sieren. Im März rief die PPP zu einem unbefristeten Generalstreik bis zum Stu der Regierung Tolbert auf (LM 8.3.).

Dieser Generalsstreik wurde kaum befolgt und so war es ein leichtes für Tolbert, die PPP zu verbieten und über 60 Mitglieder zu verhaften und wegen Hochverrates vor Gericht zu stellen. Die Gerichtsverhandlung sollte am 14.4.80 beginnen, genau ein Jahr nach den blutigen Unruhen gegen die Reispreiserhöhung vom letzten Jahr, und hätten sicherlich mit Todesurteilen für Matthews und seine Leute geendet. Doch dazu kam es nicht, da am 12.4. morgens gegen 1.00 h GMT der Großteil der ca. nur 10 000 Mann starken Armee unter Leitung von Master Sergeant Samuel K. Doe putschte und erschoß Präsident W.R. Tolbert und dessen Wachpersonal.
Von den Putschisten wurde ein 15 köpfiger Rat gebildet, der People's Redemption Council of the Armed Forces of Liberia, der jetzt das oberste Entscheidungsgremium des Landes ist. Flugplätze und Häfen, sowie alle Grenzen wurden geschlossen, um zu verhindern, daß ehemalige Gefolgsleute von Tolbert entkommen können. Über 300 Personen wurden inzwischen verhaftet, doch 258 davon bereits wieder freigelassen.
Als Grund für den Putsch gab Samuel K. Doe (28 Jahre) an, daß die Korruption und Verelendung der Massen sowie die Verletzungen der Menschenrechte durch die Tolbertregierung nicht mehr erträglich waren. Frühere Regierungsmitglieder müssen sich vor einem Militärtribunal verantworten und sind des Hochverrates angeklagt.
Am Sonntag gab das neue Staatsoberhaupt Doe sein Kabinett bekannt, in dem vier PPP Mitglieder führende Positionen innehaben: Matthews — Außenminister, Chea Ceapoc — Justizminister, Oscar Quiah — Innenminister und George Boley — Minister für Präsidentschaftsangelegenheiten. Zwei weitere Mitglieder werden von einer kleinbürgerlich - fortschrittlichen MOJA (Movement of Justice in Africa) gestellt. Während sich die PPP zu einem afrikanischen Sozialismus à la Nyere bekennt. Drei Minister sind aus Tolberts Kabinett übernommen worden, da man ihnen keine Korruption etc. nachweisen konnte. Weiter 2 sind Zivilisten und 5 weitere stammen aus der Armee.
Als erstes wurde beschlossen, den Sold der Soldaten und Polizisten von bisher ca. US × 100.00 auf mindestens × 250.00 zu erhöhen. (Von unserem Korrespondenten in Monrovia, 18.4.80)

Wenn auch bezweifelt werden muß, daß die PPP und MOJA in der Bevölkerung verankert sind, so sind mit der neuen Regierung zum ersten Mal in der Geschichte Liberias Leute aus der autochtonen Bevölkerungsmehrheit an der Macht.

Die Wirtschaft kontrollieren die Multis

Anfang des Jahres 1980 betrug die Staatsschuld Liberias nach offiziellen Angaben 697 Millionen liberianische × (1 lib. $ ist gleich einem US $!), davon sind 95 % Auslandschulden. Das Pro - Kopf - Einkommen ist in den letzten vier Jahren auf den gegenwärtigen Stand von 258 $ gefallen (MD 29.1.80).
Dies alles geschieht in einem Land, das bedeutende Vorkommen an Naturkautschuk, Holz und Mineralien hat. Doch die gezielte Ausbeutung Liberias begann schon in den Zwanziger Jahren.



Polizei greift Demonstranten an.

Kautschuk

1927 pachtete der US - amerikanische Gummikonzern Firestone für 99 Jahre ein fast 1 Million Acres umfassendes Gelände für nur 5 Millionen Dollar. Heute werden ca. 12 000 Menschen von Firestone in Liberia beschäftigt (FT 14.4.80). Mit gegenwärtig mehr als 36 000 Hektar ist Firestone mit 40 % immer noch größter Gummiproduzent des Landes. Auch der zweitgrößte Kautschukproduzent ist in US - amerikanischem Besitz: eine Tochterfirma von Uniroyal ist mit 15 % der Gesamtproduktion beteiligt. Nationale Produzenten erhielten zusammen nur etwa 30 % der produzierten Menge an Kautschuk (JA 25.7.79).

Eisenerz

Der nach dem Zweiten Weltkrieg begonnene Abbau von Eisenerz entwickelte sich Anfang der Sechziger Jahre zum bedeutendsten Wirtschaftszweig Liberias. Die in Liberia geschürften Erze haben mit einem Eisenanteil von bis zu 70 % eine besondere Qualität. Andere Vorkommen auf der Welt weisen nur zwischen 35 und 50 % Eisenanteil auf (Mannheimer Morgen 27.10.79). Infolgedessen und aufgrund des in den Sechziger Jahren rapide steigenden Eisen- und Stahlbedarfs konnte Liberia zum 7. größten Eisenexporteur werden. Mit 48 % der Produktion ist der US - amerikanische (Bethlehem Steel) - Schwedische Konzern LAMCO an der Förderung beteiligt. Immerhin noch 29 % der Gesamtförderung erzielt die Bong Mining Company — ein deutsch - italienisches Konsortium von Thyssen, Hoesch, Krupp und dem italienischen Staatskonzern Finsider, der seit 1961 insgesamt 1,2 Milliarden DM investierte und zur Zeit ca. 3000 Leute beschäftigt (Welt 14.4.). Über die Profite, die das Konsortium aus dem liberianischen Eisenerz schöpfte, steht — wen wunderts — nichts in „der Welt".
Liberta praktizierte für alle ausländischen Investitionen die Politik der „offenen Tür". Gewinne brauchten nicht im Land selbst angelegt werden, sondern können ins Mutterland des Konzerns transferiert werden. Auch wenn der liberianische Staat an einigen ausländischen Konzernen beteiligt ist, so sind doch von jeweils sieben Unternehmen fünf in ausländischem Besitz, meist in US - amerikanischem Besitz. Von den insgesamt sieben Banken des Landes gehören ebenfalls fünf US - Amerikanern.

Das Volk hat kaum genug zum Überleben

Erz-, Gummi- und Holzsektor — Holz ist das drittgrößte Exportprodukt Liberias — bilden ökonomische Inseln, die nicht in die übrige Wirtschaft des Landes integriert sind, sondern ausschließlich für den Export produzieren. Nicht einmal Arbeitsplätze wurden durch die internationalen Konzerne geschaffen; im Gegenteil: „Zwischen 1961 und 1970 wuchs der Output der Minenindustrie um 13 %, die Beschäftigten gingen jedoch um 50% zurück. In der Gummiindustrie bspw. — wie eine Studie von 3 Firmen zwischen 1961 und 1971 zeigt — wuchs die Produktion von Rohgummi von 31 Millionen Pfund auf 109 Millionen, eine Steigerung von 26 %. Zur selben Zeit sank die Beschäftigung um 15 %, von einer Gesamtzahl von 22 700 auf 19 540 Arbeiter." (Labor in Liberia, in: Review of African Political Economy, No 14, Januar — April 1979, London)

Entwicklung konnte unter diesen Bedingungen — zu denen noch die Korruption in der herrschenden Schicht hinzukommt — nicht stattfinden: Die Analphabetenrate von 80 % liegt kaum niedriger als vor 130 Jahren. Die Selbstversorgung an Grundnahrungsmitteln ist heute in Liberia nicht mehr gewährleistet. Obwohl 70 % der Bevölkerung auf dem Land leben, müssen Grundnahrungsmittel importiert werden. (Labor in Liberia). In der Hauptstadt Monrovia sind 38 % der Erwerbsfähigen vollarbeitslos. Hinzu kommen noch unzählige Teilarbeitslose, die sich bspw. als Strassenhändler betätigen, aber kaum genug verdienen, um zu überleben (NZZ 14.8.79).

Ausblick

Es waren hauptsächlich die städtischen arbeitslosen Jugendlichen und die Arbeiter, die den Boden für die Übernahme der Macht durch die ebenfalls unzufriedenen Soldaten bereitet haben. Sie erhoffen sich von der neuen Regierung ein zufriedenstellendes Ein- und Auskommen. Ob dies die neue Regierung, die von der PPP dominiert wird, mit ihren bisher eher vagen Vorstellungen von afrikanischem Sozialismus schaffen wird, muß bezweifelt werden, solange nicht die Aktivitäten der multinationalen Konzerne beschnitten werden und ein den Bedürfnissen des Landes und der Bevölkerung entsprechendes Entwicklungskonzept in Angriff genommen wird.

Ausländischen Investoren wurde versprochen, das Privateigentum zu respektieren und die „Früchte ehrlicher Arbeit" zu achten (taz 16.4.80).
Außenpolitisch hat die Regierung Doe erklärt, mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, gleichzeitig aber eindeutig für die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika Partei ergriffen. Vielleich folgen dieser Stellungnahme die ersten Abnabelungsversuche von der Quasikolonialmacht USA, bspw. durch den Rausschmiß des reaktinären Propagandasenders „Voice of Amerika"?

wo

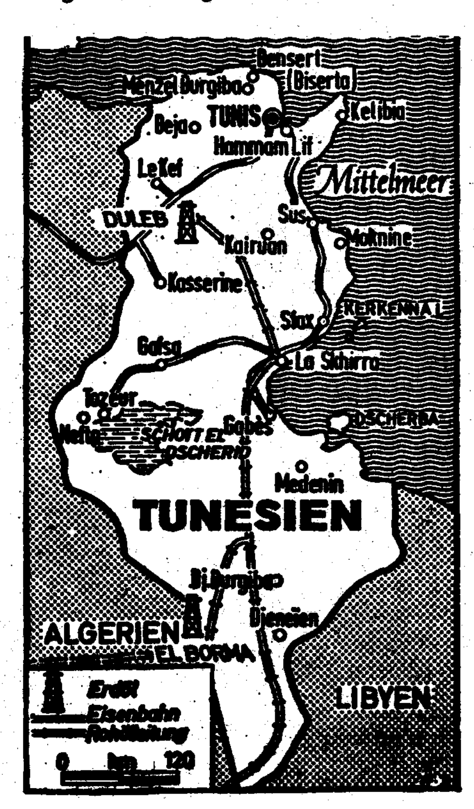
Tunesien

Aufstand in Gafsa

Genau auf den Tag, zwei Jahre nach der blutigen Niederschlagung des Generalstreiks in Tunesien fand Anfang des Jahres, am 26. Januar, in der Bergbaustadt von Gafsa ein Aufstand statt. Nach der offiziellen Version hat es sich dabei um den Einfall von Söldnern gehandelt, die von Libyen bezahlt wurden. Damit wird die innenpolitische angespannte Situation als ein Aspekt der Unruhen vom Tisch gekehrt. Nach der offziellen These bleibt auch unerklärlich, wieso die Mehrheit der Festgenommenen Arbeiter, Landwirte und Kleinbauern aus der Umgebung von Gafsa sind.

In der Nacht vom 26. auf den 27. Januar 1980 drang eine Gruppe von ca. 300 Freischärlern in die 350 km südwestlich von der Hauptstadt Tunis liegende Bergbaustadt Gafsa ein. Aufgeteilt in drei Kommandoeinheiten griff sie die Kasernen und den Posten der Nationalgarde und den Sitz der Polizei an. Mit der Kontrolle über die Streitkräfte und die Hauptgebäude der Stadt wollten sie die sich dort befindlichen Waffen erbeuten, um sie an Teile der Bevölkerung der Stadt und Umgebung zu verteilen. Diese Gruppe, die RAT (Résistance Armée Tunisienne, Tunesischer Bewaffneter Widerstand), die bis dahin unbekannt war und die als erste (1) in einem Pressekommunique an die Pariser Presseagenturen die Verantwortung für den Aufstand übernommen hatte, hoffte von Gafsa aus den bewaffneten Widerstand in Tunesien auszulösen. Ein Teil der 300 Widerstandskämpfer kam aus dem Ausland über die algerische Grenze. Der Rest hielt sich seit längerer Zeit in Gafsa und Umgebung auf.

Beim Angriff auf die Sicherheitsgebäude kam es zu blutigen Zusammenstößen, die mehrere Tote und Verletzte auf beiden Seiten forderten. Zu diesen ersten Opfern mußten in den folgenden Tagen viele andere hinzugezählt werden. Die Gefechte dauerten in der Stadt und Umgebung mehrere Tage.



Das Militär, am Sonntagmittag aus verschiedenen Städten angerückt, begann eine wilde Jagd nach den „Rebellen". Alle Personen, von denen es annahm, sie seien Rebellen, wurden entweder auf der Stelle erschossen oder festgenommen. Zur Stärkung der tunesischen Armee entsandte Frankreich zwei Transall - Flugzeuge und zwei Puma - Hubschrauber. Französische Besatzungen sollen erkannt worden sein (Lib, 4.2.80). Widerspenstige Soldaten und Offiziere, die beim Angriff nicht ums Leben kamen, wurden von den Widerstandskämpfern in einem Gymnasium in „Kriegsgefangenschaft" festgehalten, bis sie nach ein paar Stunden von den eingesetzten Streitkräften befreit wurden.

Gleichzeitig schlossen sich Dutzende von Soldaten dem Kommando an. Ein Teil der Bevölkerung folgte dem Aufruf der Widerstandsgruppe, sich der „tunesischen Revolution" anzuschliessen und nahm Waffen entgegen, die in der Stadt von einem Fahrzeug aus verteilt wurden. Denjenigen, die sich weigerten, sich an dem Kampf zu beteiligen, sollen die Widerstandskämpfer empfohlen haben, sich in ihren Häusern zu verschanzen (Lib, 4.2.80).

In der ersten Woche wurden auf allen Straßen Tunesiens scharfe Kontrollen durchgeführt. Ausländischen Journalisten wurde der Zutritt zur Stadt 8 Tage lang verboten. Nicht nur sie schienen einer Informationssperre unterlegen zu sein, sondern auch tunesische Polizisten. So wurden Journalisten von Libération von einem Nationalgardisten in Kasserine (150 km nördlich von Gafsa) gefragt: „Sie kommen aus Gafsa, erzählen sie mir ..." (Lib, 4.2.80). In Gafsa, seiner näheren Umgebung und weiteren Ortschaften im Süden wurde nachts Ausgehverbot verhängt. Die offizielle Bilanz dieses gescheiterten Aufstands: 41 Tote, 110 Verletzte, 300 festgenommene Personen.

Die innenpolitische Situation und der Aufstand

Die innenpolitische Situation ist ohne Zweifel im Gegensatz zur offiziellen Version ein wichtiger Grund für die Unruhen in Gafsa.

Sie ist durch harte Lebensbedingungen für ein Großteil der Bevölkerung gekennzeichnet. So sind Anfang des Jahres die Preise für Grundnahrungsmittel in Tunesien um 20 % gestiegen, die Mindestlöhne aber nur um 3 % angehoben worden. Aus diesem Grunde fanden in mehreren Städten am 23. und 24. Januar Demonstrationen statt. Der gesamte öffentliche Verkehr in der Hauptstadt Tunis wurde am 25. Januar lahmgelegt (taz, 1.2.80). Von der Einheitsgewerkschaft UGTT (Union Générale des Travailleurs Tunisiens) waren Demonstrationen und Streiks für Ende Januar geplant, die jedoch verschoben wurden. Die UGTT, die sich dem bewaffneten Aufstand gegenüber sehr zurückhaltend verhielt, fürchtete Repressalien gegen ihre Mitglieder und mit ihr sympathisierende Arbeiter.

cherheitskammer, die Aussage, daß algerische Verantwortliche die eigentlichen Antriebskräfte des Aufstands gewesen wären, woraufhin die Anhörung Cherifs unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand (Lib, 28.3.80).

Libyen hat den Aufständischen geholfen, mit Waffen und Geld (Lib, 1.2.80). Über die „ideologische Hilfe" kann jedoch nur spekuliert werden. Beim Aufstand hat es weder Anzeichen von expansionistischen Plänen noch von direkter Bevormundung und Indoktrination der Beteiligten gegeben. Dennoch reagierte Libyen bei der Intervention Frankreichs in Tunesien mit Vehemenz. Gadaffi beschuldigte die Pariser Regierung, eine neo -kolonialistische Brücke nach Tunesien, Tschad und Zentral Afrika schlagen zu wollen (SZ, 31.1.80). Libysche Demonstranten griffen die französische Botschaft an und verwüsteten das Konsulat. Daraufhin zog Frankreich sein diplomatisches Personal von Libyen ab. Tripolis ruft seinen Botschafter aus Paris zurück.

Auf die Haltung Tunis antwortete Libyen mit der Ausweisung einer großen Zahl von tunesischen Arbeitern (ca. 500).

Die imperialistische und subimperialistische Hilfe

20 Stunden nach dem Angriff bat die tunesische Regierung Frankreich um Hilfe. Frankreich antwortete sofort und schickte zwei Transall - Flugzeuge und zwei Hubschrauber nach Tunis, um von dort aus tunesische Truppen nach Gafsa zu transportieren. Einen Tag später verlassen drei Kriegsschiffe den französischen Hafen Toulon und steuern in Richtung auf die Bucht von Gabes, von der Gafsa ca. 150 km entfernt liegt.

Neben der bekannten Interventionspolitik Giscard d'Estaings (Tschad, Zentralafrika, Zaire, ...) erwähnt die Tageszeitung Libération das Interesse Frankreichs an den uranhaltigen Phosphaten der Region Gafsa. Diese Region gilt als das zweitwichtigste Urangebiet auf der Welt. Um Libyen herum „schützt" Frankreich schon die Uranvorkommen von Niger und Tschad (Lib, 2/3.2.80).

Auf die Unterstützung der USA und Marokkos kann sich die tunesische Regierung ebenfalls verlassen.

Am 31. Januar gaben die USA der tunesischen Regierung bekannt, daß sie den Lieferungstermin für Militärausrüstung, insbesondere Transportflugzeuge und Hubschrauber, vorziehen würden (Lib, 2/3.2.80).

Dieser Termin war ursprünglich für das Jahr 1981 vereinbart worden, als US Admiral Small sich am 17. Januar 1980 in Tunis aufhielt, um verschiedene Aspekte der „Zusammenarbeit" zu erörtern. Schon am 7. Februar traf die erste Lieferung von Landfahrzeugen ein (Lib, 8.2.80). Im Vertrag war die weitere Lieferung von sechs Hubschraubern „Bell Huey" und von dreissig Panzerfahrzeugen „M 113" vorgesehen.

Die USA versuchen ihre Interessen im Nahen Osten durch die Vergrößerung ihrer Flotte und die Sicherung von zusätzlichen Stützpunkten im Mittelmeerraum durchzusetzen. Tunesien und Marokko sollen in diesen Plan einbezogen werden (AK, 28.1.80). Auch Marokko leistete Tunesien seine Unterstützung und entsandte ein Transportflugzeug und zwei Hubschrauber (Le Monde 3/4.2.80)

Reaktionen und Maßnahmen des tunesischen Staates

Die Regierung Bourguibas versuchte von Anfang an, das Ausmaß der Unruhen gegenüber der Bevölkerung herunterzuspielen. In ihren Meldungen war die Rede von nur 50 Aufständischen, die die Streitkräfte kurz nach ihrem Einsatz unter ihre Kontrolle gebracht haben sollen. Gleichzeitig rechtfertigte derselbe Sender die Stationierung von Sicherheitskräften in Gafsa damit, daß sie auf der Suche nach in die umliegenden Berge geflüchteten Rebellen seien.

Mit keinem Wort wurde die RAT erwähnt. Für Tunis war es ein Einfall von Söldnern, die von Libyen bezahlt worden waren. Mit einer solchen Erklärung werden die innenpolitischen Probleme unter den Tisch gekehrt.

Die Karte der Stärkung der nationalen Einheit kann unbehindert gespielt werden. Vor der Bevölkerung werden Oppositionelle als Verräter und Zerstörer der Nation gebrandmarkt. Viele Tunesier lassen sich durch dieses demagogische Spiel täuschen. Die Preise für Grundnahrungsmittel steigen aber trotzdem weiter an und das merken sie ebenfalls.

Am Zusammenschluß der nationalen Kräfte nimmt die legale Opposition auch teil (siehe auch letzten Abschnitt). Liberal und sozialdemokratisch sieht sie ihre Interessen durch ein wachsendes soziales Bewußtsein bedroht. Insofern lehnte sie die Unruhen entschieden ab. Eine der Maßnahmen der Neo Destour Partei ist die Wiederaufnahme von 7 Angehörigen dieser legalen Oppositionsbewegung als „aktive Mitglieder", nachdem sie aus der Partei mehrere Jahre lang ausgeschlossen waren.

Zwei von ihnen reagierten gespalten auf diese Maßnahme: Ahmed Mestiri ist Mitglied des Führungskomitees der Bewegung der Sozialdemokraten und bemüht sich seit längerer Zeit um die Legalisierung von Parteien in Tunesien; Mohamed Mouada ist Direktor von zwei kritischen Zeitungen, der „Erray" und der „demokratie". Sie zogen sich aus dieser unangenehmen Situation, in dem sie die guten Absichten in der Geste der Regierung betonten und ihrer Stellungnahme die Bemerkung hinzufügten, eine „komplette und ehrliche Bestandsaufnahme" der bisherigen Politik müßte unternommen werden. Die fünf anderen empfanden ihre Rehabilitation als einen Schritt in Richtung auf Demokratie in Tunesien.

Die Ernennung von Driss Guiga als Innenminister wird im Zusammenhang mit „Lücken" im Sicherheitsapparat gesehen. 15 Polizisten sollen nach den Ereignissen von Gafsa verhaftet worden sein. Guiga ist für seine Entschlossenheit bekannt. Er zeigte sie nach der Unabhängigkeit als Direktor der „Securite Nationale" (Polizei) und besonders als Erziehungsminister bei den universitären Unruhen. Damals befahl er die Bildung von Eingreiftruppen und entsandte sie auf das Universitätsgelände (LM, 4.3.80).

Der Prozeß vor der Sicherheitskammer

Die Festgenommenen sind alle „des Versuchs, die Regierungsform mit Gewalt zu verändern", angeklagt worden. Nach einer Untersuchung, die für eine solche komplexe Angelegenheit nicht länger als einen Monat dauerte, verkündete die staatliche Sicherheitskammer ihr Urteil: 15 Todesstrafen, 10 Verurteilungen zu lebenslänglichem Arbeitslager, 10 zu 20 Jahren Arbeitslager und 10 zu mehreren Jahren Gefängnis. 10 Angeklagte wurden freigesprochen. Am 17. April wurden 12 von den Widerstandskämpfern gehängt. Bei dem Prozeß wurden den Angeklagten keinerlei Rechte gewährt: von den 60 Verteidigern waren nur 6 Wahlverteidiger, während alle übrigen von der Sicherheitskammer bestimmt wurden. Die Rechtsanwälte wurden erst einen Tag vor Eröffnung des Prozesses von dem Fall unterrichtet. Die Familienmitglieder der Angeklagten durften den Prozeßsaal nicht betreten (LM, 2.3.80).

Reaktionen der verschiedenen Oppositionsbewegungen auf den Aufstand

Die Oppositionsbewegung ist in zwei Richtungen aufgeteilt, von denen die eine in Paris und die andere in Tunis aktiv ist. Nur die Opposition in Tunis ist von der Neo Destour Partei geduldet. Sie besteht aus liberalen und bürgerlichen Gruppierungen um den prolibyschen Masmoudi und den Sozialdemokraten Ahmed Mestiri, Gegner vom Premierminister Hedi Nouira. Beide schlossen sich dem Appell von Bourguiba nach Stärkung der nationalen Einheit an. Zur Opposition in Tunis gehört auch ein Teil der MUP (Mouvement d'Union Populaire, Bewegung der Volksunion, Chefideologe: Ahmed Ben Salah) und der PCT (Kommunistische Partei Tunesiens). Auch sie verurteilten die Ereignisse und sympathisierten mit den offiziellen Reaktionen. Die Einheitsgewerkschaft UGTT distanzierte sich von den Aufständischen.

Für die Pariser Opposition war der Diskussionsprozeß lang, bevor sie sich auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen konnte. Sie alle wollen den Aufstand von den Aktivitäten der UGTT getrennt verstanden wissen. Sie alle, die Kommunisten (PCT) allerdings mit weniger Engagement, verurteilen die US, französische und marokkanische Intervention. Für sie gibt es auch keinen Zweifel daran, daß Libyen den Aufständischen geholfen hat. Jedoch ist für sie weniger die Frage nach der logistischen Unterstützung durch Libyen das Problem, als vielmehr die Frage, inwieweit die Auf-

Auf die Lebensituation der Mehrheit der Bevölkerung als Ursache für die Ereignisse in Gafsa weist das Datum des Angriffs, der 26. Januar, hin: genau auf den Tag, zwei Jahre früher, fand in Tunesien ein Generalstreik statt, der mit einer ungeheuren Gewalt niedergeschlagen worden ist (dazu, blätter des iz3w, nr. 68, S.5ff). Die RAT nahm in ihrem ersten Kommunique direkt Bezug auf diesen Tag, Symbol des heutigen tunesischen Widerstands und seiner Unterdrückung durch die Neo Destour Partei.

Diese schwierige ökonomische Situation wird durch die labile Führung der Regierung noch verschärft. Bourguiba, Präsident auf Lebenszeit, ist schwerkrank und hat in den letzten Jahren die Führung der Staatsgeschäfte seinem Premierminister Hedi Nouira überlassen. Dieser mußte Anfang Januar wegen einer Gehirnblutung in ein Pariser Krankenhaus eingeliefert werden. Die Ärztebulletins sind optimistisch. Nouira wird jedoch die Staatsführung nicht so schnell wieder übernehmen können. Für die Zwischenzeit ist der Erziehungsminister M'Zali als „Koordinator" zwischen der Regierung und Bourguiba ernannt worden. M'Zali hat folgende Vorteile: er gehört keiner politischen Bewegung an, wird sowohl von der Neo Destour Partei wie von der legalen Opposition in Tunis geschätzt, als Präsident des Schriftstellerverbandes wird er von den Intellektuellen geachtet, unM nicht zu vernachlässigen ist setne Beliebtheit in Jugend- und Sportkreisen. Auf ihm ruht ein Teil der Aufgabe, die nationale Einheit gegen „Feinde aus dem In- und Ausland" herzustellen.

Die Vorbereitung des Aufstands und die Rolle Lybiens und Algeriens

Die Vorbereitung durch die RAT

Erst zwei Wochen nach dem Aufstand konnte mehr Klarheit über die Herkunft der Aufständischen erzielt werden. Die RAT selbst erklärte in einem Pressekommunique, daß sie aus Beyrouth über Rom und Algier die Richtung auf die südöstliche Grenze Algeriens eingeschlagen hatte (Lib, 11.2.80). Damit dementierte sie die Presse- und Radiomeldungen, die abenteuerliche Strecken über Land und See entdeckt haben wollten. So meinte Jeune Afrique in ihrem ersten Schwerpunktheft über Gafsa, das Kommando wäre einer Piste von Lybien durch den Süden Tunesiens und Algeriens gefolgt (JA, 6.2.80). In einer späteren Nummer sowie in offiziellen Meldungen ging die „Piste" nicht mehr durch die Sahara, sondern von Tripolis nach Rom und Algier. Eine Flug- und Busreise also. Nach Radio Tunis sei diese Route von Gadaffi gewählt worden, um Algerien in die Mittäterschaft der Unruhen in Gafsa einzubeziehen (taz, 11.2.80). Obwohl die tunesische Regierung Algerien als erstes Land beschuldigte, die Unruhen angestiftet zu haben, richtete sie kurz danach ihre verleumderischen Angriffe nur noch gegen Libyen.



Habib Achour, Vorsitzender der Gewerkschaft UGTT bei den Unruhen von 1978 verhaftet worden; steht seit letztem Jahr unter Hausarrest.

Die RAT hat sich erst nach der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der PLO und Libyen gegründet. Ihre Mitglieder, Tunesier, haben vor ein paar Jahren ihr Heimatland verlassen und sich einige Zeit in Libyen aufgehalten. Ihre Guerillatechniken erlernten sie weniger in libyschen Trainingslagern als im Libanon, wohin sie hinfuhren, um auf der Seite des palästinensischen Volkes zu kämpfen (Lib, 11.2.80).
In einem Interview mit der Pariser Tageszeitung Libération bestätigte ein nach dem Aufstand geflüchtetes Mitglied der RAT, Amara Dhaoud, daß die RAT Mitglieder aus der Palästina Befreiungsbewegung stammten (Lib, 18.4.80).

An einer anderen Stelle des Interviews erklärte er, die RAT hätte Zellen in ganz Tunesien aufgebaut. „In Gafsa ... hat eine Zelle vor längerer Zeit angefangen, in der benachteiligsten und von der Regierung vernachlässigsten (2) Region des Landes mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten und sich ihre Probleme anzuhören. Alle Berichte aus unserer Zelle von Gafsa überzeugten uns, daß eine solche Aktion dort die größte Chance hätte zu gelingen. Von diesem Moment an haben wir angefangen, die Verschickung von Waffen zu organisieren. Zur Verteilung der Waffen haben wir ein Netz gebildet und seit Anfang 1979 überall in der Region Verstecke angelegt." Weiterhin meinte er, nur das Angreiferkommando sei aus dem Ausland gekommen: „Alle anderen, die die logistische Aufgabe durchzuführen hatten, waren schon lange Zeit am Ort."

Politisches Programm der RAT

In ihrem Pressekommunique stellte die RAT die 7 Punkte ihres politischen Programms dar:
1) Die Zerschlagung des augenblicklichen tunesischen Regimes, das die individuelle und kollektive Würde verletzt hat, indem es Gewaltherrschaft und Korruption als Regierungsmethoden verankert hat; die Errichtung einer demokratischen und patriotischen Regierung auf der Grundlage der Gewaltenteilung,
2) Die Abschaffung der momentanen Verfassung, bei Garantie der grundlegenden Freiheiten,
3) Auflösung sämtlicher Institutionen der Einheitspartei Bourguibas, Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit, Freilassung der politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen,
4) Verstaatlichung der Banken und Unternehmen,
5) Befreiung von jeglicher ausländischer Herrschaft, auch im kulturellen Bereich,
6) Die Vorbereitung von Schritten in Richtung auf die arabische Einheit, Solidartität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes gegen den Kolonialismus und Zionismus,
7) Unterstützung der Völker im Kampf für ihre Befreiung (Libération, 30.01.80, taz, 1.02.80)

Einige Beweise

Erstens sind alle vor der Sicherheitskammer vorgeführten Angeklagten Tunesier. Neben bekannten Widerstandskämpfern wie Ezzedine Cherif (Der Einäugige), Ahmed Mergheni sind die restlichen Verurteilten Arbeiter, Kleinbauern und Landwirte aus der Umgebung von Gafsa (Lib, 17.3.80; LM, 2.3.80).

Zweitens wurden bei Säuberungsaktionen des Militärs Waffenverstecke in Gafsa und Umgebung gefunden (Lib, 6.2.80).

Drittens ist die Bergbaustadt für die Kämpfe ihrer Arbeiter in der Vergangenheit bekannt. Schon 1924 schlossen sich die Bergarbeiter den Forderungen der neu gegründeten tunesischen Gewerkschaft an, der CGTT (Confédération générale des travailleurs tunisiens). Im Kampf für die Unabhängigkeit gingen die ersten militärischen Angriffe 1952 von Orbate aus, einer Ortschaft oberhalb von Gafsa. 1955 solidarisierte sich der Süden gegen die Kooperationspolitik von Bourguiba mit Frankreich (2).
Seit ihrer Gründung 1946 unterstützten die Bergarbeiter die Einheitsgewerkschaft UGTT. Seit dem blutigen Niederschlag des Generalstreiks am 26. Januar 1978 wiederholten sie ihre Verbundenheit mit der „legitimen Führung" der UGTT (Afrique Asie, nr. 207, Febr. 1980, S.13).

Lybien und Algerien

Ein weiterer Aspekt der Ereignisse ist die Rolle Libyens und Algeriens. Man kann vermuten, daß sie von der Angelegenheit gewußt haben (Lib, 18.3.80).

Über die Art der Beteiligung von Algerien weiß man allerdings nichts. Wärend Tunis die mögliche Beteiligung Algeriens zu vertuschen versuchte, machte Ezzedine Cherif, Hauptangeklagter beim Prozeß vor der Si-

ständischen Gefolgsleute Gadaffis sind. Die Pariser Opposition ist nämlich gegenüber den Unionsplänen Gadaffis skeptisch eingestellt. Eine Diskreditierung der islamischen Idee durch die tunesische Regierung fürchtet sie als eine der schwerwiegendsten Konsequenzen des gescheiterten Aufstands. Mit Recht hat sie die Aussöhnung der bürgerlichen Gruppen (Opposition in Tunis) mit der Bourguiba Regierung vorausgesehen.

Fußnoten:

(1) Anfang Februar übernahm eine andere Gruppe, das „revolutionäre Generalkomitee für die Befreiung Tunesiens", die Verantwortung für den Aufstand. Die RAT meinte, es gäbe kein solches Kommitee. Von ihm hörte man auch nichts weiteres.

(2) „Benachteiligt", weil außer den Phosphatminen im Dreieck Redeyef, M'Dilla und Metlaui mit Gafsa im Zentrum und dem Erdölvorkommen von El Borma der Süden Tunesiens nur über sandige Böden und unregelmäßige Niederschläge verfügt, die eine Agrarwirtschaft erschweren. „Vernachlässigt" wurde der Süden schon immer von der bourguibistischen Politik, nachdem Youssef, Mitglied der Neo Destour Partei, nach der Unabhängigkeit sich rigoros gegen die Kooperationspolitik zwischen Frankreich und Bourguiba stellte. Die Bevölkerung des Südens solidarisierte sich mit ihm und beruft sich auch heute noch auf ihn. Er ist 1961 durch ein Schlägerkommando Bourguibas in Frankfurt ermordet worden.

Quellen:

AK: 28.1.80, 11.2.80; taz: 3.1.80, 1.2.80, 6.2.80; SZ: 17.1.80, 29.1.80; Libération: 29.1.80, 30.1.80, 1.2.80, 2.2.80, 4.2.80, 6.2.80, 7.2.80, 9.2.80, 11.2.80, 13.2.80, 21.2.80, 17.3.80, 28.3.80; Jeune Afrique: 6.2.80, 13.2.80; Afrique, Asie: 18.2.80; Le Monde: 7.3.80, 8.3.80, 11.3.80, 12.3.80, 4.3.80.

Frankreich

Mai '80 — nach 12 Jahren wieder massive Studentenrevolten

Unerwartete Solidarität der französischen Studenten mit ihren ausländischen Kommilitonen

Ununterbrochener Streik der Studenten fast aller Fakultäten seit dem 25. März, fünf große Demonstrationen mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern, 14 - tägiger Hungerstreik von 48 Studenten, Besetzung von Verwaltungsgebäuden, dreimalige Intervention der Polizei innerhalb von zwei Wochen, stundenlange Gefechte zwischen Studenten und der Polizei — dies allein ist die Bilanz von sechs Wochen in Grenoble, ähnliches ist von einigen weiteren Universitäten in Frankreich zu berichten. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Womit eigentlich niemand gerechnet hatte wurde wahr: nach Jahren der Lethargie, der politischen Abstinenz, des Rückzugs in die Individualität ist die studentische Aktivität an Frankreichs Universitäten neu erwacht. Die Bewegung hat zwar noch keinen vollständigen Widerhall auf nationaler Ebene gefunden und ist auf etwa zehn Städte beschränkt, doch sie gewinnt zunehmend an Resonanz — und die Betroffenen wollen auf gar keinen Fall aufgeben.

Noch erstaunlicher als das Durchhaltevermögen der Studenten sind allerdings die Motive für ihre Protestaktionen: es geht insbesondere um die Rechte der Ausländer, die an französischen Universitäten studieren wollen.

Worum geht's?

Lange Zeit galt Frankreich als klassisches Einwandererland. Nach dem 2. Weltkrieg waren es vor allem die politisch Verfolgten aus allen Teilen der Welt, die hier um Asyl nachfragten. Hier sammelten sich die Oppositionellen vieler Entwicklungsländer und manche Widerstandsbewegung nahm von Paris aus ihren Anfang. Erinnert sei nur an den Ajatollah Khomeiny, der von Neauphle - le - Chateau, einem kleinen Ort rund vierzig Kilometer westlich von Paris, die Revolution im Iran mitbestimmte. Wesentlich wengiger spektakulär, trotzdem aber ein Dorn im Auge der französischen Regierung sind allerdings die Gegner der mit Frankreich befreundeten Regimes. Sie sollen nach dem Willen des Innenministers abgeschoben werden, bzw. schon an der Einreise gehindert werden.

Neben den politisch Verfolgten sind es aber auch zahlreiche junge Menschen aus den Entwicklungsländern, die nach Frankreich kommen, um hier zu studieren. Es gibt so gut wie keine Studiengebühren (im Gegensatz zu Großbritannien oder den USA) und Französisch gehört zum Unterrichtsprogramm wohl in fast allen Gymnasien der westlichen Welt. Nach Abschluß ihrer Studienzeit entschließen sich viele von ihnen hier zu bleiben, weil sie den Lebensstandard und die hohen Einkommen, aber auch die (relative) Freiheit dieses Landes nicht aufgeben wollen. In Krisenzeiten freilich ist die Regierung zunächst darum bemüht, die freien Stellen mit einheimischen Arbeitskräften zu besetzen. Auch aus diesem Grunde will man die Zahl der Ausländer herabsetzen.

Im Studienjahr 1978/79 waren 108 000 Ausländer an französischen Universitäten eingeschrieben, davon kamen 80 % aus Entwicklungsländern. Oder: Ausgehend von der Gesamtzahl aller Studenten sind 10 % afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft. Der Anteil der Ausländer ist stark angestiegen, seit 1973 um 64 %, wie ein unabhängiges Gremium jüngst feststellte (Le Monde, 22.2.1980).

Gegen Ausweisung

Begonnen hatten die Unruhen Mitte Januar an der Universität von Angers, 350 km südwestlich von Paris. Mit Demonstrationen und der Besetzung von Unib-Gebäuden drückten die Studenten, unterstützt von breiten Teilen des Lehrpersonals, ihre Solidarität mit zwei marokkanischen Kommilitonen aus, denen die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis f + r 1980 verweigert worden war. Der für diese Entscheidung zuständige Präfekt berief sich auf einen Text des Innenministers, Christian Bonnet, vom 12. Dezember 1977. Die Abschaffung dieses sogenannten „*circulaire Bonnet*" war und ist die Forderung der Solidaritätsbewegung.

Das erklärte Ziel diesms zwei Jahre alten Runderlasses ist die Beschränkung der Aufnahme ausländischer Studenten in Frankreich. Um dies zu erreichen, wurden die Bedingungen für den Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis (visa de séjour) verschärft: Der Kandidat hat danach eine vorläufige Einschreibebestätigung der Universität und eine Beglaubigung seiner Bank vorzulegen, daß er wenigstens über eine Summe von 13 000 Francs (der Höhe der Stipendien des französischen Staates) verfügt. Alle Bewerber aus nicht - frankophonen Ländern haben sich darüberhinaus einer Sprachprüfung zu unterziehen. Weiter darf sein Name nicht auf der „Oppositionsliste" erscheinen. Von diesen Formalitäten weitgehend ausgeschlossen sind nur die Bewerber aus Ländern der EG und der USA — der Erlaß richtet sich also ausschließlich gegen Einreisende aus Entwicklungsländern. Das „circulaire Bonnet" sieht weiter vor, daß alle Ausländer nach Abschluß ihrer Studien in ihr Heimatland zurückkehren, d.h. daß die Aufenthaltserlaubnis nicht weiter verlängert wird, wenn die Einschreibung (Rückmeldung) nur „ein Vorwand ist, um in Frankreich zu bleiben. Das Studium muß darüberhinaus innerhalb einer bestimmten Zeit abgeschlossen sein und es wird untersagt, nach einem Scheitern das Studienfach zu wechseln.

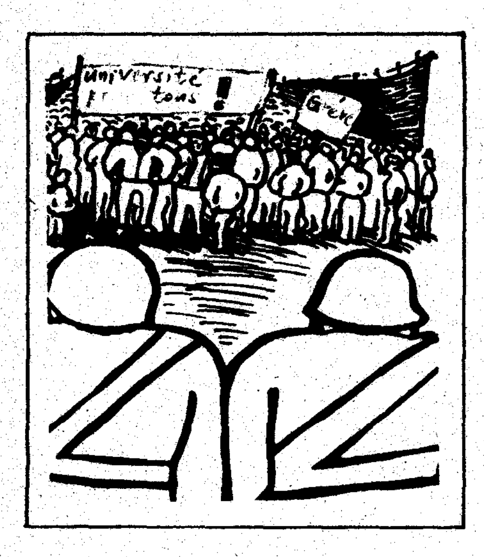
All diese Bestimmungen sind also nicht neu, immer wieder wurde von verschiedener Seite dagegen protestiert. Der zündende Funke für die jüngsten Aktionen war eine neue Satzverordnung, die der Universität ihre Autonomie absprach, über die Sprachkenntnisse der Bewerber eigenständig zu entscheiden. Dieses sogenannte „décret Imbert" vom 31. Dezember 1979 sieht vor, die Zahl der Erstimmatrikulatio-

nen durch eine verschärfte zentralisierte *"Sprachprüfung"* zu verringern. (Im Ausland soll diese von französischen Kulturinstituten durchgeführt werden, im Inland organisierten die Rektorate ihre Einführung)

Der studentische Protest formierte sich, als Mitte März die ersten Prüfungen abgehalten werden sollten. Vielfach boykottierten die Kandidaten selbst die Tests durch Fernbleiben, in einigen Fällen wurde deren Durchführung durch andere Kommilitonen verhindert. In einigen Städten (Poitiers, Paris - Jussieu, Grenoble, Le Mans, Rennes, Nancy, Caen) wurden Vollversammlungen einberufen, wo die sehr zahlreich erschienenen Studenten aus Solidarität mit den Ausländern sich mit Mehrheit für Streik und Demonstrationen zur Abschaffung des „circulaire Bonnet" und „décret Imbert" aussprachen.

Verhärtung der Fronten

Am 21. März sollten an allen Universitäten des Landes die Vorlesungen wieder beginnen. Würden die Studenten auch nach den zwei Wochen Ferien bereit sein, ihre Solidaritätsaktionen weiterzuführen? Noch während der Ferien kam es in *Grenoble* zu einem Zwischenfall, der die weitere Mobilisierung nährte: Ein vom Streikrat für seine Arbeit besetztes Verwaltungsgebäude auf dem Campus wurde in der Nacht des 8./9. April auf Geheiß der Uni - Präsidenten von Polizeitruppen geräumt, 122 Studenten wurden vorübergehend festgenommen.



Nationale Koordination

Am 30. April trafen sich in Grenoble Vertreter von 15 Universitäten, von denen 7 bestreikt wurden, während die restlichen 8 sich noch „im Kampf" befanden. Die von dieser nationalen Koordinationstagung vorgelegte gemeinsame Erklärung richtet sich an alle Universitäten des Landes und fordert dazu auf, sich den streikenden Fakultäten anzuschließen.
Die in dieser Koordinationsplattform enthaltenen Forderungen spiegeln die unterschiedlichen Ziele der einzelnen Unis wider: An erster Stelle steht nach wie vor der Kampf für die Abschaffung der gegen die ausländischen Studenten gerichteten Bestimmungen, also gegen das „circulaire Bonnet" und „décret Imbert" (Hauptforderung von Grenoble), daneben richtet sich der Protest aber auch gegen die Umstrukturierung der Universitäten durch Schließung einzelner Lehrabteilungen und gegen die Verschärfung der Arbeitsbedingungen für die „pions", d.h. der im Schulbetrieb als Hilfskräfte angestellten Studenten. Die in Grenoble vereinten Delegationen hoffen, daß durch diesen weitgefächerten Streikaufruf einige weitere Universitäten sict den Forderungen anschließen, um der Bewegung landesweit Rückhalt zu verleihen und den Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Peter Schmid/Grenoble
3.5.80

Frankreich

Zensur im Lande Voltaires oder with a little help from my friends...

Am 30. Januar hat der französische Conseil d'Etat (Staatsrat, entfernt mit dem Bundesverfassungsgericht vergleichbar. Die Mitglieder werden allerdings von der Regierung ernannt) das bereits früher schon ausgesprochene Verbreitungsverbot des Buches von Jules Chomé, „Der Aufstieg Mobutus vom Unteroffizier Désiré Joseph zum General Sese Seko" bestätigt. In der Urteilsbegründung hieß es, daß es sich hier um das Werk eines ausländischen Verfassers handle (Chomé ist belgischer Universitätslehrer), das mit Hilfe einer ausländischen Dokumentation zusammengestellt und Ausdruck einer ausländischen „Inspiration" sei.
Bei soviel ausländischem Gedankengut konnte der Staatsapparat natürlich nicht lange untätig bleiben. In der Tat hat das Buch, in dem der Aufstieg des zairischen Diktators Mobutu beschrieben wird — ein Aufstieg, an dem Frankreich, milde gesagt, ja nicht ganz unbeteiligt war — schon eine lange Geschichte hinter sich. Schon kurz nach seinem ersten Erscheinen 1974 wurde es vom damaligen Innenminister Poniatowski mit der Begründung verboten, es sei geeignet, die französisch - zairischen Beziehungen empfindlich zu beeinträchtigen. 1978 wurde diese Anordnung vom Pariser Verwaltungsgericht aber wieder rückgängig gemacht, so daß im folgenden Jahr eine neue, wesentlich höhere Auflage erscheinen konnte. Damit wollte sich das Innenministerium jedoch nicht zufrieden geben. Es focht die Gerichtsentscheidung vor dem Conseil d'Etat an und bekam im Namen (der Rohstoffinteressen) Frankreichs recht. Für den Verlag Maspero war dieses Verbot innerhalb der letzten zehn Jahre schon der 17. Fall, in dem die französische Regierung ihr nicht genehme Afrika - Publikationen zu unterdrücken versuchte.
Dennoch will Maspero — der zu den fortschrittlichsten Verlagen Frankreichs gehört und sich besonders brisanter Themen aus der Dritten Welt annimmt — nicht aufgeben und das Buch weitervertreiben.
Daher: französischkundige Frankreichurlauber, verlangt massenhaft das Buch! Es ist erschienen beim Verlag Francois Maspero, Paris, und sein Titel auf französisch lautet: „L'Ascension de Mobutu, du sergent Désiré Joseph au général Sese Seko".
In Belgien, dem ehemaligen „Mutterland" Zaires soll das Buch übrigens nicht verboten sein...

fbt
Jeune Afrique, Nr. 999, März 1980;
Die Neue, 19.3.80



USA

Mißglückte Luftlandung vor Teheran

Es war einmal ein Adler
Der hatte viele Tadler
Die machten ihn herunter
Und haben ihn verdächtigt
Er könne nicht schwimmen im
Teich.
Da versuchte er sogleich
Und ging natürlich unter.
(Der Tadel war also berechtigt.)

B. Brecht

Giftmüll in die Dritte Welt?

US - amerikanische Chemie - Multies versuchen chemische Abfallstoffe, deren Lagerung aufgrund der relativ höheren Sicherheitskosten in den USA zu teuer würde, in Entwicklungsländer zu „exportieren". Bisher haben Haiti, Chile, Liberia, Jemen und Nigeria derartige Angebote von verschiedenen Firmen erhalten. Eine in Colorado ansässige Firma hat versucht, ihren Giftmüll in Sierra Leone loszuwerden. 25 Millionen Dollar sollen dem Präsidenten der westafriaknischen Republik für das Privileg, überflüssigen und gefährlichen Müll der USA entlagern zu dürfen, geboten worden sein. (FAZ 12.3.80)

Nicaragua

Die Alphabetisierungskampagne der Sandinisten

War das Jahr 1979 das Jahr der Befreiung vom Somozismus, so wird das Jahr 1980 das Jahr der Befreiung vom Analphabetismus sein. In einer großangelegten Kampagne, die 6 Monate dauern wird, wird die Regierung, unterstützt von den sandinistischen Massenorganisationen, sowie einem Heer von insgesamt mehr als 100 000 Alphabetisatoren rund eine Million Nicaraguaner alphabetisieren. Denn 48 % der Nicaraguaner können weder lesen noch schreiben – in den Landregionen sind es oft 80 – 95 %. Eine Alphabetisierungskampagne von diesem Umfang ist (bis auf Kuba) beispiellos auf der Welt. Sie ist der erste Schritt zu einem umfassenden Bildungswesen, das sich Nicaragua im Programm der Regierung für den nationalen Wiederaufbau zum Ziel gesetzt hat: „Es wird eine in Zielen und Inhalten grundlegende Reform der nationalen Erziehung verwirklicht werden, um sie zu einem Schlüsselfaktor des Prozesses der sozialen Umwandlung der nicaraguanischen Gesellschaft zu machen und sie in einem kritischen und befreienden Sinn zu orientieren. Diese Reform wird umfassend sein und alle Etappen von der Vorschulerziehung bis zu den oberen Stufen einschließen." (Programm der Regierungsjunta für den Nat. Wiederaufbau).

Organisation

Während der Kampagne bleiben Schulen und Universitäten bis auf wichtige Bereiche wie die medizinische Fakultät geschlossen. Alle Schüler und Studenten sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Revolution zu leisten. Sie werden in Brigaden eingeteilt werden und aufs Land gehen, um dort die Alphabetisierung durchzuführen. Für viele der jungen Brigadisten wird das gleichzeitig eine wichtige Lernerfahrung sein. Sie kommen aus den Städten, hauptsächlich aus dem Mittelstand und werden zum ersten Mal für längere Zeit auf dem Land bei den Campesinos leben und deren Lebenssituation kennenlernen.

In der Stadt wird die Alphabetisierung von „Volksalphabetisatoren" getragen, d.h. von Hausfrauen, Arbeitern, Büroangestellten..., die nach Feierabend in die Kurse gehen.



Die Alphabetisatoren wurden zuvor in einem „Schneeballsystem" mit 4 Stufen geschult. Auf der einen Seite ging es um die Pädagogik von Paolo Freire, andererseits um Information über die soziale und politische Lage Nicaraguas. So werden die Nicaraguaner nicht nur Lesen und Schreiben lernen, sondern sich auch mit der Geschichte des Landes (Diktatur, Abhängigkeit vom Imperialismus, Befreiungsbewegung), mit sozialökonomischen Fragen (d.h. den Kernvorstellungen des Regierungsprogrammes wie Gesundheit, Agrarreform, Bildungswesen...) sowie mit Fragen der Verteidigung der Revolution (Sandinistische Verteidigungskomitees, Demokratie, internationale Solidarität, Sandinistisches Volksheer) beschäftigen.

Schwierigkeiten

Natürlich ist es in einem Land, in dem bisher kein Wert auf Bildung und Bewußtseinsarbeit gelegt wurde, schwer, allen Leuten die Bedeutung der Kampagne deutlich zu machen. Beide großen Zeitungen des Landes, die bürgerliche „La Prensa" und die sandinistische „Barricada", sowie Rundfunk und Fernsehen berichten fortlaufend über Vorbereitung und Durchführung der Kampagne und antworten auf Fragen der Bevölkerung. Schwerpunkt der Arbeit der Massenorganisationen ist die Mobilisierung für die Alphabetisierung.

Trotzdem gibt es noch Probleme. Vielen Eltern fällt es schwer, ihren Kindern die Erlaubnis für die Teilnahme an den Kursen zu geben, da oft die ganze Familie für den Lebensunterhalt arbeitn muß (die Kinder als Schuhputzer, Zeitungsverkäufer...).
Auch für die Oberschüler (ab 14 Jahre) ist es schwierig, sich auf ein längeres Fernbleiben von zu Hause einzustellen.

Ein weiteres Problem sind die Finanzen. Die Alphabetisierungskampagne wird circa 20 Mio. Dollar kosten, Geld für eine Mio Fibeln, 10 Mio Bleistifte, 2 Mio Hefte 200 000 große Schultafeln, 200 000 Kugelschreiber, 125 Schreibmaschinen, für einen Teil der Alphabetisatoren Verpflegung, Kleidung usw.
Bisher ist allerdings noch nicht einmal die Hälfte der erforderlichen Mittel vorhanden.
Materielle und finanzielle Hilfe unsererseits ist also weiterhin notwendig.

Spendenkonto: Informationsbüro Nicaragua e.V. Friedrichstr. 10, 5600 Wuppertal
Konto 976 738 (BLZ 330 500 00)
Kennwort: „Alphabetisierung".

R. B.

ASEAN – Zusammenschluß gegen die Völker Südostasiens

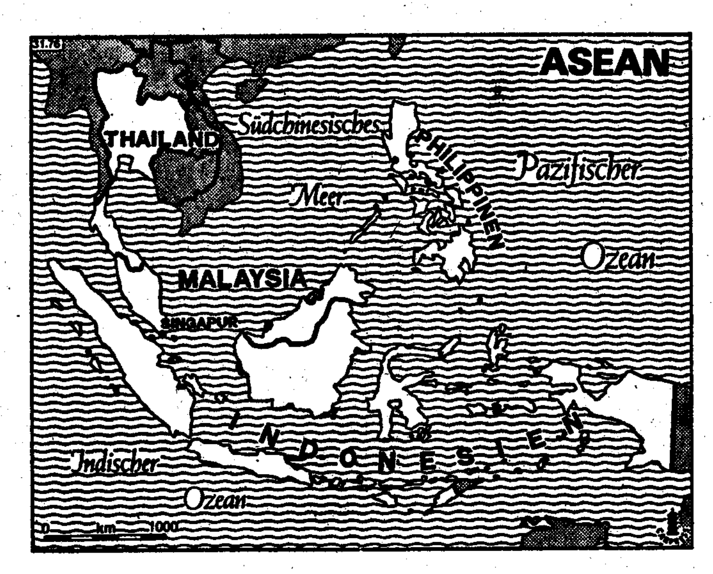
ASEAN, die „Gemeinschaft südostasiatischer Nationen", ist vielen in der BRD noch recht unbekannt und rückt erst allmählich durch zunehmende diplomatische Tätigkeiten und Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der ASEAN einerseits und den Ländern der EG andererseits in unsere Öffentlichkeit.

Für die EG wird die ASEAN als Rohstofflieferant zunehmend bedeutungsvoller. Dementsprechend haben sich die Beziehungen bisher primär auf Lateinamerika und die AKP - Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) ausgerichtet. Ebenso hat sich auch die westdeutsche Linke — abgesehen von den Auswirkungen des Vietnam - Krieges — nur spärlich mit Südostasien auseinandergesetzt und dabei seine politische Relevanz verkannt. Auch die ,blätter des iz3W' sind hier keine Ausnahme. Wenig Bewußtsein herrscht bei uns über den Guerillakampf in Malaysia, über die mehr als eine Million ermordeten Kommunisten durch das noch immer herrschende Regime in Indonesien, das jüngst wieder ein Volk in Ost - Timor fast ausgerottet hat. Lediglich in letzter Zeit — und das meistens nur moralisch begründet — ist der Befreiungskampf der FRETILIN auf Ost - Timor ins öffentliche Interesse gerückt. Ebensowenig sind die Kämpfe in den schon großen befreiten Gebieten Thailands bekannt, die Kämpfe auf den Philippinen oder die Unterdrückung des Volkes auf Kalimantan (Borneo) durch die Malaysier im Norden und Indonesier im Süden.

In dem Themenblock dieses Heftes wollen wir nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte der ASEAN (als Beispiel für ein Bündnis von Ländern in der Dritten Welt) aufzeigen, sondern besonders über die konkrete Bedeutung dieses Bündnisses für die Bevölkerung berichten.

Die einzelnen Artikel dieses Themenblocks behandeln Problematiken der einzelnen Mitgliedländer der ASEAN, die mit eben diesem Wirtschaftsbündnis in ursächlichem Zusammenhang stehen:

- *der erste Artikel, „ASEAN — Ein Weg in die Unabhängigkeit?", ist als redaktioneller Vorspann zu verstehen, der kurz auf die Geschichte der ASEAN, ihre Beziehungen zur EG, besonders zur BRD eingeht und abschließend die Bedeutung dieser Wirtschaftsgemeinschaft, ihrer Relevanz und Auswirkungen für die Bevölkerung der einzelnen Länder einzuschätzen versucht. Beispielhaften Charakter haben dann die folgenden Artikel.*
- *„Ein Reisebericht aus Malaya" schildert mehr als die Eindrücke eines Aufenthaltes in Peninsula Malaysia und Singapur. Lebendig geschrieben, mit vielen Daten und Fakten untermauert, berichtet der Autor von Eindrücken seiner Reise durch ein Gebiet, wo er vier Jahre zuvor gelebt hatte. Industrialisierung in Singapur, begleitet von zunehmender Repression, Arbeitsbedingungen in dorthin ausgelagerten Betrieben sind ebenso Thema seines Berichtes wie der öffentliche Wohnungsbau oder die Lebensbedingungen der Squatter und Fischer Malaysias.*



Die Staaten der südostasiatischen Gemeinschaft.

- *Als ausführliches Beispiel der Folgen der Industrieauslagerung nicht nur für die betroffenen Menschen in der Dritten Welt, sondern ebenso für die Arbeiter in den Metropolen haben wir „Rollei in Singapur" aus dem sehr informativen Buch ,BRD — Interessen in Südostasien' (siehe Rezension) gewählt.*
- *Ganz anders ist der Artikel „Begegnungen mit Frauen in Südostasien". Auch ein Reisebericht, der die Situation der Frauen Südostasiens und ihre Alltagsprobleme beschreibt: die Hochzeit, Mutterrecht und Islam, den Weg in die Prostitution dort sowie das Frauenbild des Imperialismus.*
- *Der Artikel „Zerstörung der Regenwälder in Kalimanten" ist ein äußerst anschauliches Beispiel dafür, wie die natürliches Lebensgrundlage der Einwohner Nordkalimantans durch die Wetmarktintegration zerstört wird.*
- *Das folgende „Interview mit einem Aktivisten der KP Thailands" schildert ebenso anschaulich wie mitreißend die Not der thailändischen Bauern, deren Agrarproduktion der völligen Willkür jeweils herrschender Marktinteressen unterworfen ist. In diesem Zusammenhang informiert der Interviewte über die Arbeit und Bedeutung der KP in Thailand, die Rolle der Religion und die Ursachen der Prostitution. gerade durch die informationsreichen Fragen zu einer antiimperialistischen Arbeit in Thailand kann dieses Interview zu einem Verständnis für uns beitragen und ein Diskussionsansatz in den Metropolen sein.*
- *„FRETILIN kämpft mit Lanzen und Speeren gegen Invasoren" ist ein Bericht zur Geschichte des verzweifelten Kampfes des Volkes von Ost - Timor und zeigt die grausame Herrschaft eines ASEAN - Mitgliedslandes.*

ASEAN – Ein Weg in die Unabhängigkeit?

Das Bündnis der ASEAN

Die ASEAN (Association of South East Asia Nations) ist eine Wirtschaftsvereinigung der fünf süddostasiatischen Staaten Indonesien, Malaysia, Philipinen, Singapur und Thailand, die am 8. August 1967 in Bangkok gegründet wurde. (1)

In einer Deklaration zu ihrer Gründung erklärten die fünf Staaten als gemeinsames Ziel die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums, des sozialen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung in der Region durch gemeinsame Bemühungen im Geiste der Gleichberechtigung und der Partnerschaft, um die Voraussetzungen für eine aufstrebende und friedliche Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen zu stärken. Zur Durchsetzung dieser Absichten wurden verschiedene gemeinsame Institutionen geschaffen und regelmäßige Zusammenkünfte vereinbart.

Von dem Bündnis wird besonders die Bedeutung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses betont. Zusätzlich bestand in dieser Region der militärische Verteidigungspakt SEATO (South East Asia Treaty Organisation), der am 30.6.1977 aufgekündigt wurde. Die SEATO, das südostasiatische Pendant zur NATO, hatte als regionale Mitglieder nur Thailand und die Philippinen neben der Übermacht der USA, England, Frankreich, Australien, Neuseeland und Pakistan. Parallel zu diesem Militärbündis existierte seit 1961 eine Wirtschaftsgemeinschaft nach dem Vorbild der EWG zwischen Malaysia, den Philippinen und Thailand, die ASA (Association of Southeast Asia), aus der schließlich die ASEAN hervorging.

Mit der Gründung der ASEAN haben es die Länder Südostasiens geschafft, sich als regionales Bündnis zusammenzuschließen und dabei die westliche Übermacht — wie sie in der SEATO gegeben war — auszuschalten.

Nach dem Scheitern der SEATO gibt es formal keinen neuen Verteidigunspakt, jedoch erfüllt die ASEAN trotz ständiger Beteuerungen, daß sie ein rein wirtschaftliches Bündnis sei, ansatzweise diese Funktion innerhalb Südostasiens.

Indiz dafür ist u.a., daß die fünf Staaten seit Neuestem aussenpolitische Stellungnahmen im Namen der ASEAN oft gemeinsam abgeben, so etwa zum Abschluß der Außenministerkonferenz der EG- und ASEAN Staaten im März in Kuala Lumpur. „Die vereinten Nationen sollten laut der Erklärung dafür sorgen, daß die beiden UN - Resolutionen zu Kambodscha vom November 1979 und zu Afghanistan vom Januar 1980 ausgeführt werden, in denen der Rückzug fremder Truppen aus beiden Ländern verlangt wird". (2) Weiterhin begründen bilaterale Abkommen zur militärischen und polizeilichen Grenzüberschreitung im Antiguerillakampf, gemeinsame Manöver und gleiche Waffentypen die Annahme, daß das Bündnis mehr als nur ein wirtschaftliches ist.

Schon lange vor dem Schlußstrich unter die SEATO wurde in der ASEAN die Möglichkeit erwogen, die als wirtschaftliche Vereinigung konzipierte Gemeinschaft zu einem Verteidigungspakt auszubauen. Entsprechende Initiativen gingen vor allem von Thailand und Indonesien aus, stießen jedoch in Malaysia auf spürbaren Widerstand." (3)

Wenn auch nach den offiziellen Verlautbarungen der ASEAN - Länder immer wieder betont wird, daß das Bündnis zur Entwicklung der Länder in einer ‚Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität' beitragen soll, in der die jeweiligen Staaten zunehmend von den Großmächten unabhängig werden, so ist dies nichts anderes als sie Ideologie der Herrschenden. Mit zunehmender Weltmarktintegration wachsen die Verflechtungen mit den westlichen Industrienationen bzw. deren Konzernen, und damit ebenso die Abhängigkeiten.

Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, inwieweit durch ein Wirtschaftsbündnis von Ländern der Dritten Welt unter dem Vorzeichen der Blockfreiheit eine unabhängige Entwicklung einzelner Staaten oder einer Region dennoch möglich ist, und vor allem, wie sich diese Unabhängigkeit auf die Bevölkerung auswirkt und in welchem Maße sie davon profitiert.

Die ASEAN ist mit ihrer weltmarktintegrierten Entwicklung ganz und gar vom westlichen kapitalistischen Markt abhängig. Entsprechend verhalten sich dann auch die Regierungen der Wirtschaftsgemeinschaft und verstärken die Ausbeutung ihrer eigenen Arbeitskräfte; mitunter erzwingen sie dies durch kolonialähnliche Unterwerfung anderer Volksgruppen in ihrem Herrschaftsgebiet. Hiervon wird ausführlich in den Artikeln an den Beispielen der Unterwerfung Ost - Timors durch Indonesien oder der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Nord- Kalimantans durch die Malaysier berichtet. (4)
Der Schein dieser propagierten Unabhängigkeit entlarvt sich z.B. auch darin, daß die USA weiterhin durch Militärstützpunkte in Thailand und auf den Philippinen präsent sein werden und in die gesamte Region Waffen liefern. Schließlich benötigen die Herrschenden der einzelnen Länder auch zur Absicherung ihrer Macht.

Zehn Jahre geringe Kooperation

In den ersten Jahren kamen die Bündnispartner nicht über gemeinsame Absichtserklärungen und Projektierungen hinaus. Es dauerte acht Jahre, bis es nach einem Gipfeltreffen der fünf ASEAN - Staaten 1975 auf Bali zur Schaffung einer wirksa-



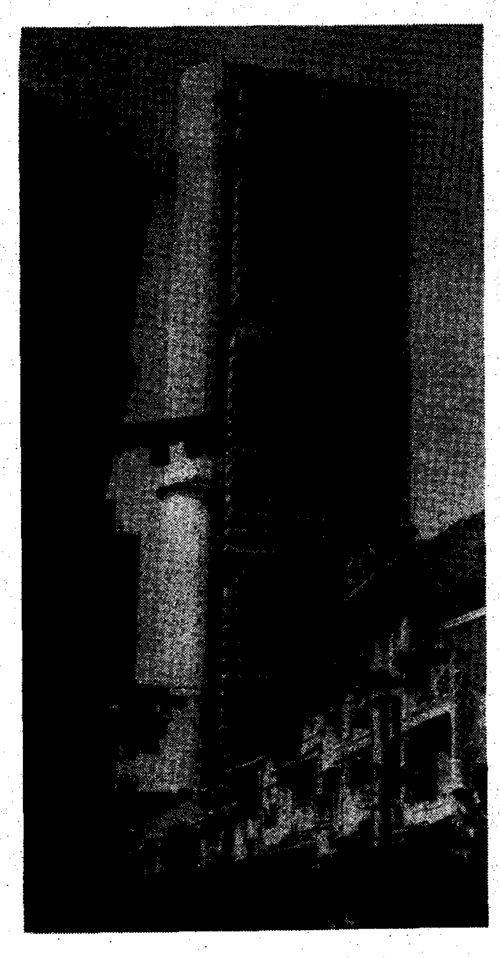
Malaysischer Militärstützpunkt auf Kalimantan

men Verwaltung mit einem gemeinsamen Generalsekretariat in D jakarta kam, das in drei Direktorien aufgeteilt wurde: erstens Wirtschaft, zweitens Wissenschaft und Technik, drittens Kultur und Soziales. Ferner wurde auf diesem Treffen gegenseitige Unterstützung in der Nahrungsmittel- und Energieversorgung für Krisenzeiten beschlossen, außerdem Zollvergünstigungen für bestimmte Produkte sowie fünf gemeinsame Industrieprojekte: in Thailand eine Fabrik für Sodaasche, auf den Philippinen eine Fabrik für Superphosphat, in Malaysia und Indonesien eine Harnstoffabrik und in Singapur eine Dieselmotorenfabrik. Zwar gab es von nun an Handels- und Zollpräferenzen, doch die angestrebte Freihandelszone innerhalb des ASEAN - Handels war gescheitert und besteht bis heute nicht. „Obschon in den letzten Jahren unzählige Komitees gegründet und zahlreiche Tagungen stattfanden, ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit keinen Schritt weitergekommen. Auch die industrielle Kooperation ist in ihren Anfängen steckengeblieben. Die bereits vor neun Jahren vorgeschlagenen fünf gemeinsamen Industrieprojekte sind bisher nicht über das Planungsstadium hinausgekommen. Nationale Eigeninteressen stehen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch im Wege." (5) So wurde Thailand während seiner Wirtschafts- und Ölkrise nicht unterstützt, die schließlich zum Sturz von Ministerpräsident Kriangsak Ende Februar 1980 führte. (6)

Es brauchte den zehnten Jahrestag, bis sich die fünf ASEAN - Staaten 1977 auf ihrem zweiten Gipfeltreffen in Kuala Lumpur dazu druchrangen, mit einer Stimme über die sie gemeinsam betreffenden Probleme nach außen zu treten, um ihrem Ziel, einer ‚ASEAN Economic Community' (AEC), einer der EWG entsprechenden Wirtschaftsgemeinschaft näher zu kommen. „Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit existiert eher, wenn ein gemeinsamer Gegner vorhanden ist, und es um die Wahrung ihrer (der ASEAN, die Red.) Interessen gegenüber den westlichen Industrienationen oder Japan geht. So übten die Staaten gemeinsam auf Japan Druck aus, mehr in ihren Ländern zu kaufen, die mit japanischen Industriegütern überschwemmt worden sind. Gemeinsam handeln die Staaten auch, wenn es um internationale Rohstoff- und Warenabkommen geht, die die Preise und Exporteinnahmen für Kautschuk, Reis, Pflanzenöle, Kupfer, Zucker und andere Produkte stabilisieren sollen. Von den Industrienationen wird auch der Abbau aller Handelsschranken und Präferenzzölle gefordert." (7)

Sich erhöhende Handelsbilanzen der ASEAN

Wenn die ASEAN auch noch keine einheitliche Wirtschaftsgemeinschaft ist und jedes Land in der Regel nur für sich gültige Handelsbeziehungen zu anderen Ländern abschließt, so tritt sie doch bezüglich Preisabsprachen über Rohstoffe oder den verschiedenen Ländern gemeinsamen Produkten und Problemen als Wirtschaftsblock auf. Von ihrem gemeinsamen Auftreten versprechen sich die ASEAN - Länder eine stärkere Verhandlungsposition, die sie gegenüber der Konkurrenz der kapitalistischen Metropolen auszuspielen versuchen. Ihre Hoffnung ist, dadurch eine gemeinsame Entwicklung und gemeinsamen Fortschritt zu erreichen. Als rohstoffreiche Länder wissen sie um die Abhängigkeit der Industrienationen von ihnen, und sie hoffen nach Dekaden kolonialer Abhängigkeit durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß endlich ihre Reichtümer selbst ausnutzen zu können.



Singapur

In den Handelsbilanzen schlägt sich der scheinbare Erfolg zumindest zahlenmäßig nieder. Zu Singapurs Entwicklungsplanung z.B. steht im Länderkurzbericht 1980: „Die wirtschaftliche Entwicklung verlief weiter zufriedenstellend. Das reale Wirtschaftswachstum lag 1978 bei 8 %. In der ersten Jahreshälfte 1979 stieg das Bruttoinlandsprodukt um einen Jahresprozentsatz von 9,7 %. Die größten Steigerungsraten erzielten die Sektoren Verkehr, Handel sowie Industrieproduktion." (8) Der Staat Singapur steht an der Spitze der stets wachsenden Wirtschaften der ASEAN - Mitgliedsländer. Hier ist auch die Industrialisierung am weitesten fortgeschritten. Der Stadtstaat hofft, gegenüber den Flächenstaaten schon bald den Status eines Entwicklungslandes abzustreifen und zum Industriestaat zu avancieren.

Mit der Wirtschaftsgemeinschaft konnte Singapur 1979 seinen Außenhandel „gegenüber 1978 um 20 % erhöhen, wenn auch das Außenhandelsdefizit auf 7 Mrd. $ ($ = 318 Mill.$) anstieg. Die Zahlungsbilanz dagegen wies wieder ein Plus von 1,5 Mrd. $ auf. Selbst die Inflationsrate lag mit 5 % verhältnismäßig niedrig." (9) Aufgrund dieser Entwickung streben die Wirtschaftler Singapurs eine zweite industrielle Revolution an, „die vor allem moderne Technologie bringen und durch Rationalisierung und Automatisierung die Produktiovität steigern soll." (10) Ähnlich mustergültige Statistiken ließen sich auch für die anderen Mitgliedsländer der ASEAN aufführen.

Die Gemeinschaft der ASEAN änderte ihre Wirtschaftspolitik mit der Ausweitung ihres Handels, nicht nur mit den USA und Japan, sondern relativ stark mit der EG. Seit 1976 gab es gemeinsame Verhandlungskommissionen der ASEAN und EG. Vor allem der bundesdeutsche Außenminister Genscher wertete mit seinem Besuch im April 1977 in Djakarta und Singapur die Gespräche auf Ministerebene auf. (11) Für die EG folgten von bundesdeutscher Seite Besuche des Bundeskanzlers, des Wirtschaftsministers, verschiedener Delegationen und wiederum des Außenministers, die ihren Höhepunkt in dem ‚Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen EG und ASEAN' im März 1980 fanden.

ASEAN -EG

Die Beziehungen der europäischen Kolonialländer zu den Mitgliedstaaten der ASEAN sind so alt wie die koloniale Ausbeutung und haben sich nach deren Unabhängigkeit mit der Integration in den Weltmarkt fortgesetzt. Die südostasiatischen Staaten dienten der europäischen Feudalaristokratie als Gewürzlieferanten, wurden unter den führenden Großmächten territorial aufgeteilt, in riesige Plantagen verwandelt und hatten die Funktion, den sich industrialisierenden Staaten billige Rohstoffe zuzuführen und andererseits als Absatzmarkt offenzustehen. Diese Funktion dauert bis heute an. Auch wenn die koloniale Durchdringung von Land zu Land verschieden war und sich der Weltmarkt verändert hat.

„Die EG ist schon jetzt nach Japan und den USA der drittgrößte Handelspartner von ASEAN, deren Volkswirtschaften seit 1973 eine reale jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes zwischen knapp sieben und im Falle von Singapur von jetzt über neun Prozent aufweisen." (12)

Die Bedeutung der ASEAN für die EG ergibt sich aus ihrem internationalen Stellenwert als Rohstofflieferant und zeigt sich in den jährlich drastisch sich verbessernden Handelsbilanzen. Bezüglich der BRD wird dies weiter unten aufgezeigt.

Gerade in den letzten Monaten, der Krise um den Iran und Afghanistan hat sich die Notwendigkeit gezeigt, weitere mögliche Regionen zur Ausbeutung von Rohstoffen bei gleichzeitiger Öffnung für den Absatz der eigenen Industrieprodukte zu erschlie-

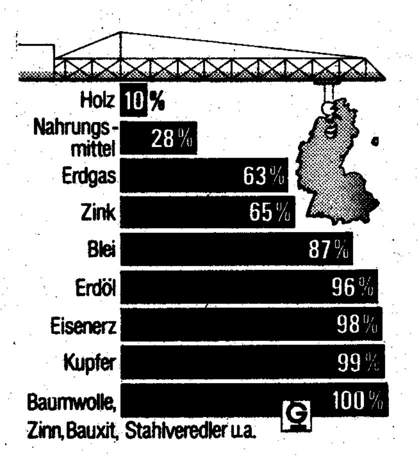
ßen. Eine mögliche weitere Verknappung auf dem Rohölmarkt könnte z.B. kurzfristig durch eine erhöhte Produktion in den ASEAN - Ländern ausgeglichen werden. Doch größere Bedeutung haben diese Länder für die Industrienationen aufgrund ihres Reichtums an Edelmetallen." ASEAN, vor allem Malaysia ist der Welt größter Produzent an Kautschuk, Zinn, Palmöl und tropischen Hölzern. Die Philippinen beherrschen den Kokos - Markt, Thailand füttert Europas Schweine mit Tapioka. Doch jüngste Sondierungen zeigen, daß ASEAN auf einem gigantischen Reservoir noch weitgehend unerschlossener Mineralien sitzt, darunter Bauxit, Kupfer, Zink, Blei, seltene Metalle, Silber, Gold und möglicherweise sogar Uran. ASEANs Vorkommen an schwefelarmem Erdöl und seine ungeheuren Erdgaslager sind möglicherweise erst oberflächlich angezapft.
Allein die Erschließung dieser Schätze wird der europäischen Industrie Milliardenaufträge bringen." (13) Angesichts des zu erwartenden Reichtums an Rohstoffen der Länder Südostasiens forciert die EG die Ausweitung ihrer Handelsbeziehungen.
Auf der gemeinsamen Außenministerkonferenz der EG und ASEAN wurde am 7.3.1980 in Kuala Lumpur ein wirtschafts- und handelspolitisches Kooperationsabkommen geschlossen, „das den Handelsaustausch zwischen den beiden Gemeinschaften ausweiten sowie die wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit verstärken soll. Es wird von Beobachtern als eine Art ‚Vernunftehe' zwischen der hochentwickelten europäischen Technologie und dem sich rapide entwickelnden rohstoffreichen Südostasien angesehen." (14) Die wirtschaftliche Bedeutung und das Interesse der EG zeigt sich ebenfalls an den ständigen Delegationsbesuchen von Wirtschaftsvertretern und den Abkommen, die diese politischen Treffen begleiten. „Das gegenseitige Interesse von Politikern und Diplomaten wird auch von den Managern geteilt. An der ersten von der EG organisierten Konferenz in Indonesien vor zwei Jahren nahmen über 200 namhafte Industriebetriebe und Bankiers Europas teil, und 400 ihrer Kollegen waren aus den ASEAN - Staaten gekommen." (15) In den letzten Monaten ist immer öfter von zu tätigen Investitionen in dieser Region zu lesen; so von einer deutsch - indonesischen Parlamentariergruppe, an der der CDU - Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka teilnahm: „Nach Ansicht Hupkas sollte die deutsche Industrie, darunter auch mittelständische Firmen verstärkt in Indonesien investieren. Wichtig sei neben Kapital die Vermittlung technischen und landwirtschaftlichen Wissens. Die Indonesier seien deshalb so an einer Zusammenarbeit mit den Westeuropäern interessiert, weil sie einen übermäßigen Einfluß der Amerikaner und der Japaner in Südostasien vermeiden wollten." (16)

Die zunehmende Bedeutung der ASEAN für die BRD

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die europäischen Kolonialmächte so geschwächt, daß vor allem die USA und anschließend Japan ihren wirtschaftlichen Einfluß in Südostasien beherrschend ausbauen konnten. Den Briten lag zunächst vor allem an einer Absicherung ihres Kapitals, verbunden mit einer Ergänzung durch Direktinvestitionen. Die BRD hat an keine koloniale Tradition anknüpfen können. In den letzten zehn Jahren hat sie diese Region entdeckt und seitdem findet zunehmender Kapitalexport statt. (17) Vorbereitet durch staatliche Entwicklungshilfe werden vor allem Direktinvestitionen getätigt. (18) Wenn auch zur Zeit der ASEAN - EG Handel für die einzelnen Gemeinschaften noch nicht sehr bedeutend ist, so läßt sich folgende Tendenz feststellen:
Innerhalb des ASEAN - EG - Handels und im Vergleich mit dem Anteil der EG - Länder am gesamten EG - Export hat die BRD den größten Anteil beim Import, teilsweise auch beim Export.
Während das Exportgeschäft der EG nach ASEAN zur Zeit rückläufig ist, nimmt der Anteil der BRD ständig zu.
Hauptausfuhrgüter der BRD sind Maschinen sowie chemische und pharmazeutische Produkte.
Die starke Rohstoffabhängigkeit der BRD ist bekannt. Hieraus erklärt sich auch das bundesdeutsche Interesse an den in der ASEAN zusammengeschlossenen Länder, insbesondere in Anbetracht der Exportorientiertheit der deutschen Wirtschaft. Malaysia z.B. ist dem Welt führender Produzent und Exporteur von Kautschuk, Palmöl, Zinn, Harthölzern und Pfeffer. Die Bedeutung von Kautschuk ist trotz synthetischer Gummiproduktion nach wie vor bedeutend. Mit den steigenden Ölpreisen nimmt die Nachfrage nach Naturgummi sogar wieder zu. Malaysia produzierte 1979 1,63 Mio t Naturgummi, was 45 % der Weltproduktion entspricht. Die Palmölproduktion betrug 1.77 Mio t, die Zinnproduktion betrug 1979 62 650 t und hat damit einen solchen Marktanteil, daß die Malayen bei dem ständigen Dollarverfall überlegen, Zinnbarren als Währungsreserve zu hinterlegen. „Als größter Zinnproduzent der Welt, der mit den ASEAN - Partnern Tailand und Indonesien zusammen 70 Prozent der Weltproduktion bestimmt, könnte Malaysia den Weltmarktpreis für Zinn ohne Schwierigkeiten bestimmen." (20)
An Harthölzern liefert Malaysia das im Raubbau geschlagene Holz der Urwälder Kalimantans. Schließlich ist Malaysia noch der Welt größter Pfefferproduzent. Zur Zeit werden dort 34 % der Weltproduktion an Pfeffer erzeugt. (21)
Schließlich liegt die Bedeutung Malaysias für die BRD auch in der Erschließung eines weiteren Landes, das bei der absehbaren Energieverknappung ausgleichend wirken könnte. Neben Ölexport hat Malaysia auch große Erdgaslager. Jüngst wurde wieder eines entdeckt. „Vor der Küste Malaysias im Südchinesischen Meeer ist nach ANgaben offizieller Stellen in Kuala Lumpur vom 21.3.80 eines der größten Erdgaslager der Welt entdeckt worden. Das Lager, das vor der Küste von Trengganu wiegt, sei wesentlich größer als das ERdgasfeld von Sarawak im Osten Malaysias. Während das Sarawak - Feld wahrscheinlich 40 Jahre lang ausgebeutet werden könne, werde das neuentdeckte Lager vermutlich erst in 70 Jahren erschöpft sein, hieß es." (22)
Hinzu kommen auf dem Energiesektor Uranfunde, die das Interesse an wirtschaftlichen Beziehungen seitens der BRD noch steigern. „Uranfunde in den halbinsularmalayischen Föderationsstaaten Kelatan und Pahang ‚sind in ihrer Qualität so gut wie die kanadischen Uranerze', erklärten Experten der Canadian Industrial Development Authority gemäß einem Bericht der malayischen Tageszeitung ‚New Straits Times'." (23)

Starke Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von Rohstoffimporten

Anteil der Einfuhr am inländischen Verbrauch



InfAW 3/80

Ein- und Ausfuhr der BRD (in 1 000 DM) (19)

Herstellungs bzw Verbraucherland	Einfuhr 1979	1978	Ausfuhr 1979	1978
Thailand	888231	765378	591122	526062
Indonesien	734625	703000	746913	1018748
Malaysia	1213982	907090	709878	628812
Singapur	788920	559445	1063488	805376
Phillipinen	724674	655155	464717	387408

Neben dem Import von Rohstoffen ist die ASEAN für die BRD besonders zur Ausbeutung billiger Arbeitskraft interessant. Großbetriebe und Textilindustrie und Feinmechanik verlagern ganze Betriebe dorthin. (24) Für alle Bereiche der Investition ist festzustellen, daß sie zur Ausnutzung der billigen Arbeitskraft dienen; denn technologisches Wissen wird nicht exportiert und die führenden Positionen in den Betrieben werden abgesehen von wenigen Ausnahmen von Europäern besetzt, damit die Länder keine eigenständige und unabhängige Entwicklung vollziehen.

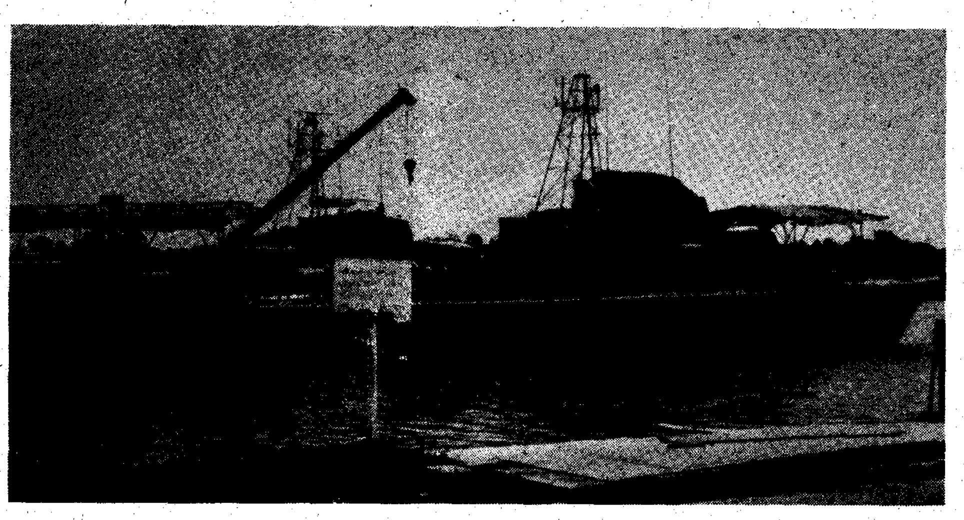
Zur Finanzierung der ausgelagerten Betriebe in die ASEAN spielen die Banken, vor allem die in Singapur ansässigen, eine besondere Rolle. (25)

Die Investitionen der BRD / EG haben inzwischen ein Ausmaß angenommen, daß von einer imperialistischen Konkurrenz in diesem Raum zwischen den USA, Japan und der EG auszugehen ist.

Die BRD spielt dabei eine eigenständige Rolle, gekennzeichnet durch die Vergabe der Kredite, das Ausmaß der Direktinvestitionen, den Handel, der Ausbeutung der billigen Arbeitskraft und der Fortführung kolonialer Arbeitsteilung, d.h. einer von den Metropolen über Kapitalexport und Handel gesteuerten Industrialisierung und Entwicklung der einzelnen Länder.

Zur Absicherung ihres imperialistischen Auftretens fehlt der BRD allerdings die militärische Präsenz. Im Gegenteil ist — wie zitiert — ein betont freundliches und zurückhaltendes Auftreten des bundesdeutschen Außenministers Genscher festzustellen, ein neutral freundliches Auftreten mit der Betonung der Kooperationsbereitschaft der BRD mit einem Teil des Blocks der Blockfreien, wobei nicht erwähnt zu werden braucht, wie die BRD sich militärisch absichert. Die BRD bildet indonesische Offiziere an der Militärhochschule in Hamburg aus, liefert Waffen in die ASEAN - Länder und stützt damit die Diktaturen bzw. offen unterdrückerischen Regimes Südostasiens. Die Waffen sind weniger zur Verteidigung geeignet, als vielmehr zur offensivenBekämpfung der Befreiungsbewegungen. Die BRD liefert in die ASEAN hochmoderne Schnellfeuergewehre, baut u.a. in Malaysia den deutschen Jaguar - Schnellboottyp nach (26) und will in Indonesien den besonders für den Anti - Guerillakampf geeigneten deutschen Hubschrauber BO - 15 nachbauen.
„Indonesiens aufstrebende Flugzeugindustrie will in Kürze die Militärversion des deutschen Mehrzweckhubschraubers BO - 15 in ihr Produktionsprogramm aufnehmen. Der Direktor der Nurtanio Aircraft Industry teilte am Dienstag in Djakarta mit, ein Nahost - Staat habe 60 Hubschrauber dieses Typs, darunter 40 Militärmaschinen, bestellt. Das indonesische Unternehmen baut die Hubschrauber auf der Grundlage eines Lizenzvertrages mit Messerschmitt - Bölkow - Blohm (MBB). Außerdem hätten Malaysia und Thailand bereits Kaufinteresse für den MBB - Hubschrauber bekundet." (27) Weitere Rüstungskäufe Indonesiens in der BRD sind geplant. So der Kauf zweier U - Boote bei der Howaldt - Deutsche - Werft zu einem Stückpreis von 250 Mio DM.
Spätestens hier zeigt sich die imperialistische Rolle der BRD. Die BRD verkauft der Diktatur Indonesien Waffen, die der Unterstützung ihrer Herrschaft dienen, die wahrscheinlich im Kampf der indonesischen Besatzer in Ost - Timor eingesetzt werden, wo Indonesien inzwischen mehr als hunderttausend Menschen hat ermorden oder verhungern lassen.

Doch die BRD reiht sich hier nur in die Politik der westlichen Industrienationen ein. Die USA liefern spezielle Anti - Guerillakampfflugzeuge (Bronco 0V - 10), Transportflugzeuge, automatische Gewehre (M - 16) und Entlaubungsmittel; England die Bodenangriffsflugzeuge BAC HAWK, die Niederlande Korvettenfregatten und elektronische Überwachungsanlagen, Australien 42 Patroullienboote, Italien wie Frankreich ebenfalls Hubschrauber (Alouette III) und Frankreich zusätzlich Boden - Raketen.



Dt. Schnellboottyp in Malaysia

Eine offen imperialistische Politik muß sich die BRD noch nicht leisten. Jedoch werden mit den Äußerungen Bundeskanzlers Schmidt und anderer Politiker über mögliche militärische Rohstoffsicherungen in den erdölproduzierenden Ländern Diskussionen entfacht und damit erste Voraussetzungen für entsprechende Aktionen geschaffen. „Für militärische Stützpunkte des Westens in Ländern der dritten Welt und eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Staaten hat sich der stellvertretende CDU - Vorsitzende Dregger im Hessischen Rundfunk ausgesprochen. ... Als schwierig schätzte Dregger jedoch die Pläne der EG für eine Zusammenarbeit mit den Staaten der arabischen Golfregion ein, weil diese im Gegensatz zu den ASEAN - Staaten sich noch nicht zusammengeschlossen hätten. Der Zusammenschluß müsse erst herbeigeführt werden, ehe Beziehungen aufgenommen werden könnten. (28)
In der ASEAN hat es die BRD also leichter: Ein wirtschaftlicher Zusammenschluß zur Rohstoffsicherung besteht, und die militärischen Stützpunkte werden indirekt geschaffen, indem die herrschenden Diktaturen unterstützt werden. So kann die Politik in den Metropolen moralisch besser vertreten und als eine Politik zur Entwicklung der Länder und Stabilisierung des Friedens verkauft werden. Gestützt auf die Vorarbeiten der deutschen Entwicklungshilfe, der Stiftungen und Hermesbürgschaften, abgesichert durch die Herrschaftssysteme und deren Investitionsgebung, können die Länder des ASEAN in der BRD als eine Region mit ‚günstigem Investitionsklima' bezeichnet werden. (30)

Die Auswirkungen dieser Politik auf die südostasiatischen Länder

Die von der BRD getragene Politk der Investitionen und des Handels mit den ASEAN - Staaten führt zu einer Stabilisierung der dort bestehenden Herrschaftsverhältnisse, deren Folge die weitere Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung in den einzelnen Mitgliedsländern ist. Die erfolgte wirtschaftliche Aufwertung und militärische Unterstützung bringt in jüngster Zeit eine Verfestigung des ASEAN - Zusammenschlusses mit sich. Doch mindestens ebenso haben die Bedrohungen der bestehenden Herrschaftssysteme dieser Region beigetragen, innenpolitisch durch die zunehmenden Aktivitäten der Befreiungsbewegungen außenpolitisch durch die Ereignisse der letzten Jahre in Indochina.

Mit der zunehmenden Bedeutung der BRD im Welthandel und in der Weltpolitik wächst auch ihr Einfluß auf die Länder der Dritten Welt. Mit der Unterstützung der Herrschaftssysteme und der so verstärkten Abhängigkeit dieser vom Westen, kann die BRD ihre imperialistische Politik weiter ausbauen. So konnte Bundeswirtschaftsminister Dr. Otto Graf Lambsdorff bei seinem Besuch in Malaysia dem malayischen Minister für Grundstoffindustrien Datuk Paul Leong selbstbewußt zu Exportkontrollen von Rohstoffen entgegnen. (31)

Macht ASEAN unabhängig?

Festzustellen ist, daß das Bündnis in den ersten zehn Jahren seines Bestehens wirtschaftlich kaum Auswirkungen gezeigt hat und den Verlautbarungen wenig konkrete Aktivitäten folgten. Lediglich repräsentierte man sich außenpolitisch, besonders wegen der Ereignisse in Indochina, als ASEAN, als ein Block. Innenpolitisch boten sich die Länder grenzüberschreitende Verfolgungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der verschiedenen Befreiungsbewegungen. Somit lag die Bedeutung der Wirtschafts- und Kulturvereinigung, was die ASEAN ja immer betont, zunächst in der militärischen und innenpolitischen Absicherung zur Festigung der bestehenden Herrschaftssysteme.
Ein zunehmender Austausch und eine Intensivierung der Beziehungen im Hinblick auf einen Wirtschaftsblock erfolgte erst auf Druck von außen, aufgrund zunehmender wirtschaftlicher Interessen der westlichen Länder an dieser Region.
Die ASEAN - Länder haben sich diesem Druck gebeugt, wohl auch, weil sie innenpolitisch zunehmend von den Befreiungsbewegungen bedrängt werden. Mit dem Nachgeben auf das Rohstoffverlangen der Industrieländer können sie ihre diktatorischen Systeme stabilisieren und Kapital akkumulieren.
Mit dieser Politik können die ASEAN - Staaten inzwischen zwar geschlossen weltpolitisch auftreten, doch unabhängiger von den Metropolen werden sie nicht. Ihre Integration in den Weltmarkt bringt die wirtschaftlichen Abhängigkeiten mit und aufgrund der Macht der internationalen Konzerne wird die koloniale Ausbeutung fortgesetzt, Arbeitskräfte und Rohstoffe werden weiterhin ausgebeutet.
Die erhoffte Möglichkeit, mit einer solchen Wirtschaftvereinigung die imperialistische Konkurrenz ausnutzen zu können, mag zwar hier und da funktionieren, doch trägt es zu einer Befreiung und Unabhängigkeit der Länder und ihrer Bewohner wenig bei, denn ein imperialistischer Staat wird durch einen anderen ersetzt. Auch kann von einer Befreiung nicht gesprochen werden, wenn die Gewinne nur einer kleinen Herrschaftsclique zugute kommen. Für die Mehrheit der Bevölkerung drückt sich eine koloniale oder nationale Unterdrückung gleich aus, nämlich in unterbezahlter Arbeit, persönlicher Unfreiheit, Leid und Schmerz sowie extremer politischer Unterdrückung.

Der Wirtschaftsblock hat zur Folge, daß die internationalen Abhängigkeiten weiterhin bestehen bleiben, sei es über Kapitalverquickungen oder direkte militärische Maßnahmen, Die USA z.B. werden ihre Stützpunkte auf den Philippinen oder in Thailand nicht aufgrund von Einsprüchen der ASEAN räumen. Wie sich der ASEAN - Wirtschaftsblock auf die Bevölkerung auswirkt, soll an gewählten Beispielen im Themenblock dieses Heftes gezeigt werden. Dort soll die subjektive Seite der Betroffenen zur Sprache kommen und nicht die rosigen Zahlen einer sogenannten zunehmenden „Entwicklung zur Freiheit und Unabhängigkeit" durch die Wirtschaftsgemeinschaft.

Weiterhin soll über den Kampf der Befreiungsbewegungen informiert werden. Dem Kampf des Volkes von Ost - Timor, den zunehmenden Kämpfen der ‚Moro National Liberation Front' (MNLF) und der kommunistischen ‚New People's Army' (NPA) auf den Philippinen.

50 000 Tote und mehr als 200 000 Verwundete hat der Kampf der MNLF mit der Dikatatur Marcos bisher gefordert.
Aus Verhören mit Gefangenen schließt die Regierung in Manila, „daß die MNLF die achtziger Jahre zur Dekade des Terrorismus erklärt hat." (32) Neben den Philippinen und Indonesien nehmen sich Befreiungsbewegungen Malaysias und Singapurs eher klein aus. In Malaysia wird sie auf etwa 5 000 Aktive geschätzt. Anders ist es in Thailand, wo mehr als 2 500 Dörfer befreit sind.
„Nach dem Geheimsender STIMME DER MALAYISCHEN REVOLUTION (malays., 26.1.80, 1030 GMT) hätten die ‚Volksbefreiungskräfte Thailands' — die Partisanen der KP Thailands — im vergangenen Jahr den Regierungstruppen und Polizeikräften Bangkoks insgesamt 518 Gefechte geliefert; dabei hätten sie 1 003 getötet, weiter 1 391 verwundet und 71 gefangengenommen. Ein Flugzeug sei von ihnen zerstört und ein weiteres — wie auch sieben Hubschrauber — beschädigt worden. Neben 342 Gewehren hätten die Partisanen 30 300 Schuß Munition erbeutet.
Die Bangkoker NATION REVIEW (engl., 30.11.79, S.3) hatte den stellvertretenden thailändischen Ministerpräsidenten, General Soem na Nakhon zitiert, wonach in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres sich mehr als 2 00 Insurgenten freiwillig den Regierungsbehörden gestellt hätten. Während des vergleichbaren Zeitraums 1978 seien nur 600 übergelaufen. Doch müsse man weiterhin mit rund 10 000 kommunistische Rebellen im Lande rechnen; davon befänden sich 3 500 im Nordosten Thailands, jeweils 3 000 im Norden und im Süden und etwa 400 in den zentralen und östlichen Regionen des Landes." (33)

Angesichts des bisher Beschriebenen wird die Frage, ob ein wirtschaftlicher Zusammenschluß von Ländern der Dritten Welt nicht doch fortschrittlich ist und langfristig eine Befreiung der Länder mit sich bringt, weil ein solcher Wirtschaftsblock die imperialistische Konkurrenz der Großmächte ausnutzen und davon profitieren kann unbedeutend. Tatsache ist, daß in dem Wirtschaftsblock der ASEAN die Bevölkerung unter den Diktaturen zu leiden hat, zu hunderttausenden hingerichtet wird und die Herrscher im Zuge der Weltmarktintegration nicht nur gestützt sondern auch militärisch unterstützt werden. Die Bevölkerungen der südostasiatischen Länder werden durch die ASEAN nicht befreit.

wite

Anmerkungen

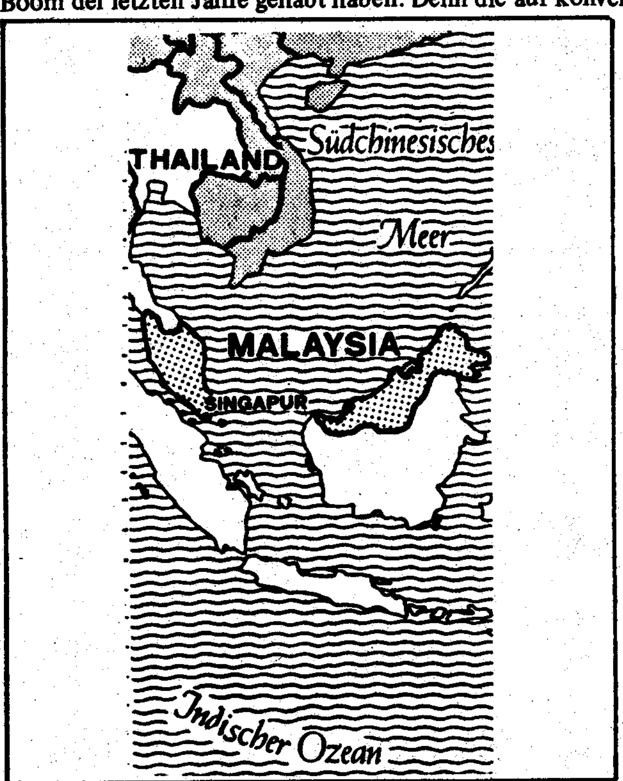
1) Ausführlicher als es in diesem Artikel geschehen kann informiert das Buch **BRD - Interessen in Südostasien** über die Verhältnisse in den ASEAN - Ländern. Siehe dazu auch die Rezension in diesem Heft.
2) FR vom 8.3.1980
3) Dauth, Jürgen, ASEAN - die Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen, in: aus politik und zeitgeschichte, 24. Februar 1979, S. 35.
4) vgl. die Artikel in diesem Heft: "Zerstörung der Regenwälder in Kalimantan" uns " FRELITIN kämpft mit Lanzen und Speeren gegen Invasoren."
5) HB vom 26.3.1980
6) vgl. HB vom 3.3.1980 und SZ vom 9.4.1980
7) HB vom 26.3.1980
8) Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht SINGAPUR 1980, Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, S. 27
Damit die Zahlen und ihre Bedeutung nicht ohne Vergleichsmöglichkeiten stehen, sei kurz die Entwicklung Pakistans angerissen, das Land, das früher u.a. auch der SEATO angehörte. "Eine erwartete Devisenlücke in Höhe von 800 Mill. $, ein Budget - Defizit in Höhe von 3 - 4 % des Bruttosozialprodukts, Einfuhren mit 4,2 Mrd. $, die die Ausfuhren um das Doppelte übersteigen und sich kaum drosseln lassen, ohne die Entwicklungsanstrengungen zu unterminieren, und eine Ölrechnung von 1,2 Mrd. $, die allein 40% der Exporterlöse auffrißt, eröffnen wahrhaft düstere Perspektiven für die Zukunft." (HB vom 31.3.1980)
9) HB VOM 23.1.1980
10)HB vom 23.1.1980
11)FEER vom 27.5.1977
12)VWD / NfA vom 10.3.1980
13)FR vom 1.3.1980
14)FR vom 8.3.1980
15)FR vom 8.3.1980
16)Die Welt vom 11.4.1980
17)vgl. 'blätter des iz3W' Nr. 58, 63, 65 und die Literatur in diesem Heft.
18)vgl. Friedrich von Kirchbach, Die malayische Investitionspolitik als Bestimmungsfaktor für deutsche Direktinvestitionen, Volkswirtschaftl. Diplomarbeit, Heidelberg 1976
19)Tabelle aus: Informationen für die Außenwirtschaft 4/80 S. 66
20)FR vom 23.1.1980
21)NZZ vom 23.4.80
22)VWD/NfA vom 24.3.80
23)BfA/NfA vom 3.3.80
24)vgl. die Artikel in diesem Heft zu Rollei Singapur und "Es herrscht Friede" sowie die 'blätter des iz2W Nr.65'
25)Die aus Hamburg stammende Deutsch - Asiatische Bank, seit 1972 Europäisch - Asiatische Bank, eine Tochterfirma der Deutschen Bank hat Filialen in Djakarta, Singapur, Kuala Lumpur und Manila.
26)Dessen Funktion ist in den 'blättern des iz3W' Nr.65 beschrieben.
27)FR vom 25.7.1979
28)FAZ vom 5.4.1980
30)vgl. 'blätter des iz3W' Nr.65
31)"Im Gegensatz zu Leong, der sie zur Preisstabilisierung für notwendig hält, sprach sich der Bundeswirtschaftsminister gegen Exportkontrollen bei Rohstoffen aus" aus: BfA/NfA vom 29.10.1979
32)Badische Zeitung vom 5.3.1980
33)Monitor Dienst der Dt. Welle, Thailand, vom 11.1.1980

Ein Reisebericht aus Malaya

Bei meiner Ankunft in Singapur fand ich das kleine Hotel, das ich von früher her kannte, nicht wieder. Die ruhige Seitenstraße gab es nicht mehr, der ganze Häuserblock war vom Erdboden verschwunden. Da wo früher schmalbrüstige Geschäftshäuser chinesischer Kleingewerbetreibender gestanden hatten, war ein von der staatlichen Sanierungsgesellschaft erbauter „Shopping & Office Complex" eröffnet worden.
So ging es mir immer wieder auf meiner Reise durch Malaya im Sommer 1979. Zwischen 1973 und 1975 hatte ich in diesem Land gelebt, und ich war nun wieder hingefahren, um Städte, Landschaften und Menschen wiederzusehen. Ich war überrascht vom Ausmaß der Veränderungen. Vertraute Straßenzüge waren abgerissen, da wo ich Primärdschungel erwartete, fand ich gerodetes Land, aus Gummiplantagen am Stadtrand von Kuala Lumpur waren riesige Reihenhaussiedlungen der neuen Mittelklasse geworden.
Dem Besucher zeigen sich Malaysia und Singapur heute als „moderne Gesellschaften". Armut und physisches Elend sieht er nicht auf den ersten Blick, und auch die politische Repression findet hinter der Fassade parlamentarischer Staatsformen nach dem Westminster-Modell statt. Unmittelbar augenfällig ist dagegen der wirtschaftliche Boom, überall „findet Entwicklung statt", wie die Regierungsbeamten sagen.

Malaysia und Singapur sind nach Fläche und Bevölkerung die beiden kleinsten der fünf ASEAN-Länder. Neben Indonesien mit seinen 140 Millionen Einwohnern wirken die Föderation Malaysia mit ihren knapp 13 Millionen Einwohnern auf einer Fläche von 333 400 km² und der Stadtstaat Singapur mit 2,4 Millionen Einwohnern (auf 616 km²) wie Kleinstaaten. Trotzdem sind der malaysische Premier Hussein Onn und Singapurs Premier Lee Kuan Yew mehr als bloße Statisten auf der ASEAN-Bühne. Die politische Rolle, die die beiden Länder in der ASEAN spielen, ist Spiegelbild ihrer Wirtschaftskraft.
Singapur und Malaysia sind nach Japan und einigen Ölländern die beiden Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in Asien. Pro-Kopf-Einkommen von Singapur 1978: 3 314 US$, von Malaysia 1 154 US$. Das wirtschaftliche Wachstum war trotz gelegentlicher krisenhafter Einbrüche im letzten Jahrzehnt imponierend. Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts zwischen 1960 und 1978: Singapur 6 %, Malaysia 3,4 %.
Malaysia wird gerne als das Musterbeispiel eines Schwellenlandes zitiert, das – obwohl noch überwiegend landwirtschaftlich geprägt – bereits zum „Höhenflug in die Regionen des wirtschaftlichen Wachstums" angesetzt hat (wie Siegfried Sterner einmal in der FAZ schrieb). Die Regierung von Singapur sieht ihr Land auf dem Weg zur Industrienation.
Malaysia und Singapur scheinen wie nur wenige andere Länder der Dritten Welt die Aussagen der Vertreter der Modernisierungstheorien zu bestätigen. Massiver Einsatz von ausländischem Kapital und moderner Technologie hat sie innerhalb weniger Jahre an die Schwelle des „take-off" geführt. Malaysias Boom beruht auf der günstigen Entwicklung der Exporterlöse für seine Rohstoffe Naturkautschuk, Zinn, Palmöl, Holz und neuerdings Öl sowie auf exportorientierter Industrialiserung und cash-crop orientierter Neulandkolonisation. Singapur hat sich aus dem Entrepot-Hafen der Kolonialzeit zum größten Industriestandort in Südostasien, zum drittgrößten Hafen der Welt und zum Zentrum des internationalen Finanzkapitals in Südostasien entwickelt.

Umstritten ist freilich auch unter bürgerlichen Ökonomen, wie weit Malaysia und Singapur auf die Dauer mit einem selbsttragenden Wachstum rechnen können. Zu verletzlich ist die Basis ihrer Wirtschaft: Die Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt, von den Marktchancen der exportorientierten Industriebetriebe und vom steten Zufluß des ausländischen Kapitals.
Eine offene Frage ist aber auch, was die große Mehrheit der Bevölkerung, die Bauern, die Fischer, die Plantagenarbeiter und die Industriearbeiter überhaupt vom wirtschaftlichen Boom der letzten Jahre gehabt haben. Denn die auf konventionellen ökonomischen Indikatoren beruhenden Wachstumsziffern verschleiern den wirklichen Zustand der Wirtschaft Malaysias und Singapurs eher, als daß sie ihn erhellen.



Wachsende Ungleichheiten in der Gesellschaft sowie ländliche und städtische Armut sind die Kehrseite. Reallohn-Einbußen der lohnabhängigen Bevölkerung und Einkommensverluste der Kleinbauern sowie zunehmende Arbeitslosenraten (in Malaysia ist die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben von 8,9 % im Jahre 1962 auf über 10 % der arbeitsfähigen Bevölkerung angestiegen) konterkarieren das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen.

Bei den Squattern von Jelutong.

Nicht nur neue Reihenhaussiedlungen der Mittelklasse sind in den letzten Jahren aus dem Boden geschossen, sondern auch neue Squattergebiete. Das sind die Stadtviertel aus Holz und Wellblech am Stadtrand, die ohne Rechtstitel erbaut werden. Ein Beispiel ist Jelutong auf der Insel Ponang. Jelutong ist ein Stadtteil der Landeshauptstadt Georgetown, der in keiner amtlichen Karte zu finden ist. Dafür kennt jeder Straßenhändler diese wilde Ansiedlung, in der vom Lande neuzugezogene Familien wohnen.
In Jelutong haben die Bewohner aus Platzmangel Pfahlbauten im Wasser errichtet. Drei Stege führen vom Ufer aus ins Meer hinaus, an jedem der Stege sind ungefähr 100 Holz-

häuser aufgereiht. An den ersten beiden Stegen wohnen nur Chinesen, am dritten wohnen Malayen und Inder. Jalaluddin wohnt mit seiner Familie am dritten Steg. Er hat Frau und drei Kinder zu ernähren von seinem Monatslohn von 202 Ringgit (1 Ringgit entspricht etwa DM 0,92). Obwohl er bei der Stadtverwaltung eine feste Anstellung als Transportarbeiter hat, fällt es der Familie schwer, mit dem Geld auszukommen. Sein Haus besteht aus einem einzigen Raum; Wasser- und Stromanschluß sind nicht vorhanden. Er hat das Haus vor ca. einem Jahr zusammen mit Arbeitskollegen erbaut. Von einem Gebrauchtwarenhändler hat er auf Kredit Holz und Wellblech im Wert von 2000 Ringgit, bekommen, monatlich muß er 30 Ringgit zurückzahlen. Im Nachbarhaus wohnen fünf unverheiratete Bauarbeiter. Auch sie haben ihr Haus in Eigenarbeit erbaut. Sie arbeiten als Tagelöhner, mal haben sie Arbeit, dann bekommen sie wieder tagelang keine Arbeit. An solchen Tagen sitzen sie von morgens bis abends im Haus und spielen Karten.

Am nächsten Steg wohnt Lee Kiang mit seiner Familie. Er arbeitet in einer nahegelegenen Autoreparaturwerkstatt. Sein Monatslohn liegt bei 300 Ringgit, dafür muß er sechs Tage in der Woche arbeiten, er hat keinen Tag Urlaub im Jahr und kennt keinerlei soziale Sicherheit. Trotzdem gehört er mit seinem Lohn eher zu den Besserverdienenden in Jelutong. Das verdankt er seinen Fachkenntnissen und seiner Geschicklichkeit. In einer Holzkohlengroßhandlung treffe ich eine Malayin, die mit Lagerarbeiten beschäftigt ist. Sie arbeitet ungefähr zehn Stunden am Tag und erhält dafür einen Monatslohn von 50 Ringgit. Außerdem bringt sie zwei ihrer Kinder mit zur Arbeit, die – ohne gesonderte Bezahlung versteht sich – der Mutter bei der Arbeit helfen.

Lange Zeit kannten die Leute vom ersten und zweiten Steg die Bewohner vom dritten Steg kaum. Nur ihre Kinder spielten zusammen. Die Erwachsenen hatten wenig Kontakt miteinander, die Unterschiede in Sprache, Religion und Kultur ließen sich nicht so ohne weiteres überbrücken. Das änderte sich erst, als vor zwei Jahren Pläne der Landesregierung bekannt wurden, ganz Jelutong abzureißen, um für eine neue Schnellstraße am Ufer Platz zu machen. Die Bewohner schlossen sich zusammen, stellten Forderungen für die Erhaltung der Siedlung auf und schickten Eingaben an die Landesregierung. Vor den Parlamentswahlen 1978 ließ die Regierung die Bevölkerung im Glauben, die Pläne würden geändert werden, doch nach den Wahlen wurden in Jelutong 100 Häuser abgerissen. In ganz Georgetown sind seit Mitte 1978 über 200 Squatterhäuser ohne Entschädigung abgerissen worden.
Wenn diese Squattervertreibung nicht mehr den Anstrich brutaler Polizeiaktionen wie ähnliche Ereignisse vor ein paar Jahren hatte (vgl. Blätter des iz3w Nr. 63, S. 10 – 19), so lag das einzig und allein an einer geänderten Taktik der Behörden. Die Polizei rückte nicht gleich mit Hundertschaften von Abbruchkommandos an, sondern ließ erst einmal zwei Häuser abreißen. Die Bewohner wurden vertrieben, ihr gesamtes Eigentum wurde konfisziert. Dann teilten die Vertreter des Grundbuchamtes den übrigen Bewohnern des Gebietes mit, daß es für sie das Beste wäre, ihre Häuser selbst niederzureißen, so könnten sie wenigstens ihr persönliches Eigentum behalten.
Die Einschüchterung wirkte. Ein großer Teil der Siedler von Jelutong folgte der behördlichen Anordnung. Sie fühlten sich nicht stark genug, wirksamen Widerstand zu leisten.

Das kann sich allerdings ändern. Ich kam mehrere Monate nach dem Abriß der Häuser nach Jelutong; die verbliebenen Bewohner standen noch unter dem Eindruck der Vertreibung ihrer Nachbarn. Einige meinten, so leichtes Spiel würde die Regierung mit ihnen nicht haben. Inzwischen haben sie auch Kontakt zu den Bewohnern anderer Squatter-Gebiete der Stadt aufgenommen, um sich gemeinsam wehren zu können und Erfahrungen im Umgang mit Behörden auszutauschen. Einige haben schon früher erreicht, daß die Stadtverwaltung Strom und Wasseranschluß zu ihren Häusern gelegt hat. Andere haben in Eigeninitiative ihre Wohngebiete verbessert. Auch das hat das Zusammengehörigkeitsgefühl untereinander gestärkt. Überall werden die Stege, an denen die Häuser liegen, gemeinsam instand gehalten und verbessert.
Die Squatter wissen, daß sie von der Regierung wenig zu erwarten haben, wenn sie sich nicht auf Selbsthilfe verlassen. Mit Beginn des Dritten Fünfjahres-Entwicklungsplanes hatte die Regierung ein großangelegtes Bauprogramm für Billig-Wohnungen (Low Cost Housing Programme) angekündigt. Doch im Sommer 1979 wurde bekannt, daß das Planziel bei weitem nicht erreicht worden ist. Von den im Plan vorgesehenen 56 800 Wohneinheiten sind nur 15,5 % gebaut worden.

MALAYA:

Malaya ist der traditionelle Name für die ganze malayische Halbinsel, Singapur eingeschlossen. Auch nach der Gründung der Föderation „Malaysia" betrachtet die antiimperialistische Linke Malaya und Nord-Kalimantan (Sabah und Sarawak) als voneinander getrennte Länder, deren Völker erst noch ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben müssen. Singapur wird andererseits als Teil von Malaya angesehen, auch wenn gegenwärtig eine künstliche Grenze zwischen der Inselrepublik und ihrem natürlichen Hinterland besteht. Ich benutze die Begriffe „Malaysia" und „Singapur" nur, wenn ich mich auf die dort heute bestehenden Staatengebilde beziehe.

Perspektiven der antiimperialistischen Linken in „Malaysia"

Die Partai Sosialis Rakyat (PSRM) ist eine Partei, die ihrem eigenen Programm nach für einen demokratischen Sozialismus eintritt und über die Beteiligung an Wahlen an die Macht kommen will. Ihr Schwergewicht hat sie stets auf die Organisierung der ländlichen Bevölkerung gelegt: Der Reisbauern, der Ölpalm- und Gummipflanzer in den Neusiedlerdörfern und der Fischer. Sie griff die Probleme der ländlichen Bevölkerung auf und stellte Forderungen an die Regierung, die darauf angelegt waren, die Existenzbedingungen auf dem Lande zu sichern. Die Regierung setzte sich zu keiner Zeit mit den inhaltlichen Forderungen der PSRM auseinander. Im Wahlkampf 1974 verteufelte sie die Kandidaten der Partei als Atheisten und Kommunisten, um sie in den Augen der Landbevölkerung zu diskreditieren. Die Kommunistische Partei ist in Malaya seit 1948, seit dem Beginn des konterrevolutionären Kolonialkrieges der Briten, verboten. Kommunisten gelten in der Regierungspropaganda als „antinationale Elemente". Mindestens ebenso schwer wog der Vorwurf des Atheismus. In der islamisch geprägten Gesellschaft des malayischen Dorfes ist für Ungläubige kein Platz. Dieser Verteufelungskampagne der Regierung zum Trotz erreichte die PSRM damals in zahlreichen ländlichen Wahlkreisen der Ostküste Stimmenanteile von über 30 %. Daraufhin griff die Regierung zu direkten Formen der politischen Unterdrückung. Öffentliche Versammlungen der Partei wurden grundsätzlich verboten, der Parteizeitung

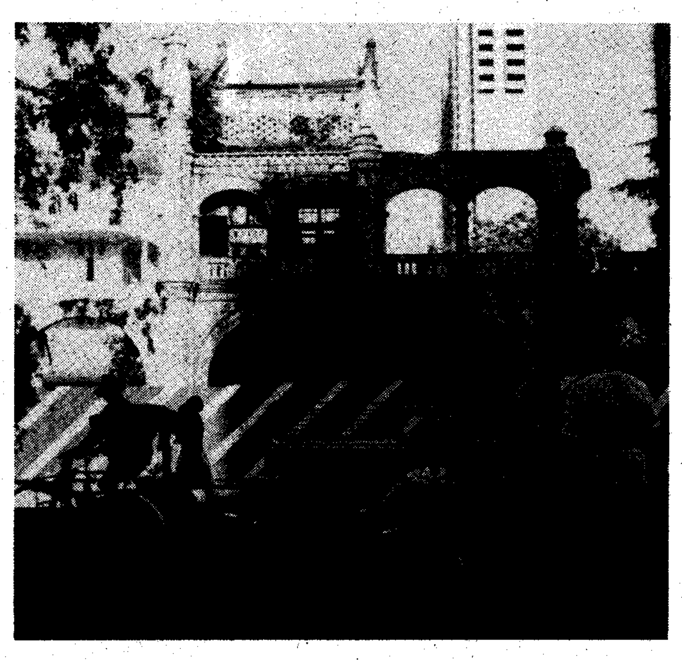
wurde mehrfach ihre Publikationslizenz entzogen, und nach und nach wurden die führenden Köpfe der Partei in Vorbeugehaft genommen.
Nach einem Gesetz aus der Kolonialzeit können Personen, die „für die Sicherheit des Landes gefährlich werden können" durch einen Verwaltungsakt des Innenministers für jeweils zwei Jahre interniert werden, ohne daß ein Prozeß eröffnet wird. Syed Husin Ali, der führende Theoretiker der Partei, ein Soziologieprofessor an der University of Malaya, ist seit 1974 ununterbrochen in Vorbeugehaft (nach Ablauf der Zweijahresfrist hatte der Innenminister sofort die Verlängerung verordnet). Kassim Ahmad, der Bundesvorsitzende der Partei, ist seit 1976 in Haft.

Viele, die die Partei früher unterstützt haben, sind heute desillusioniert von den Möglichkeiten des demokratischen Kampfes. Einige Kandidaten der PSRM zerrissen bei den Wahlen des Jahres 1978 demonstrativ ihre Nominierungsformulare. Auf der örtlichen Ebene finden noch manchmal kleine, informelle Veranstaltungen der Partei in Bauernhäusern statt, die nicht anmeldepflichtig sind. Doch die Regierung ist auch da hinterher. Nach der Versammlung sucht die Polizei die Dorfbewohner einzeln in ihren Häusern auf. Zuweilen drohen Regierungsvertreter den Bauern mit Repressalien gegen ihre Kinder, die in staatlichen Internaten in irgendeiner entfernten Stadt untergebracht sind.

Einige Bauern haben die Konsequenz gezogen. Sie glauben nicht mehr, daß sie mit parlamentarisch-demokratischen Mitteln etwas für sich durchsetzen können. In Kelantan, im Nordosten, haben sich bereits viele Bauern und Fischer der Guerillabewegung, die unter Führung der MCP (Malayan Communist Party) steht, angeschlossen.
Gleichwohl wäre es falsch, den Einfluß, den die MCP in Malaya heute wirklich hat, zu überschätzen. In den Jahren nach 1975, nach der Befreiung der Länder Indochinas vom US-Imperialismus, nahm die Befreiungsbewegung auf der malayischen Halbinsel einen beachtlichen Aufschwung, und zwar sowohl militärisch als auch politisch.
Das war der erste Aufschwung der kommunistischen Bewegung seit ihrer vorläufigen Niederlage im konterrevolutionären Kolonialkrieg der Briten gegen die MCP, der 1960 offiziell für beendet erklärt worden war. Nach 1975 konnte die MCP ihr Basisgebiet ausdehnen, konnte mehr Mitglieder rekrutieren als in den Jahren davor und versetzte mit ihren Guerillaeinheiten den Regierungstruppen etliche empfindliche Schläge.
Wichtiger aber war noch die Tatsache, daß sich nach dem Rückzug der Amerikaner aus Saigon auch unter bisher eher antikommunistisch eingestellten Menschen eine Art Jubelstimmung einstellte. So schlimm konnten die Kommunisten nicht sein, wenn sie es schafften, ein Volk im Kampf gegen einen so mächtigen Aggressor zum Sieg zu führen. Mir ist noch gut in Erinnerung, was 1975, wenige Tage nach der Befreiung Saigons und Pnom Penhs ein leitender Ministerialbeamter in der malaysischen Stadtplanungsbehörde zu mir sagte: „Ich habe keine Angst, wenn Malaysia kommunistisch wird. Als Planer sind wir Fachleute. Wir müssen unserem Land dienen – so oder so. Ich werde meinem Land auch unter einer kommunistischen Regierung dienen. Persönlich finde ich eine kommunistische Regierung gar nicht so schlecht. Dann gäbe es nicht so viel Korruption und Vetternwirtschaft."
Jetzt traf ich denselben Beamten wieder, an seinen Ausspruch von damals wollte er nicht gerne erinnert werden. Er hatte längst wieder zu seinem alten Antikommunismus zurückgefunden.
Ich kann es ihm nicht verdenken. Weder das Beispiel Vietnams noch das Beispiel Kampucheas dürften einen Angehörigen der malaysischen Mittelschicht ermutigen, seine Kommunistenangst über Bord zu werfen. Die Art, wie in Vietnam nach der Befreiung die Vertreter der Dritten Kraft ausgebootet worden sind, aber auch das Aufbaukonzept Kampucheas in der Pol Pot-Zeit, in dem für Intellektuelle und die nationale Bourgeoisie kein Platz war, sind schlechte Beispiele.
Heute wie 1975 blickt ganz Südostasien auf die Länder Indochinas. Damals ging von Vietnam ein neuer Aufschwung in den nationalen Befreiungsbewegungen aus. Die Vertreibung des US-Imperialismus wurde überall in der Region als Ermutigung verstanden. Heute ist die Entwicklung in Vietnam und Kampuchea ein Rückschlag für die Befreiungsbewegungen in ganz Südostasien. Die antiimperialistische Linke hat sich in der Frage des vietnamesischen Einmarsches in Kampuchea gespalten. Aber was noch schwerer wiegt: Seit Flüchtlinge aus Vietnam an der Ostküste Malaysias landen, hat die antikommunistische Propaganda der Regierung wieder an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Öffentlicher Wohnungsbau im „Sozialstaat" Singapur

Nachmittags um vier Uhr stehe ich vor einem brennenden Haus in der Queen Street in Singapur. Der Dachstuhl und die Deckenbalken sind bereits in den Flammen aufgegangen, das Gemäuer steht noch. Die Feuerwehr ist mit zwei Löschzügen zur Stelle, auffällig ist aber, daß noch weitaus mehr Polizisten als Feuerwehrleute zusammengezogen sind Von der gegenüberliegenden Straßenseite aus verfolgen Schaulustige und Anwohner aus dem Viertel das Geschehen. Keiner sagt etwas.
Erst später erfahre ich mehr über das ausgebrannte Haus.



Das abgebrannte Haus in der Queen Street

Es war das letzte zweistöckige Wohn- und Geschäftshaus im Wohnblock, rechts und links eingerahmt von zwei zehngeschossigen Neubaublocks. Früher hatte das ganze Stadtviertel aus zweigeschossigen Häusern bestanden. Im Erdgeschoß waren hinter einem überdachten Laubengang gewerblich genutzte Räume angeordnet, im Obergeschoß wohnte eine chinesische Großfamilie. In diesen Häusern wohnte früher das chinesische Kleinbürgertum von Singapur. Inzwischen war im Zuge der Stadtsanierung fast die gesamte Althaus-Bebauung des Baublocks niedergerissen worden. Der einzige

verbliebene Altbau war den Behörden längst ein Dorn im Auge.

Aber der Staat hatte seine juristischen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft. Nach einem Gesetz aus der Kolonialzeit, das heute noch gilt, dürfen Häuser aus der Vorkriegszeit nicht abgerissen werden, solange noch jemand drinnen wohnt – auch wenn der Staat das Grundstück bereits aufgekauft hat. Die ehemaligen Eigentümer des Hauses in der Queen Street hatten sich einfach geweigert, sich in Neubausiedlungen umsiedeln zu lassen. Nun war das Problem durch Brandstiftung aus der Welt geschafft.

Es ist bestimmt kein Zufall, daß in letzter Zeit immer häufiger Altbauten in Sanierungsgebieten in Flammen aufgehen. Der Verdacht liegt nahe, daß hinter den Brandstiftern das Sanierungsministerium des Stadtstaates steckt.

Große Teile Singapurs sind bereits der Kahlschlag-Sanierung zum Opfer gefallen. Das alte Zentrum ist fast völlig Bankhochhäusern und Büro- und Einkaufspalästen aus Glas und Beton gewichen. Momentan wird gerade die Innenstadtzone östlich des Singapur-Fluß neu strukturiert. Der Boden im ganzen Viertel gehört bereits dem Staat (der bei Sanierungsmaßnahmen ein öffentliches Interesse anmelden kann und die Grundstücke enteignen kann). Der Kahlschlag schreitet schleichend voran: Ein Baublock ist schon abgeräumt, auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehen die alten Häuser noch, vereinzelt sind auch schon Neubaublocks fertig. Die verbleibende Bevölkerung wird allmählich demoralisiert und läßt sich ohne nennenswerten Widerstand umsiedeln. Alle Bewohner erhalten Alternativ-Unterkünfte in Neubaublocks, aber durch die Umsiedlung werden sie in alle Winde zerstreut. So wird ihr Widerstand im Keim erstickt. Die Leute reagieren zwar sauer, denn in den Neubaugebieten sind die Mieten höher, und die Geschäftsinhaber müssen zum Teil erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen oder gar ihr Geschäft ganz aufgeben und als Lohnarbeiter in die Fabrik gehen, aber mit der neuen Situation muß zunächst einmal jeder für sich selbst fertig werden. Organisierten Widerstand gibt es nicht.

Kritiker der Regierung von Singapur weisen darauf hin, daß Entsolidarisierung und bessere politische Kontrolle zwei der Ziele sind, die die Regierung mit ihrer Sanierungspolitik verfolgt.

Das Viertel am östlichen Innenstadtrand war bis in die 60er Jahre hinein eine Hochburg der Opposition. Periodisch flackerten hier oppositionelle Aktivitäten auf lokaler Ebene wieder auf. Durch die Sanierung werden auch die letzten Kommunikationskanäle der politischen Opposition im Viertel zerschlagen.

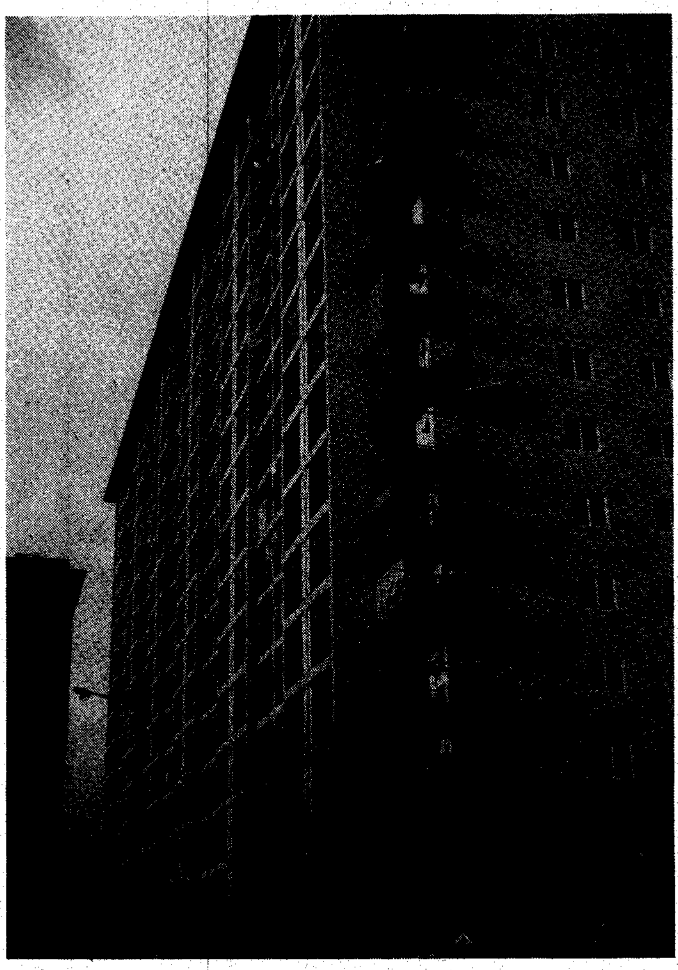
In den Neubaublocks haben die Behörden leichtes Spiel, alle verdächtigen Aktivitäten genau zu überwachen. In jedem Block wohnt mindestens ein Polizist. Offiziell wird das mit Schutz vor Diebstahl und Vergewaltigung begründet. Darüber hinaus sind seit dem vergangenen Jahr „Block-Komitees“ eingerichtet worden, die unmittelbar dem Amt des Premierministers unterstellt wurden. Ihre Aufgaben liegen in erster Linie im sozialen Bereich, ihnen können aber auch Hilfspolizeifunktionen übertragen werden. Vor allem haben sie die Funktion, Informationen über einzelne Bewohner an staatliche Behörden weiterzuleiten.

Der polizeistaatliche Apparat Singapurs gehört zum Ausgeklügeltesten, was es auf dem Gebiet überhaupt gibt. Über alle Bewohner sind Daten in einem zentralen Computer gespeichert – von den Personaldaten über Beschäftigungsverhältnisse bis hin zu Angaben, aus denen die staatstragende Gesinnung des einzelnen ersichtlich ist (dazu gehören z. B. Angaben über Wahlbeteiligung oder über Spenden für den „National Heroes' Fund“, eine Wohlfahrtseinrichtung für Soldatenwitwen). –

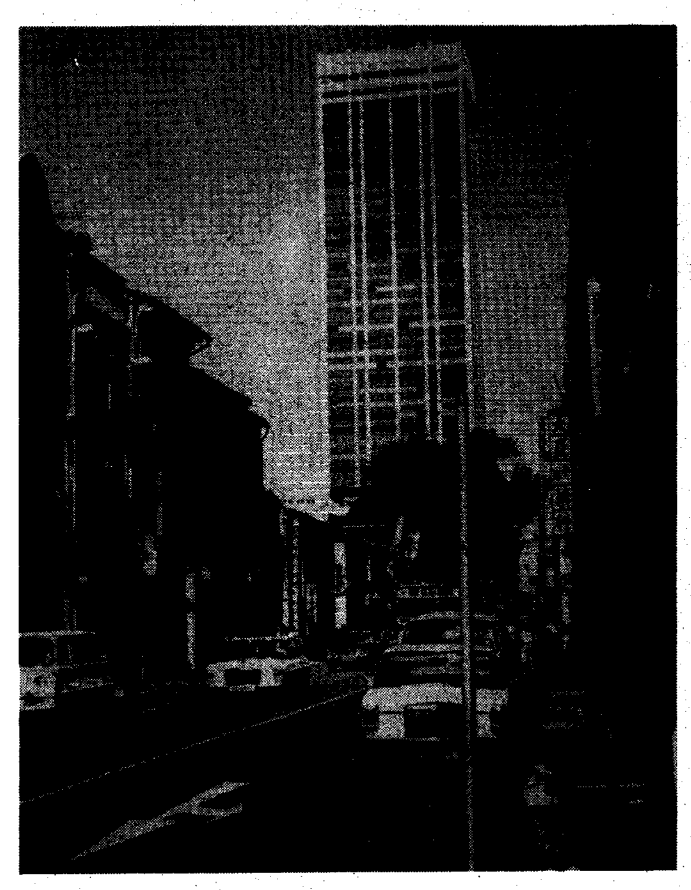
Der staatliche Wohnungsbau in Singapur ist von seinen Ausmaßen her ein gigantisches Unternehmen, für das es in keinem anderen Land eine Parallele gibt. Seit 1960, als die staatliche Wohnungsbaugesellschaft HDB (Housing and Development Board) gegründet wurde, sind mehr als 50 % der Gesamtbevölkerung in staatliche Sozialwohnungen umgesiedelt worden; jedes Jahr werden 25 000 Wohneinheiten fertig. Bis Anfang der 80er Jahre sollen 60 % der Bevölkerung oder 300 000 Haushalte in staatlichen Hochhäusern leben, Ende der 80er Jahre werden es 75 bis 80 % sein.

Die Regierung preist das Programm als beispiellose soziale Großtat, die den meisten Familien das erste Mal zu menschenwürdigem Wohnraum verholfen hat. Die wahren Gründe liegen – abgesehen von der schon erwähnten Depolititisierung – eher im ökonomischen Bereich.

Die umgesiedelten Familien wohnten vorher entweder in den Altbauten von Chinatown oder in malayischen „Kampungs“, locker bebauten Wohngebieten mit quasi-dörflichem Charakter. Ihre Existenzgrundlage war Kleinproduktion von Gebrauchsgegenständen oder irgendeine Beschäftigung im Dienstleistungsbereich. Die Umsiedlung in Neubauten war für sie das Ende ihrer bisherigen Existenz. Der Zwang, monatlich Miete zu zahlen, führte dazu, daß sie sich nach einer regelmäßigen Einkommensquelle umsehen mußten. Bei heute durchschnittlich 80 S$ Monatsmiete im sozialen Wohnungsbau (1 S$ entspricht ungefähr 0,95 DM) bleibt ihnen keine andere Wahl, als ihre Arbeitskraft als Hilfsarbeiter zu verkaufen. Der soziale Wohnungsbau ist ein Hebel, die industrielle Reservearmee in die Lohnarbeit zu zwingen. Bei Durchschnittslöhnen für Ungelernte von 5 S$ für Frauen und 6 S$ für Männer müssen in der Regel zwei arbeiten, um die Miete für eine Wohnung zusammenzubekommen.



sozialer Wohnungsbau



Stadtsanierung in Singapur

Das Housing and Development Board propagiert als Alternative zur lebenslangen Mietzahlung die Möglichkeit, Sozialwohnungen auf Abzahlungsbasis als Eigentum zu erwerben. Die monatliche Belastung ist nur geringfügig höher als bei der Mietwohnung; ins Grundbuch werden einfach die durch die Sozialversicherung erworbenen Ansprüche als Sicherheit eingetragen. Auch daraus ergibt sich ein – wenn auch indirekt vermittelter – Zwang zur Lohnarbeit. Der Arbeiter steht in doppelter Abhängigkeit vom Arbeitgeber und vom Wohnungsgeber, dem Housing and Development Board. Über die Grundbucheintragung sind beide Abhängigkeiten untrennbar miteinander verquickt. –

Eine der jüngsten Umsiedlungsaktionen traf die Fischer, die bisher auf den kleinen, der Hauptinsel Singapur vorgelagerten Inseln gelebt hatten. Touristen können auf einer umgebauten Dschunke eine „Kreuzfahrt" in Singapurs Inselwelt unternehmen. Die Fremdenführerin berichtet über Lautsprecher: Die malayischen Fischer seien „im Prozeß der Modernisierung evakuiert" worden, denn die Inseln sollten in „tourist resorts" verwandelt werden. Keiner der Fischer ist gefragt worden, ob ihm die Modernisierung seines Lebensstils, die Arbeit in der Fabrik und das Wohnen im Hochhaus paßt.

Die Bevölkerung von Singapur zahlt einen hohen Preis für die „Modernisierung"; Verlust der Sicherheit, die die großfamiliäre Struktur bot, Herz- und Kreislaufleiden, Bluthochdruck, psychische Krankheiten und schließlich Selbstmorde. In keinem anderen asiatischen Land werden so viele Selbstmorde und so viele Herzinfarkte wie in Singapur registriert.

Das Industriegebiet Jurong: Singapur zwischen erster und zweiter industrieller Revolution

15 km westlich der City von Singapur liegt die Satellitenstadt Jurong, eines von Singapurs Renommierprojekten. Um das Industriegelände zu gewinnen, wurde ein Mangrovensumpf trockengelegt, und durch Eindeichung und Aufschwemmung wurde dem Meer Neuland abgerungen. Heute ist das Industriegebiet von Jurong mit 563 Fabriken auf einer Gesamtfläche von 3 830 ha das größte seiner Art in Südostasien. Hier arbeiten 65 000 Industriearbeiter, und in der angrenzenden Satellitenstadt leben ca. 300 000 Menschen.

Die Industrialisierung Singapurs ging so schnell, daß die Arbeitskräfte des Landes bald nicht mehr ausreichten. Ca. 40 % der Arbeiter in Jurong sind Gastarbeiter aus Malaysia, Thailand, Sri Lanka und Indien. Die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sind noch erniedrigender als bei ihren Kollegen mit Singapur-Staatsangehörigkeit. Gastarbeiter erhalten eine Arbeitsgenehmigung für zwei oder drei Jahre. Während dieser Zeit darf der Arbeitsplatz nicht gewechselt werden. Wer arbeitslos wird oder die Firma wechselt, gilt sofort als „illegaler Einwanderer" und setzt sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus. Wer vor Ablauf von zwei Jahren in sein Heimatland zurück will, muß eine Ablösesumme an den Staat zahlen.

Ein Beispiel ist eine Textilfabrik in Jurong, die überwiegend indische Arbeiter aus Kerala beschäftigt. Weil die Arbeiter ständig in Wasserdampf geschwängerten Räumen arbeiten müssen, werden sie häufig krank. Typische Berufskrankheit ist Arthritis (Gicht). Da ihnen keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zusteht, nehmen sie ihren Erholungsurlaub, um sich auszukurieren. Wenn der Urlaub aufgebraucht ist, müssen sie sich wieder zur Arbeit schleppen, denn die Rückfahrkarte nach Indien und die fällige Ablösesumme kann sich keiner von seinem Lohn zusammensparen. Obwohl es sich um hochqualifizierte Facharbeiter handelt, verdient keiner von ihnen mehr als 220 S$ im Monat!

Der Staat mischt sich auch in das Privatleben der Gastarbeiter ein. Sie werden in Betriebsunterkünften mit strenger Hausordnung untergebracht. Abends ab 9 dürfen sie keinen Besuch mehr empfangen. Hausmeister kontrollieren auf ihren regelmäßigen Kontrollgängen, ob sich auch kein „illegaler Einwanderer" eingeschlichen hat.

Will ein Gastarbeiter heiraten, so braucht er die Genehmigung des Arbeitsministeriums. Die Heiratserlaubnis wird nur dann erteilt, wenn beide Ehepartner eine eidesstattliche Verpflichtung abgeben, sich nach dem zweiten Kind sterilisieren zu lassen.

Gastarbeiterinnen können in Singapur praktisch keine Kinder zur Welt bringen. Ihnen wird bei der Entbindung grundsätzlich der Erste-Klasse-Pflegesatz in Höhe von 60 S$ am Tag berechnet.

Diese Willkür gegen Gastarbeiter kommt nicht von ungefähr. Alle Maßnahmen zur Familienplanung stehen in Singapur vor einem Hintergrund, der Erinnerungen an die Ideologie vom Herrenmenschen wachruft. Premierminister Lee Kuan Yew vertritt in aller Offenheit, daß die Zukunft Singapurs als Industrienation davon abhänge, „daß es gelingt, die Qualität der Bevölkerung zu verbessern". Das Erbgut der Talentiertesten soll sich fortpflanzen, der Fortpflanzung der Unterschicht hingegen werden enge Grenzen gesetzt. Gastarbeiter sind offenbar so etwas wie Untermenschen, unwert sich fortzupflanzen. Aber auch unter den Staatsbürgern wird differenziert: Vom dritten Kind an kostet die Entbindung 100 % mehr. Also können sich nur die Mittelschicht und die Oberschicht mehr als zwei Kinder leisten. –

Die Regierung hat die Perspektiven für die Zukunft der Inselrepublik bereits klar festgelegt: Gastarbeiter werden nur vorübergehend gebraucht, auf lange Sicht soll Singapur ein Industrieland mit mittlerem bis hohem Technologieniveau werden. Die Einfachproduktion mag dann nach Indonesien oder Malaysia verlagert werden. Die Weichen

dafür sind schon gestellt. Mitte 1979 verhängte die Regierung einen Anwerbestop für Gastarbeiter. Im neuen Entwicklungsprogramm werden Berufsausbildung von Facharbeitern und Qualifikation von Ingenieuren großgeschrieben. Investoren, die Singapur als Billiglohnland geschätzt hatten, waren empört, als der „Nationale Lohn-Beirat" im August 1979 Lohnleitlinien von 32 S$ Kaufkraftausgleich für alle und prozentuale Lohnerhöhungen von 7 % vorschlug. Lohnerhöhungen in dem Ausmaß hatte es in Singapur lange nicht gegeben. Über die Motive der Regierung kann man nur spekulieren. Vermutlich bezweckte sie zweierlei. Einmal war es höchste Zeit, den Arbeitern nach Jahren sinkender Reallöhne einen mäßigen Kaufkraftausgleich zu zahlen. Zum anderen konnten die Politiker gegenüber den Investoren zeigen, wie ernst es ihnen mit dem Aufbruch zur „zweiten industriellen Revolution" ist. Man glaubt es ihnen, wenn man weiß, mit welcher Skrupellosigkeit sich die „erste industrielle Revolution" in Singapur durchgesetzt hat.

Klassenkampf von oben: Politische Unterdrückung in Singapur

Im Oktober 1978 explodierte auf einer Reparaturwerft in Jurong der griechische Öltanker SPYROS. Bei dem Unglück kamen 76 Arbeiter ums Leben.

Eine zur Untersuchung des Unglücks eingesetzte Kommission machte einen jungen Arbeiter verantwortlich, dessen Schweißbrenner Gase in dem Tanker zur Entzündung gebracht hatte. Dem jungen Mann wurde inzwischen der Prozeß gemacht.

Das Unglück löste unter der Bevölkerung Singapurs große Bestürzung aus, die Menschen waren spontan bereit, für die Hinterbliebenen der Opfer Geld zu spenden.

Mehrere chinesische Kulturgruppen stellten in Jurong eine Ausstellung über das Unglück zusammen, die unter der Bevölkerung großes Interesse fand. In der Ausstellung kam zum Ausdruck, daß der unglückliche Schweißer für die wahren Verantwortlichen ein willkommener Sündenbock ist. Eigentlich müßte das Management der Werft auf die Anklagebank, denn in den Werften Singapurs wird regelmäßig gegen sonst übliche Sicherheitsvorkehrungen verstoßen. Um keine Zeit zu verlieren, wird mit „heißen" Arbeiten bereits begonnen, wenn andere Kammern des Schiffes noch mit leicht entzündlichen Gasen gefüllt sind. Im Fall der SPYROS waren zahlreiche Arbeitsgänge (Entgasen, Anstreichen, Schweißen) gleichzeitig angefangen worden. Der Fehler liegt im System: In Singapur geht alles schneller, effizienter, moderner und billiger als anderswo in Asien. Damit wirbt die Inselrepublik auf der ganzen Welt. Die Opfer dieser Politik zählen wenig.

Die SPYROS-Ausstellung war nach langer Zeit politischer Friedhofsruhe die erste oppositionelle Aktivität in der Öffentlichkeit. Es kam, wie es kommen mußte. Im Juli 1979 wurden zwölf der Initiatoren verhaftet. Elf von ihnen wurden im Gefängnis so lange geschlagen, bis sie im Fernsehen vorformulierte Schuldbekenntnisse ablegten. Das ist eine in Singapur seit Jahren übliche Repressionspraxis gegenüber Gegnern der Regierungspolitik. Politische Gefangene werden so lange gefoltert, bis sie die Namen von Freunden preisgeben; dann wird ihnen zugesagt, daß sie freigelassen werden, wenn sie vor der Fernsehkamera ein Schuldbekenntnis ablegen.

Besonders viele politische Gefangene gibt es in Singapur nicht. Momentan sind es vielleicht 100. Singapurs Repressionssystem kommt heute ohne spektakuläre Massenverhaftungen aus. Aber die Gesetze sind dieselben wie zur Kolonialzeit, als Massenverhaftungen von Gewerkschaftern



Wilder Streik von Mercedes - Benz - Arbeitern in Penang: „Das Management saugt unser Blut aus"

und Kommunisten an der Tagesordnung waren. Wie in Malaysia kann der Innenminister jede Person, die als Sicherheitsrisiko angesehen wird, ohne Prozeß praktisch unbegrenzt in Haft nehmen lassen. Das Damoklesschwert unberechenbarer Verhaftungen schwebt über allen, die irgendetwas gegen die Regierung sagen oder sich auch nur für die Interessen ihrer Kollegen im Betrieb einsetzen. Kommt es zu Verhaftungen, so wird in der Presse regelmäßig das Gespenst einer kommunistischen Verschwörung an die Wand gemalt.

Einzelne politische Gefangene sind bereits seit 1963 eingekerkert, weil sie sich stets geweigert haben, ein Schuldbekenntnis zu unterschreiben. Zu ihnen gehören die Gewerkschafter Lee Tse Tong (bis zu seiner Verhaftung Sekretär der Busarbeiter Gewerkschaft) und Ho Piao, der früher für die Seeleute-Gewerkschaft arbeitete.

Mitte 1979 wurde von Ho Piaos Rechtsanwalt ein Protokoll herausgeschmuggelt, aus dem hervorgeht, daß Ho monatelang gefoltert wurde, bis er in Lebensgefahr ins Gefängnis-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Er wurde in eine kaum meterhohe unbeleuchtete Zelle unter der Erde gesperrt, sein Körper wurde unzählige Male mit Eiswasser übergossen, und er wurde wiederholt brutal geschlagen. Man wollte ihm ein Schuldgeständnis entlocken.

Ein anderer prominenter Gefangener ist Dr. Poh Soo Kai, ebenfalls seit 1963 (mit einer kurzen Unterbrechung von 1 1/2 Jahren) in Haft. Er ist der Gründer der oppositionellen Barisan Sosialis. Auch er wird den größten Teil des Tages in seiner Einzelzelle eingesperrt.

Die Regierung setzt alles daran, die politischen Gefangenen von der Außenwelt abzuschneiden. Sie sollen denken, sie seien vom Rest der Welt vergessen. Ihre lange Gefangenschaft soll ihnen wie ein sinnloses Opfer erscheinen.

Sie erhalten nur wenig Lektüre und dürfen nur einmal in der Woche eine halbe Stunde lang Besuch von einem nahen Angehörigen empfangen. Während des Besuchs ist der Gefangene durch Panzerglas vom Besucherzimmer getrennt. Gespräche sind nur über Telefon möglich, dabei wird jedes Wort überwacht. Kommt die Rede auf Politik oder die Haftbedingungen, wird der Besuch sofort abgebrochen! Neuerdings wird die Leitung sogar abgeschaltet, wenn die Ange-

hörigen Grüße von Verwandten oder Freunden ausrichten. Viele Angehörige trauen sich nicht mehr, überhaupt die Namen von Freunden zu erwähnen.
Bisher hat keiner der langjährigen politischen Gefangenen der Regierung den Gefallen getan, ein Schuldbekenntnis abzugeben. Nachdem Proteste von Amnesty International und anderen internationalen Organisationen gegen die politische Untedrückung in Singapur immer häufiger geworden waren, wurden Ende 1978 zwei langjährige Gefangene, der Arzt Dr. Lim Hock Siew und der Journalist und Dichter Said Zahari auf zwei kleine Inseln in der Meerenge zwischen Singapur und der malayischen Halbinsel verbannt. Es hat den Anschein, daß damit die Reaktion der Weltöffentlichkeit getestet werden sollte, und daß in Zukunft – ähnlich wie in Indonesien – weitere „Freilassungen" auf kaum bewohnte Inseln zu erwarten sind.
Solche kosmetischen Reparaturen am System sind wohl nötig, soll ein Herzenswunsch Lee Kuan Yews in Erfüllung gehen: Die Wiederaufnahme seiner „People's Action Party" in die Sozialistische Internationale. Die People's Action Party war im Jahre 1977 einem Ausschlußantrag der Niederländischen Arbeiterpartei durch freiwilligen Rückzug aus der Sozialistischen Internationale zurvorgekommen. Unterdessen wird hinter den Kulissen die Wiederaufnahme vorbereitet. Helmut Schmidt sagte bei seinem Besuch in Singapur 1978 vor der Presse: „Wir waren gegen die Angriffe gegen die PAP; die Beziehungen der SPD zur PAP sind ausgezeichnet". In einer anschließenden Tischrede ließ er Lee Kuan Yew „von Willy Brandt persönlich grüßen". –
Am 22. August 1979 wurde der Journalist Said Zahari aus seinem Insel-Exil freigelassen. Ihm wurde die Auflage gemacht, sich politisch nicht zu betätigen, aber es war das erste Mal in vielen Jahren, daß ein politischer Gefangener freigelassenwurde, ohne daß er ein Schuldbekenntnis abgelegt hätte. Sicher hat der internationale Druck dazu beigetragen. Said ist über die Grenzen Singapurs hinaus durch seine „Gedichte aus dem Gefängnis" bekannt geworden. Die Gedichte sind aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt worden, kursieren unter der Hand in Singapur und sind von Freunden im Ausland gedruckt worden. Sie künden von Saids auch nach jahrelanger Isolationshaft ungebrochenen Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Sein Vertrauen in die Kraft des Volkes, mit ausländischen und inländischen Ausbeutern und Unterdrückern fertig zu werden, und seine Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, blieb während all der Jahre im Gefängnis unerschütterlich. Saids Beispiel hat viele seiner Landsleute inspiriert, die Hoffnung auf Veränderung nicht aufzugeben und für den Sturz der neokolonialen Regime in Singapur und Kuala Lumpur zu kämpfen.

Einhard Schmidt

Anmerkungen:

Dem Charakter dieses Beitrags als Reisebericht entsprechend habe ich auf Fußnoten verzichtet. Hier seien nur einige einführende Literaturhinweise gegeben:

Südostasiengruppe in der ESG Bochum, BRD-Interessen in Südostasien, Frankfurt 1979 (Zu beziehen: Albatros-Verlag, Postfach 190 155, 6000 Frankfurt 19)
Herausgeberinitiative Malaya, Malaya und Nordkalimantan, Materialien zur Lage in ‚Malaysia' und ‚Singapur', Dortmund 1977 (ebenfalls über den Albatros-Verlag zu beziehen)
I. Buchanan, Singapore in Southeast Asia – An economic and political appraisal, London 1972
T.J.S. George, Lee Kuan Yew's Singapore, London 1975
FUEMSSO (Hrsg.), Singapore: Behind the ‚Economic Miracle', London 1976 (zu beziehen über FUEMSSO, c/o NUS, 302 Pentonville Road, London N1)
H.U. Luther, Zum Beispiel Singapur – Bürgerinitiativen als Ordnungsagenten, in: Kursbuch 50 (1977)
M. Amin / M. Caldwell (Hrsg.), Malaya – The Making of a Neo-Colony, Nottingham 1977
FUEMSSO, The Malaysian Economy Twenty Years after Merdeka, London 1977 (zu beziehen über FUEMSSO, Anschrift siehe oben)

Rollei in Singapur

Ein exemplarisches Beispiel einer Ausländischen Direktinvestition

An dieser Stelle soll etwas ausführlicher auf das sogenannte Rollei-„Konzept" eingegangen werden (so H. Peesel bei einem Vortrag vor dem DIHT 1973), da es u.E. exemplarisch verdeutlicht, welche Einzelüberlegungen sich für den Weltmarkt produzierende Unternehmen in imperialistischen Ländern machen (müssen), um sowohl im eigenen Land wie auch in der Welt konkurrenzfähig zu bleiben, und welche Rolle dabei der Kapitalexport (hier Direktinvestition in Produktionsanlagen) in Ländern der 3. Welt spielt. Insbesondere die Auswirkungen auf die Teile der Arbeiterklasse, die in diesen Branchen in den imperialistischen Ländern wie auch den Ländern der 3. Welt beschäftigt sind, können an diesem Beispiel deutlich gemacht werden. Das Rollei-„Konzept" ist u.E. beliebig auf andere Branchen (in SOA v.a. Elektro- und Textilbranche) übertragbar und Ausdruck des Konzepts der imperialistischen „Internationalen Arbeitsteilung" (1), welche die Spaltung der internationalen Arbeiterklasse zementieren soll, gleichzeitig aber die Notwendigkeit der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit der Arbeiterklasse verschiedener Nationen deutlich macht.
In der zweiten Hälfte der 60er Jahre war der Kameramarkt in der BRD mit den bis dahin entwickelten Kameras weitestgehend gesättigt. Für die Fotoindustrie der BRD war eine Vergrößerung des Umsatzes nur noch durch die Entwicklung eines neuen Sortiments von Kameras für den Binnenmarkt (Billig-Kameras u.a.) zur Vergrößerung des potentiellen Käuferkreises und durch die Ausschaltung von Konkurrenten möglich. Hinzu kann der ständig zunehmende Import billiger japanischer Kameras in die BRD, welcher BRD-Unternehmen zwang, ihre Unternehmenspolitik umzustellen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Weiterhin versprach ein verstärkter Export von Kameras die Absatzmöglichkeiten zu vergrößern, wobei die Fotoindustrie der BRD allerdings auch auf entsprechende Konkurrenten stieß, vor allem auch hier auf die Japaner.
Ende der 60er Jahre sind Zeiss und Rollei die einzigen bedeutenden Unternehmen der optischen Industrie der BRD, die sich im Konkurrenzkampf haben halten können. Bereits 1968 war Rollei durch eine Marketing-Kostenanalyse klar: „Bei steigenden Kosten durch Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie Maßnahmen auf sozialrechtlichem Gebiet reicht ein entwicklungsaktives Unternehmenskonzept allein nicht mehr aus, um in Zukunft die Arbeitsplätze langfristig abzusichern." Das bedeutete für die Unternehmensleitung „die Auseinandersetzung mit den Herstellerkosten in so intensiver Weis, wie das bisher noch nie getan wurde..."
Es muß ein Niedriglohnland gefunden werden, welches die sog. „know-how-Übertragung" ermöglicht sowie weitere Bedingungen erfüllt: „Sprachliche Verständigungsmöglichkeiten, Administration des Landes, Korruptionsanfälligkeit, Steuerpräferenzen wegen der hohen Verlagerungs-, Aufbau und Know-how-Transfer-Kosten.
Universitäten, Ingenieurschulen und sonstige technische Aus-

bildungsstätten sollten vorhanden oder in Bau sein. Und last not least mußten wir uns selbstverständlich mit dem derzeitigen Lohnniveau auseinandersetzen und Prognosen anstellen, wie es voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren weitergehen wird." (2)

Singapur entsprach diesen Bedingungen, vor allem auch der letzten. Das Lohngefälle BRD-Japan-Singapur war 1970 6:3:1 (und 1973 bereits 10:5:1).

Im Frühjahr 1970 wurde die Gründung von drei Unternehmen in Singapur beschlossen: Rollei Singapore (Pte.) Ltd., Rollei Optical (später German Optical) (Pte.) Ltd. und Singapore Camera Factory (Pte.) Ltd.

Rollei wurde von der Singapur-Regierung ein Pionierstatus zuerkannt, was für 15 Jahre Körperschaftssteuerfreiheit bedeutete.

Außerdem besteht für das Unternehmen in den ersten 5 Jahren totale Steuerfreiheit (bis 1976), in den folgenden 10 Jahren (bis 1986) Steuerermäßigung von 90 % und danach von 40 %. Zur Übertragung des sog. „Know-how" nach Singapur wurden Ausbildungslehrgänge zusammen mit den Regierungen von Singapur und der BRD organisiert, die 1973 schließlich zu einer eigenen Schule wurden (Rollei-Government Training Centre). Rollei läßt sich ihre für die Produktion benötigten Facharbeiter auf Kosten der Singapur-Regierung ausbilden. Rollei ist der einzige Großvertrieb im optischen Gewerbe in Singapur, und nach dem Vertrag mit der Regierung kann sich auch kein weiterer ausländischer Konkurrent aus der Foto- und Optikbranche in Singapur niederlassen.

Insgesamt scheint die Rechnung für Rollei in den ersten Jahren aufgegangen zu sein, betrachtet man die Entwicklung der Umsatzzahlen wie auch die Anzahl der Beschäftigten. Die Arbeitsteilung zwischen der BRD und Singapur scheint perfekt: auf der einen Seite Produktion lohnintensiver Einzelteile und einfacher Kameras in Singapur, wobei erstere nach Deutschland transportiert und dort für die Herstellung von komplizierteren optischen Geräten und Kameras gebraucht werden, und auf der anderen Seite Entwicklung von neuen Kameras und Herstellung von Präzisionsgeräten in der BRD, Serien- und Massenproduktion in Singapur. Der unaufhaltsame Aufstieg Rolleis scheint garantiert. Sie entwickelt sich zum wichtigsten Kamera- und Fotounternehmen der BRD und schlägt sämtliche inländische Konkurrenten, die entweder pleite machen (Voigtländer 1971) oder als Zulieferer total abhängig gemacht werden, wenn sie nicht direkt geschluckt werden.(3)

Es handelt sich um einen typischen Monopolisierungs- und Konzentrationsprozeß in einer Branche des kapitalistischen Wirtschaftssystems: Ein Familienunternehmen verbindet sich mit zahlungskräftigen Banken, in diesem Falle staatlichen, und investiert in großem Maße, um konkurrenzfähig zu bleiben. Durch die hohen Schulden wird es immer abhängiger von den Banken, schließlich von ihnen kontrolliert und übernommen.

Für die Teile der Arbeiterklasse, die in dieser Branche beschäftigt sind, hatte diese Entwicklung zumindest in der BRD von Anfang an keine Vorteile. Zwar stiegen die Beschäftigungszahlen bei Rollei, und es wurde 1970 ein neues Werk in Uelzen errichtet. Aber die Schließung von Voigtländer setzte 1971 mit einem Mal 1 800 Beschäftigte auf die Straße. Als 1971 der Konkurrenzkampf zwischen Rollei auf der einen Seite und Zeiss Ikon mit Voigländer auf der anderen Seite noch tobte, beschäftigte Rollei in ihren zwei Werken ca. 3 000 und Voigtländer in Braunschweig 1 800, zusammen also 4 800 Arbeitnehmer. Nach der Schließung von Voigtländer und einer Teilübernahme durch Rollei) beschäftigten diese beiden Werke in Braunschweig und Uelzen 1973 zusammen nur noch knapp 4 000 Arbeitnehmer. Aber selbst die Anzahl der Beschäftigten bei Rollei in der BRD stagnierte bereits Mitte 1974 und ging unaufhaltsam – über die Schließung der Optischen Werke Voigtländer 1975 und des Rollei-Werkes in Uelzen im Okt. 1977 (zuletzt 250 Beschäftigte) – zurück auv ca. 1 200 Ende 1977. Für 1978 sind weitere Entlassungen von knapp 500 Beschäftigten vorgesehen. Auch die Anzahl der Beschäftigten in Singapur (Höchststand 1974 knapp 6 000 Beschäftigte) liegt Ende 1977 nur noch bei etwa 4 300 (4), wobei allerdings für 1978 eine bereits 1975 angekündigte weitere Reduzierung um etwa 500 Beschäftigte zu erwarten ist, denn Rollei Singapore plant eine Straffung der Unternehmensgruppe in Singapur, wobei Rollei Optical und später wahrscheinlich auch Singapore Camera Factory in Rollei Singapore eingegliedert werden sollen.



Dt. Aeskulaptochterfirma in Penang

Bei einer Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 500 in Singapur im Laufe dieses Jahres würde Rollei in Braunschweig und Singapur zusammen soviele Arbeitnehmer beschäftigen wie 1971 Rollei und Voigtländer zusammen in Braunschweig und Uelzen.

Die angebliche Sicherung der Arbeitsplätze und Schaffung neuer durch „internationale Arbeitsteilung" – sprich Auslandsinvestitionen oder Kapitalexport durch die imperialistischen Länder –erweist sich als Humbug. In der BRD gibt es allein anhand dieser Zahlen in der optischen Industrie gut 4 000 Arbeitsplätze weniger. In Singapur wurden zwar Arbeitsplätze geschaffen, aber diese sind auch nur so lange sicher, wie die Löhne nicht wesentlich steigen, der Ausbildungsstand verbessert wird, die Produktivität gesteigert wird und keine Überproduktionskrisen auf fem Kamera-Markt entstehen. Doch selbst bei Einhaltung der ersten drei Bedingungen durch Unterdrückung und Gängelung der Arbeiterklasse wird die letzte Bedingung nicht zu kontrollieren sein. Dafür ist Rollei selbst ein Beispiel. Die ständige Ausweitung der Massenproduktion mit den dazugehörigen Investitionskosten und die Kosten für die Zulieferprodukte war für einen fiktiven Markt, der bis dahin noch stark von japanischen Herstellern bestimmt wurde, vor allem in den USA. Anfang 1974 geriet Rollei in Absatzschwierigkeiten. Für 1973 wurden Verluste gemeldet, 1974 betrugen sie 140 Mio DM.

Aufgrund einer 60%igen Beteiligung durch staatliche Banken bereits während der 60er Jahre und einer Erhöhung auf 77 % bei einer Aufstockung des Grundkapitals von 18 auf 30 Mio DM haben die Hessische und die Norddeutsche Landesbank praktisch die Investitionspolitik von Rollei finanziert. Sie waren somit auch selbst Hauptgläubiger bei den →

Fortsetzung Seite 36

Begegnungen mit Frauen in Südostasien

(Ein Reisebericht)

„Wir Indonesierinnen sind stolz auf unsere Position; die Frauen in Malaysia haben nichts zu sagen!" Das antwortete mir eine indoneische Akademikerin aus Jakarta, die ich auf die Stellung der Frau in ihrem Land angesprochen hatte. Ob das stimmt? Bei meiner letzten Reise nach Malaysia, Singapur und Indonesien versuchte ich bei jeder Begegnung mit Frauen, das Gespräch auf Frauenprobleme zu lenken. Dabei ergab sich ein buntes Mosaik an Eindrücken und Erfahrungen, die – mit etwas Hintergrundinformation gespickt – in die spezielle Frauenproblematik Südostasiens einführen können.

„Rassenkampf" in Malaysia

Als ich mit meinem noch ungeübten Auge für die rassischen Unterschiede auf der Halbinsel Malaysia Stella, die chinesische Freundin eines deutschen Entwicklungshelfers fragte, ob sie Chinesin oder Malaiin sei, war sie ganz empört: Es sei für eine Chinesin eine Diskriminierung, mit einer Malaiin verwechselt zu werden. – Ich wurde belehrt, daß man die rassische Zugehörigkeit einer Malaysierin nicht nur an ihren Gesichtszügen, sondern auch an ihrer Kleidung erkennen könne. Stimmt! Die Chinesinnen sind eher westlich gekleidet oder laufen – zumindest die älteren – in ihren unverkennbaren Seidenhosen herum; die Inderinnen tragen ihre traditionellen Saris und die Malaiinnen lange Kleider, damit ihre Beine verdeckt sind. Schon im Flugzeug nach Kuala Lumpur, wo ich zusammen mit einer Gruppe junger Malaien und -innen, die in Wales zur Schule gingen, saß, hatte ich mich über die Kleidung der Malaiinnen gewundert. In Indonesien, wo 90 % der Bevölkerung Muslime sind, tragen die Frauen entweder den traditionellen Sarung (1) oder (in den Städten) westliche Kleidung. Die Mädchen im Flugzeug dagegen hatten dicke lange Röcke und Blusen aus dem gleichen Stoff an, die bis über den Po reichten. Um den Kopf waren mehrere Tücher gebunden, die das Gesicht nur von der Stirn bis zum Kinn freiließen. Ich hatte das Gefühl, in den Nahen und nicht in den Fernen Osten zu verreisen.
Anfang der siebziger Jahre – so hörte ich – seien in Malaysia noch keine halbverschleierten Malaiinnen zu sehen gewesen. Meine Frage, ob die Geschehnisse im Iran bis nach Südostasien Auswirkungen hätten, blieb überall unbeantwortet. Fest steht nur, daß weite Kreise der malayischen Regierungspartei im Rahmen einer Re-Islamisierungskampagne versuchen wollen, der starken wirtschaftlichen Übermacht der Chinesen im Land Einhalt zu gebieten, das islamische Recht z. B. im Familienbereich zu betonen und auf alle Rassen auszudehnen.
46,8 % der Einwohner Malaysias sind Malaien. Sie sind zumeist in der Landwirtschaft und im Fischfang, d. h. in den traditionellen Erwerbszweigen tätig. Gut ein Drittel sind Chinesen, ca. 9 % Inder. Die Inder arbeiten zumeist auf den Gummi- und Ölplantagen; die Chinesen machen zwar einen Teil der Industriearbeiterschaft aus, bilden aber hauptsächlich als Geschäftsleute und Beamte den gutsituierten Mittelstand.
Für die Malaien ist der Islam Staatsreligion. Hier besteht im Gegensatz zu Indonesien „Glaubenszwang". Bei Eheschließungen und Scheidungen gelten die Gesetze des Koran. Die Chinesen sind entweder Christen, Buddhisten oder Konfuzianer, die Inder Hindus oder auch Muslime. Für alle Nicht-Muslime galten bisher Zivilgesetze.
Die unterschiedliche soziale Stellung der einzelnen Bevölkerungsgruppen, speziell die wirtschaftliche Dominanz der Chinesen, die sich oft in religiösen Gegensätzen äußert, hat in Malaysia schon lange zu tiefgreifenden Rassenkonflikten geführt. Deshalb war Stella auch so empört gewesen, als ich sie für eine Malaiin hielt.

Schnelles Abrutschen in die Prostitution

Stellas deutscher Freund war sehr stolz darauf, eine Chinesin zur Freundin zu haben. Die meisten Europäer können sich nämlich nur eine Malaiin „angeln", die im Gegensatz zu den eher zurückhaltenden Chinesinnen angeblich „unheimlich scharf" auf die weißen Männer seien!
Selten aber sehen die europäischen Männer, die die „emanzipationslustlosen", anschmiegsamen und exotischen Asiatinnen so entzücken, das Risiko, das eine Malaysierin oder Indonesierin eingeht, wenn sie sich mit einem Weißen einläßt. Stella erzählte mir, daß die einheimische Frau, die mit einem Europäer auf der Straße gesehen wird, sofort einen Ruf als Hure bekommt. Schließlich wird in den europäischen Ländern freie Liebe praktiziert, und das wird sie als Freundin eines Weißen wohl auch tun. Heiratet sie den Europäer nicht (bzw. er sie nicht), so sind ihre Chancen, später einen Ehemann zu finden, sehr gering. Männer, die das Risiko einer späteren Hochzeit nicht unbedingt eingehen wollen, sind auf Bars und Bordelle angewiesen. Wenn in Malaysia und Indonesien auch noch kein ausgesprochener Bordell-Tourismus wie in Thailand herrscht, so gibt es auch hier schon genügend Geheimtips für die Sexualabenteurer-suchenden Touristen und für die Einheimischen, die sich an die Jüngferlichkeit ihrer Frauen nicht heranwagen dürfen.

Die Prostitution hat in Ost- und Südostasien eine lange Tradition. Für die Männer der besitzenden Klasse hatte die Ehe die Funktion eines ökonomischen Vertrages und war die Institution zum Kinderkriegen. Liebe wurde bei den gebildeten Unterhaltungs-Damen in den Bordellen gesucht. Die einsetzende Industrialisierung und die langsame Auflösung der agrarischen Subsistenzkulturen machten die Prostitution zu einem Erwerbszweig aller Gesellschaftsschichten. „Wenn die Mädchen aus ländlichen Gebieten in die Städte wandern, finden sie aufgrund der großen industriellen Reservearmee und der übereinstimmenden patriarchalischen Haltung der einheimischen Elite und der ausländischen Investoren, die Frauenlöhne niedrig zu halten, nicht die Möglichkeit, für sich und ihre Familie ausreichend zu verdienen; also greifen sie auf die Prostitution zurück." (2) Prostitutions-Hochkonjunktur herrscht vor allem in Thailand, wo die sich vom Vietnam-Krieg erholenden amerikanischen Soldaten von den neckermännischen Bumstouristen abgelöst wurden. Der Sexualtourismus greift allmählich auf die anderen südostasiatischen Länder über. Abgesehen von der großen Anzahl der Geschlechtskrankheiten unter den Prostituierten, ist der gesamte Bumstourismus brutalste Form von Menschenverachtung und -entwürdigung.
Auch im islamischen Malaysia kann eine Frau relativ schnell zur Prostituierten werden; daran sind neben den erwähnten wirtschaftlichen Bedingungen nicht zuletzt die islamischen Gesetze schuld. Ist der muslimische Ehemann einmal er-

da sie ein starkes Interesse an der Auflösung der alten Gesellschaftsformen hat. Denn nicht wenige Projekte, wie z. B. im Straßanbau, sind gescheitert, weil die jeweilige Sippe ihr Land nicht verkaufen wollte. (4)



Marktfrauen auf der indonesischen Insel Lombok

Frauenbild des Imperialismus

Der zweite Einbruch war der Beginn der Industrialisierung des Landes durch die imperialistischen Staaten, die u. a. auch die Vorstellung der Frau als Teil einer industriellen Reservearmee in die Länder Südostasiens brachten. Die weibliche Industrie-Arbeiterschaft besteht vor allem aus unverheirateten Mädchen, die vom Lande in die Städte kommen, um dort Arbeit zu suchen. Circa 200 000 bis 300 000 Frauen sind allein in Malaysia in der Elektrobranche beschäftigt, wo ihre Arbeitsfähigkeit in wenigen Jahren total ausgeschöpft wird. Unzureichende Löhne sowie frühe Arbeitsunfähigkeit lassen die Frauen im hohen Maße auf den zweiten Erwerbszweig zurückgreifen, der sich ihnen bietet: die Prostitution. Für die Prostitution haben die sich durch die Industrialisierung veränderten wirtschaftlichen Bedingungen und auch die darauf folgende Auflösung der traditionellen Dorfgemeinschaft einen besonders günstigen Nährboden geschaffen. Hier spielt natürlich auch das Bild der Frau als Sexualobjekt, das der Europäer von zu Hause mitbrachte, eine wesentliche Rolle. Daß die weiße Frau auch als Sexualobjekt, das jederzeit verfügbar ist, angesehen wird, kann die Touristin am eigenen Leibe erfahren!

Als mich in Jakarta zwei 16-jährige Mädchen fragten: „What do you think about free sex?“ antwortete ich ihnen, daß sie die ersten auf dieser Reise seien, die diese Frage nur aus Neugier über meine Andersartigkeit gestellt und nicht damit angedeutet hätten, daß sie gerne mit mir schlafen wollten. Für die asiatischen Frauen an uns unbegreiflich, für die Männer provozierend: freie Liebe! So sehr ich mich über die z. T. aufdringlichen Männer und ihren ewigen „free sex“ ärgerte, so sauer war ich auch über meine zumeist australischen Geschlechtsgenossinnen, die speziell im Touristenparadies Bali alles dazu taten, den Ruf der weißen Frau als koda putih (weißes Pferd) zu unterstreichen. Immer wieder fragte ich mich, mit welcher Selbstverständlichkeit weiße Frauen (und Männer) das in Europa auch von mir geschätzte FKK-Leben praktizieren, ohne einen Gedanken an die lokale Kultur zu verschwenden.

Indonesische Männer kommen – sofern sie Geld dazu haben – von weit her gereist, um in den „Genuß“ einer weißen Frau zu kommen. Zumeist bleibt es bei den Ferienbeziehungen; gelegentlich wird auch eine Ehe daraus.

So traf ich in Bali Lucia, eine Australierin, die mit einem Javaner verheiratet ist (der übrigens gerade wegen Drogenhandels im Gefängnis sitzt). Lucia lebt mit ihrem Mann in einem kleinen Haus, das ursprünglich als Ferienbungalow für Billigtouristen errichtet worden war.

Auf ihre Frauenrolle in einem Land wie Indonesien angesprochen, meinte sie: „In Australien habe ich mich einmal sehr für Politik interessiert. Ich war bei den Feministinnen und irgendwie links. Aber ich habe mich jetzt einmal für diesen Mann und für dieses Land entschieden und damit gegen die Politik. Ich glaube, ich denke nicht mehr sehr viel nach. Wenn ich das täte, würde ich in einem Land wie diesem kaputtgehen.“

Ein Beispiel, wie sich westliche Einflüsse auf traditionelle einheimische Erwerbs- und Familienstrukturen ausgewirkt haben, ist auch der Tourismus. Die Trauminsel Bali z. B.! Wie viele Einheimische wollen sich etwas von dem großen Tourismus-Kuchen abschneiden und wandern in die Touristengebiete im Süden der Insel. Den Kuchen jedoch haben die amerikanischen Konzerne und lokale Unternehmer aus Jakarta längst unter sich aufgeteilt.

Ich traf auf Bali die Australierin Marita, die dort mit ihrem Baby Urlaub machte. Marita war Mutter und kein „weißes Pferd“! Sie hatte für die Zeit, die sie in Bali bleiben wollte, eine einheimische Frau als Kinderfrau angestellt. „Mama“, wie wir sie alle nannten, bekam hierfür 4,50 DM pro Tag und war für indonesische Verhältnisse damit fürstlich bezahlt!! Sie war eine der unzähligen balinesischen Frauen, die normalerweise den ganzen Tag mit einem großen Korb auf dem Kopf den Strand entlanglaufen und entweder Waren, wie Batikstoffe, Früchte oder kalte Getränke zu verkaufen suchen oder ihre Arbeitskraft als Masseusen anbieten.

Mama, die mit Maritas Baby so gut zurechtkam, hatte selbst keine Kinder, worüber sie sich täglich beklagte. Sie war schon das dritte Mal verheiratet, aber es klappte nicht. Jetzt ist sie Ende dreißig und meint: „Solange mein Mann und ich noch arbeiten können, ist alles gut. Aber wenn wir nicht mehr Geld verdienen können, sorgt niemand für mich!“

In der Tat: Die Altersversorgung muß in der Kleinfamilie weiterhin durch die Kinder gewährleistet werden. Soziale Sicherung hat der Imperialismus nicht mitgebracht.

Einmal kaufte ich einem kleinen Mädchen eine Limonade ab und fragte sie auf Indonesisch nach ihrem Namen, ihrem Alter und ob sie zur Schule ginge. Sie war 10 und bereits drei Jahre zur Schule gegangen, aber jetzt nicht mehr. Wenige Minuten später setzte sich eine Frau zu mir. Sie entpuppte sich rasch als die Mutter des kleinen Mädchens, die gehört hatte, daß man mit mir Indonesisch sprechen konnte und das gleich mal ausprobieren wollte. Sie war Anfang zwanzig, Witwe, hatte zwei Kinder und konnte für die ältere Tochter das Schuldgeld (120 DM im Jahr) nicht mehr bezahlen. Jetzt müssen Mutter und Tochter versuchen, sich am Strand etwas zu verdienen. Wenn die Tochter mehr als sechs Flaschen pro Tag verkauft, hat sie ein gutes Geschäft gemacht.

Das rechtliche Problem der Ehe, der Scheidung, die für unsere Augen niedrige Stellung der islamischen Frau, die Behandlung von Arbeiterinnen (5), das Ausmaß der Prostitution, all dies waren Eindrücke, die für mich einen speziellen Frauenbefreiungskampf in der Dritten Welt, besonders in Südostasien rechtfertigten. **Schlagworte, wie „Frauen als industrielle Reservearmee etc.“, zeigen deutlich die Parallelen von Frauenunterdrückung in kapitalistischen und in Entwicklungsländern.**

zürnt, braucht er nur in seiner Wut zu seiner Frau „Talak" (ich scheide dich) zu sagen. Dann kann sich die Ehefrau – unabhängig davon, ob sie den Zorn tatsächlich verursacht hat – schon einmal überlegen, wie sie sich ihr zukünftiges Leben am besten einrichtet. Denn nach dem dritten „Talak" kann sie gehen, und der Ehemann sich nach einer neuen Frau umschauen. Die Möglichkeiten, die sich einer geschiedenen Frau noch bieten, sind sehr gering. Daß die Chinesinnen über eine Ausdehnung islamischer Gesetze auf alle Malaysier nicht besonders entzückt sind, kann man auf Grund dieses Beispiels sicher verstehen!



Malayin mit Kind im Squattergebiet

Javanische Hochzeit

Nicht von einer Scheidung, sondern von ihrer Hochzeit erzählte mir meine indoneische Freundin Pudji aus Bandung (West Java). Ich hatte sie vor zwei Jahren kennengelernt. Sie arbeitete damals in einem Jugendzentrum und machte einen sehr ungewohnt verwestlichten und auch emanzipierten Eindruck. Ich war sehr erstaunt, als sie zum ersten Mal den Gebetsteppich herausholte und sich in ihr Zimmer zurückzog. Pudji ist inzwischen verheiratet und erwartete gerade ihr erstes Baby. Sie zeigte mir Bilder von ihrer Hochzeit, und ich war ganz erstaunt, wie deutlich die einzelnen Zeremonien einer javanisch-muslimischen Hochzeit auf die Stellung der Frau in der Familie hinwiesen. Auf die Frage, warum sie auf den Bildern so fremd und puppenhaft aussähe, erfuhr ich, daß einige Tage vor der Hochzeit Frauen aus der Nachbarschaft den Körper der Braut einbalsamieren und pudern, damit sie für die Hochzeit – aber vor allem für die Hochzeitsnacht – ein einmaliges Aussehen erhielte.

Während der Zeremonie mußten sich beide Partner gegenseitig mit Reis füttern. Das bedeutet, daß der Mann das Brot bzw. den Reis für seine Frau verdienen und sie ernähren muß, während es Pudjis Aufgabe ist, ihm immer sein Essen zu bereiten. Schließlich mußte der junge Ehemann noch ein rohes Ei mit nacktem Fuß zertreten, und sie mußte ihm die Füße waschen. Dies symbolisiert nicht nur, daß der Mann die Aufgabe hat, seine Frau zu „zerbrechen", also zu entjungfern, sondern demonstriert vor allem die Ergebenheit der Braut.
Die traditionelle Hochzeitszeremonie der nach außen hin so unabhängigen Pudji hat nicht nur mich erstaunt. Bisher war ich der Meinung gewesen, daß an den Worten der eingangs zitierten Indonesierin etwas Wahres dran ist: Die gesellschaftliche Stellung der Indonesierin ist höher als die der Malaysierin, speziell der muslimischen Malaiin. Trotz der intensiveren Islamisierung spielt hier die Religion eine unbedeutendere Rolle als in Malaysia. In Indonesien haben Frauen eine wichtigere Funktion im öffentlichen Leben; sie können leichter die Scheidung einreichen; ihr Lebensweg nach der Scheidung ist nicht so eindeutig vorherbestimmt wie der der Malaiin u.a.m.
Die Frage, die sich mir stellte, war: Inwieweit kann man Pudjis Hochzeitszeremonie auf islamische Elemente zurückführen, und was daran ist javanisch-dörfliche Tradition? Obwohl ich die Frage nicht eindeutig beantworten kann, steht prinzipiell fest, daß sich die Stellung der südostasiatischen Frau in den letzten Jahrhunderten verschlechtert hat. In den traditionellen Dorfgemeinschaften waren die Frauen eine wichtige gesellschaftliche Kraft gewesen; sie waren die hauptsächlichen Trägerinnen des kontinuierlichen Anbaus. Reisaussaat und -ernte lag in ihren Händen. (3) Frauen hatten sowohl auf ihr Land als auch auf ihr Haus Besitzrechte.

Mutterrecht und Islam

Zwei historische „Einbrüche" veränderten diese Situation. Die Eliten der einzelnen Länder übernahmen die Hochreligionen Buddhismus, Hinduismus und Islam, u.a. um ihre eigene Position durch höhere Kulturtechniken und Stärkung des Zentralstaats zu festigen. Diese drei frauenfeindlichen Religionen vermischten sich mit den Volksreligionen und beeinflußten die sozialen Beziehungen auf dem Lande.
Da dieser Einfluß sehr unterschiedlich war, hat sich auch die Position der Frau bei den Völkern unterschiedlich entwickelt.
Der „Kampf" zwischen einer Gesellschaft mit mutterrechtlicher Tradition und dem Islam zeigt am deutlichsten das Volk der Minangkabau in West-Sumatra. Ich traf Reni, die bei der Stadtverwaltung in Bandung arbeitete. Sie erzählte mir stolz, daß sie eine Minangkabau Frau sei. Die umstehenden Männer grinsten sich an (sie waren froh, gestandene javanische Mannsbilder zu sein!). Renis Mutter war für den Ackerbau und die Hauswirtschaft verantwortlich; der Vater vertrat die Familie nach außen.
Nach alter Minangkabau-Sitte suchten die Mütter den Bräutigam für die Töchter aus. Kam die Ehe zustande, lebte der Ehemann im Hause seiner Mutter; seine Frau konnte er nur auf deren Wunsch besuchen. Innerhalb einer Sippe war die älteste Frau das Familienoberhaupt. Familienbesitz wurde an die Töchter weitervererbt. Heute leben die Männer bei ihren Frauen, werden aber noch von der eigenen Familie versorgt. Was eine Folge der Islamisierung ist.
Obwohl der Islam in Indonesien nicht Staatsreligion ist, versucht die Regierung allerdings, sich seiner zu bedienen,

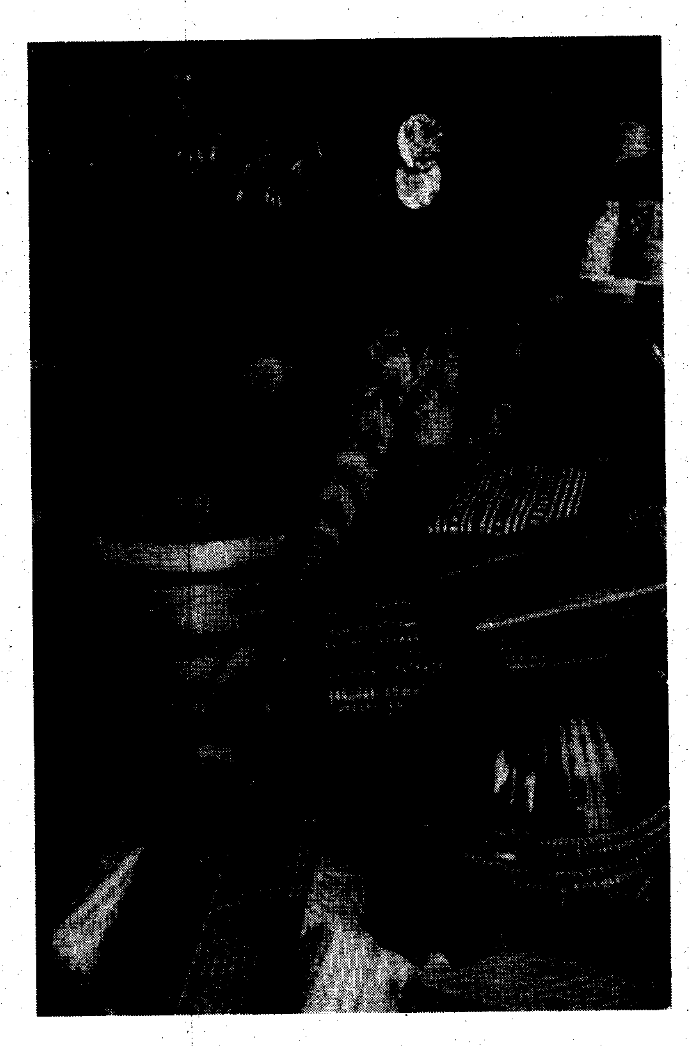
Handfeste ökonomische Zwänge und damit verbundene Machtstrukturen konfrontieren die Frauen gleichermaßen. Heißt das, daß wir Europäerinnen den Frauenbefreiungskampf Hand in Hand mit Frauen aus Entwicklungsländern führen können?
Als ich mit meiner Freundin Pudji über ihre Hochzeit sprach, erzählte ich auch viel von mir, von Frauen und Frauenbewegung in Deutschland. Pudji und ich akzeptierten uns in unserer Andersartigkeit. Ich konnte nicht anfangen, ihr etwas über die unterdrückerische Symbolik ihrer Hochzeitszeremonie zu erzählen. Bevor ich damit beginnen könnte, müßte ich doch noch sehr viel über die Hintergründe solcher Zeremonien erfahren. Wir müssen da etwas vorsichtig sein! Nicht alles, was uns vielleicht nicht paßt, muß Resultat des Kapitalismus sein; vielleicht ist es schon viel älter und hat ursprünglich keine frauenfeindliche Funktion gehabt!! Fazit: Ein Schleier vorm Gesicht ist nicht **unbedingt** das Zeichen totaler weiblicher Demut und Unterworfenheit!

Harriet Ellwein

Anmerkungen:

1 Sarung ist ein rockähnliches Gewand aus Batikstoff, das um die Hüften gewickelt wird.
2 Zum „Prostitutionstourismus in Asien" vgl. den gleichnamigen Artikel von Ilse Lenz in: Thailand Korrespondenz 7/8 1979, München 1979
3 Vgl. Ilse Lenz: Frauen-Kolonien-Neokolonien, in: Thailand-Korrespondenz 7/8 1979, München 1979
4 Vgl. Helga de Freese: Mutterrecht auf Sumatra, in Courage 1/80.
5 Vgl. den Artikel von Einhard Schmidt in diesem Heft.





Marktfrauen auf der indonesischen Insel Lombok

Rollei in Singapur, Fortsetzung von Seite 32

Zahlungsschwierigkeiten von Rollei. Die Sanierung konnte auch nur deshalb erfolgen, weil die beiden Landesbanken die finanziellen Mittel zur Verfügung stellten. Bis Anfang 1975 hatten sie insgesamt 450 Mio DM für die Sanierung gezahlt, u.a. durch Umwandlungen der Darlehnsforderungen und Kredite in Eigenkapital. Durch eine Aufstockung des Kapitals auf 100 Mio DM, von dem auf jede Bank 47 % entfielen, banden sich die Banken erst recht an das Unternehmen. Diese riesigen Finanzmittel ermöglichten es Rollei erst wieder den Absatz zu sichern, u.a. durch den Aufkauf der Fotoabteilung von Honeywell (USA, Umsatz 57 Mio $), zu der bis dahin die Rollei of America (Vertriebsgesellschaft) in Konkurrenz stand.
Gleichzeitig damit hat Rollei den Agfa-Vertrieb für die USA übernommen.
Bereits 1976 stellte das Unternehmen selbst fest, daß ein Umsatz von 350 Mio DM nötig sei, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ob durch eine solche einmalige Sanierung das Unternehmen international konkurrenzfähig bleibt, bleibt abzuwarten.

Anmerkungen:

Die „Arbeitsteilung" besteht hierbei darin, daß die Kapitalisten die Lohnunterschiede in der Welt ausnutzen. Dort wo die Löhne auf Grund der niedrigen Reproduktionskosten niedriger sind, werden die arbeitsintensiveren Abschnitte der Produktion hinverlagert und sie sogenannten qualifizierteren Arbeiten werden weiterhin in den imperialistischen – allerdings mit weniger Arbeitskräften – gemacht Die damit hier freigesetzten Arbeitskräfte – also die Arbeitslosen – drücken als „Reservearmee" die Löhne der Beschäftigten. Vgl. hierzu allgemein: F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye, „Die neue internationale Arbeitsteilung" – Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Hamburg 1977 (Rororo aktuelle 4185).
2) H. Peesel (Vorsitzender des Vorstandes der Rollei Werke bis 1974) „Das Rollei Konzept", Rede auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag am 8.2.1973; abgedruckt in der Schriftenreihe des DIHT Heft 134, 'Standortvorteile' Ausland", Bonn 1973, S. 37 f.
3) So Peesel: „Ganz nebenbei haben wir einige wichtige Lieferanten so m o t i v i e r e n (Hervorhebung von uns, SOAG) können, daß sie ihre Erzeugnisse, die Rollei Singapore und Braunschweig brauchen in Singapur fertigen, damit wir sie billig einkaufen können." ebenda S. 45. So die Firmen Carl Zeiss und Schneider für Objektive, Computer Werk und Pronto Werk für Verschlüsse, Alu-Metall für Druckgußteile, Engel für Fertigung von Transformatoren und ähnlichen elektronischen Bauteilen.
4) Sämtliche Zahlenangaben über Rollei sind folgenden Zeitungen und Zeitschriften entnommen: Handelsblatt vom 3.11.71, 28.6.74, 13.9.76, 4.7.77, 27.7.77; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.8.74, 3.2.75; Frankfurter Rundschau vom 8.11.77; Die Welt vom 25.1.71; Braunschweiger Zeitung vom 17.11.77; FEER vom 7.11.75; SB, February 1977

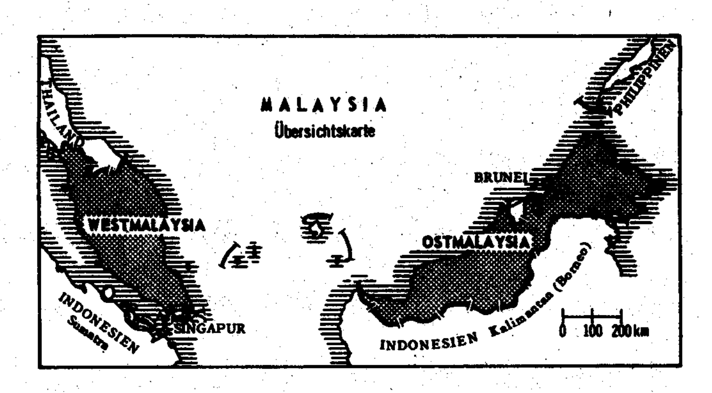
(aus: BRD-Interessen in Südostasien, Ffm 1979, siehe auch Rezension in diesem Heft)

Zerstörung der Regenwälder in Kalimantan

Die tropischen Regenwälder auf der Erde werden mit einer Geschwindigkeit von 23 ha pro Minute abgeholzt, 40 % der Urwälder sind bereits verschwunden (1). In Malaysia stehen die ältesten, artenreichsten und wertvollsten tropischen Baumbestände der Erde – 1 Hektar davon verschwindet pro Minute, Tag und Nacht (2).
Am Beispiel Sarawaks soll aufgezeigt werden: welche Bedeutung hat der Urwald für die Menschen, wer verdient an seiner Plünderung, wie wirkt sich diese aus und wer leidet darunter?

Der tropische Regenwald in Sarawak
Sarawak, der größte Teilstaat Malaysias, erstreckt sich über 720 km entlang der Nordwestküste der Insel Kalimantan (Borneo) und ist an der breitesten Stelle von der Küste bis zur Wasserscheide in den Bergen Kalimantas etwa 320 km breit. Dreiviertel dieses Landes sind mit tropischen Regenwäldern bedeckt, die ein kompliziertes ökologisches System darstellen, das nur in den trpischen Breitengraden mit einem jährlichen Regenfall von 4.460 mm, einer durchschnittlichen Luftfeuchtigkeit von 86 % und einer durchschnittlichen Jahrestemperatur von 26 Grad Celsius existieren kann.
Heute sind die wertvollsten Bestände in den küstennahen Sumpfwäldern bereits abgeholzt, und die Holzfällerkolonnen sind weiter ins Landesinnere vorgerückt.
Dort liegen die Flachland- und Bergwälder, die das Herzstück der tropischen Vegetationin Sarawak (und auch ganz Kalimantan) darstellen und mit ca. 48.000 qkm 60 % der gesamten Landesfläche bedecken. Nirgendwo auf der Welt findet man in größeren Dichten Baumriesen, deren Kronen 50 bis 60 m hoch ein Dach bilden und eine Klimakammer abschließen, in der mehr als 2.000 verschiedene Pflanzen gedeihen (3, 4, 5, 6, 7).
Diese Wälder liefern der Bevölkerung das Material zum Haus- und Bootsbau, Blätter zum Decken der Dächer, Lianen zur Verwendung als Seile, wilde Früchte und Gemüse, eine reichhaltige Tierwelt und letztlich auch den Boden zur Ausübung ihrer traditionellen Art der Landwirtschaft.
Einer kleinen Gruppe reicher Leute und Politiker, die mit ausländischen Konzernen zusammenarbeiten, liefern die tropischen Wälder Riesenprofite. Das Interesse der einen an der langfristigen Nutzung und der anderen an der schnellen kommerziellen Verwertung der Urwälder hat in Sarawak ähnlich wie im Amazonasgebiet, im Kongobecken und in den übrigen südostasiatischen Staaten eine Auseinandersetzung entzündet, deren Ausgang schicksalhafte Bedeutung für das Volk haben wird.

Urwald und traditionelle Landwirtschaft
In Sarawak leben 70 % der Menschen von der Landwirtschaft. Der größte Teil dieser Bauern pflanzt Reis an, der dem Eigenbedarf der Familie dient und das Grundnahrungsmittel darstellt. Seit Jahrhunderten wird der Reisanbau von der Dayak-Bevölkerung Sarawaks im Wanderfeldanbau betrieben, um den die ganze Lebensweise und Kultur der Dayaks organisiert ist.
Primärwald (unberührter tropischer Regenwald) wird an nicht zu steilen Flußufern und Hügeln gerodet, abgebrannt und der gewonnene Boden wird mit Bergreis bepflanzt. Im Gegensatz zum Naßreis wird der Bergreis nicht durch Bewässerungsanlagen oder Flußüberschwemmungen bewässert, sondern ist ausschließlich auf die reichhaltigen tropischen Regenfälle angewiesen.



Die Nährstoffe der oberflächlichen Erdschichten reichen für 2 Pflanzungen in aufeinanderfolgenden Jahren aus, dann werden die Erträge geringer und die weitere Nutzung lohnt nicht mehr. Eine neue Waldfläche wird gerodet, bepflanzt und in einem rotierenden System kamen die Bauern in früheren Jahren nach etwa 12 - 15jähriger Pause wieder auf das erste Feld zurück. In 15-jähriger Pause hat sich der Boden erholt und einen Sekundärwald hervorgebracht, der erneut gerodet werden konnte. Nach einigen Zyklen wurde das Land aufgegeben und der Landbesitz ganzer Dorfgemeinschaften durch Umzug in ein neues Gebiet verlegt (6, 7, 8).
Solange genügend Primärwald zur Verfügung stand, gewährleistete diese Art der Landwirtschaft den Bauern gute Ernten (von Naturkatastrophen abgesehen) und dem Boden ausreichend Zeit zur Regeneration.
Der tropische Regenwald, die Diphterocarp-Wälder, jedoch wurden dezimiert und bis heute räseln die Wissenschaftler ob sie zur Regenration 20 oder 120 Jahre benötigen.
Die Bauern wurden zuerst von den Engländern und heute von der Regierung Sarawaks unter Rahman Yaakub buchstäblich in die Enge getrieben. Um die Mobilität der Bevölkerung einzudämmen und damit die Kontrolle über das Volk auszubauen, wurde den Bauern das Abholzen von Primärwald für landwirtschaftliche Zwecke verboten. Die Folge war, daß die Bauern sich mit dem Reisanbauzyklus auf das bis dahin bereits genutzte Land beschränken mußten und den Landbesitz der Familie auf traditionelle Weise nicht mehr vermehren konnten.
Das Ergebnis sind heute ausgelaugte Böden, geringere Erträge und in vielen Gegenden Sarawaks eine früher unbekannte Abhängigkeit von künstlichen Düngemitteln. Die Statistik weist aus: Auf die Landwirtschaft Sarawaks entfielen 1975 nur 13 % des Bruttosozialproduktes, obwohl 70 % der Bevölkerung des Landes davon abhängig sind.
Ca. 40 % des jährlichen Reisbedarfs muß durch Einfuhren gedeckt werden, die 1977 rund 50 Millionen Ringgit (ca. 55 Mio. DM) verschlangen.
1978 hat eine Untersuchung der Gesundheitsbehörde ergeben, daß in manchen Bergreisanbaugebieten der Eigenbedarf an Reis nur für 3-6 Monate gesichert ist. Erschütternd ist die Feststellung, daß in diesen Gebieten 81 % der untersuchten Kinder Anzeichen von Unterernährung zeigten (8).
Die Bevölkerung Sarawaks braucht dringend eine Agrarreform, die den Bauern die Ausübung einer bodenständigen Landwirtschaft ermöglicht, ohne sie damit den internationalen Düngemittel- und Chemiekonzernen auszuliefern. Es ist unbestritten, daß eine strukturelle Änderung von Wan-

derfeldanbau zu einer ortsgebundenen Form der Landwirtschaft langfristig für die Bevölkerung von Vorteil ist. Zum einen blieben der einheimischen Bevölkerung die Wälder als vielfältige Rohstoffquelle erhalten, zum anderen würde der Aufbau einer Infrastruktur, insbesondere des Schul- und Gesundheitswesens, erleichtert. Die Landwirtschaft könnte durch eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung Sarawaks orientierte Mechanisierung auf eine höhere Produktivitätsstufe gebracht werden und eine dann planbare Diversifikation der Anbauprodukte würde die Auswirkungen natürlicher Katastrophen und unsichere Weltmarktentwicklungen lindern.

Die derzeitige Fehlentwicklung der Landwirtschaft in Sarawak läßt jedoch deutlich werden, daß es der Regierung Rahman Yaakubs bei der Eindämmung des Wanderfeldanbaues nicht um die Einleitung dringend notwendiger Strukturveränderungen geht. Zudem beweist die steil ansteigende Holzexportkurve, daß auch die Schonung der Urwälder nicht gerade die größte Sorge der Mächtigen im Lande sein kann. Vielmehr zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, daß die Bauern mit dem Expansionsdrang ihrer traditionellen Landwirtschaft den Profitinteressen der Holzfirmen und allen, die an dem schmutzigen Geschäft der Holzschlaglizenzvergabe beteiligt sind, im Wege stehen.

Die Bedeutung des Holzhandels in Südostasien

Die Länder in Südostasien sind die größten Exporteure tropischer Harthölzer in der Welt mit einem Anteil von zusammen 78 % am Weltexport im Jahre 1977. Etwa 2/3 davon wurden unverarbeitet als Stämme (9) ausgeführt. Die „großen drei", Indonesien, Philippinen und Malaysia kamen 1973 für 98 % des gesamten Handels der Region auf (10). Der Holzhandel der Region ist heute immer noch überwiegend ein Handel mit unbearbeiteten Holzstämmen. Die Hauptkäufer der Holzstämme sind Japan und die USA, die 1970 96 % und 88 % des Bedarfs an tropischen Harthölzern aus der asiatisch-pazifischen Region bezogen (13), und außerdem über ihre Anteile an den Holzfirmen die Produktion vor Ort beeinflussen konnten. Wie es mit dem Nachschub für die Industrienationen in der Zukunft aussehen wird, hat die Weltbank 1974 vorausberechnet (14) (siehe Kasten)

In Malaysia wurde 1978 Zwischenbilanz gezogen. Die Regierung mußte dabei feststellen, daß bei der gegenwärtigen Geschwindigkeit der Holzausbeutung von rund 370 000 ha pro Jahr die Waldbestände in Malaya bis zum Jahr 1990 wahrscheinlich vernichtet sind (15). Bereits heute reicht die Produktion an Holzstämmen in Malaya nicht mehr aus, um die in der Zwischenzeit dort errichteten Sägewerke auszulasten, so daß bereits Holz aus Sumatra eingeführt werden muß (16).

1979 zog die Far Eastern Economic Review eine Bilanz, die auch für Sarawak vernichtend ausfiel (21):

„Thailand ist bereits ein Nettoimporteur von Holz. Nach Aussage von Holzspezialisten folgen Westmalaysia und die Philippinen in wenigen Jahren. Zur Zeit treten bereits Versorgungsschwierigkeiten in beiden Ländern auf. Indonesien, Sabah und Sarawak werden noch für einige Zeit Holz exportieren, aber nur, weil die Wälder dort dichter stehen und die Ausbeutung später begann. Aber bei den derzeitigen Holzschlagraten ist das Ende nur eine Frage der Zeit."

Das Geschäft mit den Konzessionen in Sarawak

Heute ist das Forstministerium in Sarawak unter der Kontrolle des Chief Ministers Rahman Yaakub. Unter seiner Regie wurden die riesigen Bergwaldgebiete aufgeteilt, die in der FAO-Studie (FAO: Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen) inventarisiert wurden. Es ist eine persönliche Entscheidung Rahmans, wer heute eine Holzschlaglizenz bekommt, und die regionalen Forstverwaltungen werden von ihm oft direkt angewiesen, bestimmte Gebiete freizugeben. Die Konzessionen werden für Gebiete zwischen 4.000 und 100 000 Hektar vergeben, je nach politischem Stellenwert des Antragstellers. Der glückliche Inhaber aus dem Dunstkreis Rahman Yaakubs bietet dann gegen Riesensummen die Konzession einem Unternehmer (Contractor) an, da er selbst nicht über die nötigen Kenntnisse und besonders die Maschinen verfügt. Diese sind in den Händen einiger weniger Chinesen, die im Geschäft mit dem Holz schon zur Zeit der Engländer dominierten und Multimillionäre wurden, obwohl sie selbst in den seltensten Fällen eine Konzession besaßen. Konzessionen werden in der Regel nur an „Bumiputras" (Söhne der Erde) (22) vergeben, nicht an eingewanderte Chinesen (die aber heute schon in der 3. und 4. Generation in Sarawak leben!), denn laut Regierungspropaganda soll die „einheimische" Bevölkerung an den Bodenschätzen und Rohstoffen des Landes reich werden.

Zitate und Statistik aus:
TROPICAL HARDWOOD TRADE IN THE ASIA-PACIFIC REGION, WORLDBANK, 1974

	Millionen m^3 (r) 1975	1985
Exportkapazität der Philippinen, Malaysias und Indonesiens	**40,7**	43,0
Geschätzte erforderliche Importrate in Japan und USA	39,0	63,0
Voraussichtliche Importnachfrage in Japan und USA nach tropischen Harthölzern aus Philippinen, Malaysia und Indonesien, wenn die gegenwärtigen Anteile dieser Produzenten an den Märkten Japans und der USA unverändert bleiben	36,0	**52,2**

Es wird also nicht ausreichen, Südostasien kahlzuschlagen, um den Holzhunger der Industriemächte zu decken – andere Länder werden bluten müssen. Die Weltbank weiß bereits wer: „Aus der Sicht der USA und Japans sind Papua Neuguinea und Lateinamerika die naheliegendsten ergiebigen Quellen zusätzlicher tropischer Harthölzer." Jedoch bemerkt die Weltbank mit einem weinenden Auge:

„Es gibt aber bezüglich der Waldreserven in diesen Gebieten zwei grundsätzliche Probleme. Eines ist das sehr niedrige Volumen an Holz pro Flächeneinheit, das nur etwa 1/3 des Volumens pro Hektar beträgt, das wir in einem typischen Wald auf den Philippinen vorfinden. Ein anderes Problem ist, daß beide Gebiete Wälder mit sehr unterschiedlich gemischten Beständen aufweisen. Die Verarbeitungs- und Vermarktungsprobleme solch unterschiedlicher Mischung von Hölzern sind sehr viel größer, als bei den einheitlich gemischten Beständen in den Philippinen, Malaysia und Indonesien. Mit dem zusätzlichen Problem der fehlenden Infrastruktur werden die Kosten für die Produktion der Holzstämme in diesen Gegenden voraussichtlich deutlich höher sein als auf den Philippinen, in Malaysia und Indonesien."



Freilich hat solch eine Politik nur Feigenblattfunktion und lediglich dazu geführt, daß eine handvoll superreicher und korrupter Malayen, Iban und Kayan in bester Interessenharmonie mit chinesischen Geschäftsleuten das große Geschäft machten.
Das Volk geht leer aus, muß sich mit den schlecht bezahlten Arbeitsplätzen in der Holzindustrie begnügen. Andere, eine handvoll chinesischer Familien, Malayen und Dayaks in der Regierung, sahnen ab. Z. B. wird von Ahmad Urai, einem stellvertretenden Minister berichtet, daß er seine Konzession für 5 Millionen Ringgit an eine Holzfirma verkaufen wollte, die ihm außerdem – so die übliche Praxis – noch einen Anteil an der Firma übertragen sollte. Als Abschluß sind dann schließlich 3.7 Millionen herausgekommen.
Die Konzessionsvergabe hatte in Sarawak bis 1977 bei weitem noch nicht den Umfang wie in Sabah erreicht. Offiziell wurden nach Abschluß der FAO-Studie nur 4 Konzessionen im Jahr 1975 vergeben, 4 weitere 1976 und 12 Konzessionen im Jahr 1977 (23).
Andere zuverlässige Quellen geben für 1977 allerdings über 40 Konzessionen an, die bislang unbekannte Flächen von 100.000 Hektar per Konzession erfaßten.

Ein Stück Urwald wird abgeholzt

Hat sich der Konzessionsträger mit einem Unternehmer geeinigt, dann handelt dieser mit der Forstverwaltung Standort und Größe des zu errichtenden Lagers aus, sowie die Trassenführung der Holzabfuhrwege. Eine Markierung der zu fällenden Bäume durch den Unternehmer und eine Kontrolle durch die Forstverwaltung sollten zwar erfolgen, werden aber in der Praxis nicht durchgeführt. Der Urwald ist den Motorsägen, Raupen, Traktoren und schweren Lastwagen preisgegeben.
In der Presse wurde verbreitet, daß in Sarawak zum ersten Mal in einem südostasiatischen Land die Baumbestände in den freigegebenen Gebieten inventarisiert wurden (35). Sarawakische Kenner der Materie wissen jedoch zu berichten, daß qualifizierte Forstbeamte fehlen und höchstens 10 % der Bestände in einem zu fällenden Gebiet inventarisiert werden können.
Der Holzabbau in den Sumpfgebieten ist arbeitskräfteintensiv, da der Boden den schweren Maschinen nicht standhält. Unter diesen Bedingungen entwickelten sich Arbeitsmethoden, die mit ihrer Härte und dem Verschleiß der Arbeitskraft an das Los der Berarbeiter im letzten Jahrhundert erinnern: Waldarbeiter spannen sich wie Pferde an und ziehen die Baumstämme auf primitiven Holzstegen zu den Lagerplätzen an den Flußufern. „Kuda-Kuda", d.h. „wie Pferde", ist die Bezeichnung, die dieser Methode von den Arbeitern gegeben wurde.
Mit dem Verschwinden der Sumpfwälder und dem Vordringen der Holzfirmen in die Bergwälder änderte sich die Produktionsweise, denn der Holzabbau in den Bergregionen ist nur mit schweren und teuren Maschinen zu bewerkstelligen, die tausende von Arbeitskräften in diesem Bereich der Holzindustrie ersetzen.
Die Holzfirmen legen ihre Lager entlang der Flüsse an, da die Stämme zur Küste geschafft werden müssen, um auf die Schiffe der Käufer verladen zu werden. In diesen Lagern befinden sich anfangs auch die Quartiere der Arbeiter die aber mit dem weiteren Vordringen in den Dschungel auch dorthin verlegt werden. Haben die Raupenschlepper durch erste ausgewählte Gebiete Abfuhrwege geschoben, beginnt die Arbeit der Holzfäller. Kleine Teams rücken mit Raupe und Motorsäge aus, fällen die Urwaldriesen, trennen die Baumkronen ab, zerteilen den entasteten Baum in kürzere Stämme und schleppen diese mit der Raupe zum Holzabfuhrweg. Andere Arbeiter trennen die Rinde ab und geländegängige Lastwagen übernehmen den Transport zum Lager am Fluß. Ein Forstbeamter markiert die Stämme zur Berechnung der Holz- und Exportsteuer und gibt den Abtransport zur Küste frei.

Der Urwald

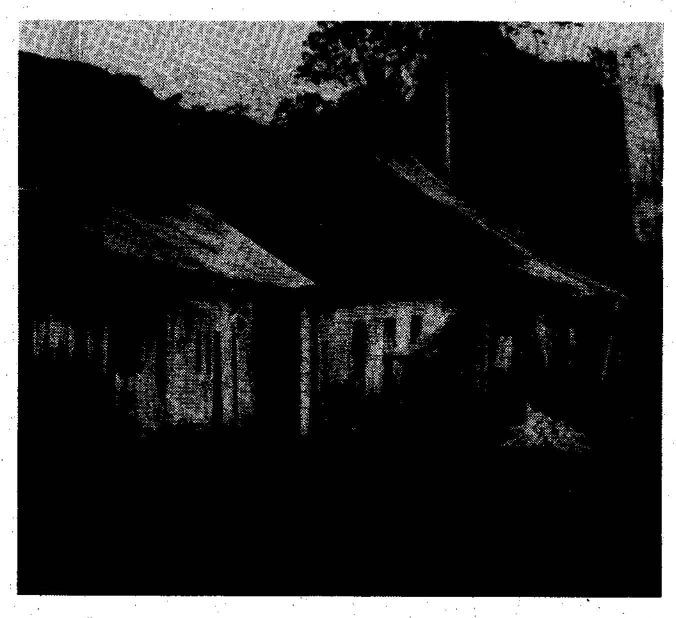
Die kommerziell verwertbaren Bäume sind in den Urwäldern Sarawaks in einer Dichte von etwa 70 Bäumen pro Hektar zu finden, wobei dieser Zahl der gesetzlich vorgeschriebene Mindestdurchmesser von 60 cm zu Grunde gelegt ist.

70 mal pro Hektar donnert ein Baumriese zur Erde und zerschlägt dabei eine kaum zu schätzende Zahl kleinerer Bäume und Jungpflanzen: Wenn die Schlepper jetzt den Abtransport der zerteilten Stämme übernehmen, tragen die Schwermaschinen ihren Anteil zur Zerstörung der jungen Pflanzen und der im Wege stehenden kleineren Bäume bei und komprimieren mit den Ketten die lockere dünne Humusschicht des Urwaldbodens. Das Dach des Urwaldes, geformt von den ausladenden Kronen der bis zu 50 - 60 m hohen Bäume wird über große Flächen hinweg abgetragen.

Da der Holzschlag nur durch den Mindestdurchmesser der Bäume von 60 cm begrenzt wird, das oekologische Gleichgewicht und insbesondere die natürliche Regenerationskraft des Waldes aber unbeachtet bleiben, sind die derzeit in den Bergwäldern Sarawaks praktizierten Holzschlagmethoden ungeachtet aller offiziellen Beteuerungen „clear cut"-Methoden, was man getrost mit „Kahlschlag" übersetzen kann. Der Kahlschlag führt dazu, daß durch heftige tropische Regenfälle und ungehindert eintretende Tropensonne beschleunigt, an den Hängen die Bodenerosion einsetzt und im günstigsten Fall ein Sekundärwald entsteht, in dem schnellwachsende Baumarten minderer Qualität hervorschießen. Dieser Wald hat nicht mehr das Feuchtigkeitsreservoir der Primärwälder, kann nicht mehr das Regenwasser in ausreichender Menge speichern und verhindert durch die schnellwachsenden Bäume, daß die hochwertigeren und meist langsamer wachsenden Baumarten genügend Licht bekommen. Ob hier jemals wieder ursprünglicher tropischer Regenwald existieren kann, vermag niemand vorauszusagen (1, 21, 31).

Urwald und Menschen

Für die Landbevölkerung ist der Verlust des Primärwaldes gleichsam der Verlust der Existenzgrundlage. Die Bauern sind auf den Urwald um ihre Dörfer und Langhäuser herum angewiesen, da er ihnen eine Vielfalt von Rohstoffen liefert, die das Leben unter den oft widrigen klimatischen Bedingungen erst ermöglichen. Eisenholz (Belian) ist unerläßlich für den Hausbau und der Mangel an Eisenholzschindeln für den Dächerbau hat zur Verbreitung der Zinkbleche geführt, die jedoch schwierig zu reparieren sind und nicht mehr die Luftzirkulation ermöglichen, die unter den Schindeldächern gewährleistet war. Haben früher die Bauern das Holz für den Hausbau selbst geschlagen, so müssen sie heute bereits vielerorts Bretter und Pfosten von Sägewerksbesitzern kaufen. Die Bauern klagen über Schwierigkeiten, Holz für den Bootsbau zu finden (24) oder Rotan, das zur Herstellung von Matten, Körben und Seilen verwendet wird. In einem Leserbrief an das Borneo Bulletin (25) wird sogar darüber geklagt, daß die besonderen Baumarten nicht mehr zu finden seien, die traditionsgemäß zur Herstellung von Särgen verwendet werden.



Ein mit Blech ausgeflicktes Dach eines Langhauses

Die Beschwerden der Bevölkerung über die Übergriffe der Holzfirmen sind endlos: Schwermaschinen der Holzfirmen fahren durch das Farmland und zerstören rücksichtslos die Ernte; die Erosion verschlammt die Flußläufe, vertreibt die Fische und führt durch die Versandung der Flußbette zu bisher unbekannten Überschwemmungen (26); das Wild wird durch den Lärm der Maschinen vertrieben (27). Der Bevölkerungsanwachs in den Lagern führt zum Ansteigen der Lebensmittelpreise und bei der Bevölkerung bisher unbekannte soziale Probleme wie Prostitution und Alkoholismus werden immer häufiger berichtet.

Die Bevölkerung Sarawaks leistet Widerstand, wenn auch die mangelhafte Kommunikation zwischen den verschiedenen Landesteilen und die Nachrichtenkontrolle der Regierung eine genaue Beurteilung des Ausmaßes erschweren. Es wird berichtet, daß in der Nähe von Niah, 4. Division, bewaffnete Dorfbewohner eine Holzfirma davon abzuhalten versuchten, Holzabfuhrwege in einem Gebiet anzulegen, das von den Bauern für die Anpflanzung von Obstbäumen und Kautschukbäumen vorgesehen war. Die Bauern verlangten 10.000 Ringgit Schadenersatz, wurden aber später von Chief Minister Rahman Yaakub zurechtgewiesen, daß Wald nicht einer Dorfgemeinde, sondern der Regierung gehöre und die Anreiner deshalb auch kein Recht auf Entschädigung hätten (28). In einem anderen Fall, in dem die Holzfirma ebenfalls eine Entschädigung verweigerte, umrundeten Dorfbewohner in Ulu Tinjar einen Traktor, jagten den Fahrer davon und überführten die Beute zu ihrem Dorf. Mit dem Traktor als Pfand handelten sie dann eine Entschädigung aus (29).

Auch das illegale Fällen von Primärwald ist eine Form des Widerstandes. Die Bevölkerung wehrt sich damit dagegen, daß tausende von Hektar Wald der Profitgier der herrschenden Clique zum Opfer fallen, die den Bauern frech verbieten will, Urwald zum Reisanbau zu fällen. Verschaffen sich die Bauern auf diese Weise Land zum Anbau ihres Grundnahrungsmittels, so werden sie von den in Saus und Braus lebenden Herrschenden und ihren Technokraten beschimpft, nationalen Reichtum zu vergeuden (30, 31).

Die Situation der Holzarbeiter

1977 arbeiteten etwa 28 000 Menschen in der Holzindustrie Sarawaks (31). Der Propaganda der Landesregierung zufolge sollen in den nächsten 20 Jahren 60 000 Arbeitsplätze im Bereich der Holzverarbeitung und 20 000 Arbeitsplätze im Bereich des Holzabbaus geschaffen werden (32). Die Zerstörung der Landwirtschaft in der Umgebung der Holzschlaggebiete zwingt die Männer aus den Langhäusern, ihren Lebensunterhalt bei den Holzfirmen zu verdienen. Sie tauschen ihr traditionelles Leben gegen das unsichere Dasein des Lohnarbeiters ein. Anders wie von der Regierung propagiert, müssen sie mit Entlassung rechnen, wenn der schlammige Boden in der Regenzeit das Arbeiten unmöglich

macht oder wenn der Weltmarktpreis wieder mal ein Tief erreicht hat und die Firmen vorübergehend die Produktion einstellen.
Die Arbeitsbedingungen im Urwald sind hart und das Risiko für Gesundheit und Leben ist groß. Noch erzielen die Arbeiter unter brutalen Bedingungen im Akkord Löhne, die über den Löhnen in den Plantagen, im Straßenbau oder bei der Gelegenheitsarbeit liegen. Da aber die zunehmende Umweltzerstörung das Angebot an Arbeitskräften erhöht, wird dies zwangsläufig auf Dauer zu Lohnsenkungen führen müssen. Nur Hilfsarbeiter werden aus der Umgebung der Camps rekrutiert. Qualifiziertere Tätigkeiten wie das Führen der Schwrmaschinen oder das Fällen der Bäume mit Motorsägen werden von Stammarbeitern übernommen, die aus Indonesien oder anderen Teilen Sarawaks angeworben werden.

Während die wenigen Fahrer der Schwermaschinen Akkordlöhne von 2000 - 3000 Ringgit im Monat erreichen, kommen die Hilfsarbeiter, die die Masse der Arbeiter darstellen, über 10 Ringgit pro Tag für das Abschälen der Baumrinde nicht hinaus. Dazwischen liegen die Akkordlöhne der Fäller von 25 - 50 Ringgit pro Tag. In Anbetracht der unterschiedlichen Löhne ist verständlich, warum die Regierung vorzugsweise Durchschnittszahlen angibt. Danach liegen die durchschnittlichen Einkommen in der Holzindustrie bei 600 Ringgit im Monat (31).
Zieht man die hohen Lebenshaltungskosten im Lager in Betracht, sehen diese Zahlen schon anders aus, denn wer die Lebensmittel im Laden des Camps kaufen muß, verliert einen beträchtlichen Teil seines Lohnes wieder an die Firma. Zunehmender Alkoholismus und Glücksspiele, gefördert durch die Langeweile des Lagerlebens und den Verlust des sozialen Haltes in der Dorfgemeinschaft, breiten sich in den Lagern aus und verursachen Konflikte, die zur Verschuldung der Arbeiter und steigende Kriminalität führen.

Riesenprofite für die Herrschenden

Es ist nicht schwer herauszufinden, was die Arbeiter in der Holzindustrie Sarawaks verdienen. Schwieriger ist jedoch zu berechnen, welche Summen in die Taschen der Reichen fließen und was der Landesregierung verbleibt. Noch ist es der Zentralregierung in Kuala Lumpur nicht gelungen, die Forstwirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen und die Landesregierungen verfügen sowohl über die Lizenzvergabe als auch über Steuer- und Zolleinnahmen aus diesem Bereich.
In der Sarawak-Presse konnte man kürzlich wieder einmal lesen, daß dem Staat durch die Brandrodung ein Schaden von 300 Mio. Ringgit im Jahr entstehe und man endlich härter gegen die dickköpfigen Reisbauern vorgehen müsse, die mit ihren Steinzeitmethoden wertvollen Urwald und damit Volksvermögen vernichteten (36). Richtig ist jedoch, wie auch die Technokraten in der Regierung eingestehen müssen (31), daß dem Staat lediglich 8 – 9 Mio. Ringgit an Steuern verloren gehen, und daß der große Batzen eigentlich den Besitzern der Holzfirmen in die Netze geht.
Die Profite der Holzfirmen, kontrolliert von einigen wenigen Familien, sind riesengroß und Gesprächsthema der Bevölkerung. 1977 hat die Far Eastern Economic Review einmal eine Rechnung aufgemacht, die nach Abzug aller Steuern sowie Kosten für Maschinen und Löhne einen Profit von mindestens 30 % des Exportpreises der Hölzer auswies (17). Beim damaligen Durchschnittspreis von ca. 500 Ringgit für einen gutgewachsenen Stamm von etwa 3 Tonnen (Hoppus) waren das 150 Ringgit Reingewinn! Diese Zahlen stimmen mit dem überein, was 1978 aus dem Lager der Arab Sarawak Timber Industries (ASTI) berichtet wurde: In dem Camp arbeiteten 400 Arbeiter, die mit 44 Raupenschleppern und 10 schweren Langholzwagen täglich 1000 Tonnen Holz aus dem Urwald holten. Der Nettogewinn wurde pro Tonne mit durchschnittlich 50 Ringgit angegeben, was sich zu der sagenhaften Summe von 50 000 Ringgit (55 000 DM) Reingewinn pro Tag hochrechnen läßt.

1978 wurden aus Sarawak unverarbeitete Holzstämme im Wert von 321 Mio. Ringgit exportiert (37). Die Gewinne der Holzfirmen betrugen dabei ca. 100 Mio. Ringgit, um die das Volk Sarawaks betrogen wurde.

Die wenigen Familien, die dieses Geld einstreichen, schaffen

es aus dem Land und legen es dort an, wo höhere Renditen zu erwarten sind als in Sarawak. Singapore, Hongkong und das westliche Ausland mit England und Australien als Hauptanziehungspunkte sind dabei die bevorzugten Spielwiesen der Reichen.
Da es keinen Politiker der Regierungspartei geben dürfte, der seine Finger nicht im Holzgeschäft hat, werden die Riesenprofite natürlich von der Regierung abgesichert. Lediglich 2 % des Exportpreises müssen als Holzsteuer abgeführt werden, verglichen mit 60 % in Sabah, 40 % in Indonesien und 20 % in Philippinen ein lächerlicher Prozentsatz (21). Auch wenn die Exportsteuer, ein Pflichtbeitrag zur Sarawak Stiftung und eine Art Gebühr für Hölzer aus der Bergregion (38) hinzugerechnet werden, kommt man 1978 mit 34 Mio. Ringgit Einnahmen an Steuern, Zöllen und Gebühren aus der Holzindustrie Sarawaks (37) nur auf 1/3 des Betrages, den die Firmenbesitzer als Profit kassierten. Dabei ist die Holzindustrie für die Landesregierung nach der Erdölindustrie die wichtigste Einnahmequelle.
Die Riesenprofite lassen deutlich werden, daß dem Volk Sarawaks ein langer und harter Kampf um die tropischen Regenwälder des Landes bevorsteht. Es wird unerläßlich sein, traditionelle landwirtschaftliche Anbaumethoden wie Brandrodung und Wanderfeldanbau aufzugeben und intensivere Reisanbaumethoden mit einer kontrollierten Bewässerung einzuführen. Wenn dies aber von der Holzindustrie und deren Interessenvertreter in der Regierung gefordert wird, heißt es achtsam zu sein: Dann ist es Wolfsgeheul, das angestimmt wird, um den Widerstand des Volkes gegen die Plünderung der Wälder zu brechen.

Nordkalimantan-Gruppe Frankfurt

Anmerkungen

1) World Wood, Mai 1979
2) Borneo Bulletin 23.6.1979
3) Ecological Studies in the Kerangas Forests of Sarawak and Brunei Borneo Literature Bureau 1974
4) Sarawak-a geographical survey of a developing state, University of London Press, 1968
5) Sarawak Annual Report 1960, Sarawak Govt. Printing Office
6) Fischer Länderkunde Südostasien-Australien, Fischer Taschenbuchverlag, 1975
7) Report on the Iban, The Athlone Press, 1970
8) Shifting Cultivation in Sarawak, Dep. of Agriculture, Kuching 1978
9) World Wood, Juli 1979
10) Borneo Bulletin 28.5.1977
11) Tropical Hardwood Trade in the Asia -Pacific-Region, World Bank 1974
12) World Wood, Juli 1979
13) siehe 11., Seite 58
14) siehe 11., Auszüge aus Seite 6 – 16
15) Economic Report 1978/79, Ministry of Finance, Malaysia
16) World Wood, November 1979
17) Far Eastern Economic Review 2.12.1977
18) World Wood July 79, Review 1979 - Asia
19) Zitiert nach Asian -Trade and Industry, Vol. 8 No. 7, 1976, Seite 61
20) Malaysian Buisiness Juli 1973
21) Far Eastern Exonomic Review 30.11.1979, Seite 52
22) Borneo Bulletin 24.12.1977
23) B. B. 4.2.1978
24) B. B. 2.7.1977
25) B. B. 1.4.1978
26) B. B. 23.6.1979
27) B. B. 11.2.1978
28) B. B. 4.2.1978
29) B. B. 31.3.1979
30) B. B. 16.10.1976
31) Forest Protection Against Shifting Cultivation Forest Dep. Sarawak 1978
32) B. B. 4.2.1978
33) Sarawak Herald 3.10.1977
34) B. B. 23.7.1977
35) World Wood, Mai 1978
36) B. B. 19.4.1980
37) Annual Statistical Bulletin, Sarawak, 1978
38) B. B. 22. 12. 1979

Interview mit einem Aktivisten der KP Thailands

Wir drucken ein Gespräch ab, das Gerd Simon (TISK München) im Oktober 78 mit einem Aktivisten der Kommunistischen Partei in der Weißen Zone Thailands führte. Aus dem englischen Originaltext übersetzt und gekürzt.

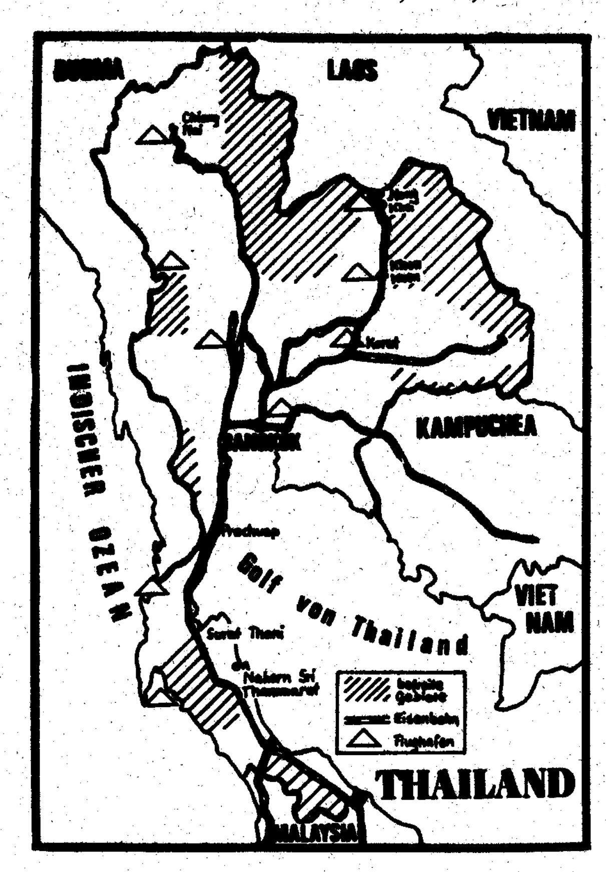
bt

F: Könnten Sie in einigen Worten die Wirtschaft Thailands charakterisieren und dabei besonders auf die Bedeutung des ausländischen Kapitals eingehen?

A.: Zu der Frage nach dem ausländischen Kapital muß ich sagen, daß es in der Vergangenheit sehr stark ins Land geflossen ist.
Wir können das bis in den ländlichen Bereich hinein verfolgen. Von der Produktion von Nahrungsmitteln ist man zur Produktion von Gütern übergegangen, die nicht für das Land selbst bestimmt sind. Zu den Erscheinungen, die die Rolle des ausländischen Kapitals reflektieren, gehört die Juteproduktion, die vor zehn Jahren ziemlich weit verbreitet war. Die Bauern wußten nicht wirklich, warum sie Jute anbauten, aber innerhalb Thailands war eine Atmosphäre erzeugt worden, die die Zukunft der Juteproduktion in einem hellen Licht erscheinen ließ. Die Agenten der Kompradoren auf regionaler und Provinzebene streuten die Nachricht von hohen Jutepreisen aus. Sie liehen den Bauern Geld, damit sie Bäume fällen und den Boden zur Pflanzung von Jute vorbereiten konnten.
Für die erste Ernte zahlten sie hohe Preise; bei der zweiten Ernte nahm dieser Preis aber schon in einer steilen Kurve ab. Warum? Nachdem die Bauern davon überzeugt worden waren, ihre Produktion auf Jute umzustellen, wurde gesagt, der Weltmarktpreis für Jute sei gefallen. Aber in Wirklichkeit war der Markt für Jute zu dieser Zeit sehr gut, wegen der schlechten Ernte in Indien nach Überschwemmungskata-

strophen.
Im Jahr darauf benutzten andere ausländische Interessen wieder die Agenten vor Ort, um die Aussichten der Tapioca-Produktion zu übersteigern. Auch die Regierung und Agrarwissenschaftler an der Universität ließen sich mit dem Argument, die Agrartechnologie würde entwickelt, dazu überreden, als Agenten für die Umwandlung der landwirtschaftlichen Produktion zu wirken.
F: Das muß im Jahr 1972 gewesen sein. (1)
Welche Rolle spielten dabei internationale Entwicklungshilfeorganisationen – sowohl staatliche als auch private?

A.: Wie die UN-Agency for International Development und die UNDP (UN-Development Programme) trugen sie dazu bei, die Thailändische Agrarproduktion auf die ausländische Nachfrage abzustimmen. Die Vertreter dieser ausländisch-gesteuerten landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramme spielten also eine wichtige Rolle bei der Förderung dieses Prozesses. So kam nach der Jute der Tapioca; und danach der Ananas, wir wissen noch nicht, zu welcher Produktion die ausländische Nachfrage als nächstes drängen wird. Am Beispiel der Ananas kann man die Risiken einer Produktion für den Weltmarkt aufzeigen:
Als vor etwa 3 Jahren die Bauern dazu überredet wurden, Ananas anzubauen, wurde erwartet, daß der Weltmarktpreis in den nächsten 5 Jahren stark ansteigen würde. Heute, kurz vor Anbruch der 4. Jahresproduktion, ist der Preis um fast 50 % gefallen. Vorher bekam man 125 Satang pro Kilo, heute bekommt man ungefähr 60 – 70 Satang dafür (1 Baht entspricht 0,0994 DM; 1 DM = 12 ฿). Wo liegen die Wurzeln dieser Entwicklung? Man kann dahinter vor allem japanische Interessen sehen. Diese Interessen werden durch die technische Hilfe für die thailändische Regierung kanalisiert, durch japanische Einflußnahme auf die „Economic and Social Commission for Asia and the Pacific" und durch japanische Unternehmen, die die Früchte verarbeiten und konservieren. Die Einführung einer solchen Produktion ist also eng mit ausländischen Interessen verbunden.
F.: Aber wir sollten nicht nur die internationalen Entwicklungsorganisationen und das ausländische Kapital dafür verantwortlich machen. Auch die Regierungsstellen, die die thailändische Wirtschaft planen, stützen sich auf ein Entwicklungskonzept, das Thailand in den Weltmarkt integrieren soll, auf eine weltmarktorientierte Agrarproduktion und auf weiterverarbeitende Industrien im Dienste des Weltmarkts. Sie bauen nicht auf die autozentrierte Entwicklung, auf eine abgekoppelte Wirtschaft, wie etwa Tansania und China.
Sehen Sie irgendeinen Trend, daß die thailändische Wirtschaft auch unter den gegebenen Umständen auf den abfahrenden Zug eines eigenständigen Wachstums aufspringen könnte? In anderen Worten, daß die thailändische Wirtschaft als ganzes gesehen, und in allen Bereichen, stark genug sein könnte, daß sie nicht von Impulsen von außen abhängen muß, sondern von ihrer eigenen Dynamik leben kann?
A.: Im Prinzip haben viele Intellektuelle in Thailand dies zu ihrem Ziel erklärt. Aber ich glaube, solange unsere Wirtschaft von multinationalen Unternehmen und internationalen Entwicklungsorganisationen durchdrungen ist, gibt es keine Chance dafür.
Wir wollen ein Beispiel betrachten, das uns zeigt, was in Thailand vor sich geht.
Wir bauen Baumwolle an; aber die Fabriken, die von den Japanern gebaut wurden, verarbeiten nicht die Baumwolle, die in Thailand selbst produziert wurde. Zur Stoffherstellung nehmen sie Baumwolle, die japanische Handelsfirmen irgendwo anders auf dem Weltmarkt kaufen. Aber wo geht unsere Baumwolle hin? Sie fließt auf den Weltmarkt, dessen



Preiswettbewerb und dessen ausbeuterische Dynamik unseren Preis niedrighält. Aber im Gegensatz zum Preisdumping auf dem Weltmarkt müssen die Bauern hohe Kosten für den landwirtschaftlichen Input der Baumwollproduktion bezahlen, da sie teure Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel auf dem Weltmarkt kaufen müssen. Wie können wir ein eigenständiges System erreichen, wenn der Agrarsektor nicht der inneren Entwicklung von Thailands Wirtschaft dient?
F.: Wie wirkt sich die Verknüpfung der Agrarproduktion mit dem Weltmarkt auf den Reispreis auf dem örtlichen Markt aus, Reis ist ja das Grundnahrungsmittel in Thailand?

A.: Es gibt in unserer Öffentlichkeit ein Vorurteil, das besagt, unser Reispreis sei zu hoch, da wir wegen des günstigen Preises auf dem Weltmarkt zu viel exportieren. In Wirklichkeit ist aber der Export von Reis kontrolliert und begrenzt. Wie kann man ihn kontrollieren? Der Reis muß zu den Reismühlen am Ort gebracht werden, von da fließt er zurück für den örtlichen Markt und den Subsistenzbedarf der Bauern. Nur das, was übrigbleibt, kann nach Bangkok geliefert werden, dem Flaschenhals für den Export. Die Regierung versucht, den Reispreis niedrigzuhalten, indem sie den Export mit einer Prämie belegt; so wird versucht, den Reispreis vor allem für die städtische Bevölkerung zu stabilisieren. Aber die Prämie fließt nie zum Agrarsektor zurück, sie wird als Nebeneinkünfte der Staates für andere Zwecke benutzt. Der Preis, den der Bauer für den Reis erhält, ist überhaupt nicht hoch. (2) Für den weißen Reis kann er bei 65 ฿ pro tang liegen. Man muß also sagen, daß das monopolisierte Verarbeitungs- und Handelssystem den Preis steigen läßt und nicht der Export auf den Weltmarkt . . .
F.: Wie sehen Sie Thailands Zukunft als ein Feld für ausländische Investitionen und Wirtschaftsinteressen? Glauben Sie, daß noch mehr ausländisches Kapital angezogen werden wird?
A.: Ich glaube, daß in Zukunft ausländische Investitionen sogar noch in viel höherem Maße angezogen werden können. Um das nachzuweisen, muß ich Ihnen einige Informa-

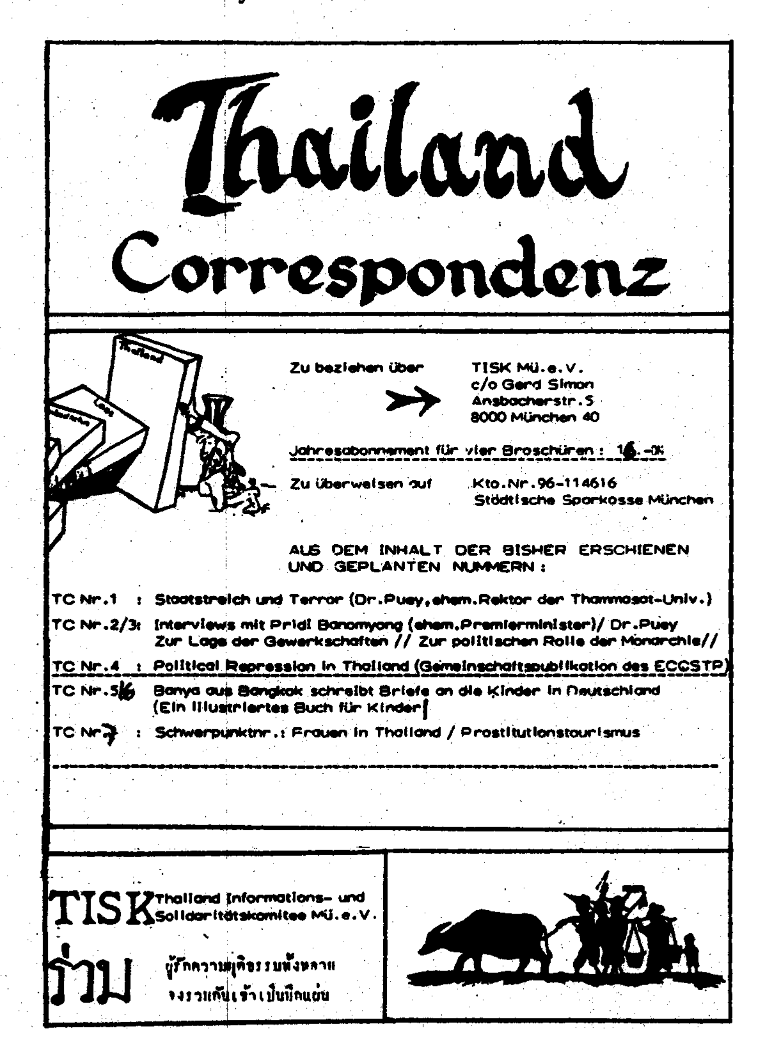
tionen über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Thailand geben, die ein wachsendes Heer billiger Arbeitskräfte zur Folge hat.
Im letzten Jahr war das Land sehr trocken und deshalb war die Reisausbeute sehr gering. Ein weiteres Symptom für das wachsende Elend im ländlichen Bereich ist der anhaltend niedrige Preis für Schweine. Denn sie sind eine sehr notwendige und verbreitete zusätzliche Einkommensquelle für bäuerliche Kleinbetriebe. Die Hühnerzucht, eine andere Quelle zusätzlichen Einkommens, ist inzwischen durch die Konkurrenz von sehr produktiven Hühnerfarmen bedroht, die von einem amerikanisch-taiwanesischen Gemeinschaftsprojekt betrieben werden. Außerdem ist der Preis von Tapioca und Ananas auch noch gefallen. Wenn wir die Landwirtschaft betrachten, sehen wir also, daß die Bauern erschöpft und ermüdet sind; sie verlieren ihr Land.
Die Situation vergrößert die Unterbeschäftigung innerhalb des Agrarsektors. Viele Leute müssen zu den städtischen Zentren abwandern. Das schafft ein billiges Arbeitskräfteangebot. Daran müssen ausländische Unternehmen natürlich interessiert sein.
Diese Arbeiter aus dem ländlichen Bereich verursachen weniger politische Schwierigkeiten, Arbeitsunruhen usw. Sie kommen für ein paar Monate, und dann gehen sie wieder nach Hause. Sie können kein politisches Bewußtsein entwickeln, im Gegenteil, sie lassen sich leicht gegen fortschrittliche Bewegungen beeinflussen, wie der Fall der Saraburi-Textilarbeiter gezeigt hat.
Aber wir müssen auch gegenläufige Aspekte betrachten. Auf der einen Seite sehen wir ein wachsendes Potential billiger Arbeitskraft, das eine Attraktion für ausländisches Kapital ist; auf der anderen Seite sehen wir den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei Thailands, der ausländische Investitionen eher abschrecken wird. Bisher sehe ich, daß die Attraktion vor der Abschreckung überwiegt.

F.: Welche anderen Anzeichen sehen Sie für ein andauerndes und sich vertiefendes Elend für die Bauern?
Vielleicht sollten wir mit dem Problem der Verschuldung beginnen, da es eines der gravierendsten ist. Sie werden sich sehr genau an die Reformpläne während der sogenannten demokratischen Periode erinnern.
A.: Die allgemeine Situation zeigt weitverbreitete Verschuldung unter den Bauern und schwindende Chancen einer Tilgung, selbst bei relativ geringen Zinsen. Im letzten Jahr konnte die staatliche BAAC nur 25 % der fälligen Zinsen einnehmen. Auch das reflektiert die wirtschaftliche Krise im Agrarsektor.
Zu den Reformplänen für Agrarkredite muß gesagt werden, daß alle diese Pläne die Machtstrukturen im Dorf nicht miteinbezogen. Solange diese Reformmaßnahmen anliefen, konnten sich die ohnehin privilegierten Bauern diese Vergünstigungen sichern ... Aber was geschieht dann? Der wohlhabende Bauer verbraucht nicht das ganze Geld für seine eigene Produktion. Er leiht es weiter an ärmere Bauern, die keinen Bankkredit erreichen konnten. Eine zweite Möglichkeit ist, Düngemittel oder andere Produktionsmittel zu kaufen und die ärmeren Bauern damit in einer kreditähnlichen Weise zu versorgen, was sich für den Verleiher als noch profitabler herausstellt ...
Ein weiterer kritischer Aspekt der Kreditsituation:
Auch wenn ein relativ gutsituierter Bauer zur Intensivierung seines Betriebs einmal einen Bankkredit aufgenommen hat, kann das durch die schlechter werdende Situation auf dem Land dazu führen, daß er sein ganzes Land verliert.

Zum Abschluß würde ich von einem marxistischen Standpunkt aus sagen: Die BAAC (Bank für Landwirtschaft und Genossenschaften) ist eine Regierungsinstitution und das Instrument der bürokratischen Bourgeoisie des Landes im Agrarbereich.
Hier kann man feststellen, daß sich die bürokratischen Kapitalisten und die Kompradorenbourgeoisie Gewinn und Kontrolle teilen. Während die bürokratischen Kapitalisten den Produktionsprozeß der Landwirtschaft kontrollieren, kontrolliert die Kompradorenbourgeoisie die Vermarktungsseite; und die Vermarktungsseite ist über internationale Unternehmen mit dem ausländischen Kapital verbunden. So kommen wir zum Ausgangspunkt zurück.

F.: Ein Indikator, der der zunehmenden Verschuldung entspricht, ist der Wandel im Status der bäuerlichen Arbeitskraft. Während in der Erhebung zu Anfang der 50er Jahre über 80 % der Bauern ihr eigenes Land bestellten, ist es heute in einigen Teilen Thailands gerade umgekehrt: im Herzen der zentralen Ebenen sind mehr als 80 % der in der Landwirtschaft Beschäftigten Pächter oder Landarbeiter ...
A.: Wir sollten dazu einige der irreführenden Annahmen betrachten, die zur Erklärung herangeführt werden, warum die Bauern ihr Land verlieren, z. B. Faulheit.
F.: Eine Untersuchung, die von einer internationalen Entwicklungshilfeorganisation zur Frage der Optimierung der Nutzung der Arbeitskraft angestellt wurde, erkannte, daß es an Mitteln mangelte, um die Landwirtschaft zu intensivieren und daß es nicht an der „Faulheit" lag.

A.: Das ist sicher eine sehr vernünftige Argumentation – aber sie beeindruckte zum Beispiel die Thanin-Regierung überhaupt nicht. Die Regierung hängte Spruchbänder auf, um die Probleme des Landes zu lösen: „Ihr müßt sorgfältiger sein, härter arbeiten, sparsam sein und nicht arbeitsscheu sein!" Wie zynisch oder unwissend!



Eine dritte Erklärung für die Rückständigkeit der Thailändischen Landwirtschaft ist der Mangel an agrartechnischen Produktionsmitteln – der besteht wirklich. Also sieht man in der Verbesserung der Techniken einen Weg, um die wirtschaftlichen Probleme auf dem Land zu lösen.
Die letzte wichtige Erklärung ist der Mangel an Kapital . . .
Kommen wir zu einer Gewichtung der Faktoren, die zur Verarmung der Bauern beitragen, so ist der wichtigste Faktor das monopolistische Vermarktungssystem. Der zweitwichtigste Faktor ist der Zwang, sehr teure Produktionsmittel zu kaufen gegenüber einem niedrigen und weiter sinkenden Reispreis; der dritte Faktor ist die Zinsrate für Barkredite, und der vierte ist der Pachtzins.
F.: Im Süden wird sich wahrscheinlich ein anderes Bild ergeben, da dort die Gummiplantagen eine große Bedeutung haben und es eine große Zahl von Tagelöhnern gibt.

Wie wirkt sich diese Verarmung auf das politische Leben im ländlichen Thailand aus?
A.: Ja, wir müssen den politischen Aspekt der wachsenden Entmutigung und Hoffnungslosigkeit unter den Bauern betrachten. Die Regierung wurde der politischen Gefahren gewahr, die in der wirtschaftlichen Situation liegen, und versuchte, andere Formen zu finden, um mit ihnen umzugehen. Eine der Formen, in denen sie sehr geschickt sind, ist die Verstärkung der Widersprüche unter den Dorfbewohnern. Die Regierung macht einige örtliche reiche Bauern oder Ladenbesitzer für die Ausbeutung verantwortlich; so personalisieren sie das Problem und führen von einer tieferen Analyse des Systems weg. Dies ist die sogenannte „fortschrittliche" politische Arbeit am Außenposten, die von dem ländlichen Entwicklungsprogramm geleistet wird. Wir wollen einen Blick auf das gewandelte Machtsystem im Dorf werfen. Traditionell war der Abt oder der Priester des Tempels am Ort der Führer des Dorfes. Aber inzwischen ist es der reichste Bauer oder Zwischenhändler, der an der Spitze der dörflichen Machtstruktur steht; er ist der „puyaiban" oder „gamnan". Die Rangleiter entspricht also der wirtschaftlichen Hierarchie. Von diesen Einrichtungen des politischen Lebens kann man deshalb keine Impulse für eine Organisierung und Mobilisierung der Armen erwarten.
Sie haben kein Interesse an der Einheit und Solidarität der Armen – im Gegenteil, sie fördern und verbreiten Uneinigkeit. Was ist also das gegenwärtige Bild? Wir können eine bedauerliche Folge des Bildes vom Mächtigen sehen: Die sehr armen Bauern, das heißt, die landlosen Bauern oder Landarbeiter, machen einen weiter steigenden Anteil von 15 % aus. Sie können nur diese Mächtigen oder irgendeinen reichen Bauern als die persönlichen Ursachen ihres Elends erkennen; sie erkennen sie nicht als bloße Agenten des wirtschaftlichen Systems, und deshalb wollen sie nur diese Personen angreifen.
Jene, die anzugreifen wagten, wurden einer nach dem anderen getötet, denn die Reichen und Einflußreichen haben gute Verbindungen zur Polizei und den Gangstern im Dorf. Dieses Bild begann sich nach dem Oktober 1973 zu ändern. Als die „Thailändische Bauernvereinigung" ihren Einfluß mit großer Geschwindigkeit ausdehnte und die Bauern mobilisierte und organisierte, wurde das wirtschaftliche System, das dahintersteht, mehr und mehr klargemacht. Die Mächtigen im Dorf erkannten die Bedeutung dieser Veränderung und so begannen sie zu töten und töten und töten . . .
F.: Wie den Bauernführer Intha!
A.: Ja, wie Intha und viele andere.
F.: Eine weitere Frage zur wirtschaftlichen Struktur im Landwirtschaftssektor: Welche Produktionsform ist heute vorherrschend in der Landwirtschaft? Ist es die vorwiegend marktorientierte cash-crop-Produktion oder immer noch die Subsistenzwirtschaft mit Reisanbau?
A.: Was wir im Überblick sagen können, ist, daß der Trend stark zur marktorientierten Produktion geht. Wir haben schon gesagt, daß aufgrund der wachsenden Verschuldung die Größe der Besitze immer mehr abnimmt. Wenn die Bauern z. B. also nur noch 5 rai übrig haben, können sie nur eine cash-crop anbauen, um ein Lebenshaltungsminimum für ihre Familien zu bekommen.
F.: Kann man von einer cash-cop-Produktion auf 5 rai Land leben?
A.: O ja, wenn man dazu gezwungen ist.
Das Beste in dieser Situation ist es, Gemüse für den Markt anzubauen, denn das gibt einem die Möglichkeit, die Produktion zeitlich so abzustimmen, daß das Einkommen über das Jahr verteilt ist. Es macht einen zumindest von monopolistischen Zwischenhändlern und den gedrückten Preisen während der allgemeinen Erntezeit unabhängig.

F.: Aber diese Bauernfamilien müssen sich dann natürlich auch noch nach zusätzlichen Einkommensquellen umschauen . . .
A.: Wir haben gesehen, daß der politische Kampf der Bauern bisher hauptsächlich gegen Individuen gerichtet war und nicht gegen das System als solches. Dies ist die Situation, die Intellektuelle – besonders die, die mit marxistisch-leninistischem Gedankengut gerüstet sind – antreffen, wenn sie sich dafür entscheiden, mit den Bauern als ihrer politischen Zielgruppe zu arbeiten. Sie müssen erkennen, daß nicht die Widersprüche zwischen den Klassen, sondern die Reibereien zwischen den Bauern sich verstärken. Die progressiv-denkenden Leute sind etwas enttäuscht, wenn sie sehen, daß das Volk unfähig ist zur Einigung. Diese Enttäuschung erfaßte viele Kader. Ein weiterer Grund zur Enttäuschung kann der Versuch sein, die Machtstruktur im Dorf zu behindern. Der fortschrittliche Intellektuelle, der zur Arbeit unter die Bauern gekommen ist, wird erfahren, daß die Mächtigen sehr stark sind und gute Verbindungen zur Polizei und dem Bezirksvorstand haben, so daß es sehr schwer ist, durchzudringen. Viele Intellektuelle waren deshalb ab und zu sehr niedergeschlagen.
Die Intellektuellen mußten erfahren, daß politische Arbeit in einem Dorf extrem schwierig ist. Viele Intellektuelle setzten politische und ideologische Kampagnen in Gang unter den Bauern, wie sie es von der Stadt her gewöhnt waren. Und mußten die herbe Reaktion der Machtstruktur auf dem Land erleiden. Die Mächtigen hatten sofort erkannt, daß der Typ mit politischen Absichten aus der Stadt gekommen war und reagierten, indem sie ihn von der Polizei oder gedungenen Gangstern aus dem Dorf zerren ließen. Diese Faktoren bildeten den Grund für eine ziemlich pessimistische Sicht der Arbeit unter den Bauern.
Aber wenn wir wirklich revolutionäre Kräfte auf dem Land wecken wollen, müssen wir dieses Problem meistern. Wir müssen die Widersprüche im Dorf gründlich analysieren, und wir müssen die verschiedenen Eigenschaften der Bauern verstehen lernen, die ihrerseits auch widersprüchlich sind. Der Bauer im Dorf kann auf der einen Seite eine sehr konservative und tiefreligiöse Persönlichkeit sein, aber auf der anderen Seite war er gezwungen, die Machtstrukturen im Dorf und das ausbeuterische System der Reisvermarktung allmählich zu durchblicken. Der Bauer verbindet also Ideen des Beharrens und der Revolte in seinem Denken und seinem Bewußtsein. Für den politischen Arbeiter in dem Dorf stellt sich deshalb die Aufgabe, diese Widersprüche im einzelnen herauszufinden und zu nützen.
Wir, das heißt die Aktionsgruppen fortschrittlicher Intellek-

tueller, die versuchen, in den sogenannten weißen Zonen von Thailand eine subversive politische Infrastruktur aufzubauen, müssen uns sehr anstrengen, um einen zutreffenden Eindruck von der Situation zu gewinnen. Wir tun das, indem wir unsere Informationen und Analysen regelmäßig austauschen, Hypothesen aufstellen und korrigieren sowie durch den Prozeß von Kritik, Selbstkritik und echter Gruppenarbeit. Das ist ein langandauernder Prozeß. Als ein Bauernaktivist braucht man ein ganzes Jahr, nur um die rückständigen und progressiven Ideen in den Köpfen der Bauern verstehen zu lernen und um sein eigenes Verhalten und Handeln zu korrigieren. Im zweiten Jahr kann man mit der politischen Diskussion anfangen – aber nur auf der wirtschaftlichen Ebene. Am Ende von 2 Jahren hat man vielleicht ein paar Freunde gewonnen, mit denen man die eigentliche Bedeutung des parlamentarischen Systems diskutieren kann. Und da kann man vielleicht schon einige aufregende Erkenntnisse zu hören kriegen. Vielleicht kommen sie zu dem Ergebnis, daß die parlamentarische Arbeit keinen Sinn hat, da die Bauernvertreter durch einen Staatsstreich hinausgeworfen werden können, wenn die wirklich Mächtigen das für notwendig erachten. Das ist schon oft genug vorgekommen.

Die Bauern werden aber immer noch das Militär als eine personalisierte Gruppe sehen und nicht die Komplexität des ganzen Ausbeutungssystems, das dahinter steht. Aber indem wir diese Art von politischer Arbeit tun, bauen wir Schritt für Schritt, von einer Person über die andere, eine politische Atmosphäre mit einer größeren Bewußtheit auf. In diesem Stadium können wir sie an politische Lektüre heranführen und schließlich das Radio anstellen, um „Voice of the People of Thailand" zu hören. Das wird aufregend für sie sein und Fragen aufwerfen: Wer sind die Mitglieder der Kommunistischen Partei? Die Intellektuellen oder wer? Sie werden nicht aufhören, zu fragen und zu diskutieren. Wenn es uns auf diese Weise gelingt, 2 oder 3 Leute in einem Dorf zu organisieren, können wir anfangen, eine alternative, revolutionäre Machtstruktur im Dorf aufzubauen. Das ist die Zeit, in der die Verantwortlichkeit der intellektuellen Aktivistengruppe zu Ende ist. Sie wird von der KPT zu einem anderen Arbeitsfeld versetzt werden. Das ist das Stadium von Aktivitäten, das wir in der weißen Zone erreichen können. Wir können nicht mehr tun und müssen deshalb in ein anderes Dorf gehen, um dort dasselbe zu tun.

F.: Aber wer bleibt dort, um die Arbeit fortzusetzen und zu überwachen?

A.: Nach unserer Versetzung wird es eine andere Gruppe geben, die mobil ist und nicht am Ort wohnt, aber Kontakt mit den Organisierten im Dorf hält. Sie werden die politische Arbeit fortsetzen und Leute für den bewaffneten Kampf rekrutieren.

F.: Sehen Sie noch einige Reste der asiatischen Produktionsweise in Thailand, insbesondere kollektive Formen der Landwirtschaft usw.?

A.: Wir müssen feststellen, daß solche traditionellen Methoden zu einem Großteil ausgestorben sind. Warum? Die Antwort liegt in der sozialen und wirtschaftlichen Differenzierung; heute findet man wenige reiche und viele arme Bauern in den thailändischen Dörfern. Die reichen Bauern ziehen sich aus dem traditionellen Dorfsystem heraus; sie werden Unternehmer, beteiligen sich am Handel und an der Verarbeitung. Ihre Höfe müssen aber immer noch bestellt werden, und da der reiche Bauer nicht mehr auf dem Feld arbeiten will, der arme Bauer aber zusätzliches Einkommen braucht, verkauft er seine Arbeitskraft an den reichen Bauern. So haben sich die traditionellen Methoden in der Landwirtschaft verändert. Es gibt noch Teile von Tätigkeitsbereichen in der Landwirtschaft, die kollektiv verrichtet werden, wie das Dreschen des Reises. Der Grund dafür ist, daß kaum ein Bauer zu dieser Zeit des Jahres genug Geld hat, um dafür Arbeitskräfte einzustellen – deshalb müssen sie sich an traditionelle Formen kollektiver Arbeit erinnern.

F.: Wie war das Gemeinschaftsleben im Dorf und die Kollektivproduktion im Unterschied zu heute früher organisiert?

A.: Im traditionellen Dorf herrschte Feudalismus in einem gewissen Sinne, und der Brennpunkt davon war der Tempel. Wie waren die hauptsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Einrichtung auf das Leben im Dorf? Wenn man einen Tempel mit 10 bis 20 Priestern zu unterhalten hatte, mußte man nicht nur für die Lebensmittel sorgen, sondern auch für ihre Wohnung, den Tempelbau usw. Die Dorfwirtschaft mußte diese Institution tragen können. Wie konnte sie das? Sie mußten die landwirtschaftliche Produktion ausdehnen, um einen größeren Überschuß zu erwirtschaften, der als Beitrag zur Institution geleistet werden konnte. Man kann sagen, daß in der alten Zeit 20 % des Überschusses für Aktivitäten gegeben wurden, die im Tempel zentralisiert waren.



F.: Das bedeutete, daß ein Teil des Beitrags der Dorfbewohner für den Tempel soziale Einrichtungen wie z. B. die Erziehung unterstützte, während der andere für den Unterhalt der Priester aufkam und deshalb eine frühe und traditionelle Form von Ausbeutung war?

A.: Der freie Zugang zu Ackerland machte privates Landbesitzrecht zu einem zweitrangigen Problem. Die sozialen Beziehungen beruhten nicht auf Wettbewerb, sondern auf Kooperation und Gemeinschaftlichkeit.

F.: Und diese soziale Tradition ist heute mehr oder weniger verschwunden?

A.: Der Tempel dient nun den kapitalistischen Interessen. Der deutlichste Beweis dafür ist der Ehrgeiz der Mönche, in den Dörfern große Tempel zu bauen, die eine Menge Geld verschlingen. Sie werden von den Vertretern städtischer Baufirmen dazu angestiftet, die natürlich daran interessiert sind, einen möglichst teuren Bauauftrag zu bekommen. Deshalb schaffen sie eine Atmosphäre von Ehrgeiz und Wettbewerb zwischen den Mönchen verschiedener Dörfer. Sie werben für den Bau eines Tempels im neuen Stil aus Beton, um mehr Profit aus der Landbevölkerung zu holen. So dient

der Tempel als Agent für das neue Wirtschaftssystem. Dieses Argument wird für Sie vielleicht nicht sehr überzeugend klingen, aber stellen Sie sich vor: Wenn Sie nicht bereit sind, einen schönen Tempel zu bauen, dann heißt das, Sie sind kein guter Buddhist.

... Dieser Vorgang bedeutet schließlich und endlich die Ausbeutung verarmter Bauern durch Spenden, die mit moralischem Druck herausgepreßt werden.

F.: In einer früheren Unterhaltung erwähnten Sie die Rolle der Frauen in der thailändischen ländlichen Gesellschaft. Ein interessanter Aspekt ist der offensichtliche Widerspruch zwischen ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Stellung in der Landwirtschaft und ihrem durch Gesetz und Gesellschaft akzeptierten Status.

A.: Eine Frau in einem Dorf arbeitet härter als ein Mann. Sie ist diejenige, die aufsteht, z. T. sogar um 4 Uhr morgens, um das Essen zu kochen, die Kinder zu versorgen und dann zur Arbeit auf dem Feld fertig zu sein.

Warum muß sie härter arbeiten als der Mann? In der traditionellen thailändischen Gesellschaft waren die Männer die Kontaktpersonen zwischen den bäuerlichen Haushalten und dem feudal-religiösen System. Für eine bestimmte Zeit in seinem Leben konnte der Mann Priester werden und gab dafür die Verantwortung für den Haushalt und den Hof auf. Deshalb muß die Frau alleine die Verantwortung für den Haushalt übernehmen – aber gleichzeitig ist die Feldarbeit noch ihr hauptsächlicher Tätigkeitsbereich.

Das bedeutet, daß sie wegen der Kombination beider Bereiche härter arbeiten muß. Ein anderer Aspekt ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Frauen sind sehr geschickt für Arbeiten, die große Sorgfalt verlangen, wie die jungen Reisschößlinge zu stechen und systematisch umzupflanzen. Der Mann verrichtet die körperlich anstrengenden Arbeiten wie Pflügen und denkt, daß er nach einigen Stunden genug gearbeitet hat. Er wird den Büffel abschirren und sich ausruhen. Deshalb kann man nicht sagen, daß thailändische Männer in der Landwirtschaft eine größere Rolle spielen. In Wirklichkeit tragen die Frauen die ganze Verantwortung für die Feldarbeit; das ist sehr offensichtlich. Aber die rechtliche Situation, die der Frau kaum Rechte einräumt, steht natürlich dazu in Widerspruch.

F.: Ein letzter Aspekt von Armut und Elend in Thailand sollte noch erwähnt werden: die saisonale oder dauerhafte Abwanderung zu den städtischen Zentren, die die Verarmung auf dem Land wiedergibt.

A.: Das letzte war ein weiteres Krisenjahr für die Bauern. Die Ausbeute war sehr gering, und der Preis war sehr niedrig. Die meisten der zusätzlichen Einkünfte sind durch die monopolistische Struktur des Systems versiegt. Da die Bauern keine Schweine mehr aufziehen und keine Zeit mehr damit verbringen, Grünzeug zu sammeln, mit denen sie sie füttern, mangelt es ihnen nicht nur an zusätzlichen Einkünften, sondern sie haben außerhalb der Wachstumsperiode unausgefüllte Zeit im Überfluß. Deshalb müssen sie in der Großstadt nach jeder Art von Arbeit suchen. Da die Arbeitslosigkeit schon sehr hoch ist und die Löhne extrem niedrig sind, wird es für sie sehr schwierig sein, überhaupt eine Arbeit zu finden; und wenn sie eine finden, werden die Bedingungen entsprechend schlechter sein. Eine arbeitssuchende Person vom Land kann einen Job in einem Restaurant bekommen, bei dem sie 200 ฿ für den ersten und 300 ฿ oder 400 ฿ für die folgenden Monate erhält. Aber da sie nicht sehr lange bleiben und bereit sind, in den erbärmlichsten Verhältnissen zu leben, können sie diese Härte für einen gewissen Teil des Jahres aushalten. Die Eltern auf dem Land wissen, daß die Löhne in der Großstadt sehr niedrig sind, aber sie sind doch froh, wenn ihre Kinder Arbeit finden, da sie von diesem wenigen Extrageld stark abhängen. Ein wichtiger Aspekt ist, daß sie Vorschuß bekommen können, wenn sie die Arbeitskraft von Familienmitgliedern verkaufen. Die Arbeitgeber reisen landauf und landab und kaufen Arbeiter mit Zeitverträgen. Sie fragen: „Wie lange kannst du bleiben?" Man sagt: „Sechs Monate." Dann wird er 1 800 ฿ Vorschuß geben, das ist ein erbärmlicher Lohn, aber die Familie hat keine andere Wahl. Auf diese Weise kommt so viel Kinderarbeit nach Bangkok.

F.: Welcher Zusammenhang besteht zwischen der großen Zahl von Prostituierten in Thailand und diesem Elend auf dem Land und der Notwendigkeit, in der Großstadt andere Arbeitsmöglichkeiten zu suchen?

A.: Die Anzahl der Prostituierten ist nicht von der saisonalen Abwanderung abhängig. Das Prostituiertenproblem hat zwei wichtige Aspekte: zum einen haben die Bauern für ihre Tochter keine Teilzeit- oder Vollbeschäftigung gefunden, damit sie die Familie mittragen kann. Deshalb muß die Tochter an das Prostituiertenunternehmen verkauft werden, denn es gibt keine andere Lösung.

Natürlich wird versucht, diese Tatsache in der öffentlichen Meinung zu verzerren.

Es wird immer gesagt, die Mädchen seien verführt worden oder sie seien schlecht, sonst würden sie nicht Prostituierte werden. Das trifft für einige zu, aber nicht für die Hauptzahl der Fälle. Die meisten Prostituierten sind es deshalb, weil sie keine andere Wahl haben.

Der zweite Aspekt ist, daß es sehr schwierig ist, in normalen Jobs Geld zu verdienen, so daß Prostitution eine attraktive Einkommensalternative wird. Einige Mädchen können bis zu 4 000 ฿ pro Monat nach Hause schicken, so daß die Eltern sogar Land oder einen Büffel kaufen können. Das erklärt die große Zahl von Prostituierten in Thailand. Prostitution ist eben ein sehr erniedrigender Aspekt eines insgesamt erniedrigenden Systems.

Anmerkungen:

1) Es gab schon in der traditionellen Wirtschaft im Hochland Juteproduktion, aber sie machte nur einen kleinen Teil der Subsistenz aus und war hauptsächlich für den Hausgebrauch bestimmt, z. B. um Seile für die Büffel herzustellen. Hier ist die Rede von einer Juteproduktion, die im ganzen Land ihre Verbreitung hat und für den Weltmarkt bestimmt ist.
2) Im letzten Jahr (1977) war die Inflationsrate 9 % und die Preise für Konsumgüter stiegen um 11 %. Aber der Produzentenpreis für Reis war stabil, er liegt immer noch bei 2 400 ฿ pro Tonne.

Kontaktadressen zu Südostasiengruppen in der BRD

SAMBAL, Podbielskiallee 42, 1 Berlin 33
Südostasien - Komitee, Roseggerstr. 12, 1 Berlin 44
Philippinen - Gruppe, Hendrik - Kraemer - Haus, Limonenstr. 26, 1 Berlin 45
Kampuchea AG, Grindelallee 157, 2 Hamburg 13
Kieler Kampu chea - Komitee, Geigerstr. 79, 2300 Kiel
Nordkalimantan - Gruppe, Hertzstr. 10, 4040 Neuß
Kampuchea AG, ESG Dortmund, Lindemannstr. 68, 46 Dortmund1
Südostasiengruppe i.d. ESG Bochum, Schlachthofstr. 5, 4630 Bochum 6
Komitee f.d. unabhängigkeit Osttimors c/o Raimar Wehr, Engelbertstr. 19, 5 Köln 1, Tel.: 0221/212217
Nordkalimantan - Gruppe, c/o Albatros - Verlag, Postf. 190155, 6 Ffm
Indonesien AG, Postfach 111131, 63 Gießen
Ost - Timor Solidaritätskomitee, Postfach 6026, 78 Freiburg
Informationszentrum 3. Welt, Postfach 5328, 78 Freibur g
AK 3. Welt, Blutenburgstr. 66, 8 München 19
TISK e.V., Postf. 430209, 8 München 43

FRETILIN kämpft mit Lanzen und Speeren gegen Invasoren

FRETILIN kämpft mit Lanzen und Speeren gegen Invasoren

Seit vier Jahren kämpft die Bevölkerung von Ost-Timor, der ehemals portugiesischen Kolonie, gegen indonesische Invasionstruppen. Dieser Krieg hat schon ca. 200 000 Ost-Timoresen das Leben gekostet. Jetzt herrscht in den indonesisch besetzten Teilen des Landes der Hunger. Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) kommt für etwa 80 000 Ost-Timoresen schon jetzt jede Hilfe zu spät. Weitere 200 000 Menschen werden sterben, wenn nicht sehr schnell geholfen wird. In den nicht von indonesischen Truppen besetzten freien Gebieten im Landesinneren leben heute noch etwa 100 000 Menschen. Sie sind nicht unmittelbar vom Hungertod bedroht, wohl aber von Mängeln aufgrund einseitiger Ernährung und Krankheiten. Bei den jetzt angelaufenen Hilfsaktionen für Ost-Timor konnte besonders auf Druck der australischen Öffentlichkeit gegenüber der indonesischen Regierung durchgesetzt werden, daß drei Vertreter des IRK Transport und Verteilung in Ost-Timor überwachen. Frühere Hilfssendungen für die ost-timoresische Bevölkerung waren niemals angekommen, sondern auf dem Schwarzen Markt in Djakarta verkauft worden.

Hungersnöte entstehen nicht von heute auf morgen. Sie haben ihre Vorgeschichte. In Ost-Timor beginnt diese Geschichte vor vier Jahren mit dem Überfall indonesischer Truppen auf die Demokratische Republik Ost-Timor. In der Nacht zum 7. Dezember 1975, knapp 24 Stunden nach einem Besuch des damaligen US-Präsidenten Ford und seines Außenministers Kissinger in Djakarta, landen 1000 indonesische Fallschirmjäger in Dili, der Hauptstadt Ost-Timors, und richten unter der Bevölkerung ein entsetzliches Blutbad an.

Was waren die Gründe für diese Invasion? Einige Monate nach den revolutionären Ereignissen vom April 1974 in Portugal kam auch in der portugiesischen Kolonie Ost-Timor die politische Szene in Bewegung. Erstmals waren die Gründung von Parteien und demokratische Wahlen möglich. An den Dorfältestenwahlen im Mai 1975 beteiligten sich drei Parteien: die UDT, die anfangs den Anschluß Ost-Timors an Portugal, später an Indonesien propagierte, die APODETI, die als direkter Interessenvertreter des Suharto-Regimes die Vereinigung Ost-Timors mit Indonesien anstrebte, sowie die FRETILIN (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor), die für völlige Unabhängigkeit eintritt. Die FRETILIN ging aus den Wahlen mit über 90 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Diesen großen Rückhalt in der Bevölkerung verdankt die FRETILIN vor allem ihrem politischen Programm sowie der praktischen Arbeit an der Basis, die sie seit April 1974 besonders auf den Gebieten Erziehung, medizinische Versorgung und wirtschaftliche Kooperativen geleistet hat.

Bei null begonnen

Dabei mußte die FRETILIN praktisch bei null beginnen. Fast 500 Jahre Kolonialismus hatten das Land in Hunger und Armut zurückgelassen. 95 Prozent der Bevölkerung waren Analphabeten, Krankheiten, besonders Tbc und Malaria, grassierten. Der natürliche Reichtum des Landes, das Sandelholz, war über Jahrhunderte von den Portugiesen geraubt worden. Dabei wurde die ost-timoresische Bevölkerung zu Sklavenarbeit eingesetzt. Als es Mitte des vergangenen Jahrhunderts keinen einzigen Sandelholzbaum mehr in Ost-Timor gab, ging man dazu über, Kaffee in Monokultur anzubauen. Ost-Timoresen mußten Zwangsarbeit auf den portugiesischen Plantagen leisten.

Als die UDT nach dem großen Wahlerfolg der FRETILIN merkte, daß ihr die Felle davonschwammen und immer mehr Ost-Timoresen die FRETILIN unterstützten, versuchte sie die Situation mit Gewalt zu ihren Gunsten zu verändern: Im August 1975 putschte in Ost-Timor die UDT. In den großen Städten Dili und Bacau besetzte sie Polizeistationen, den Flughafen und andere öffentliche Gebäude. Mitglieder und Anhänger der FRETILIN wurden gefangengesetzt oder getötet. Die (noch bestehende) portugiesische Kolonialverwaltung sah diesem Versuch der Machtübernahme zu, ohne Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Nachdem Verhandlungsangebote der FRETILIN zurückgewiesen worden waren und die Mitglieder dieser Organisation mit ihrer Liquidierung rechnen mußten, entschloß sich die FRETILIN zum Gegenangriff. Nach drei Wochen hatten sich die letzten Anhänger der UDT und der APODETI über die Grenze in den indonesischen Teil der Insel nach West-Timor abgesetzt. Ost-Timor stand damit de facto unter der Kontrolle der FRETILIN, da sich inzwischen auch die portugiesische Kolonialverwaltung von der Insel zurückgezogen hatte. Nachdem Indonesien mit seinem Plan gescheitert war, mit Hilfe der Marionettenpartei APODETI Ost-Timor unter seine Kontrolle zu bringen, versuchte es sein Ziel mit einer anderen Taktik zu erreichen: es bewaffnete Überläufer von APODETI und UDT und setzte sie von West-Timor aus in Marsch. Innerhalb weniger wochen, so prahlten diese, werde man wieder in Dili sein. Die ersten Gefechte an der Grenze, in der auch reguläre indonesische Truppen eingesetzt wurden, zeigten jedoch sehr schnell, daß man die FRETILIN unterschätzt hatte.



Die bewaffneten Überfälle konnten von der FRETILIN mit Unterstützung der Bevölkerung zurückgeschlagen werden.
Am 24. November 1975 sollten in Darwin (Australien) Verhandlungen mit Portugal und den anderen politischen Gruppen Ost-Timors über die Zukunft des Landes stattfinden. Sie kamen nicht zustande: lediglich ein Vertreter der FRETILIN war erschienen. Die FRETILIN zog daraus die Konsequenzen und erklärte am 28. November 1975 die Unabhängigkeit Ost-Timors. Wenige Tage später beginnt Indonesien mit der Invasion.
Warum führt die Militärregierung in Djakarta, mit Billigung und Unterstützung der USA und anderer befreundeter Staaten, diesen Krieg? Welches Interesse hat Suharto, den Kampf eines kleinen Volkes um Unabhängigkeit mit brutaler Gewalt zu unterdrücken?
Die indonesische Regierung fürchtet vor allem innenpolitische Konsequenzen. 1965 kam Suharto durch einen blutigen Militärputsch an die Macht. Damals sind ca. 1 Million Indonesier ermordet worden, vor allem Anhänger der kommunistischen Partei Indonesiens und andere fortschrittliche Menschen. Bis heute gibt es in den indonesischen Gefängnissen und KZs Zehntausende politische Gefangene. In vielen Teilen des Landes herrscht Hunger, die Arbeitslosenquote beträgt mehr als 20 Prozent. Was Wunder, wenn es immer wieder zu Demonstrationen von Studenten und Intellektuellen, zu spontanen Aufständen von Bauern, zu Aktionen bewaffneter Guerillas (so auf Kalimantan, Irian und Sumatra) kommt. Ein unabhängiges Ost-Timor vor der Haustür Indonesiens, das dabei ist, die Überreste des Kolonialismus zu beseitigen und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen, hätte auch für den indonesischen Vielvölkerstaat unübersehbare innenpolitische Konsequenzen. Diese Konsequenzen fürchtet nicht nur Suharto, sondern auch die mit ihm befreundeten Regierungen. Ihnen geht es vor allem darum, das „gute Investitionsklima" in Indonesien zu erhalten, was nichts anderes heißt, als daß die Löhne Hungerlöhne sind und das reaktionäre Suharto-Regime auch in Zukunft die Ausbeutung der Menschen und den Ausverkauf der natürlichen Reichtümer des Landes garantiert. Und dieses „gute Investitionsklima" lassen sich die „Freunde" auch etwas kosten. Die USA bewilligten für 1978 Militärhilfe und sagten weitere militärische Unterstützung zu. (Auf die Frage des amerikanischen Kongreßabgeordneten H. Meyner, ob die Indonesier amerikanische Waffen in Ost-Timor eingesetzt haben, antwortete der indonesische General Murdani: „Sicherlich, da 90 Prozent unserer Hilfe aus den Vereinigten Staaten kommt.") Aber auch andere Staaten gewährten großzügig militärische Unterstützung: Großbritannien, Holland, Frankreich lieferten Kampf- und Transportflugzeuge sowie Kriegsschiffe. Entgegen ihrem eigenen Beschluß, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, übernahm die Bundesregierung 1977 eine Bürgschaft in Höhe von 250 Millionen DM für den Bau zweier U-Boote, die an Indonesien geliefert wurden. „Entwicklungshilfe" auch noch auf anderem Gebiet: westdeutsche Bo-105-Hubschrauber werden in Indonesien in Lizenz gebaut. Trotz dieser hilfreichen Unterstützung entwickelt sich der Krieg gegen das ost-timoresische Volk, von Suharto als kurzer Waffengang geplant, von Anfang an zu einem Fiasko für den Aggressor. Trotz einer See- und Luftblockade, trotz des Einsatzes einer technisch überlegenen Militärmaschinerie kamen die indonesischen Truppen bei der Besetzung des Landes keinen Schritt vorwärts: lange Zeit kontrollierten sie nur etwa 15 Prozent des ost-timoresischen Territoriums und nur die größeren Ortschaften, und auch dort waren sie vor Angriffen der FRETILIN nicht sicher. Ein Fünftel des gesamten indonesischen Heeres war ständig in Ost-Timor stationiert, man schätzt, daß mehr als 30 000 indonesische Soldaten dort gefallen sind. Angesichts der Stärke des Feindes war die Moral der indonesischen Truppen sehr schlecht: dieser Krieg war nicht ihr Krieg. Es kam häufig zu Meutereien und Desertation. Jeweils nach einem halben Jahr mußten die Truppen austauscht werden.



traditionelle Reiterarmee

Guerillakrieg
Die FRETILIN hatte sogleich nach dem Überfall der Indonesier die größeren Ortschaften gräumt und sich ins unwegsame Landesinnwre zurückgezogen. Von dort aus üführte sie ihren bis zur Mitte des Jahres 1978 sehr erfolgreichen Guerillakrieg. Die Waffen stammten teils aus den Depots der ehemaligen Kolonialmacht Portugal, teils wurden sie vom Feind erbeutet; auch traditionelle Waffen (Speere, Lanzen etc.) wurden verwendet. Ziel der Angriffe war es, möglichst viele feindliche Waffen zu erbeuten und das von der FRETILIN kontrollierte Gebiet zu sichern. Hier nämlich führte die FRETILIN trotz des Krieges weiter, was sie schon zur Zeit der portugiesischen Kolonialmacht begonnen hatte: den Aufbau und die Entwicklung des Landes. Wichtigster Faktor war dabei die durch Monokultur völlig heruntergewirtschaftete Landwirtschaft. Die Kooperativen wurden weiter ausgebaut. Die Anbaufläche für Reis vergrößert. 1976 waren die Reisernten ertragreicher als jemals in der fast 500jährigen Kolonialzeit Ost-Timors. Zusätzlich wurden Agrarprodukte wie Maniok, Tapioka, Cassava und Kartoffeln angebaut, „strategische Lebensmittel" für den Krieg, die, weil sie unter der Erde wachsen, resistent sind gegen chemische Waffen und Napalm. Zum ersten Mal gab es auf Ost-Timor, jedenfalls in den von der FRETILIN verwalteten Gebieten, keine Ernährungs- und Versorgungsprobleme. Auch die Entwicklung der Produktion machte Fortschritte: Kleine Fabriken (z.B. zur Zuckerproduktion) und Werkstätten (z.B. zur Reparatur beschädigter Waffen) wurden errichtet. Medikamente (z.B. Chinin gegen Malaria und Antibiotika) stellte man aus örtlichen Pflanzen selbst her.



Wahlversammlung vor der indonesischen Invasion

Auch die Alphabetisierungskampagnen gingen weiter: überall im Land lernten Menschen jeden Alters lesen und schreiben nach der Paolo-Freire-Methode, die die allgemeine Erziehung mit der politischen zu verbinden sucht. Die FRETILIN hatte die Landessprache Tetum, die bisher keine Schriftsprache war, in Buchstaben umgesetzt und ein Anti-Alphabeten-Büchlein herausgegeben, nach dem unterrichtet wurde. So konnte, nach Angaben des damaligen Außenministers der Demokratischen Republik Ost-Timor (einige Führer der FRETILIN leben im Ausland) vor der UNO die Analphabetenrate von 95 Prozent (1975) auf 75 Prozent (1977) gesenkt werden.
Aber nicht nur im Innern hatte die FRETILIN Erfolge zu verzeichnen: Die Demokratische Republik Ost-Timor wurde inzwischen von über 50 Staaten anerkannt. In der UNO-Vollversammlung wurde mehrmals die indonesische Invasion verurteilt, der Abzug aller indonesischen Truppen gefordert und das Selbstbestimmungsrecht des ost-timoresischen Volkes anerkannt. Erst im Novembe 1979 hat der Entkolonialisierungsausschuß der UNO eine entsprechende Resolution mit 55 Jastimmen (bei 26 Neinstimmen und 42 Enthaltungen) angenommen.
Die Lage in Ost-Timor änderte sich erst in der Mitte des Jahres 1978. Erstmals griffen amerikanische Militärberater in den Krieg ein. Sie leiteten die Anti-Guerilla-Aktionen der indonesischen Truppen und flogen selbst Einsätze. Außerdem wurden 15 000 Mann Verstärkung nach Ost-Timor gebracht. Napalm, chemische Kampfstoffe und Entlaubungsmittel kamen von nun an in großem Stil zum Einsatz. Angesichts des massiven Angriffes des Feindes kam es in der FRETILIN zu Meinungsverschiedenheiten über den weiteren politischen und militärischen Kurs. Einige FRETILIN Führer wollten mit Djakarta über eine begrenzte Autonomie Ost-Timors innerhalb des indonesischen Vielvölkerstaates verhandeln. Die Mehrheit wollte den Kampf um Unabhängigkeit fortsetzen. Durch Überläufer, Verrat und durch den Tod des Präsidenten der Republik, Nicolau Lobato, der im Kampfe fiel, wurde die FRETILIN geschwächt.

KZ-ähnlich

Die systematische Vernichtung der Ernten und die Unfruchtbarmachung des Bodens durch das indonesische Militär hatte schließlich Erfolg: Tausende von Ost-Timoresen mußten das Land in den freien Gebieten, das sie mehrere Jahre ernährt hatte, verlassen. Sie wurden, wo die Indonesier ihrer habhaft werden konnten, in KZ-ähnliche Wehrdörfer im indonesisch besetzten Teil des Landes gesperrt. Diese Dörfer wurden schon zu Beginn der Invasion eingerichtet, und sie dienen der besseren Kontrolle der ost-timoresischen Bevölkerung, die nicht ausdrücklich mit den Indonesiern kollaboriert. In diesen Dörfern herrschte von Anfang an Hunger und Krankheit.
Im Herbst 1978 hatteeine Gruppe westlicher Botschafter die indonesisch besetzten Gebiete Ost-Timors besucht. Von diesem Besuch berichtete u. a. der kanadische Botschafter, daß die Bevölkerung in einer hoffnungslosen Lage sei und sofort Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung benötige.
Die Nichtversorgung der Bevölkerung in den Lagern mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln beruht nicht auf organisatorischer Unfähigkeit oder Nachlässigkeit indonesischer Behörden, sondern sie ist, zusammen mit den Massakern an der Zivilbevölkerung und der Vernichtung der Ernten, kaltblütiges Kalkül der indonesischen Generäle: angesichts der Tatsache, daß sie den Krieg in Ost-Timor anders nicht gewinnen können, haben sie von Anfang an auf systematischen Völkermord gesetzt. Deswegen weigerten sich die Militärs in Djakarta jahrelang, ausländische Beobachter und Hilfsorganisationen nach Ost-Timor reisen zu lassen. Sie hofften, den Völkermord im stillen über die Bühne zu kriegen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen.

Opfer schuldig?

Jetzt, da die Berichte und Bilder von hungernden und kranken Ost-Timoresen vorliegen und die Tatsachen sich länger nicht verheimlichen lassen, schlagen die indonesischen Militärs eine andere Taktik ein: die Schuld am Tod von mehr als 100 000 Ost-Timoresen, den Hungernden und Kranken wird der FRETILIN in die Schuhe geschoben. Zum Beispiel berichten die australischen Massenmedien mit dieser Tendenz. Der Kampf der FRETILIN um Unabhängigkeit soll vor der Weltöffentlichkeit als unmenschlich, verantwortungslos und letztlich aussichtslos hingestellt und der breiten diplomatischen Unterstützung, die die FRETILIN und ihre Ziele unter anderem in der UNO besitzt, der Boden entzogen werden. Gleichzeitig versuchen die indonesischen Generäle, durch Zulassung und Durchführung internationaler Hilfsprogramme sich selbst als Retter in der Not darzustellen und von sich als den wirklich Schuldigen abzulenken. Daß ernsthaft gar nicht beabsichtigt ist, die Situation der ost-timoresischen Bevölkerung zu ändern, zeigt der zynische Kommentar eines Sprechers der indonesischen Botschaft in Canberra (Australien), der angesichts der Fotos von hungernden Ost-Timoresen sagte, daß man ähnliche Aufnahmen überall in Indonesien machen könne.
Auf Dauer überleben wird ganz Ost-Timor jedoch erst dann, wenn, gemäß den Resolutionen der UNO, die indonesischen Invasionstruppen abgezogen sind und das osttimoresische Volk unter Führung der FRETILIN den Weg des Aufbaus und der Entwicklung des Landes fortsetzen kann, für den es sich 1975 eindeutig entschieden hat.
Inzwischen aber geht der Kampf trotz aller Schwierigkeiten weiter. Nach Berichten des Priesters Leoneto do Rego, der drei Jahre lang in den freien Gebieten Ost-Timors lebte, ist der Widerstand des Volkes ungebrochen. Niemals, so der katholische Pater, wird dieses Volk eine Annektion durch Indonesien akzeptieren.

Reimar Wehr

Es ist still geworden um Nikaragua

Für Teile der linken Presse scheinen Befreiungsbewegungen nur so lange interessant zu sein, wie sie noch nicht im Besitz der Macht sind und man ihre militärischen Siege euphorisch feiern kann. Fängt der politische Alltag an, geht man lieber zum nächsten Land über. El Salvador wartet schon auf uns.

Bei altgedienten Solidaritätsbewegten hat sich ohnehin schon Fatalismus/Resignation breitgemacht. Chile, Portugal,... was soll da mit Nicaragua nur werden? In den etablierten Zeitungen ist die Frage nach dem „Neuen Kuba" inzwischen auch zur Genüge gestellt (wenn auch selten beantwortet) worden, ansonsten Funkstille.
Der vorliegende Artikel versucht nun, anhand der politischen und ökonomischen Entwicklung Nicaraguas in den vergangenen neun Monaten darzustellen, in welche Schwierigkeiten und Sachzwänge eine Befreiungsbewegung gerät, n a c h d e m sie an die Macht gekommen ist und welche Möglichkeiten ihr zur Verwirklichung der selbstgesetzten Ziele bleiben.

Bankrott und Wirtschaftskrise
Die FSLN war vom Zeitpunkt ihrer Machtübernahme an sofort mit massiven ökonomischen Problemen konfrontiert. Die Kriegsschäden waren enorm und die Wirtschaft des Landes ohnehin seit langem vernachlässigt (vgl Blätter des iz3w Nr. 79). Im Folgenden hierzu einige Fakten (1):
In der Landwirtschaft gab es 1979 verglichen mit dem Vorjahr einen Produktionsrückgang von etwa zwölf Prozent. Da aber den kriegerischen Auseinandersetzungen schon eine Dürreperiode mit niedrigem Produktionswachstum vorausging, wirkt diese Ziffer eher beschönigend: Die Agrarproduktion war 1979 deutlich niedriger als die von 1977; das Bevölkerungswachstum aber lag in den vergangen Jahren bei über 3 Prozent jährlich.
Die Produktion von Nahrungsmitteln für das Inland ging 1979 zurück. Zwar konnte die Subsistenzlandwirtschaft der kleinen Bauern in abgelegenen Gebieten aufrechterhalten werden, doch gab es bei den Großbetrieben an der Pazifikküste einen Produktionsrückgang zwischen 15 und 45 Prozent (für Mais, Reis und Bohnen). Dadurch ist vor allem die Versorgung der in den Städten lebenden Bevölkerung gefährdet.
Bei den wichtigsten Exportprodukten Kaffee und Baumwolle sind ebenfalls erhebliche Schäden zu verzeichnen. Der Baumwollexport lag 1979 zwar nicht niedriger als im Vorjahr, da jedoch nur auf etwa 20 Prozent der sonst kultivierten Fläche neu ausgesät wurde, werden die Verluste erst 1980 in voller Höhe spürbar werden. Bei Kaffee ist es eher umgekehrt, für 1980 erwartet man ähnliche Produktionsziffern wie 1978, im Vorjahr jedoch war der Export um 20 bis 25 Prozent zurückgegangen, dies vor allem auf Grund mangelnder Pflege und dem dadurch aufgetretenen Kaffeerost, einer Kaffeekrankheit.
Der für Export und Inlandsversorgung gleichermaßen bedeutsame Viehbestand ist durch illegale Ausfuhren und Schlachtungen zurückgegangen. Die damit verbundene Verknappung von Fleisch und insbesondere Milchprodukten hat schwere Auswirkungen auf Ernährung und Sterblichkeit von Kindern.
Im Industriesektor sind von ca 450 Industriebetrieben durch den Krieg etwa 50 völlig zerstört und etwa 100 erheblich beschädigt worden (vor allem Mittel- und Großbetriebe). Die Produktionskapazität dürfte um etwa 10 Prozent gesunken sein, die Produktion selbst aber um etwa 26 Prozent im Jahre 1979, dies auf Grund der fehlenden Grundstoffe. Besonders betroffen davon sind die Nahrungsmittel- und die Gtränkeindustrie, die Textilindustrie und Teile der Metallindustrie. Die für den Export, vornehmlich in zentralamerikanische Länder produzierende Industrie, ist kaum beschädigt worden.
Im Bergbau kam es während der kriegerischen Auseinandersetzungen zu einem fast vollständigen Erliegen der Produktion, doch sind die Minen und Gerätschaften nur unerheblich in Mitleidenschaft gezogen worden.
Die im Krieg entstandenen Schäden und Produktionsausfälle hatten und haben vor allem eine erhöhte Arbeitslosigkeit zur Folge. Sie lag 1979 bei über 33 Prozent im Vergleich zu 8,7 Prozent im Jahr 1976 (2). Im Industriesektor waren beispielsweise 1972 vor dem Erdbeben noch etwa 60 000 Menschen beschäftigt, in den Jahren danach 55 000 und Ende des Jahres 1979 nur noch 40 000.
Katastrophal sieht auch die Lage im Gesundheitswesen aus. Schon unter Somoza war die medizinische Versorgung der Bevölkerung vollkommen unzureichend, doch gelang es der Nationalgarde, im Krieg noch zusätzlich die Krankenhäuser von Esteli und Rivas zu zerstören und die in Matagalpa und Leon schwer zu beschädigen (vgl. Blätter des iz3w Nr. 81).



Doch nicht allein die im Krieg entstandenen Schäden verursachten den wirtschaftlichen Bankrott des Landes, maßgebend waren ebenso die von Somoza angehäufte hohe Auslandsschuld und die seit etwa 1979 bis zum Sturz des Diktators zunehmende Kapitalflucht. Die jetzige Regierung Nicaraguas schätzt, daß in diesen Jahren etwa 600 Mio US-$ ins Ausland gebracht wurden. Die von Somoza übernommene Auslandsverschuldung betrug Ende 1979 rund 1,6 Mrd US-$.

In Anbetracht dieser Situation erklärte die FSLN den Wiederaufbau des Landes über alle ideologischen Differenzen hinweg zur absoluten Priorität.

Divergierende Interessengruppen
Es besteht aber nun in und außerhalb Nicaraguas keineswegs Einigkeit darüber, w a s eigentlich wiederaufgebaut werden soll: ein um den Abgang Somazas bereinigter Kapitalismus, ein wie auch immer gearteter Sozialismus oder irgendetwas dazwischen.
Die schon zu Somozas Zeiten in der FAO gut organisierte

bürgerliche Opposition hatte nur zum Ziel, den Einfluß des korrupten Somoza-Klans in der Wirtschaft zurückzudrängen und ihren eigenen auszubauen, sei es durch eine Absetzung Somozas oder durch ein Bündis mit ihm (3). Dieses inländische Kapital wird im heutigen Nicaragua vor allem durch den Untemehmerverband COSEP, die christliche Partei PSCN und die konservativ-demokratische Partei PCD vertreten und international vom Internationalen Währungsfond gestützt. Es fordert die massive finanzielle Unterstützung von Industrie und Handel, insbesondere des Exports und der verarbeitenden Industrie, und eine zukünftige Reprivatisierung des ehemaligen Somoza-Besitzes (4).

POLIT – TOURISMUS

Informationsbüro Nicaragua: 11. April 1980

Das Informationsbüro Nicaragua bittet auf Wunsch der Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN) und des Planungsministeriums in Nicaragua alle Personen oder Gruppen, die planen, in den nächsten Wochen und Monaten nach Nicaragua zu reisen, von diesem Plan abzusehen.
Nicaragua kann zur Zeit und in absehbarer Zukunft einen massiven Strom von Reisenden nicht verkraften: es fehlt ganz einfach an allen wichtigen Gütern für die Basisversorgung. Dies gilt aber nicht nur für Personen, die nach Nicaragua reisen wollen, sondern auch für den überaus größten Teil derjenigen, die dort am Wiederaufbau des Landes teilnehmen möchten. So richtig die Intention vieler Menschen in der Bundesrepublik auch ist, praktische Solidarität zu üben und aktiv am Aufbau des neuen Nicaragua teilzunehmen, so wenig sinnvoll ist diese Bereitschaft zur Zeit. Bei der gleichzeitig mit der Unterversorgung existierenden Arbeitslosigkeit würde ein Arbeitseinsatz von Ausländem in Nicaragua zur Zeit nur die Vernichtung von Arbeitsplätzen der Nicaraguaner selbst bedeuten. Es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sich momentan schon ca. 150.000 Ausländer im Land befinden und eine Fülle von Problemen schaffen.
Die einzige Ausnahme sind Arbeitskräfte, deren Qualifikation im Moment in Nicaragua dringend benötigt wird. Das sind vor allem Mediziner und Ingenieure. Diese Personen werden gebeten, beim Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal Fragebögen zur Person und Ausbildung anzufordern und ausgefüllt zurückzusenden. Das Planungsministerium der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus in Managua wird dann eine Entscheidung über ihre Einsetzbarkeit treffen.
Die Sandinistische Front, die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus und das Informationsbüro Nicaragua hoffen auf das Verständnis aller von dieser Maßnahme betroffenen Personen.

Kontaktadresse: Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrichstr. 10, 5600 Wuppertal 1, Telefon: 0202 – 440039

Da Somoza die wichtigsten Wirtschaftsbereiche in seinem Besitz hielt, war der Anteil internationalen Besitzes in der nicaraguanischen Wirtschaft sehr gering (lediglich in der verarbeitenden Industrie und bei landwirtschaftlichen inputs sind einige Multinationale Konzerne wie z.B. Nestlé tätig (5)), sodaß sich für Nicaragua die Frage nach der Nationalisierung von ausländischem Kapital nicht stellt.
Von einigen internationalen Organisationen, vor allem der CEPAL, die in Nicaragua gleich nach dem Krieg Untersuchungen zur ökonomischen Lage vornahm, und der BID, die als potentieller Kreditgeber von Bedeutung ist, wird ein gemäßigter Staatskapitalismus vorgezogen, verbunden mit einem Modell importsubstituierender Industrialisierung (6). Diese Linie wird von der Sozialdemokratie bzw. der sozialistischen Internationale unterstützt, die Nicaragua im vergangenen Sommer einen Besuch abstattete (7).

Nach der Ausweisung der trotzkistisch orientierten internationalen Brigade Simon Bolivar (8) im August vergangenen Jahres blieb als einzige linke Oppositionsgruppe in Nicaragua die mehr oder weniger maoistisch orientierte MAP mit der Gewerkschaft Frente Obrero und der Zeitung „El Pueblo" (Auflage 2000), die sich gegen jedwedes Bündnis mit der antisomozistischen Bourgeoisie wandte und für sofortige reale Lohnerhöhungen und die Besetzung auch nicht-somozistischen Besitzes durch die Arbeiter eintrat; „... totales Verschwinden von Bürokratie und Bourgeoisie aus den Organisationen des Staates ... damit die Arbeiter und Bauem direkt zum Sozialismus marschieren" (9).

Was ist Sandinismus?

Die Mehrheit der armen Bevölkerung, vor allem auf dem Land, war zur Zeit Somozas kaum politisch organisiert (10), wurde aber durch die Kämpfe der vergangenen Jahre soweit radikalisiert, daß sie von einer Regierung zumindest die baldige Verbesserung ihrer elenden Arbeits- und Lebensbedingungen sowie ein Ende der politischen Repression erwartet.
Die FSLN selbst versteht sich als direkte Vertreterin der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung, hat aber keine feste Konzeption zu ihrer Durchsetzung. Als theoretische Grundlage werden zwar oft die Schriften des Generals Augusto Cesar Sandino genannt, der sich von 1917 bis 1933 als nationaler Befreiungskämpfer gegen die US-Amerikaner einen Namen machte, aus denen sich aber nur ein vager Antiimperialismus und Nationalismus schließen läßt. Die folgenden Zitate verdeutlichen die Spannbreite der Vorstellungen davon, was Sandinismus sei:
„Sandinismus ist ein spezifisch nicaraguanischer Vorgang, der in unserer Geschichte begründet ist" (Wohlfahrtsministerin Lea Guido) (11),
„... ein nicaraguanisches Gefühl, eine fortschrittliche Idee, ein pluralistischer Plan ..." (ein Vertreter der Landarbeitergewerkschaft ATC) (12),
„Man könnte die Definition des Sandinismus darin sehen, daß es hier eine gemischte Wirtschaft gibt mit einem wichtigen sozialen Sektor und einem privaten Sektor, es ist weder reiner Kapitalismus noch reiner Sozialismus" (Innenminister Tomas Borge) (13),
„Wir wenden den Marxismus kreativ und mit wissenschaftlicher Strenge auf die spezifischen Bedingungen Nicaraguas an" (Jaime Wheelock, Chef der Agrarreformbehörde INRA) (14).
Diese ideologische Unklarheit ist verständlich aus der Geschichte der FSLN als militärische Befreiungsbewegung, für die sich zunächst hauptsächlich die Frage des Volksaufstandes stellte und nicht, was danach kommen könnte. Auch die vor 1978 existierenden drei Flügel der FSLN, die heute nach außen hin geschlossen auftreten, Tendencia Proletaria (z.B. Wheelock), GPP (Fraktion des verlängerten Volkskrieges, z. B. Borge) und die Terceristas (z.B. Ortega; denen nicht erst seit heute Nähe zur Sozialdemokratie nachgesagt wird), unterschieden sich nicht nach Gesellschaftsmodellen, sondern in der Einschätzung des Reifegrades der Bevölkerung für den Aufstand (15).
Die FSLN gerät also in einer ökonomisch höchst angespann-

ten Situation, ohne eigene Theorie, ohne organisatorische Verankerung im Volk und ohne Erfahrungen in der praktischen Politik und internationalen Diplomatie von zwei Seiten unter Erwartungsdruck: sie soll den inländischen (und potentiellen ausländischen) Privatunternehmern die durch Somozas Mißwirtschaft lahmgelegte Kapitalverwertung sichern und gleichzeitig den Bedürfnissen der Bevölkerung nach politischer Freiheit und Steigerung des Lebensstandards nachkommen. Provoziert sie die Privatwirtschaft, droht Investitionsstreik und Kapitalflucht, enttäuscht sie das Volk, so läuft ihr die Basis weg.
Die sich für die FSLN daraus ergebenden Schwierigkeiten sollen anhand der Verstaatlichungen und der Strategie für den Agrarsektor dargestellt werden.

erhaltung und Wiederankurbelung der Produktion. Dies erscheint der FSLN nur unter Einbeziehung des anti-somozistischen Teils der Privatwirtschaft möglich. Orlando Nunez, führendes Mitglied der FSLN und Koordinator des Wirtschaftsplans: „Vier companeros zusammen mit den Arbeitern genügen, um eine Fabrik zu besetzen; das Problem ist, daß wir nicht genug Fachkräfte haben, um zusätzlich Firmen zu verwalten." (17)
In den Tagen des Sieges kam es durch Arbeiter und Bauern aber natürlich auch zu Besetzungen von Fabriken und Ländereien antisomozistischer Unternehmer. Berichten zufolge sind diese nun wieder vollständig rückgängig gemacht worden. Auch wenn die Privatwirtschaft zur Zeit als unverzichtbar angesehen wird, so sollen doch die in der „Area de Propieda del Pueblo" zusammengefaßten verstaatlichten Unternehmen besonders gestärkt werden und den „Motor der Akkumulation" darstellen; auch soll der Privatsektor staatlichen Beschränkungen unterworfen werden (18):

VOLKSEIGENER UND PRIVATWIRTSCHAFTLICHER SEKTOR DER NICARAGUENSISCHEN WIRTSCHAFT

Sektoren	Anteil am Bruttoinlandsprodukt 1980				Anzahl der Beschäftigten 1980			
	volkseigen	privat	gesamt	%ualer Anteil der Sektoren	volkseigen	privat	gesamt	%ualer Anteil der Sektoren
Ackerbau und Viehzucht	23 %	77 %	100 %	27 %	11 %	89 %	100 %	49 %
Industrie-Sektor	27 %	73 %	100 %	21 %	14 %	86 %	100 %	15 %
Bausektor	72 %	28 %	100 %	3 %	16 %	84 %	100 %	5 %
Bergbau-Sektor	90 %	10 %	100 %	1 %	49 %	51 %	100 %	1 %
Dienstleistungs-Sektor	62 %	38 %	100 %	49 %	31 %	69 %	100 %	39 %
Gesamt	45 %	55 %	100 %	100 %	20 %	80 %	100 %	100 %
Bruttoinlandsprodukt in Mio Cordobas	7.622	9.455	17.077	17.077	–	–	–	–
Beschäftigte in 1.000	–	–	–	–	168.6	674.4	843.0	843.0

Tabelle aus: Actualidad Economica, Lima, No. 22, Dez. 1979
Als Quelle dort angegeben: Fideicomiso de Reconstruccion Nacional (Nicaragua)

Verstaatlichung und Volkseigentum
Die neue Regierung Nicaraguas verstaatlichte sofort nach dem Sieg die Besitztümer des Somoza-Klans und erklärte sie zum Volkseigentum (16). Dies waren etwa 50 % des kultivierten Landes mit den dazugehörigen Einrichtungen und 150 Unternehmen von Industrie, Handel und Dienstleistungen. Es befinden sich nun etwa 45 Prozent der Produktion in staatlicher Hand. Diese auf den ersten Blick sehr hoch erscheinende Zahl wird allerdings durch eine einfache Betrachtung der einzelnen Sektoren relativiert. Während die inländischen Banken vollständig, das Transportwesen, die Minen und der Außenhandel weitgehend unter staatlicher Kontrolle stehen, sind es bei der wichtigen Industrie- und Argrarproduktion nur etwa 25 Prozent. Und nur 20 Prozent der Beschäftigten (im Agrarsektor sogar nur 10 Prozent) werden in Zukunft im volkseigenen Bereich tätig sein; d.h. die nicaraguanischen Arbeiter werden weiterhin unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen leben (Vgl. Tabelle).
Die Beschränkung der Verstaatlichung auf die Somoza-Besitztümer war von der FSLN von vornherein beabsichtigt, denn oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Aufrecht-

– Die Kreditvergabe und der Außenhandel sind unter staatlicher Kontrolle,
– Die Privatunternehmen haben die Aufgabe, den staatlichen Sektor zu unterstützen und das Devisenproblem lösen zu helfen; zu diesem Zweck werden Produktionspläne erstellt, die mit dem privaten Sektor abgestimmt werden,
– Die Gewerkschaften sollen starkes Mitspracherecht erhalten.

Doch auch die Verstaatlichungen allein sind noch keine Garantie für eine weitgehende Selbstbestimmung der Arbeiter. Das oben genannte Mitspracherecht der Gewerkschaften ist gesetzlich noch nicht festgelegt (die somozistische Arbeitsgesetzgebung ist noch in Kraft).
Jaime Wheelock sieht für landwirtschaftliche Großbetriebe eine vertikale Organisationsstruktur vor, sie sollen mit einem staatlichen Leiter an der Spitze rationell gemanagt werden (19). Die Arbeiter sollen an der Leitung der Betriebe

mittelbar über die Gewerkschaft teilnehmen können. Die Landarbeitergewerkschaft ATC fordert, daß Prozentanteile der erwirtschafteten Gewinne den Arbeitern zugute kommen (20).
In der Praxis deuten sich schon Konflikte in folgenden Bereichen an: bei der Frage der offiziellen Anerkennung von Gewerkschaften für die Vertretung der Arbeiter (erste Zeitungsmeldungen berichten über Konflikte der christdemokratischen Gewerkschaft CSN mit der von der FSLN ins Leben gerufenen CST (21)) und dem Ausmaß der Mitbestimmung (Können ökonomisch wichtige Entscheidungen, z.B. über die Lohnhöhe, gegen den Willen der Arbeitervertreter getroffen werden?).
Ihre mittelfristigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen hat die FSLN in einem am 2. Januar 1980 veröffentlichten „Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau" für 1980 konkretisiert. Ziel des Plans ist die Hebung der Produktion auf den Vorkriegsstand. Durch Investitionen in Landwirtschaft und Industrie soll die Arbeitslosigkeit auf unter 20 Prozent gedrückt, die Lebensmittelversorgung gewährleistet und die Inflation von 60 auf 19 Prozent gebracht werden (22). Die bereits im Dezember des Vorjahres veröffentlichten Leitlinien der Wirtschaftspolitik für die Jahre 1980/81 wurden von ausländischen Beobachtern als „far from radical" bezeichnet (23). Lobend erwähnt wurden vor allem auch die soliden Ziele der Finanzpolitik: möglichst ausgeglichener Haushalt, Finanzierung der dringend nötigen laufenden Ausgaben durch Steuererhöhungen, Verwendung von Auslandskrediten nur zur Finanzierung von produktionssteigernden Investitionen.
Auch die Haltung des nicaraguenischen Unternehmerverbandes COSEP wandelte sich von anfänglicher Kritik am steigenden Einfluß der Gewerkschaften und des Staates und an unzureichenden Krediten zu vorsichtigem Optimismus: „El plan es ponitivo" (24).
Doch sogar ein Investitionsstreik der Unternehmer war vom Planungsministerium einkalkuliert worden. Orlando Nunez: „Die haben ja schon vorher nicht investiert, deshalb erwarten wir auch nicht, daß sie jetzt damit anfangen." (25).
Im Wirtschaftsplan ist daher vorgesehen, daß der Löwenanteil der Investitionen (374 Mio US-$ vom Staat finanziert wird (privater Sektor: 47 Mio US-$). 40 private Unternehmen sind von der Regierung als für den wirtschaftlichen Wiederaufbau besonders wichtig eingestuft worden (Kriterien: Arbeitsplätze, Produktion von Nahrung, Kleidung, Medizin, Baumaterial, Exportgütem). Diese Unternehmen sollen besondere finanzielle Anreize erhalten und ihre Existenz soll ihnen vertraglich für je zwei Jahre zugesichert werden.
Von Seiten der Linken wird kritisiert, daß die FSLN eine kapitalistische Wirtschaftspolitik betriebe.
Dazu schreibt IC: „Ohne voreilig darüber urteilen zu wollen, ob dies die wirklichen Absichten der Sandinistas sind oder nicht, ist es ein Fakt, daß der Plan des nationalen Wiederaufbaus ... ein Wachstum ohne Inflation erreichen möchte mittels einer Begrenzung der Lohnerhöhungen, die durch Steigerung des sogenannten Soziallohns ausgeglichen werden sollen" (26).

Auslandshilfe?

Neben den notwendigen Rücksichtnahmen auf den Privatsektor ergibt sich eine weitere Einschränkung des Handlungsspielraumes der FSLN aus der schwierigen finanziellen Lage, die die Annahme von Auslandshilfe unumgänglich macht. Obschon die Regierung in ihrem Wirtschaftsplan für1980 vorsieht, die laufenden Staatsausgaben soweit möglich durch Steuererhöhungen von 10,5 auf 16,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu finanzieren (was ihr immerhin einen Mehrertrag von 900 Mio Cord. oder 90 Mio US-$ einbringen wird) (27), bleiben vorerst die Auslandsschulden von 1,6 Mrd. US-$ (davon 75 Prozent bei US-Banken), die die FSln bis auf einige Militärhilfekredite auch bezahlen will, und die enormen Kosten des Wiederaufbaus (erste Schätzungen von 2,5 Mrd. US-$ erwiesen sich allerdings als übertrieben). Da es sich bei den von Somoza aufgenommenen Geldern durchwegsum Kredite mit kurzen Laufzeiten handelte, wären allein 1979 davon über 600 Mio US-$ fällig gewesen, mehr als die gesamten Exporteinnahmen des Jahres. (28). Daher begannen im Dezember in Mexiko City auf neutralem Boden Umschuldungsverhandlungen mit den internationalen Geldinstituten und über 100 Privatbanken, bei denen Nikaragua auch relativ günstige Bedingungen erreichen konnte (einige tilgungsfreie Jahre und Streckung der Rückzahlungsfrist). Ferner hat Nicaragua inzwischen internationale Kreditangebote für 1980/81 über 490 Mio US-$ angenommen, davon auch schon rund 200 Mio erhalten (29), so daß der kurzfristige Staatsbankrott vorerst abgewendet ist, wenn auch im Tausch gegen eine langfristige Verschuldung, die den Abbau der Exportorientierung der Wirtschaft unmöglich macht.
Doch alles hat seinen Preis. Am 28.12.1979 meldete die FAZ: „... Sozialisierungsprozeß ... von der Junta ausgesetzt". Die Schuldenverhandlungen ... „hatten zur Grundbedingung, daß die privatwirtschaftliche Struktur in Nicaragua solange erhalten bleibt, bis die Schulden an IWF, Weltbank, BID und Privatbanken getilgt sind. Neue Kredite wurden ... ebenfalls nur auf die entsprechenden Zusicherungen gegeben ..."
Diese Meldung steht in krassem Gegensatz zu den Äußerungen Tomas Borges zu diesem Thema: „Wenn sie uns Kredite geben wollen, müssen sie ohne Bedingungen sein, denn wir ziehen es vor, Hungers zu sterben, als vor einem fremden Herrn einen Kniefall zu machen"(30).
Nicaragua kann sich auch nur sehr begrenzt aussuchen, von welchen Ländern es Hilfe annehmen will, da die Ange-

Wer lesen lernt, muß sehen können!

BRILLEN FÜR DIE ALPHABETISIERUNGS-KAMPAGNE IN NICARAGUA

Im Zusammenhang mit der im März begonnenen Alphabetisierungskampagne in Nicaragua wurde ein gravierendes Problem deutlich: Viele der 900 000 Analphabeten haben Sehschwächen, die nur mit Brillen ausgeglichen werden können. Die Beseitigung dieses Mangels ist eine Voraussetzung, damit in den kommenden vier Monaten auch die Analphabeten in Nicaragua mit Sehstörungen lesen und schreiben lernen können.
Wer Brillen übrig hat, kann diese an folgende Adresse in Nicaragua schicken:
Fernando Cardenal, Cruzada Nacional de Alphabetizazion, Complejo Civico „Camilo Ortega Savedra; MANAGUA, Nicaragua
Auf das Päckchen mit den Brillen ist deutlich das Wort „ANTEOJOS" zu schreiben.

ACHTUNG! Die Brillen müssen vor ihrer Versendung von einem Optiker vermessen werden! Am Bügel, der an das jeweilige Glas anschließt, ist deutlich sichtbar auf einen überhängenden Klebestreifen die Dioptrinzahl des jeweiligen Glases anzubringen. Also je Glas auch bei gleicher Dioptrinzahl, jeweils ein Streifen.

bote Kubas sich bisher auf die Entsendung von je 1000 Ärzten und Lehrern beschränken (die in Nicaragua zweifellos gebraucht werden und in Kuba fehlen) und die Kreditofferten der lateinamerikanischen Bruderländer eher zur Förderung von deren Exportwirtschaft geeignet sind. (31)
Die westlichen Industrieländer füllen diese Lücke durchaus absichtsvoll: „Wir pumpen hier soviel Geld rein wie nur möglich, dann gibt's kein zweites Kuba" (ein nicht näher benannter Entwicklungshelfer im „Spiegel") (32) oder, etwas vornehmer, die FAZ: „Von der Hilfswilligkeit und Hilfsfähigkeit der Vereinigten Staaten, Mexikos und der westeuropäischen Länder wird es in Zukunft abhängen, ob Nicaragua zu einer parlamentarischen Demokratie entwickelt werden (!) kann ..." (33).
Während die Bundesrepublik sich hauptsächlich auf unverfängliche Projekthilfe konzentriert hat (50 Mio. DM unter anderem für Maßnahmen gegen den Kaffeerost, Krankenhausbau ...) und die ideologische Arbeit lieber von der Friedrich-Ebert-Stiftung verrichten läßt (Bereitstellung von 0,45 Mio DM für die Entsendung von Lehrern) (34), leisteten sich die USA in den letzten Monaten ein Paradestück zu ihrer Vorstellung von „entwickelt werden": Ein im November 1979 dem Senat vorgelegtes Kreditpaket für Nicaragua von 75 Mio US-$ wurde Ende Februar nach mehreren geheimen Beratungen und einem beispiellosen innenpolitischen Hick-Hack vom Kongreß mit einer äußerst knappen Mehrheit (202 gegen 197 Stimmen) verabschiedet. Der Entwurf hatte ursprünglich über ein Dutzend Bedingungen enthalten (35), von denen schließlich die folgenden angenommen wurden:

- Die Hilfe wird sofort gestoppt, wenn der kubanische oder sowjetische Einfluß in Nicaragua steigt.
- Die Hilfe wird sofort gestoppt, wenn Nicaragua Guerillaaktivitäten in anderen Staaten fördert.
- Die Hilfe wird sofort gestoppt, wenn die Gewerkschaftsfreiheit beeinträchtigt wird.



Außerdem darf das Geld auch nicht in Schulen verwandt werden, in denen kubanische Lehrer tätig sind. Ein weiterer Passus, nämlich die Auflage, daß 60 Prozent der Gelder dem privaten Sektor zugute kommen müssen, fiel stillschweigend unter den Tisch, nachdem die mexikanische Zeitung „Excelsior" gemeldet hatte, daß die nicaraguensische Regierung gerade diesen Anteil auch für die Privatwirtschaft vorgesehen habe (36).
Ein Zufall?
Bisher gibt es keine Verlautbarung darüber, daß Nicaragua den Kredit nicht annehmen wird.

Strategie für den Agrarsektor

49 Prozent von Nicaraguas erwerbstätiger Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, darunter 350 000 landlose Bauern und 100 000 mit weniger als einem Hektar Land (37). Zwei Drittel der Exporterlöse des Landes werden durch die Ausfuhr von nur vier Produkten erzielt (Baumwolle, Kaffee, Zucker, Fleisch). Allein Kaffee und Baumwolle nehmen etwa 45 Prozent des Ackerlandes ein (38). Obschon Nicaragua hohe Mengen an Nahrungsmitteln importieren muß, soll die als Devisenbringer wichtig erachtete Exportproduktion vorerst nicht eingeschränkt werden; vielmehr wurde ein großer Teil des Baumwollanbaus sogar bewußt in den Händen des privaten Sektors belassen (während etwa 165 angeschlagene Kaffeehaciendas von der INRA verwaltet werden).
Eine langfristige Steigerung der Nahrungsmittelproduktion für das Inland und der Arbeitsplätze im Agrarsektor erhofft sich die FSLN von einer Ausweitung der landwirtschaftlichen Anbaufläche und Modernisierung der Produktionsmethoden bei gleichzeitiger Abschaffung der noch bestehenden produktionshemmenden Pachtverhältnisse.
Theoretisch wäre eine Steigerung der Anbaufläche um 100 Prozent möglich, vor allem im Landesinneren und an der Atlantikküste, was sowohl die Konzentration des kultivierten Landes und der Bevölkerung an der Pazifikküste beseitigen als auch Arbeitsplätze für landlose Bauern schaffen würde.
Derzeit sind erst 4 Prozent des Ackerlandes in Nicaragua bewässert. Der größte Teil der Bauern kann also nur einige Monate im Jahr auf den Feldern arbeiten. Deshalb soll auf lange Sicht die Temporallandwirtschaft durch Bewässerungslandwirtschaft abgelöst werden. Bis dahin sollen die Gebiete, die nicht ganzjährig genutzt werden können, von Saisonarbeiterkooperativen bewirtschaftet werden, die den Rest des Jahres auf ihren eigenen Feldern arbeiten.
Zur Finanzierung einer Verbesserung der weitgehend ineffizienten Anbaumethoden (Mangel an Produktionsmitteln; kleine Flächen) soll Kleinbauern technische Hilfe und Zugang zu Krediten im Rahmen einer sinnvollen Organisation der Produktion gewährt werden, was auch bedeutet, daß Kleinbauern, die weniger als einen Hektar Land besitzen, an die verstaatlichten Betriebe angegliedert werden (doch auch im Kollektiv sollen alle Landarbeiter ein kleines Stück Land zum Eigenanbau erhalten). Auch nach oben hin soll der Privatbesitz begrenzt werden, wofür aber noch keine genauen Regelungen existieren.
Die noch existenten quasifeudalen Abhängigkeitsverhältnisse (aparceria, coloniaje, medieria) sollen per Gesetz abgeschafft werden. Die Verpachtung von Böden wird durch staatlichen Ankauf des Pachtlandes beendet. Zusätzliche Arbeitskräfte hofft J. Wheelock durch arbeitsintensive Produktionsverfahren in staatlichen Kooperativen binden zu können.
Während diese Maßnahmen aber erst langfristig wirksam sein können, befindet sich Nikaragua seit einigen Wochen in einer akuten Ernährungskrise, verursacht durch die Ernteausfälle bei Grundnahrungsmitteln. Vor allem frijoles (Bohnen) sind knapp geworden. Die Lage wurde zusätzlich verschärft durch eine Überschwemmungskatastrophe im schwer zugänglichen Nordosten des Landes. (39) Trotz vieler Versprechungen fließt auch die Lebensmittelhilfe aus dem Ausland offenbar zäh.
Um wenigstens die vorhandenen knappen Nahrungsmittel für alle Nicaraguenser erschwinglich zu machen, hat die Regierungsjunta Höchstpreise für Nahrungsmittel eingeführt und die staatliche Institution „ENABAS" geschaffen, die den nicht-verstaatlichen Zwischenhandel ausschalten und die Lebensmittelverteilung übernehmen soll (40). Doch die staatlichen Ausgabestellen und Supermärkte, die sich an diese Höchstpreise halten, verfügen noch nicht über ein

ausreichendes Angebot, so daß ein Großteil der Lebensmittel über den freien Markt läuft, wo sich die Händler zum einen nicht an diese Höchstpreise halten (die realen Preise liegen um 30 bis 100 Prozent über den staatlich festgesetzten) und zum anderen Nahrungsmittel horten, um die Preise zusätzlich in die Höhe zu treiben. Staatlich eingesetzte Kontrolleure verbuchen zwar Erfolge, doch sind sie weit davon entfernt, den Schwarzmarkt in den Griff zu bekommen. Bei weitgehender Konstanz der Löhne provozieren diese Preissteigerungen natürlich den Unmut der Bevölkerung. Mittelfristig hofft die Regierung dennoch der Lage Herr zu werden: bis Ende 1980 sollen genügend Grundnahrungsmittel zur Verfügung stehen und 70 Prozent der Produktion über ENABAS an die Verbraucher weitergeleitet werden. Dabei ist diese staatliche Institution natürlich darauf angewiesen, daß die produzierten Waren von den Produzenten auch an sie abgegeben werden.

Innenpolitische Stärkung der FSLN

Der Zürcher Tagesanzeiger schreibt zum politischen Dilemma der FSLN: „Längerfristig hat die Regierung in Managua nur zwei Möglichkeiten: Entweder gibt sie dem wachsenden Druck der Massen nach und ordnet Maßnahmen an, die den privatwirtschaftlichen Sektor weiter schwächen, oder aber sie reagiert auf die soziale Unruhe mit Mitteln der Repression" (41).
Da die Möglichkeiten einer ökonomischen Schwächung des privatwirtschaftlichen Sektors weitgehend ausgeschöpft sind, scheint die FSLN sich zunehmend auf den Ausbau ihrer eigenen politischen Machtstellung gegenüber den Konservativen zu verlegen bei einer gleichzeitigen Unterdrückung der linken Opposition, um in der Bevölkerung einen leichteren Stand bei der Vertretung ihrer Politik zu haben und die ökonomische Stabilisierung nicht zu gefährden.
Die beiden herausragenden Ereignisse, die dies bestätigen, waren die Kabinettsumbildungen im Dezember und der Konflikt um die Zeitung „El Pueblo".
Bei der Kabinettsumbildung gingen vier wichtige Posten vom bürgerlichen Lager an die FSLN (42). Der konservative Ökonom Roberto Mayorga wurde im Planungsministerium durch Henry Ruiz aus der FSLN-Führung (GPP-Tendenz) ersetzt. Der Leiter der Agrarreformbehörde INRA Jaime Wheelock übernahm zusätzlich das Landwirtschaftsministerium, neuer Industrieminister wurde der für die Verstaatlichung der Somozabetriebe zuständige Fernando Guzman (vormals besetzt vom Präsidenten der Handelskammer). Comandante Humberto Ortaga (Mitglied des FSLN-Direktoriums, tercerista) löste einen Oberst der Nationalgarde als Verteidigungsminister ab. Zwei bedeutende Stellen, das Finanzministerium und der Vorsitz der Zentralbank, blieben jedoch mit konservativen Politikern besetzt.

Hartes Vorgehen gegen „El Pueblo"

In der Nacht zum 23.1.1980 wurde der Direktor der Zeitung „El Pueblo" sowie zwei Journalisten und ein Führer der „Frente Obrero" verhaftet, die Druckmaschinen beschlagnahmt und die bereits im Juli für einige Zeit verbotene Zeitung endgültig geschlossen. Die Festgenommenen wurden am 1.2. zu je zwei Jahren Gefängnis nach Artikel 4 des Gesetzes zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung wegen Schädigung der Volksinteressen verurteilt (43).
Ihnen wurde vorgeworfen (44):

- die Produktion zu gefährden
  Die Frente Obrero hatte in zwei größeren Streiks der letzten Zeit (in der Zuckerfabrik San Antonio und unter den Bauarbeitern Managuas) eine wichtige Rolle gespielt und angeblich Arbeiter durch ihre Milpas (antisomozistische Volksmiliz) an der Arbeit gehindert.
- vielen Arbeitern das Recht auf Arbeit zu verweigern, indem sie die Streichung des 13. Monatsgehalts kritisierten, die die Bildung eines Arbeitsbeschaffungsfonds ermöglichen soll.
- große Teile der Arbeiter zu desorientieren, indem sie sie anstacheln, für eindeutig individuelle wirtschaftliche Interessen zu kämpfen. (Damit sind vor allem Lohnforderungen und die Initiierung von Landbesetzungen auf nicht-Somoza-Besitz gemeint).

Mit derartigen Aktionen griff die Frente Obrero konkret in der Bevölkerung vorhandene Bedürfnisse auf, die aber bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage von der FSLN nicht befriedigt werden können.
In der Urteilsbegründung wird das vergleichsweise harte Vorgehen gegen die zahlenmäßig unbedeutende Gruppe dann auch mit der „Verwundbarkeit des revolutionären Prozesses" erklärt: „es ist nicht akzeptabel, daß unsere Regierung als Patron dargestellt wird oder daß die Interessen der Junta und die des Volkes als gegensätzlich dargestellt werden, da ja gerade sie die Errungenschaften des Volkes verwirklicht hat. Die Wirtschaft unseres Landes fordert Opfer von allen..." (45).
Am 26.1. veröffentlichte die bürgerliche Tageszeitung „La Prensa" einen Artikel, in dem sie die Argumentation von „El Pueblo" zwar als destruktiv und inkonsequent bezeichnete, die staatlichen Maßnahmen jedoch als unangemessen kritisierte in Anbetracht des langen Kampfes um die Pressefreiheit (46).

Schlußbemerkung

Wir haben die objektiven Schwierigkeiten, mit denen die FSLN in der tagespolitischen Praxis zu kämpfen hat deut-

lich gemacht, die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen und das Hindurchlavieren seitens der Sandinistas dargestellt. Was wir nicht wollen, ist eine Bewertung der FSLN-Politik – von hier aus, zurückgelehnt im bequemen Sessel. Natürlich geben uns die Ereignisse der letzten Wochen zu denken; es erscheint uns traurig, daß die Diskussion über die Revolution selbst, zumindest ansatzweise, den Sachzwängen geopfert werden soll.
Dennoch bleiben wir bei Solidarität – kritisch verstanden.
In diesem Sinne:
Geldspenden zur Unterstützung der Alphabetisierungskampagne sind zu richten an:

Informationsbüro Nicaragua,
Kontonummer 976 738
Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00
Kennwort: Alphabetisierungskampagne

Nina Boschmann
Klaus Weiss

Anmerkungen

1) Inforpress Centroamericana (IC), Guatemala, 25.10.1979
Correo Informativo del Organo de la Sociedad Interamericana de Planificacion, Juli – Dezember 1979
Economia de America Latina: Nicaragua busca su camino Herbst 1979
2) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderkurzberichte Nicaragua 1979
3) Lateinamerika Analysen und Berichte 3
4) Marka Lima, Peru, 21.2.1980
5) Latin American Weekly Report 29.2.1980
6) Marka 21.2.1980
7) Blätter des iz3w Nr. 80
8) s. o.
9) IC 31.1.1980
10) Marka 6.12.1979
11) Der Spiegel Nr. 8 1980
12) Marka 6.12.1979
13) Der Spiegel Nr. 8 1980
14) El Inderpendiente, zitiert nach IC, 3.1.1980
15) Lateinamerika Analysen und Berichte 3, Blätter des iz3w Nr. 80
16) vgl. Blätter des iz3w Nr. 80
17) Actualidad Economica del Peru Nr. 12 1979
18) Actualidad Economica del Peru Nr. 12 1979
19) Marka 27.12.1979
20) IC 14.2.1980
21) Süddeutsche Zeitung 4.3.1980
22) IC 10.1. und 17.1.1980
23) LAWR 21.12.1979
24) W. Baez in IC 17.1.1980
25) Marka 10.1.1980
26) IC 21.2.1980
27) SZ 4.3.1980
28) vgl. im folgenden LAWR 4.1.1980
29) Tagesanzeiger 6.3.1980
30) IC 7.2.1980
31) Lateinamerika-Nachrichten Nr. 10 1979
32) Der Spiegel Nr. 8 1980
33) Frankfurter Allgemeine 28.12.1970
34) SZ 4.3.1980
35) vgl. dazu: House of Representatives, HR 6081, to amend the foreign assistance act of 1961 to authorize assistance in support of peaceful and democratic processes of development on Central America
36) IC 21.1.1980 und LAWR 30.11.1980
37) Interview mit Jaime Wheelock in „Marka" 27.12.1979
38) Stat. Bundesamt a.a.O.
39) SZ 4.3.1980
40) Der Tagesspiegel 30.3.1980
41) Tagesanzeiger 6.3.1980
42) LAWR 4.1.1980 und Lateinamerika-Nachrichten Nr. 1 1980
43) IC 21.2.1980
44) TAZ 26.11.1979 und 4.2. LAWR 8.2.1980
45) IC 21.2.1980
46) IC 31.1.1980

Verwendete Abkürzungen

BID	Banco Interamericana de Desarollo
CEPAL	Comission economica para America Latina
COSEP	Conseja Superior de la Empresa Privada
CSN	christsoziale Gewerkschaft
CST	central sandinista de Trabajadores
GPP	guerra popular prolongada
ATC	associasion de los Trabajadores del campo
INRA	Instituto Nicaraguense de la Reforma Agraria
MAP	Movimiento de Acción Popular
Milpas	Milicias populares antisomozistas

Tagungshinweise

„Die Türkei", 2. - 6. Juni 1980 in Vlotho, Information und Anmeldung bei Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Postfach 1109, 4973 Vlotho

„Frauen in der Dritten Welt", 9. - 13 Juni in der Jugendbildungsstätte Nordwalde bei Münster / Westfalen, Information und anmeldung bei Arbeitskreis Entwicklungspolitik, 4973 Vlotho (s.o.)

„Entwicklungspolitische Konzeptionen", 16 - 19. Juni 1980 im Jugendhof Vlotho, Information und Anmeldung bei Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Postfach 1109, 4973 Vlotho

Frauen in Schwarzafrika", 30.5. - 1.6.1980 in Nordwalde (bei Münster), Information und Anmeldung bei AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn

„Einführung in entwicklungspolitische Probleme", 20. - 22.6.1980 in Niederhausen bei Frankfurt, Information und Anmeldung bei AGG, s.o.

„Großer Ratschlag — Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik", Kongreß des Sozialistischen Büros vom 27. - 29. Juni 1980 in Frankfurt / Offenbach, Information und Anmeldung bei: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

2. Jugendkongreß *„Jugend gegen Kriegsdienst"*, 13. - 15.6.1980 in Hamm / Westfalen, Information und Anmeldung bei DFK / VK, Rellinghauserstr. 214, 43 Essen 1

AFGHANISTAN
Intervention ist nicht Internationalismus

Man muß im antiimperialistischen Kampf konsequent bleiben

Hat jedes Volk das Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen, ohne äußere Einmischung? Diese alte Frage erhält eine blutige Aktualität angesichts der bewaffneten Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und der Interventionsdrohungen der Vereinigten Staaten im Iran.
Die demokratische Volksbewegung in Brasilien hat mit ihrem Kampf für die Selbstbestimmung der Völker schon Tradition (...). Die Kraft dieser antiimperialistischen und demokratischen Tradition ist im Bewußtsein des brasilianischen Volkes schon so groß, daß es sich trotz der Hetzkampagne der bürgerlichen Presse nicht beirren ließ und sich auf die Seite des iranischen Volkes stellte, als sich die USA mit dem Vorwand, die Botschaft in Teheran zu befreien, dazu anschickte, eine bewaffnete Intervention gegen die iranische Revolution vorzubereiten.
Und jetzt, als die Sowjetunion ihre Truppen auf Afghanistan losließ, im Nachbarstaat ein Marionettenregime einrichtete und versucht, durch pure Gewalt den lokalen Widerstand zu brechen, haben wieder wichtige Teile der demokratischen Volksbewegung in Brasilien schnell reagiert und sich nicht durch die falschen internationalistischen Töne der Sowjetunion verwirren lassen, sondern diese ausländische Intervention verurteilt und die Souveränität und Selbstbestimmung des afghanischen Volkes verteidigt. Sie taten dies, ohne sich mit der heuchlerischen Entrüstung der USA, Westeuropas, Japans, Chinas und ihrer Parteigänger in Brasilien zu identifizieren, denen die Unabhängigkeit Afghanistans egal ist, die aber über die wachsende Stärke der Sowjetunion besorgt sind. (...) Jedoch zogen es die politischen Strömungen unter der Leitung von Luis Prestes und der KP Brasiliens vor, sich auf die Seite der sowjetischen Aggressoren zu stellen, gegen das Recht des afghanischen Volkes, seine Konflikte selbst zu lösen.
Neben dem Argument, daß das afghanische Volk vor einem drohenden Angriff aus Pakistan und/oder China geschützt worden sei, was eindeutig allen Fakten widerspricht, gibt es noch ein Argument, das der KP-Führer Prestes und seine Freunde anführen und das noch nicht genügend die notwendige Aufmerksamkeit und Diskussion auf sich gezogen hat. Es geht um das Verständnis, was proletarischer Internationalismus ist.

Brüderliche Hilfe als Vorwand für Interventionismus

Dieser Aspekt ist von dringender Wichtigkeit, denn Afghanistan ist nicht das erste Land, in dem die Sowjetunion interveniert. Vorher ist dasselbe schon mit Ostdeutschland, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Äthiopien etc. passiert. Auch andere „sozialistische" Länder bedienten sich derselben Praxis: Kuba in Angola, China in Vietnam, Vietnam in Kambodscha.
Und immer geschah es im Namen des „Internationalismus" und der „Verteidigung des Sozialismus".
Wenn man erst einmal beginnt, anstelle der Völker zu handeln, ist es schwierig, auf halbem Wege stehen zu bleiben! Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Arbeiterklasse und andere Volkskräfte lernen, die wirkliche und notwendige internationalistische Hilfe von den verbrämten imperialistischen Interventionen zu unterscheiden, die verbrecherischerweise in deren Namen unternommen wurden.

Die Prinzipien zum Verständnis dessen, was proletarischer Internationalismus ist, wurden von Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest" von 1848 und in den „Statuten" der 1. Internationale von 1871 definiert. Später wurden sie von Lenin weiterentwickelt in seinen Aufsätzen: „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" und „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen". Was also erklären Marx, Engels und Lenin in diesen Arbeiten?
Sie gehen von der Feststellung aus, daß dem Kapitalismus hinsichtlich der nationalen Problematik zwei widersprüchliche Tendenzen innewohnen. In den Worten von Lenin: *„Die eine Tendenz besteht darin, das nationale Leben und die nationalen Bewegungen zu erwecken, im Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, in der Bildung von Nationalstaaten. Die andere Tendenz besteht in der Entwicklung und Vervielfältigung von Beziehungen jeder Art zwischen den Nationen, in der Niederreißung der nationalen Grenzen, in der Bildung einer internationalen Einheit des Kapitals und des wirtschaftlichen Lebens im allgemeinen, der Politik, der Wissenschaft etc. Beide Tendenzen sind allgemeine Gesetze des Kapitalismus. Die erste herrscht zu Beginn seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den entwickelten Kapitalismus, der seiner Transformation in eine sozialistische Gesellschaft entgegengeht".*
So hat die Entstehung des Kapitalismus zur Bildung von Nationalstaaten geführt. Seine weitere Entwicklung führte zur Errichtung eines Weltmarktes und zu wachsenden Abhängigkeiten zwischen den Nationen, zur Sozialisation der Produktivkräfte im Weltmaßstab. Aber all dies geschieht unter einer immer stärkeren Konzentration der politischen Macht und des Eigentums an den Produktionsmitteln in den Händen einer kleinen Gruppe von internationalen Kapitalisten. Deshalb beginnt der Kapitalismus, die nationale Unterdrückung zu vertiefen und nationale Bewegungen herauszufordern. Damit zusammenhängend ist auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung von einem unvermeidlichen Widerspruch gekennzeichnet.
Nach Marx, Engels und Lenin wird die Emanzipation der Arbeiterklasse nur nach der Errichtung einer kommunistischen Weltgesellschaft vollendet. In diese Richtung wirkt die Internationalisierung des Kapitals, die nicht nur die materielle wechselseitige Abhängigkeit der Nationen vertieft, sondern auch dazu beiträgt, die nationalen Vorurteile der einzelnen Gesellschaften gegenüber den anderen zu überwinden.
Das meinten Marx und Engels, als sie schrieben, daß die Arbeiter kein Vaterland haben. Denn die Nationen sind ein Produkt des Kapitalismus und verschwinden mit ihm.

Die neue Nationale Unterdrückung unter dem Imperialismus

Doch entwickelt sich der gegenwärtige Kampf der Arbeiterklasse, wie schon im „Kommunistischen Manifest" dargestellt, „innerhalb der Grenzen der Nationen"; das heißt, der gegenwärtige Kampf der Arbeiterklasse ist „seiner Form nach" national.
Darüber hinaus verstärkt der Kapitalismus in seiner monopolistischen und imperialistischen Phase die nationale Unterdrückung und ruft somit nationale Befreiungsbewe-

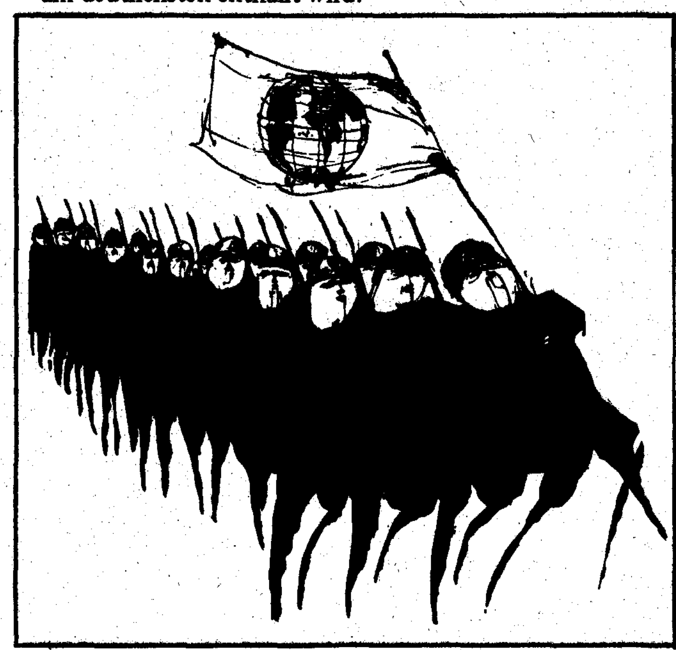
gungen hervor, die das internationale Proletariat zu seinem Kampf für den Sozialismus vereinen muß.

Doch ist da noch ein anderer Aspekt. Wie Lenin betonte, entwickelt sich der Kapitalismus notwendigerweise ungleich, das heißt, in einigen Nationen schneller als in anderen; manchmal beschleunigt er sich in einigen, während er in anderen in eine Krise gerät. Folglich entwickelt sich auch die proletarische Revolution ungleichmäßig.
Wie also das Ziel einer internationalen sozialistischen Gesellschaft mit der gegenwärtigen Realität von Kämpfen verknüpfen, die sich ungleichmäßig und nach Nationen getrennt entwickeln?

Den Kampf der Völker unterstützen, nicht ersetzen

Lenin gab den Schlüssel zur Lösung, als er darauf hinwies, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes so weit wie möglich ihren Kampf, ihre Revolution und die Errichtung des Sozialismus im eigenen Land treiben muß.
Nicht, um sich selbst abzukapseln, was unmöglich wäre, sondern um soviel wie möglich die Entwicklung von Kämpfen de Arbeiter und anderen Volksklassen in den übrigen Ländern zu unterstützen. Diese Hilfe darf aber niemals als Ersatz für den Kampf der einzelnen Völker mißverstanden werden.
An dieser Stelle ist es notwendig, die beiden grundlegenden Prinzipien der „Statuten der 1. Internationale" gemeinsam zu betrachten.
Das eine besagt, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht", und sie davon abhängt, daß die Arbeiter aller Länder sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen. Daher der notwendigerweise internationale Charakter der Arbeiterbewegung.
Aber das andere Prinzip besagt, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß".
Die gegenseitige Hilfe muß folglich den Bewußtseinsstand und den Organisationsgrad berücksichtigen und respektieren, den die Arbeiterklasse und das Volk eines jeden Landes erreicht haben; sie muß geleistet werden, nicht, um Bewußtsein und Organisation zu ersetzen, sondern um den Völkern zu helfen, ihren e i g e n e n Kampf aufzunehmen.
Schon Engels zog in einem berühmten Brief an Kautsky mit aller Deutlichkeit diese Schlußfolgerung: *„Das siegreiche Proletariat kann keinem anderen Volk irgendwelches Glück aufzwingen, ohne mit diesem Akt den eigenen Sieg zu untergraben."*
Wenn also die gegenseitige Hilfe zwischen den unterdrückten Arbeitern, Völkern und Nationen notwendig ist, so ist es nicht weniger wichtig, auf die F o r m e n dieser Hilfe zu achten. Sie muß sich in erster Linie als politische Unterstützung, als moralische Solidarität und als Vorbildlichkeit verwirklichen. Sie darf auch die Form der materiellen Hilfe annehmen, aber gradweise, entsprechend den Notwendigkeiten und der Reifung der Arbeiter- und Volksbewegung in jedem Land. Darf sie aber auch die Form der militärischen Hilfe annehmen, als Entsendung von Truppen?
Unter bestimmten Umständen, zweifellos. Klassisches Beispiel sind die intrnationalen Brigaden, die im republikanischen Spanien kämpften oder die chinesischen Freiwilligen, die an der Seite des nordkoreanischen Volkes gegen die US-Truppen kämpften.
Aber um zu dieser extremen Form der Unterstützung zu gelangen, müssen drei Bedingungen erfüllt sein:
1. daß wirklich ein revolutionärer Volkskampf im zu unterstützenden Lande imgange ist;
2. daß dieser Kampf wirklich durch die Intervention von fremden Truppen bedroht wird;
3. daß das betreffende Volk keine Möglichkeiten mehr hat, allein der fremden Intervention entgegenzutreten.

Diese dritte Bedingung ist wichtig, denn sie führt dazu, daß die Initiative jedes Volkes maximal stimuliert wird und die wahre Intervention, die immer von Imperialisten ausgeht, am deutlichsten enthüllt wird.



Noch vor einigen Jahren waren wir Zeugen, wie die heldenhaften Völker Indochinas nur mit ihren eigenen Truppen dem mächtigsten Imperialismus widerstanden, den die Geschichte je gekannt hat. Daß sie sich vor allem auf die eigenen Kräfte stützten, hat schneller dazu beigetragen, die nordamerikanische Aggression zu demaskieren und leichter die internationale Solidarität für die eigene Sache zu gewinnen. Deshalb darf also selbst angesichts einer wirklichen fremden Intervention nicht übereilt an die Entsendung von internationalistischen Truppen aus anderen Ländern gedacht werden, weil das dem entscheidenden Faktor für einen Sieg, nämlich die Gewinnung der Unterstützung des eigenen Volkes, schaden kann.
Man darf nicht aus den Augen verlieren, daß Jahrhunderte lang nationale und rassische Vorurteile angehäuft worden sind. Eine grobe Einmischung wird diese Vorurteile nur noch verstärken.
Schon Lenin machte darauf aufmerksam, daß *„nichts so sehr die Entwicklung und Sicherung der proletarischen Klassensolidarität verzögert wie die nationale Ungerechtigkeit."*
Eine übereilte Intervention von außen, selbst wenn sie von den besten internationalistischen Absichten getragen würde – was bei der gegenwärtigen Intervention der Sowjetunion nicht der Fall ist! – kann die Volksmassen auf die Seite der bürgerlichen Kräfte und reaktionären Großgrundbesitzer treiben, die ehrlich oder nicht die nationale Unabhängigkeit auf ihre Fahne geschrieben haben.
Genau das geschieht in Afghanistan! Damit wird die Unterscheidung zwischen den gesellschaftlichen und politischen Kräften erschwert und die Unabhängigkeit der Arbeiter- und Volksbewegung eingeschränkt.

Deshalb leiten sich vom Prinzip der Selbstbefreiung, daß nämlich jedes Volk sich selbst befreien muß, die antiimperialistischen Prinzipien der Selbstbestimmung und der Nichtintervention ab.
Jede Hilfe darf nur ohne Verletzung dieser Prinzipien geschehen.
Wer sich davon entfernt, hat sich schon im eigenen Land vom sozialistischen Prinzip der Selbstbefreiung der Arbeiter entfernt. Dieser Aspekt wurde von den alten Revolutionären nicht übersehen. Marx und Engels z.B. versichern: *„Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht selbst frei sein"*. Lenin nennt diese Feststellung ein *„grundlegendes Prinzip des Internationalismus"* und prägt eine noch eindrücklichere Formulierung: *„Ein Volk, das seiner Regierung erlaubt, ein anderes Volk zu unterdrücken, ist kein freies Volk"*. Auch Marx stellt in einem anderen Text fest: *„Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, schmiedet damit seine eigenen Fesseln"*. Und Lenin ergänzt Jahre später: *„Ein Proletariat, das die geringste Verletzung gegenüber anderen Nationen durch die eigene Nation zuläßt, kann nicht sozialistisch sein"*.

Die wirkliche Natur der sowjetischen Gesellschaft

Angesichts der zahlreichen Einmischungen der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten anderer Länder müssen die Volkskräfte in Brasilien und in der ganzen Welt den Prinzipien der Selbstbestimmung und der Nichtintervention treu bleiben und die sowjetische Aggression verurteilen. Darüber hinaus müssen sie den Mut haben, die Untersuchung und Diskussion darüber zu vertiefen, wie heute das Gesellschaftssystem der Sowjetunion beschaffen ist, das erlaubt, daß imperialistische Aggressionen wie heute gegen das afghanische Volk stattfinden.

Lenin bestand auf der Verteidigung der Selbstbestimmung der Völker und schrieb: *„Andernfalls besteht kein Internationalismus. Wir haben das Recht und die Pflicht, jeden Sozialisten einer unterdrückerischen Nation, der sich nicht in jenem Sinne* (der Selbstbestimmung; D. P.) *ausspricht, als Imperialisten und Kanaille zu behandeln."*
Es wäre also nicht schwierig, sich vorzustellen, wie Lenin – wenn er noch lebte – gewisse „Sozialisten" behandeln würde, die nicht nur nicht das Programm der Selbstbestimmung und der Nichtintervention verkünden, sondern sich auch noch auf andere Völker stürzen und versuchen, ihnen mit Hilfe von Panzern die fragwürdigen Auffassungen von „Sozialismus" und von „Demokratie" aufzuzwingen.

Duarte Pereira

Anmerkung:
Leicht gekürzter Artikel aus MOVIMENTO/Brasilien vom 11. – 17.2.1980, übersetzt von Paul Schmarling.

Bücher

Die nachstehend aufgeführten Bücher sind zur Rezensionen in der Redaktion der ‚blätter' eingetroffen:

Jean Ziegler, Afrika: die neuen Kolonisationen, Darmstadt 1980, 290 S., 32,- DM. Hermann Luchterhand Verlag, Postfach 5450 Neuwied 1;

Dieter Senghaas u.a., Strukturelle Abhängigkeit u. Unterentwicklung am Beispiel Mozambique, Curriculum, Bonn 1980, 146 S., 14,80 DM. Verlag Peter Wegener, Postfach 2513, 53 Bonn 1;

F. San, Türkische Arbeitnehmergesellschaften, Frankfurt / M. 1980, 285 S., SFr. 47,-, Verlag Peter Lang, Münzgraben 2, CH - 3011 Bern;

Fremd im eigenen Land - Materialien u. Interviews zur Rückkehr spanischer Arbeits - Emigranten aus der BRD, Madrid 1979, 146 S., 9,- DM. GERM Grupo de Estudios Sobre Reintegracion de Migrantes, Ap. 16150 Madrid, Spanien;

Brigitte Dörr u.a., Entwicklungshilfe aus der Sicht von Entwicklungshelfern, Schriftenreihe Unterrichtseinheiten, Dortmund 1980, Postfach 120143, 46 Dortmund 12;
Bernd Lobgesang, Kinder u. Jugendliche in Nordostbrasilien, Mettingen 1980, 80 S., 9,80 DM. Brasilienkunde Verlag, Postfach 1220, 4532 Mettingen;
Günter Hartmann, Christliche Basisgruppen und ihre befreiende Praxis, Erfahrungen im Nordosten Brasiliens, Mainz 1980, 216 S., 28,- DM.Mattias Grünewald Verlag, Postfach 3080, 65 Mainz;
Harald Jung, Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador, Bonn 1980, 40 S., 3,- DM. Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 53 Bonn 1;
Theodor Dams (Hg.), Integrierte Ländliche Entwicklung, Mainz 1980, 296 S., 32,50 DM. Matthias Grünewald Verlag.

WIR SUCHEN DRINGEND

einen BAU – INGENIEUR

für die Mitarbeit im Gwembe-South-Development-Project in Süd-Zambia.
Es handelt sich hierbei um ein Regierungsprojekt zur Entwicklung des Gwembetals, in dem etwa 4000 Tongas leben. Der Bewerber müßte entwicklungspolitisch motiviert sein, aufgeschlossen für die besonderen Probleme der einheimischen Bevölkerung und kooperationsfähig mit den anderen Teammitgliedern.
Die Aufgabe besteht vor allem in der Betreuung einer Bau-Genossenschaft, die inzwischen 60 Mitglieder hat: dazu gehören Erstellen von Angeboten, Kalkulation, Bauaufsicht und Erfahrung in Buchhaltung.
Wir vergüten in Anlehnung an den BAT III (Dipl.-Ing.) und BAT IVa (Ing. grad.) und bieten alle Sozialleistungen. Der Vertrag wird in der Regel über 3 Jahre abgeschlossen.
Gossner Mission, Handjerystraße 19/20, 1000 Berlin 41
Telefon: 030 – 85 10 21.

IRAN Leserbrief

Liebe Genoss(inn)en!

Vor 10 Tagen aus dem Iran zurückgekehrt, las ich in der Nr. 84 den Iran - Artikel von hpö. Ich war ziemlich erstaunt, besser gesagt erschüttert, in eurer ansonsten sehr guten Zeitschrift derartiges zu lesen. Ich hoffe, daß ihr — ähnlich wie zum Afghanistan - Artikel aus Nr. 83 — eine Selbstkritik bzw. Kritik am Artikel von hpö publizieren werdet und / oder Schlußfolgerungen für eure redaktionelle Arbeit daraus zieht.

Im Artikel wird mehrfach hervorgehoben, Bani Sadr sei gegen die Rechtsklerikalen und strebe soziale Reformen und eine poltische Liberalisierung an. Er spreche sich prinzipiell gegen jede Beschränkung der Meinungsfreiheit aus. Einerseits sei er im linken Sinne keineswegs fortschrittlich, andererseiits drücke sein Programm „wohl jenes Maß an Unabhängigkeitsstreben und Toleranz aus, das sich gegenwärtig in Iran ohne Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung verwirklichen läßt."

Die Ereignisse der letzten Wochen — Bombardements und anderer Militäraktionen in Kurdistan, brutale Räumung linker Büros in den Universitäten, Terror gegen Verkäufer fortschrittlicher Literatur usw. — sind Ergebnisse einer zumindest in diesen Bereichen einheitlichen reaktionären Politik der verschiedenen Strömungen innerhalb von Regierung und Revolutionsrat.

Besitzt hpö vielleicht noch die Stirn, dies als Belege für Bani Sadrs Einsatz um „politische Freiheits- und kulturelle Autonomierechte", „jenes Maß an Unabhängigkeitstreben und Toleranz", „politische Liberalisierung" etc. bla bla zu bezeichnen?

Es hätte aber gar nicht dieses aktuellsten, selbst für Ignoranten kaum zu übersehenden Terrors bedurft, um die totale Falschheit von hpö's „Analyse" der Politik Bani Sadrs offenzulegen. Bereits Mitte Februar waren z.B. staatlich organisierte Massaker in Turkmen Sahra bekannt geworden. Zur Ermordung von vier leitenden Genosssen des „Rates des turkmenischen Volkes" meinte der Herr Staatspräsident, er hätte die vier auch zum Tode verurteilt. Allerdings lehne er Selbstjustiz ab und bevorzuge den Weg von Gesetz und Ordnung (Ansprache in „Stimme der Revolution" vom 9.3.). Neben diesen Beispielen gibt es eine Fülle von Äußerungen **und** praktischen Maßnahmen Bani Sadrs, die eine **allgemeine** Schwäche des Autors sichtbar machen: er besitzt kein Verständnis der „zwei Taktiken des Regierens der Bourgeoisie". Das Bani Sadr/Khomeiny/ ... - Regime bemüht sich nach Kräften — wie jede andere im weitesten Sinne bürgerliche Regierung — die linke und radikaldemokratische Opposition politisch - ideologisch und materiell - militärisch zu entwaffnen. Dabei bedient sie sich verschiedener Taktiken. Angebote zum "friedlichen Dialog" und offene Unterdrückungsmaßnahmen bis hin zur physischen Vernichtung des "inneren Feindes" sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille. Kurz nach der Liquidierung der turkmenischen Räteorganisationen diskutierte z.B. Bani Sadr mit Führungsmitgliedern der Volksfedayin im Fernsehen. Ähnliches kennen wir hier von einem "gesprächsbereiten" Baum, der MEK- und HS- Trakt - Blüten treibt.

Falls euch das als "antiquierter Leninismus" erscheint, beweist doch bitte das Gegenteil.

Eine weitere Schwäche des Autors besteht darin, daß er den Charakter der Widersprüche zwischen den verschiedenen "Fraktionen" der Herrschenden nicht bestimmen kann. Sicher gibt es ein "Tauziehen" zwischen unterschiedlichen (reaktionären) Strömungen - allerdings ist das kein Wettkampf zwischen "Demokraten" und "Antidemokraten". Die Schlaufe des Seils, an dem Bani Sadr, Beheschti usw. ziehen, ist um die Hälse der Linken gelegt! Daß die Widersprüche innerhalb der Herrschenden nicht besonders tief gehen können, müßte aus hpö's Einschätzung folgen, daß Bani Sadr vorwiegend den Interessen des **Kleinbürgertums** entgegenkommt und IRP das **kleinbürgerlich** - islamische Lager führt. (Auf den klassenananytischen und wirtschaftspolitischen Aspekt einzugehen, würde hier zu weit führen. Es gibt dazu Papiere von Genossen unserer Arbeitsgruppe. M. E. (bzw. u. E.) sind die Bemühungen um Zentralisierung die vorherrschende Tendenz. Sie laufen auf eine Stärkung der Bedeutung des "Gesamtkapitals" hinaus.)

Eine weitere Fehleinschätzung liegt darin, daß Bani Sadr als Kämpfer für Unabhängigkeit eingestuft wird. Was versteht hpö eigentlich unter Unabhängigkeit — den Kampf gegen "die Supermächte" oder gegen jegliche Abhängigkeit von imperialistischen Staaten? Die japanischen und westeuropäischen Imperialisten haben sich wohl in Lämmer verwandelt — deshalb vermeidet der Autor wohl auch den häßlichen Begriff 'Imperialisten' und spricht ganz 'wertneutral' von 'Europa und Japan'. Er 'vergißt' leider darzulegen, wie er sich eine verstärkte Zusammenarbeit mit Europa und Japan unter der Bedingung praktisch vorstellt, "daß diese nicht indirekt von US - Multis beeinflußt und gelenkt wird." Vielleicht gibt es demnächst eine gigantische weltweite Konzern - Entflechtung durch iranische Politiker? Wie erklärt Bani Sadr jüngst in aller Bescheidenheit: "Wir werden in der Lage sein, auch Europa umzuwandeln. Wir haben diese Fähigkeit." (Teheran Times, 12.4.80). Wichtiger als die klassenpolitische Funktion von Politikern ist für hpö der (angebliche) Kampf um Unabhängigkeit, gegen Überfremdung (was ist das eigentlich? — ich kenne diesen Begriff z.B. von James Schwarzenbach aus der Schweiz — da geht es gegen italienische "Gastarbeiter"). Genauer gesagt reicht eigentlich schon der Wille dazu. Mehrfach wird geschrieben, was Herr Bani Sadr (angeblich), 'will', 'anstrebt', 'ankündigt', auch wenn manchmal kritisiert wird, daß er "bisher nicht mehr viel zu bieten (hat) als gute Absichten und gute Worte". Aber woher weiß der Autor eigentlich, daß bzw. für wen Bani Sadrs Absichten 'gut' sind? Bani Sadr heißt übrigens im Volksmund 'Bani Harf' (frei übersetzt 'Bani Blabla' — 'harf zadan' heißt auf farsi 'reden'). Er redet tatsächlich viel, wenn der Tag lang ist. Daß etliche westdeutsche "Linke" — zumindest die "Meinungsmultiplikatoren" in Zeitungen wie der taz — Bani Harfs Worte wichtiger nehmen als seine Taten, ist eine politische Konkurserklärung wie das "Kursbuch 57".
Es hat den Anschein, als ob des Präsidenten Absichtserklärungen Beweis genug sind, so daß Belege erst gar nicht gebracht werden müssen. Doch halt, ich täusche mich. Da sind diese schlagenden Beispiele für "einige konkrete Maßnahmen ..., um die Orientierung der iranischen Wirtschaft im Ausland abzubauen". Diese entpuppen sich als vorwiegend ideologisch motivierte Beschränkungen betreffend Spielzeuge, Billardtische, Kronleuchter usw., die einen Ehrenplatz in Publikationen wie 'Pardon' verdienen, aber nicht in den ‚blättern des iz3W'.

Noch eine Frage zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Bani Sadr bzw. hpö (tut mir leid; das verschwimmt in der Darstellung etwas). Ist es eigentlich ein Zufall, daß bei den landwirtschaftlichen Problemen die zentrale Bedeutung der Bodenreform 'vergessen' wird? Daß Khomeini & Co ("vielleicht hängt es aber auch mit seiner religiösen Grundeinstellung zusammen, die für die "Schwachen" ... Partei ergreift.") in Kurdistan, Turkmen Sahra etc. von Anfang an **Feudalisten** unterstützen, ist ein großes Hemmnis für die Neuverteilung des Landes (gewesen).

Am bemerkenswertesten ist jedoch, daß die bitter notwendige Industrialisierung sowie die Fortsetzung des Baus von Wohnhäusern — allein im Raum Teheran sind ca 100 000 Wohnungen seit mehr als einem Jahr nicht weitergebaut worden — ebenfalls 'vergessen' wird.

FAZIT: Abgesehen von einer Vielzahl schwammiger Formulierungen und unbewiesener Behauptungen sowie ungenügender bzw. falscher klassenanalytischer Bestimmungen stellt der Artikel die Verharmlosung einer mörderischen Politik dar, die als "Streben nach Unabhängigkeit" und "Toleranz" ausgegeben wird. Auf ähnlichem Niveau stehend bzw. liegend wie etliche taz - Artikel von thoha u.a. ist er ein Beispiel für den Verlust geistiger und moralischer Substanz "Linker" — ist die (sachlich begründete und begründbare) Parteinahme für Linke im Iran so schwierig?

Wolfgang Endler

REPRESSION

Koreanische Bergarbeiter in der BRD

Mit Abschluß des ökonomischen Wiederaufbaus der Bundesrepublik zu Beginn der 60er Jahre war das inländische Arbeitskräftepotential weitgehend erschöpft. Dieser Arbeitskräftemangel hätte die Position der Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen wesentlich verstärkt. Durch die Öffnung des inländischen Arbeitsmarktes für arbeitslose und unterbeschäftigte Menschen der europäischen Randstaaten konnte dies aber weitgehend verhindert werden.

Diesen Staaten war es aufgrund traditioneller Abhängigkeiten und deformierter Wirtschaftsstrukturen nicht gelungen, einen ähnlichen Wirtschaftsaufschwung wie in der BRD einzuleiten. Daher konnten die Arbeitslosen dieser Länder nun die Rolle der industriellen Reservearmee der BRD übernehmen.Als besonders vorteilhaft erwies es sich, daß die angeworbenen ausländischen Arbeiter in Wirtschaftskrisen durch ein System rechtlicher Regelungen einfach in ihr Heimatland abgeschoben werden konnten. Durch diesen Export der Arbeitslosigkeit ließen sich daher in der Vergangenheit Krisensituationen leichter auffangen und politisch entschärfen.

Da man die Mehrheit der ausländischen Arbeiter nach wenigen Jahren durch andere ersetzte (Rotationspolitik), gelang es, die durch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter entstehenden sozialen Probleme gering zu halten.

Ihre höhere Weihe erhielt diese zynische Politik der Ausbeutung dadurch, daß sie kurzerhand zum wichtigsten entwicklungspolitischen Beitrag der BRD umgedeutet wurde.

Auch die Anwerbung von Bergarbeitern aus Südkorea wurde entwicklungspolitisch begründet. Auf der Grundlage bilateraler Verträge zwischen der BRD und Korea, die in den Jahren 1964 und 1971 abgeschlossen wurden, beschäftigte die deutsche Steinkohlenindustrie bis heute ungefähr 6000 Bergarbeiter aus Südkorea. Davon befinden sich jetzt noch 800 Bergarbeiter hier, deren Arbeitsverträge jedoch alle gegen Ende des Jahres ablaufen.

Der auf jeweils 3 Jahre begrenzte Aufenthalt der südkoreanischen Bergarbeiter in der BRD sollte, so der 1971 abgeschlossene Vertrag, deren Kenntnisse im modernen Bergbau erweitern und vervollkommnen, um sie zur Übernahme wichtiger Aufgaben im koreanischen Bergbau zu befähigen. Doch schon im Arbeitsvertrag der Ruhrkohle AG wird eingeschränkt: der Arbeitnehmer soll nur noch Gelegenheit erhalten, „sich mit den wesentlichen Arbeitsvorgängen des Untertagebetriebes vertraut zu machen."

Die wahren Beweggründe für die Anwerbung südkoreanischer Bergarbeiter sind jedoch ganz anderer Art. Die seit Jahren anhaltende Strukturkrise im Bergbau hat in der Vergangenheit viele deutsche Bergleute dazu veranlaßt, den Bergbau wegen der hohen Arbeitsplatzunsicherheit zu verlassen. Verstärkt wurde diese Abwanderung noch dadurch, daß die Untertagearbeit nach wie vor eine sehr harte, gefährliche und nicht einmal angemessen bezahlte Arbeit ist. Aufgabe der in Südkorea angeworbenen Arbeiter war es also, die von den deutschen Arbeitern hinterlassenen Lücken möglichst billig auszufüllen. Deutlich wird dies auch daran, daß die Aufenthaltserlaubnis an eine bestimmte Tätigkeit bei einem bestimmten Arbeitgeber gekoppelt ist. Damit begibt sich der koreanische Bergarbeiter in völlige Abhängigkeit von seinem Arbeitgeber; ist er nämlich mit den Arbeitsbedingungen nicht einverstanden, so bleibt ihm nur die Möglichkeit, sich anzupassen oder die Bundesrepublik zu verlassen. Es ist auch keineswegs erstaunlich, daß bislang nur wenige Südkoreaner tatsächlich zum Hauer ausgebildet wurden. Denn zur Ausübung einfachster manueller Tätigkeiten im Untertagebau reicht die im Arbeitsvertrag vorgesehene vierwöchige Anlernzeit noch allemal aus.

Die soziale Lage der koreanischen Bergarbeiter

Die Mehrheit der koreanischen Bergarbeiter wohnte bis vor kurzer Zeit in Zechenwohnheimen. Die etwa 16 m^2 großen Zimmer wurden durchschnittlich von zwei bis drei Personen bewohnt, die zudem häufig zu unterschiedlichen Zeiten arbeiteten, so daß ein ruhiges Schlafen kaum möglich war. Im Zechenwohnheim in Recklinghausen stand für 100 Personen lediglich eine Dusche sowie eine Toilette für 10 Personen zur Verfügung. Dafür zahlten die koreanischen Bergarbeiter bis zu 107 DM monatlich. Viele der Koreaner haben auch Schwierigkeiten, sich auf die ungewohnte Nah-

Prozeß gegen Nkishi wa Mbula

Am 22. Mai 1980 beginnt vor einem Kölner Schwurgericht der Prozeß gegen den Zairer Nkishi wa Mbula. Nkishi, dem vorgeworfen wird, am 23. August 1978 einen Sprengstoffanschlag in Köln auf den Warschau-Paris-Expreß verübt und einen weiteren Anschlag auf den Tauern-Expreß nach Ostende am 6. September 1978 in Aachen versucht zu haben, wird in beiden Fällen wegen Mordversuchs angeklagt. Nkishi befindet sich seit dem 6. September 1978 in Untersuchungshaft in Düsseldorf (ein halbes Jahr davon in Isolationshaft).

Nkishi, der schon seit 1962 in der BRD lebt, engagierte sich hier politisch, um auf die korrupte und grausame Herrschaft Mobutus in Zaire, die durch die Kapitalinteressen Amerikas und Westeuropas unterstützt wird, aufmerksam zu machen. Aber der Prozeß – der erste dieser Art gegen einen Afrikaner in der BRD – verdient nicht nur wegen der politischen Hintergründe besondere Aufmerksamkeit, sondern wegen des Vorsitzes, den in diesem Prozeß der Richter am Landgericht Dr. Viktor Henry de Somoskeoy führen wird. Dieser Richter ist berüchtigt für seine extrem rechte und ausländerfeindliche Einstellung. So z.B. verurteilte er auf Grund zweifelhafter Beweise den Türken Baha Targün, der Mitte der siebziger Jahre die streikenden Türken bei Ford angeführt hatte, wegen Raubs zu einer hohen Freiheitsstrafe. Es ist deshalb zu befürchten, daß unter diesem Richter ein rassistisches Urteil gegen Nkishi wa Mbula gefällt wird.

Weitere Information erhältlich beim:
Unterstützungsbüro für Nkishi wa Mbula (Zaire),
c/o Tageszeitung, Alsenstr. 30, 4630 Bochum 1

rung in den Zechenkantinen umzustellen. Ein Ausgleich durch eigenes Kochen ist jedoch kaum möglich, denn in den meisten Wohnheimen ist das Kochen entweder nicht erlaubt oder die vorhandenen Kocheinrichtungen sind dazu völlig ungeeinget. Diese Probleme und die harten Arbeitsbedingungen haben in der Vergangenheit zu einer hohen Krankheitsanfälligkeit bei den südkoreanischen Arbeitern geführt: Krankheit kann aber ein Kündigungsgrund sein.

Ungewöhnliche Arbeitsverträge

Daß es bei der Beschäftigung der koreanischen Arbeiter letztlich nur um die Interessen der Bergbauindustrie geht, wird auch aus einer nachträglich in den Arbeitsvertrag eingeschobenen Klausel deutlich, die, selbst nach Meinung des Arbeitsgerichtes Hamm, zumindest „ungewöhnlich" ist. Danach kann das Arbeitsverhältnis jederzeit aus „personen- und verhaltensbedingten Gründen" gelöst werden. Mit dieser der Willkür Tür und Tor öffnenden Regelung balanciert der Arbeitsvertrag nach Einschätzung des Rechtsanwaltes WELKOBORSKI „hart an der Grenze der Sittenwidrigkeit". Mangelnde Kenntnis der arbeitsrechtlichen Möglichkeiten und die Angst, die Aufmerksamkeit der koreanischen Behörden auf sich zu lenken, haben in der Vergangenheit oft verhindert, daß die Koreaner gegen Kündigungen vor dem Arbeitsgericht Einspruch erhoben. Aber selbst dann, wenn das Arbeitsgericht eingeschaltet wurde, bestand bisher wenig Hoffnung. Die Arbeitsgerichtsprozesse werden in erster Instanz zwar meist gewonnen; da die Arbeitgeber aber immer in Berufung gehen, verstreichen oft mehrere Monate bis zu einer endgültigen Entscheidung. Solange können aber die wenigsten Südkoreaner warten, denn durch den Verlust ihrer Verdienstmöglichkeiten und ihrer Unterkunft im Zechenwohnheim sind sie gezwungen, vorzeitig in ihre Heimat zurückzukehren.
Durch eine weitere Klausel im Arbeitsvertrag verzichten die koreanischen Bergarbeiter auf Rentenansprüche. Die Klausel sieht vor, daß die Koreaner, statt in die knappschaftliche Rentenversicherung, in einen eigens geschaffenen Sonderfonds Beiträge einzahlen. Mit dem Fonds sollen An- und Rückreisekosten, Heilbehandlungskosten und die Kosten einer Unfallversicherung beglichen werden. Anfallende Restbeträge aus dem Fonds, der vom Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus verwaltet wird, werden der koreanischen Regierung zugunsten rückkehrender Bergarbeiter zur Verfügung gestellt.

Passive Haltung der Gewerkschaft

Schon immer hatten die Gewerkschaften in der BRD Schwierigkeiten damit, ihre Stellung gegenüber den ausländischen Arbeitern eindeutig zu definieren; das ist auch im Falle der koreanischen Bergarbeiter nicht anders. Die Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) verweigerte zwar bisher noch keinem der gekündigten Koreaner den Rechtsschutz, wenn es zu Arbeitsgerichtsprozessen kam, aber sie beschränkte ihre Hilfe stets auf das unbedingt Notwendige. Diese passive Haltung der Gewerkschaft ist kaum erstaunlich, teilen ihre Vertreter doch eher die Meinung der Steinkohlenindustrie, wenigstens was das Problem der Koreaner betrifft. Exemplarisch für diese Haltung ist die Erklärung des IGBE Bezirksleiters ALLEKOTTE aus Recklinghausen, daß an den Arbeitsverträgen mit den Koreanern nichts Besonderes zu entdecken sei, was den deutschen Gesetzen widerspräche.

Forderungen der Koreaner

Da die koreanischen Bergarbeiter von der Gewerkschaft nicht viel Hilfe erwarten können, haben sie sich nun entschlossen, selbst für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Seit November letzten Jahres versuchen sie, durch Aktionen die Öffentlichkeit auf ihre Situation aufmerksam zu machen; unter anderem werden auch Unterschriften für eine Petition mit den folgenden Forderungen gesammelt:

1. sofortige Aufhebung der 3-Jahres-Beschränkung sowie anderer unmenschlicher Regelungen in den Arbeitsverträgen und Garantie für menschliche weitere Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.
2. Gleiche Behandlung bei der Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse wie bei anderen ausländischen Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Ländern (Türkei, Jugoslawien usw.).
3. Garantie der Chancengleichheit für eine qualifizierte berufliche und technische Ausbildung.
4. Die Möglichkeit zur gleichen sozialen und arbeitsrechtlichen Behandlung, wie bei allen anderen Bergarbeitern und eine Regelung für eine angemessene Abfindung im Falle einer schweren Krankheit oder Invalidität.

Kommentar des Personaldirektors der Ruhrkohle AG zu den Problemen der koreanischen Bergarbeiter: „Der Bereitschaft der Bundesregierung, das Abkommen auch angesichts eigener Beschäftigungsprobleme und nach dem notwendigen Anwerbestopp von Arbeitskräften aus Nicht-EG-Ländern von 1973 nicht schlagartig zu beenden, sollte von unseren koreanischen Gästen eher mit Dank als mit Unmut begegnet werden."

Kontaktadresse: bei der CAJ – Christliche Arbeiterjugend Hüttmannstr. 52, 4300 Essen 1, Tel., 0201/621065

wha

Gegen die Einführung des Visumzwangs

Am 12. bzw. 21. März 1980 haben Bundesregierung und Bundesrat eine vom Bundesinnenministerium vorgelegte Verordnung zum Ausländergesetz verabschiedet, wonach mit sofortige Wirkung die Einreisemöglichkeit für Staatsangehörige aus Äthiopien, Afghanistan und Sri Lanka erheblich erschwert wird. Die Bundesregierung und die Länder versuchen diese Maßnahme mit der Behauptung zu rechtfertigen, Angehörige dieser Staaten würden zunehmend das Asylrecht mißbrauchen oder als Touristen getarnt zur Arbeitssuche in die BRD einreisen. Ergänzend wurde noch hinzugefügt, die Möglichkeit zur Einreise aus humanitären Gründen sowie als politischer Flüchtling werde durch die Einführung des Visumzwangs keineswegs ausgeschlossen. Vielmehr erarbeite das Auswärtige Amt gerade „mit Hochdruck" Richtlinien für die Erteilung von Einreisegenehmigungen an politische Flüchtlinge. Der Zynismus, mit dem diese zusätzliche Schikanierung von Staatsangehörigen aus den genannten drei Ländern schon vor ihrer Einreise in die BRD gerechtfertigt werden soll, wird deutlich, wenn man sich die gegenwärtige poli-

tische Lage in diesen Ländern vor Augen hält: sie ist in allen drei Fällen durch eine Eskalation der politischen Unterdrückung bei zunehmender Verschlechterung der Lebensbedingungen und wachsender Abhängigkeit vom Ausland (besonders Äthiopien und Afghanistan von der UdSSR) gekennzeichnet und schafft für potentielle politische Flüchtlinge die konkrete Schwierigkeit, sich überhaupt ein Visum in der zuständigen Botschaft der BRD zu besorgen.

Besonders anschaulich läßt sich dies am Beispiel des Vielvölkerstaats Äthiopien belegen, dem auch die seit 1962 völkerrechtswidrig einverleibte „Provinz" Eritrea zugerechnet wird. Seit jener Zeit kämpft die dortige Befreiungsbewegung, heute unter der Führung der beiden Organisationen EPLF und ELF, in einem Guerrilla-Krieg für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Eritreas. Nach dem Putsch der prosowjetischen Mengistu-Fraktion 1977 hat der bewaffnete Befreiungskampf auch in anderen äthiopischen Regionen einen starken Aufschwung genommen, insbesondere unter den Oromos, West-Somalis, Tigrays und Afars. Das Regime reagiert darauf bis heute mit einem völkermordähnlichen Rache- und Unterdrückungsfeldzug, der die Mengistu-Kräfte nur mit Hilfe wachsender sowjetischer, kubanischer und ostdeutscher Unterstützung (z.B. Waffen, Flugzeuge, Napalm, Piloten) in eine vorübergehende Offensive gebracht hat.

Darunter muß vor allem die Zivilbevölkerung leiden; unzählige Massaker haben in den letzten drei Jahren verschiedenen Schätzungen zufolge mehrere Millionen Menschen aus dem knapp 30 Millionen Einwohner zählenden Staat in die Flucht getrieben. In den vergangenen Monaten hat deshalb auch der Strom äthiopischer und eritreanischer Flüchtlinge in die BRD erheblich zugenommen, allein seit Jahresbeginn sind einige Tausend eritreanische Flüchtlinge in der BRD angekommen und haben Antrag auf politisches Asyl gestellt.

Schon vor der Einführung des Visumzwangs wurden diese Flüchtlinge, von denen die meisten über den Flughafen Stuttgart-Echterdingen einreisten, durch die baden-württembergische Landesregierung in diskriminierender Weise an der Einreise zu hindern versucht. Im Gegensatz zur „normalen" Behandlung von Asylsuchenden wurde von vornherein einhellig durch die CDU-geführte Landesregierung wie durch die SPD/FDP-geführte Bundesregierung behauptet, es handele sich bei den Eritreanern lediglich um sog. „Wirtschaftsflüchtlinge", die das „liberale Asylrecht" in der BRD ausnutzen wollten. Deshalb müssen sie jetzt befürchten, vorzeitig abgeschoben zu werden. Die beschlossene Änderung des Ausländergesetzes soll die Absicht erleichtern, sich dieser unerwünschten Flüchtlinge zu entledigen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei den Flüchtlingen aus Eritrea und Äthiopien – und im Fall Afghanistans ist ebenfalls davon auszugehen – in aller Regel um solche Personen, die entweder direkt im Befreiungskampf aktiv waren oder ihn unterstützt haben bzw. seitens der dortigen Regierung einer Unterstützung verdächtigt werden. In allen Fällen müssen sie damit rechnen, bei einer Abschiebung in ihre Heimat politisch verfolgt, schlimmstenfalls sogar ermordet zu werden. Daß diese Personen in der BRD vom politischen Asyl allein nicht leben können und sich um ihre materielle Absicherung sorgen müssen, dürfte wohl selbstverständlich sein. Die Argumentation, es handele sich um „Wirtschaftsflüchtlinge", verdreht deshalb völlig die realen Hintergründe der Flucht. Die von Bundesregierung und Ländern verabschiedeten Maßnahmen sind um so empörender, hält man sich vor Augen, daß es sich in den Fällen Äthiopien und Afghanistan um Länder handelt, die ihre nationale und politische Selbstbestimmung vollständig oder weitgehend an die UdSSR verloren haben, wobei alle Bonner Parteien verbal stets gegen diese Einmischung Stellung bezogen haben. Die Einreiseerschwerung für Flüchtlinge aus diesen Ländern läuft aber darauf hinaus, die sowjetische Einmischung faktisch zu unterstützen.

Deshalb fordert das Organisationskomitee der Afrika-Solidaritätsgruppen:

1. Sofortige Rücknahme des Visumzwangs für Staatsangehörige von Äthiopien, Afghanistan und Sri Lanka.
2. Ungehinderte Einreise und Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens für politische Asylbewerber aus Eritrea, Äthiopien und Afghanistan.
3. Erleichterung der Arbeits- und Studienplatzsuche für politische Asylbewerber.

Im Namen des Organisationskomitees der Afrika-Solidaritätsgruppen (c/o BASA, Bochum): Bernhard Kohaupt, Florastraße 32, 6000 Frankfurt 90

März '80

Der Fall Peter Brückner Und kein Ende?

Eine Dokumentation aus Anlaß der jüngsten Gerichtsentscheidungen im „Buback-Nachruf"-Prozeß und insbesondere im Disziplinarverfahren gegen Peter Brückner

Ende Februar hat der Bundesgerichtshof letztinstanzlich bestätigt, daß sich die 13 niedersächsischen Herausgeber der „Dokumentation: Buback – ein Nachruf" nicht strafbar gemacht haben. Für den Hannoveraner Psychologen Prof. Peter Brückner, einen der Herausgeber, aber ist selbst auf der gerichtlichen Ebene der Fall bei weitem nicht abgeschlossen. Vielmehr hat für Peter Brückner der niedersächsische Disziplinarhof am 15. Februar beschlossen, daß weiterhin „die gesetzlichen Voraussetzungen für die vorläufige Dienstenthebung des Antragstellers nach § 81 NDO erfüllt (seien)". Zur Begründung dieser „vorläufigen Dienstenthebung", die seit über zwei Jahren besteht, mußte das Gericht auf die höchst seltsame Kategorie des „Persönlichkeitsbildes" zurückgreifen. So soll es einem Hauptverfahren vorbehalten sein festzustellen: „Ob der Antragsteller nach seinem gesamten Persönlichkeitsbild aufgrund seines Gesamtverhaltens als Verfassungsfeind anzusehen ist. ..." Und das nachdem der Disziplinarhof im selben Beschluß keine „hinreichend evidenten Einzelverstöße gegen die Pflicht zur Verfassungstreue" feststellen konnte und Peter Brückner die seit 1977 um ein Drittel gekürzten Dienstbezüge voll zusprach. Im März haben 600 Unterzeichner, überwiegend Hochschullehrer, Juristen und Publizisten, eine Erklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie unterschrieben, in der die Aufhebung der Suspension von Peter Brückner und die Einstellung des gegen ihn seit über zwei Jahren laufenden Disziplinarverfahrens gefordert wird.

Diese Erklärung, die auch von den Bundestagsabgeordneten Peter Conradi und Manfred Coppik unterstützt wird, ist in der Ende März erschienenen Dokumentation zusammen mit dem Namen der Unterzeichner veröffentlicht worden. Das Heft enthält außerdem Beiträge von einer Pressekonferenz nach dem Beschluß des Disziplinarhofs, Auszüge des Beschlusses sowie Aussagen Peter Brückners vor dem Russel-Tribunal und im Oldenburger Buback-Prozeß.

Hrg.: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal (Preis 3 Mark)



BRD-Interessen in Südostasien

Rezension zu: BRD-Interessen in Südostasien Frankfurt am Main 1979. herausgegeben von der Südostasiengruppe in der ESG Bochum

Die Hauptthesen dieses Materialbandes sind schnell genannt: Die ASEAN-Länder, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine Dekolonisation nach westlichem Muster ihre politische Unabhängigkeit errungen haben, sind ökonomisch unter neue Formen der Herrschaft des Neokolonialismus geraten und bleiben dadurch weiterhin in Abhängigkeit. Aufgrund der verstärkten Konkurrenz der imperialistischen Mächte um Märkte, Anlagesphären und Rohstoffe in der Region und durch die Ereignisse in Indochina wird Südostasien strategisch und wirtschaftlich immer wichtiger.
Die noch beherrschende Rolle der USA (größter Direktinvestor und Hauptabnehmer südostasiatischer Rohstoffe) wird durch Japan, dessen hauptsächliche Rohstoffbasis wie in den Jahren des pazifischen Krieges erneut in Südostasien liegt, und durch westeuropäische Länder zunehmend in Frage gestellt. Dabei versuchen die früheren Kolonialherren Niederlande und Großbritannien ihre alten Besitzungen zu sichern und zu erweitern, besonders aktiv verhalten sich aber gerade die westeuropäischen Mächte ohne Kolonialtradition in Südostasien; allen voran die Bundesrepublik Deutschland, die sozusagen als der Vorreiter aller EG-Aktivitäten (in erster Linie Kapitalexport und Produktionsverlagerungen) in der südostasiatischen Region auftritt. Aber auch die Sowjetunion, wenngleich ökonomisch unterpräsentiert, versucht in diesem Kampf um die Neuaufteilung der Region eine Rolle zu spielen, in ihrem Fall vor allem über militärische Hebel.
Es besteht eine Kontinuität in den Zielen der us-amerikanischen Politik in Südostasien, durch die diese Region unter westlichem Einfluß gehalten und als Bollwerk gegen vorrückende Revolutionen benutzt werden soll. Nach Indochina waren die USA allerdings genötigt, einige Instrumente der amerikanischen Politik zu ändern. So wurde zum Beispiel 1977 die SEATO, das pazifische Gegenstück zur NATO, aufgelöst. Ihre Rolle wurde weitgehend an die ASEAN weitergereicht. ASEAN ist jedoch kein reiner Militärpakt, sondern ein politisches und wirtschaftliches Bündnis von Staaten der Region und diese regionale Natur der ASEAN (der keine Schutzmächte außerhalb Südostasiens angehören) macht den Unterschied zu früheren Militärbündnissen aus. Zu den Aktivitäten der ASEAN auf wirtschaftlichem Gebiet gehören gemeinsame Industrieprojekte, regionaler Handelsaustausch und gemeinsames Auftreten gegenüber den USA, Japan, Australien und der EG. Besonders intensive Kontakte zwischen der ASEAN-Gemeinschaft und der EG sind seit 1977 in Gang gekommen.
Die Broschüre enthält in ihrem Hauptteil vier Fallstudien zu den Wirtschaftsbeziehungen in der BRD zu Indonesien, Thailand, Malaysia und Singapur. Bei Indonesien wurde der Schwerpunkt auf die Rohstoffpolitik der BRD gelegt, bei Thailand auf das Problem Tourismus, bei Malaysia auf

KONTAKT – UND INFORMATIONSSTELLE (KIS)

Am 1. Oktober 1979 wurde im Rahmen des Förderungswerkes für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungshilfe bei der KÜBEL-STIFTUNGGmbh. in Bensheim eine „Kontakt- und Informationsstelle" für die Rückkehrer der Entwicklungsdienste eingerichtet. Diese Stelle entstand auf Anregung und Wunsch der fünf anerkannten deutschen Entwicklungsdienste: Eirene, Weltfriedensdienst (WFD), Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), Dienste in Übersee (DÜ), Deutscher Entwicklungsdienst (DED).

Diese „Kontakt- und Informationsstelle" bemüht sich u.a. um die Aktivierung der ehemaligen Entwicklungshelfer für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit, d.h. für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Sie zielt hierbei auf eine langfristige Mitwirkung der Rückkehrer an der entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung unserer Bevölkerung.

Die KIS möchte den Rückkehrern Anregungen zu einem entwicklungspolitischen Engagement geben und bei der Aufnahme von Beziehungen zu entwicklungspolitischen Gruppen und Einrichtungen sowie bei der Realisierung ihres Engagements behilflich sein. Da die entwicklungspolitischen Gruppen und Einrichtungen wichtige Träger entwicklungspolitischer Bewußtseinsbildung sind, beabsichtigt die KIS u.a., die ehemaligen Entwicklungshelfer über deren Arbeitsinhalte und Aktionen sowie über Möglichkeiten der Mitarbeit zu informieren. Diese anregende Orientierungshilfe will den Rückkehrern die Entscheidung für eine eventuelle Mitarbeit erleichtern, damit sie aus der Vielfalt des Angebots an entwicklungspolitischen Betätigungsmöglichkeiten die ihren individuellen Voraussetzungen und Erfahrungen entsprechenden Aktivitäten auswählen können.
Die „Kontakt- und Informationsstelle" bittet daher alle entwicklungspolitischen Aktionsgruppen um die regelmäßige Information ihrer Veranstaltungen, um gezielt die ehemaligen Entwicklungshelfer der betreffenden Region auf dieses Angebot aufmerksam zu machen und eine Mitarbeit anzuregen.
Des weiteren wäre die KIS für Unterlagen über die inhaltlichen Schwerpunkte der jeweiligen Aktionsgruppenarbeit dankbar, da sie dann die zurückgekehrten Entwicklungshelfer schon über die Ziele und Aktivitäten der betreffenden Aktionsgruppe informieren könnte. Dies würde sicherlich die Motivation zur Kontaktaufnahme bzw. Mitarbeit verstärken.
Der Leiter der „Kontakt- und Informationsstelle", Dieter Hampel, ist telefonisch über 06251/71001 und postalisch bzw. persönlich über die KÜBEL-STIFTUNG Kontakt- und Informationsstelle, Darmstädter Str. 100, 6140 Bensheim 1, erreichbar.

die Ansiedlung ausländischer Unternehmen und bei Singapur auf die Tätigkeit der Großbanken. Die einzelnen Fallstudien sind nach systematischen Gesichtspunkten gegliedert und behandeln jeweils die Geschichte, die Wirtschaftsstrukturen, die Handelsbeziehungen, das Investitionsklima im Lande, um dann über deutsche Unternehmen, deutsche Investitionen und Projekte der sogenannten Entwicklungshilfe anhand ausgewählter Beispiele zu berichten. In jedem Kapitl sind zahlreiche Tabellen und Statistiken vorhanden, die einen Überblick über den aktuellen Stand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und diesen ASEAN-Ländern erlauben. Im Anhang wurde eine ausführliche Literaturliste beigefügt. Gerade diese ganzen Materialien, die hier zum Teil erstmals zusammengetragen und zugänglich gemacht werden, machen die Broschüre zu einer guten Arbeitsgrundlage für weitere Untersuchungen. Es gibt aber auch einige Kritikpunkte, einer davon taucht m.E. immer wieder auch in anderen Arbeiten auf, die den Anspruch haben, antiimperialistische Unterstützungsliteratur zu sein. Das entscheidende Manko der einzelnen Fallstudien liegt m.E. in dem reinen Aneinanderreihen des Materials, ohne daß versucht wird, die vielfältigen Widersprüche und Tendenzen in den Ökonomien der ASEAN-Staaten herauszuarbeiten. Dadurch bekommen die Fallbeispiele den Charakter von Bilanzen, die keinen ausreichenden Beitrag zur Interpretation der politischen und ökonomischen Triebkräfte und der Perspektiven in diesen Ländern bieten können. Durch diesen Mangel bewegt sich die Analyse auf einer sehr platten Ebene. Die sehr komplexen und widersprüchlichen Vorgänge in den ASEAN-Staaten werden so in einem ziemlich statischen und ideologisch eingeengten Rahmenplan gezwängt, der zwar unser Bild vom Imperialismus erneut bestätigt, die Entwicklungsdynamik in diesen Gesellschaften aber eher verdeckt. Bei zukünftigen Untersuchungen sollte deshalb stärker vom Prozeßcharakter und vom rapiden Wandel in den südostasiatischen Gesellschaften ausgegangen werden.

Eckart Garbe

ASEAN - Seminar

Die Arbeitsgruppe ‚Bewegung Blockfreier Staaten' in der ESG Bochum plant für Herbst 1980 / Frühjahr 1981 ein Seminar zur *Geschichte und Politik der ASEAN - Staaten".*
Kontaktadresse für Interessenten und weitere Informationen: Klaus Fritsche, Marktstr. 87, 4630 Bochum, Tel.: 0234/705238.

Nicaragua – Bereicherungsdiktatur und Volksaufstand

Bekannt zu machen und unbedingt zu empfehlen, ist ein im Frühjahr 1980 erschienenes Buch über Nicaragua, das wohl eine der fundiertesten Analysen der leidvollen Geschichte voll Gewalt und Widerstand dieses Landes (von Beginn der kolonialen Eroberung im Jahre 1523 bis Oktober 1979) zum Inhalt hat:

J u n g, Harald: Nicaragua, Bereicherungsdiktatur und Volksaufstand. Frankfurt/Mai 1980, Verlag: Vervuert (Editionen der Iberoamericana: Reihe 3), Preis: öS 117,– / DM 15,–, 168 S.

Nach einem kurzen Abriß der historisch-politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zeigt der Autor zunächst Strukturen und Mechanismen einer Diktatur, die 1933 mit dem Putsch Anastasio Somozas installiert wurde und die eine besondere Spielart der „klassischen" mittelamerikanischen Diktatur darstellte. Neben den traditionellen Merkmalen (Repression und Terror, verknüpft mit wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA) trug sie deutliche Züge einer Bereicherungsdiktatur, in der es dem Somoza-Clan gelang, die gewinnträchtigsten und expansivsten Wirtschaftszweige des Landes unter Kontrolle zu bringen und in kürzester Zeit ein Vermögen von unvorstellbaren Ausmaßen anzuhäufen. Dazu gehörten u.a. über einhundert Viehranchs und Kaffeeplantagen, zahllose Tabakplantagen und über 150 Industriebetriebe. Somozas Grundbesitz von ca. 20.000 qkm entsprach fast der Hälfte der in Nicaragua im Augenblick überhaupt nutzbaren Fläche. Ca. 60 % des Bruttoinlandprodukts Nicaraguas wurden unter der Kontrolle der Somoza-Familie erzeugt. Außer den Agrarbetrieben waren die bedeutendsten Unternehmen, die der Somoza-Familie gehörten oder die sie durch Mehrheitsbeteiligungen kontrollierte, die Fluglinie Lanica, die Schiffahrtsgesellschaft Mamenic, der Hafenservice Maritima Mundial, der Hafen Puerto Somoza und so weiter (S. 47 f.)
Ausführlich behandelt werden weiter die internationalen Beziehungen des gestürzten Regimes, allen voran jene zu den USA, die trotz vielfältiger Krisen in den Beziehungen zu Somoza letztlich immer wieder bereit waren, ihn zu stützen (und ohne deren „Hilfe" Somoza sicherlich früher verjagt worden wäre!).
Wichtig vor allem auch (als 2. Teil des Buches) ist die Darstellung des bisher erfolgreichen Befreiungskampfes, angefangen mit jenem der ersten Bauern- und Arbeiterorganisationen in den 30er Jahren über die Formierung der bürgerlichen Opposition und der sandinistischen Guerilla bis hin zum Volksaufstand in den letzten beiden Jahren. Dabei stützt sich Jung auf ein umfangreiches, in Europa nur schwer zugängliches Quellenmaterial (vor allem auf Publikationen der oppositionellen Kräfte gegen Somoza), dessen Kenntnis für eine genauere politische Beurteilung der amtierenden Übergangsregierung und eines möglichen, aber noch sehr verwundbaren „nicaraguanischen Modells" als Weg zu einer eigenständigen Entwicklung unbedingt notwendig ist.
Mit einer kurzen Skizze der wichtigsten Regierungsmaßnahmen des neuen Nicaraguas endet das Buch. Zum Programm der Regierung für den nationalen Wiederaufbau schreibt Jung: „Es konzipiert neben einer demokratischen politischen Ordnung, die alle demokratischen Freiheitsrechte garantiert, und zahlreichen konkreten sozial- und bildungspolitischen Vorhaben den Aufbau einer neuen Armee aus FSLN-Militanten und anderen Patrioten. Vor allem aber spricht es sich für ein gemischtes Wirtschaftssystem aus, in dem ein staatlicher Sektor – basierend auf den vom Somoza-Clan enteigneten Unternehmen und Ländereien – neben

einem privaten Sektor existiert. In einem dritten Bereich sollen Privatpersonen und der Staat gemeinsam Unternehmen betreiben" (S. 156). Wenn die Übergangsregierung an der alten Strategie der FSlNweiterhin festhält, den Willen der Arbeiter-, Bauern- und sonstiger Massenorganisationen auszuführen, so kann ihre Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung gefestigt werden.
Zu den Befürchtungen, aus Nicaragua könnte ein zweites Kuba werden, ist zu sagen: Wenn die westlichen Staaten ihre (teils versprochene, bisher aber nur spärlich gegebene) finanzielle Unterstützung an Bedingungen knüpfen, die dem Land einen selbständigen Wiederaufbau unmöglich machen, so tragen sie selbst dazu bei, daß Nicaragua in die Armee des sowjetischen Hegemonismus getrieben wird. Wenn die USA nicht vorher selbst wieder militärisch eingreifen, wie sie es bisher so oft in der Geschichte der lateinamerikanischen Staaten getan haben.

Joe Kemptner

Bezug über: Verlag Klaus Dieter Vervuert, Rheinstr. 21, 6000 Frankfurt / M. 1.

3. Welt im eigenen Land – Zigeuner in Deutschland

Rezension zu: Georgia A. Rakelmann, Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit. 4: Zigeuner, Freiburg o.J. (Loseblattsammlung)

Auch der Internationalismus kennt seine Konjunkturen: Vietnam, Chile, Portugal, gestern Indianer, heute Zigeuner. Um so notwendiger ist es, jenseits der kurzatmigen Diskussionshaussen Fundamente zu legen: eine sensibilisierte Öffentlichkeit für das Durchsetzen von Forderungen nutzen, Ergebnisse und Erfahrungen als Basiswissen verankern. Ersteres scheinen die deutschen Zigeuner, die Sinti, gegenwärtig erfolgreich in Angriff zu nehmen (vgl. den Dachauer Hungerstreik und andere Kampagnen), ein Versuch des letzteren ist der Teil 4 der in Freiburg herausgegebenen Materialsammlung für Unterricht und Bildungsarbeit zum Thema „Zigeuner".
Nach drei Nummern zu Nicaragua, Westsahara und Peru soll jetzt auch nichtaffirmatives Wissen über die „Zigeuner" in die grundlegenden Bildungsinstitutionen eingebracht werden.
Die Roma – wie die Selbstbezeichnung dieses Volkes lautet im Gegensatz zu dem diskriminierenden Begriff „Zigeuner", der ethymologisch auf „ziehende Gauner" verweist – sind seit ihrer Ankunft im Europa des 14./15. Jhdts. im Spannungsfeld von Verfolgung und Mythologisierung gewesen. Beides wohl Resultat einer Projektion der Wünsche und Begierden der Seßhaften auf die Nomaden: militante private und staatliche Abwehr der aufkeimenden Sehnsüchte, die man in den Fremden verkörpert sah, über den faschistischen Genocidversuch hinaus, auf der einen Seite, Verklärung zu „edlen Wilden", romantische Clichés und Binnenexotik auf der anderen Seite.
Diese Aspekte didaktisiert aufzugreifen, miteinander zu konfrontieren und ihnen eine entideologisierte Information gegenüberzustellen, bemüht sich die vorliegende Materialsammlung, hervorragend problematisiert durch einen einleitenden Kommentar der Herausgeberin (leider ohne methodische Hinweise für den Unterricht).
Dem kenntnisreichen Essay des Frankfurter Ethnologen Münzel über die Sozialgeschichte der Zigeunermusik und den (zum Teil authentischen) Beschreibungen des Höhepunktes der bisherigen Zigeunerverfolgung, den Morden in den deutschen Konzentrationslagern – über die deutsche Schulbücher, was die Roma anbetrifft, immer noch schweigen – müßte als Desideratum eine weitergehende Information über die Kultur, die Werte und Traditionen der Roma zur Seite gestellt werden.
Nicht anders als durch ein Wissen um derartige Dinge können die Roma als eigenständiges Volk begriffen werden, bei dem viele mehr oder weniger wohlmeinende „Integrationsversuche" zwangsläufig zum kulturellen Völkermord führen. Dem Vorurteil vom „arbeitsscheuen Zigeuner" muß das Wissen um das Roma-Tabu a b h ä n g i g e r Arbeit gegenübergestellt werden, dem Bild des „schmutzigen Zigeuners" die Information über das Tabu des Fäkalbereiches (was ganz bestimmte Konsequenzen z.B. für die Bauweise fester Häuser oder die Arbeitsaufnahme von Sintifrauen als Putzfrauen nach sich zieht) und vieles andere mehr.
Dem selbstgestellten Ziel der Herausgeber, der Aktualität der Reihe, entspricht eine Rubrik „zur heutigen Lage der Zigeuner". Eine Sammlung von Presseberichten über Konflikte zwischen Romagruppen und deutschen Behörden bzw nichtzigeunerischen Nachbarn von Siedlungen und Wohnwagen-Stellplätzen dokumentiert Unverständnis, Vorurteile und strukturelle Gewalt. Leider wird fast jeder Lehrer zu diesem Thema in den Zeitungen auch weiterhin laufend Artikel finden, die das hier dargebotene Material weiter aktualisieren und für viele Städte konkretisieren können.
Andere Aufsätze der Sammlung beschreiben die erbärmliche Lage der heutigen Sintis – 3. Welt in Deutschland. Aber auch ein Hauch von Widerstand wird spürbar:
Laßt uns unser Recht fordern – „Lass maro tschatschepen!"

Hans-Heinrich Bass



Viktor Lütertz
Rehlingstr. 2

7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Aufruf zum 5. Internationalen Gewaltlosen Marsch für Entmilitarisierung

Seit 1975 veranstalten antimilitaristische, sozialistische, libertäre, pazifistische und gewaltlose Organisationen internationale antimilitaristische Märsche. Wir rufen alle, die sich für Frieden und soziale Gerechtigkeit durch gesellschaftliche Veränderungen in unseren Ländern einsetzen dazu auf, dendiesjährigen fünften internationalen gewaltlosen Marsch und die dazugehörigen antimilitaristischen Aktionen zu unterstützen und an ihnen teilzunehmen. Geplant ist ein Demonstration bei der Alliierten Truppenparade Ende Mai oder Anfang Juni in Berlin und ein Marsch vom 4. – 22. August mit Etappen im Vaucluse/Südfrankreich, in Norditalien und Jugoslawien, sowie Kundgebungen in Polen und Rumänien.

„Nie wieder Krieg!" darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muß zum Programm für eine breite Volksbewegung werden, die nicht zuläßt, daß neue Kriege – bis hin zu atomaren – vorbereitet werden. Um wirkliche Abrüstung zu erreichen, können wir nicht auf Vereinbarungen unserer Regierungen warten, sondern müssen diese durch Basisaktivitäten zur Entmilitarisierung zwingen.

Wir bekräftigen, daß die Entmilitarisierung der Gesellschaft durch
- einseitige Abrüstung in jedem Land bis zur völligen Abschaffung des Militärs
- Auflösung aller Militärblöcke, insbesondere NATO und Warschauer Pakt
- Umwandlung von Rüstungsproduktion in Produktion sozial nützlicher Güter (Konversion)
- Entwicklung und Einsatz gewaltloser Formen nicht-militärischer Verteidigung (Soziale Verteidigung)

vorangetrieben werden muß.

Insbesondere wenden wir uns gegen jede weitere Aufrüstung wie z.B. die vom NATO-Ministerrat beschlossene Ausrüstung der NATO mit eurostrategischen Waffen.

Die derzeitige Weltwirtschaftsordnung und die damit verbundenen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse sind in erster Linie von wirtschaftlichen und militärischen Interessen der Industrieländer geprägt und haben in den Ländern der „Dritten Welt" krasse soziale Ungerechtigkeiten zur Folge. Dadurch ist für einen großen Teil der Menschheit die Überlebensgrundlage ständig unsicher, was von diesen Menschen als Gewalt erfahren wird (strukturelle Gewalt). Dieser Zustand kann nur durch massive Unterdrückung der Bevölkerung aufrechterhalten werden. Rüstungsexporte in diese Länder haben daher nicht nur die Verschwendung der dort ohnehin knappen Mittel, sondern vor allen Dingen auch die Stabilisierung der bestehenden Unrechtssysteme zur Folge. Darüber hinaus sind sie ein Mittel, diesen Ländern Gesellschaftssysteme aufzuzwingen, die die internationale Ausbeutung des Südens durch den Norden festschreiben. Die Durchsetzung dieser Politik führt zu wirtschaftlicher, politischer und kultureller Bevormundung bis hin zu militärischen Eingriffen, wie die angedrohte Eingreiftruppe der USA für den Nahen Osten oder der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan beweisen.

Die zivile Atomenergienutzung stellt ein unkalkulierbares Risiko dar. Sie ist ein Mittel zur Verbreitung von Atomwaffen und fördert somit die Gefahr des Atomkrieges. Die Gefahren dieser hochkomplizierten Technik schaffen Gründe und Vorwände für die Entwicklung des totalen Überwachungsstaates, des Atomstaates, und drohen die Militarisierung unserer Gesellschaft weiter zu beschleunigen.

Wir verlangen deshalb einen völligen
- Verzicht sowohl auf die militärische als auch die zivile Nutzung der Atomenergie.

In Vaucluse und in Italien wollen wir besonders auf die Rolle von Militär und Rüstung als größte Verschwender von Energie, Rohstoffen und menschlicher Arbeit hinweisen. Diese wertvollen Güter gehen der Masse der Menschen nicht nur verloren, sondern lassen Militär und Rüstung zu den größten Zerstörern von Natur, Menschen und sozialer Gerechtigkeit auch im „Frieden" werden. Die Existenz von Truppenübungsplätzen, Rüstungsfabriken, Kriegsflotten und chemischen wie atomtechnischen Anlagen sind für uns Beispiele dieser destruktiven Entwicklung.

Wir unterstützen alle, die sich für folgende erste Schritte zur Entmilitarisierung der Gesellschaft einsetzen:
- Meinungs- und Vereinigungsfreiheit für Soldaten und Kriegsdienstverweigerer
- Achtung des uneingeschränkten Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in jedem Land
- keine zeitliche und personelle Ausdehnung der Wehrpflicht (z.B. auf Frauen)
- Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und Militärgerichte
- Entlassung und Rehabilitierung der Kriegsdienstverweigerer, Zivildienstverweigerer und Soldaten, sowie derer, die als zivile Opfer militärische Repression im Gefängnis sind.

Nationale Koordination BRD
c/o Graswurzelwerkstatt
Steinbruchweg 14
3500 Kassel-Bettenhausen, Tel. 0561-515953